

Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie

7. Jg. Nr. 2
Februar 1993



Herausgegeben im Auftrag der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie von Wendelin Strubelt, Bonn

Vorwort

Dieses Heft dokumentiert die Referate, die auf der Sektionsveranstaltung des Soziologentages im letzten Herbst in Düsseldorf gehalten worden sind. Es enthält zur Vorbereitung der kommenden Frühjahrstagung der Sektion in Bonn einen vorbereitenden Beitrag von Dieter Läßle. Das Warten auf all diese Beiträge hat das Erscheinen des "Blättchens" verzögert, was ich zu entschuldigen bitte.

Es ist wieder ein recht umfangreiches Heft geworden, weshalb auf die Dokumentation neuer Literatur aus den "Schnellinformationen der BfLR" verzichtet werden mußte. Diese wird aber das nächste Mal etwas größeren Raum einnehmen.

Derzeit laufen bei mir die Anmeldungen für die Frühjahrstagung ein. Wir tagen in der Gustav-Stresemann-Stiftung, einer guten Tagungsstätte zwischen Bonn und Bad Godesberg, die leicht mit ÖPNV zu erreichen ist (siehe Beschreibung beim Programm). Die Kapazität des von uns angemieteten Tagungsraumes korrespondiert in diesem Fall mit der Zahl der gebuchten Übernachtungsplätze. Deshalb ist die Zahl der Personen, die dort nicht übernachten, aber an den Sitzungen gleichwohl teilnehmen wollen, beschränkt. Diese Plätze sollten deshalb denen zur Verfügung stehen, die aus dem Köln-Bonner-Raum kommen. Ich bitte dafür um Verständnis, aber wir haben nicht zuletzt diese Tagungsstätte gewählt, weil wir uns nach den Sitzungen dort "gemütlich" zusammensetzen können.

Ich wünsche all denen, die zur Tagung kommen, eine gute Reise. All denen, die nicht kommen, eine anregende Lektüre des Blättchens. Ich freue mich auf viele Beiträge für die nächste Ausgabe des Blättchens.

Redaktionsschluß ist der **31. Mai dieses Jahres**.

Herzliche Grüße aus Bonn

Bonn, im Februar 1993

Wendelin Strubelt

Schicken Sie Ihre Beiträge an meine Adresse:

Wendelin Strubelt
c/o Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
Postfach 20 01 30
5300 Bonn 2

Die Abbildung auf der Vorderseite gibt den von Martin Weinberg gestalteten Schutzumschlag der von Robert Seitz und Heinz Zucker herausgegebenen Anthologie "Um uns die Stadt" wieder. Sie erschien 1931 im Berliner Sieben-Stäbe Verlag.

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
I. <u>Berichte und Ankündigungen aus der Sektion</u>	
- Programm für die Frühjahrstagung im April 1993 in Bonn	3
- Dieter Läßle: Thesen zu einem Konzept gesellschaftlicher Räume	5
- Bericht über den Kongreß für Soziologie in Düsseldorf	13
- Dokumentation der Herbsttagung der Sektion 1992	
-- Ferdinand Böltken, Alfred Schwandt, Wendelin Strubelt: Komponenten lokaler und sozialer Bindungen im regionalen "Ost-West-Vergleich"	17
-- Frank-Olaf Brauerhoch: Identität und Identitätsmanagement am Beispiel der "Metropole" Frankfurt am Main	29
-- Christine Weiske: Das Programm der sozialistischen Lebensweise in den Untersuchungen der Stadtsoziologie der DDR	34
-- Katrin Hater, Sigrun Kabisch: Bewältigungsmuster bergbau- bedingter Zwangsmigration im Vergleich Rheinland - Mittel- deutschland	44
- Protokoll des Sektions-Frauen-Treffen in Hannover	51
- 8. Deutsch-polnisch-tschechisch-slowakisches Symposium zur Stadt- und Regionalsoziologie	61
II. <u>Berichte / Informationen / Hinweise</u>	
- Tagung "Lebensstile in der Stadt"	62
- Klaus M. Schmals: Internationale Bauausstellung Emscher- Park: Verspätete Modernisierung - verpaßte Chancen	64
- Veranstaltungshinweise	77
III. <u>Forschungsprojekte</u>	
- Universität Hamburg	81
- Universität zu Köln	82
IV. <u>Lehrveranstaltungen</u>	
- Universität Hamburg	85
- Universität Dortmund	85
V. <u>Literatur-Hinweise</u>	
- Diverse Literaturhinweise	88

I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion

P O G R A M M

für die Frühjahrstagung der Sektion Stadt- und Regional-
soziologie vom 22.-24. April 1993

in Bonn 2, Gustav-Stresemann-Institut, Langer Grabenweg 68
(siehe den folgenden vorbereitenden Beitrag von Dieter Läßle)

Do., 22.4.	Anreise	
	18.00-19.00	Abendessen
	19.00-21.00	Vortrag von Dr. Franz-Xaver Baier: "Lebendiger Raum" - Eine phänome- nologische Erkenntnisstrategie
Fr., 23.4.	9.00-10.45	Mitgliederversammlung
	11.00-12.30	Streitgespräch zwischen Dieter Läßle und Richard Pieper: Zur gesellschaftlichen Position von Räumen
	12.30-14.00	Mittagessen
	14.00-14.30	Jürgen Friedrichs: Die indivi- duelle Nutzung des Raumes
	14.30-15.45	Diskussion und vorbereitete Sta- tements*) zum Raumbegriff in der Stadt- und Regionalsoziologie
	16.00-16.30	Ulrich Eisel: Das Raumparadigma in den Umweltwissenschaften
	16.30-18.00	Diskussion und vorbereitete Sta- tements*)
		*) Bisher sind Statements ange- meldet von Siegfried Grundmann, Walter Prigge u. Wilma Albrecht.
Sa., 24.4.	9.00-10.30	Bericht über laufende Projekte
	10.30-12.00	Themenvorschläge für nächste Sek- tionssitzungen Ingrid Breckner: Soziale Folgen von Modernisierungsprozessen in Großstädten Detlev Ipsen: Stadtentwicklungs- planung Klaus Schmals: Lehre
	12.00-13.00	Mittagessen

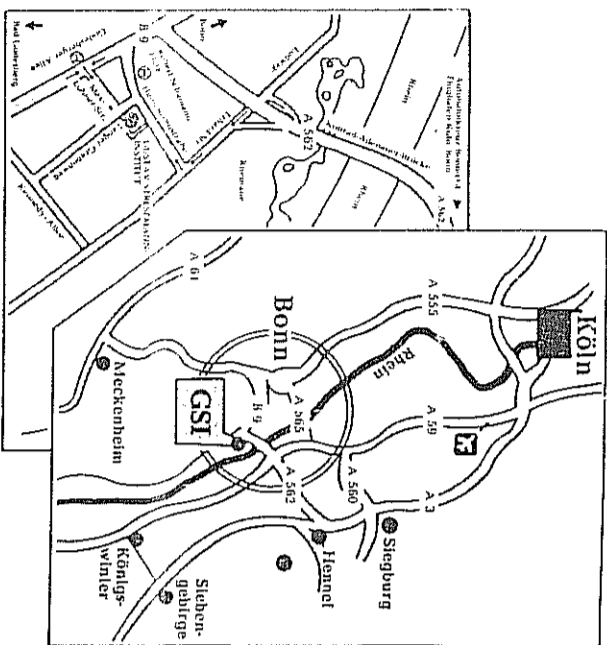
Verbindliche schriftliche Anmeldung für 2 Übernachtungen mit Vollpension (Einzelzimmer pro Nacht 117,- DM) bis zum 1.2.93 bei

Wendelin Strubelt
Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumforschung
Am Michaelshof 8
5300 Bonn-Bad Godesberg).

Falls nur eine Übernachtung gewünscht wird, bitte genau angeben für welche Nacht. Wir haben 25 Einzelzimmer vorbestellt. Außerdem können noch 10 Personen ohne Übernachtung teilnehmen, die sich allerdings auch anmelden müssen.

Bei Annulierung Ihrer Anmeldung bis 20.2.1993 entstehen Ihnen keine Kosten; bis 20.3.93 müssen Sie 60 %, danach 75 % der Übernachtungsgebühr selbst zahlen.

Marianne Rodenstein



Mit öffentlichen Verkehrsmitteln
Straßenbahnen, Linien 16 und 63, von den Bahnhöfen Bonn bzw. Bad Godesberg bis Max-Löhner-Straße (alle 7 Minuten) oder Linie 66 von Bonn Hbf bis Robert-Schumann-Platz (die Linie 16 verkehrt je nach Tageszeit alle 15-30 Minuten von bzw. bis Köln).

Mit dem Auto
Von der nächsten Autobahnabfahrt (A 59 - A 562) aus der Richtung Frankfurt, Düsseldorf, Hannover oder Kassel und Siegen sind es nur 800 m (Autobahnkreuz Bonn-Ost - Konrad-Adenauer-Brücke). Linksrheinisch, z. B. aus Aachen, Koblenz, Trier oder Ludwigshafen, fährt man auf der A 565 bis zur Anschlussstelle Bonn-Poppelsdorf und anschließend Richtung Bad Godesberg über die Reuterstraße, Friedrich-Ebert-Allee und Godesberger Allee bis zur Max-Löhner-Straße (siehe Lageplan).

DIETER LÄPPLÉ

Thesen zu einem Konzept gesellschaftlicher Räume*

„Wir haben begonnen, Raum und Zeit neu zu erkennen, zu erleben und zu werten ... Dabei stoßen wir gegen unerwartete Hürden: gegen unsere Sprachen, die sich weigern, neue Raum- und Zeiterlebnisse und -erkenntnisse zu Wort kommen zu lassen.“

Vilém Flusser¹

Der Terminus „Raum“ wird in unserem Sprachgebrauch als etwas selbstverständlich Gegebenes verwendet. Nahezu durchgängig wird der „Raum“ als eine Naturgegebenheit, ein „Ding an sich“ oder als eine Eigenschaft der physischen Umwelt oder materiellen Natur betrachtet. Wenn wir vom „Raum“ sprechen, so denken wir zunächst an den mathematischen Raum in der Form des dreidimensionalen euklidischen Raumes oder an die zweidimensionalen Raumdarstellungen in der Geographie, also die abstrakte Repräsentation der Erdoberfläche in der Form von Landkarten oder Stadtplänen.

Die Reduktion des „Raumes“ auf geometrische Beziehungen ist offensichtlich so selbstverständlich geworden, daß kaum mehr bewußt wird, daß damit nur bestimmte Aspekte des menschlichen Um-Raumes erfaßt und unsere alltäglichen sinnlichen Raumerfahrungen in dem „erlebten“ und „gelebten Raum“² ausgeblendet werden.

Die Befangenheit in physikalisch-geographischen Raumauffassungen ist meines Erachtens auch ein wesentliches Hindernis für eine gesellschaftswissenschaftliche Fundierung der Stadt- und Regionalforschung. Ausgangspunkt dieses Beitrages ist dementsprechend die kritische Zurückweisung der von vielen Gesellschaftswissenschaftlern vertretenen Auffassung, der „Raum“ sei „etwas wirklich Gegenständliches“ beziehungsweise eine „physikalische Größe“ – so zum Beispiel die Formulierungen des Stadtsoziologen Manuel Castells im Nachwort zu seinem Buch „La Question Urbaine“³. Eine vergleichbar verdinglichte Raumauffassung veranlaßt Peter Saunders dazu, „das Problem des Raumes als ein Definitionsmerkmal der Stadtsoziologie (zu) verwerfen“ und sich einer „nichträumlichen Stadtsoziologie“ zuzuwenden.⁴

Demgegenüber soll mit diesen Thesen zunächst deutlich gemacht werden, daß das, was wir „Raum“ nennen, nicht eine apriorische Naturgegebenheit ist, sondern das Resultat von menschlich intellektuellen Syntheseleistungen, die nur im Zusammenhang mit bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen und den jeweiligen Erkenntnisinteressen zu verstehen sind. Statt von „Raum“ zu sprechen, erscheint es mir deshalb auch sinnvoller, von Raumbegriffen oder Raumkonzepten zu sprechen und dabei gleichzeitig (durch die Verwendung eines sinnbestimmenden Adjektivs, wie zum Beispiel physikalisch, geographisch, sozial oder ästhetisch) anzugeben, mit welchem Erkenntnisinteresse und Sinnzusammenhang der jeweilige Raumbegriff verbunden ist.⁵

Obwohl im Rahmen dieses Beitrages nicht explizit auf Fragen der Stadt- und Regionalforschung eingegangen werden kann, so liegt dieser Auseinandersetzung mit der „Raumfrage“ doch die These zugrunde, daß eine Theorie gesellschaftswissenschaftlicher Stadt- und Regionalforschung ohne eine gesellschaftstheoretische beziehungsweise wissenssoziologische Durchdringung des Raumproblems nicht einlösbar ist.

Der schwierige Weg vom „Ort“ zum „Raum“

Verfolgt man die historische Entwicklung menschlicher Denkformen und wissenschaftlicher Einsichten, so zeigt sich deutlich, daß der physikalische, naturzentrierte Raumbegriff sich erst seit der Renaissance durchzusetzen begann. Auch die Ergebnisse ethnologischer Studien problematisieren die in unserer Zivilisation dominierende Vorstellung vom „Raum“. Diese Studien zeigen, daß Naturvölker in vielfacher Hinsicht andere Raumvorstellungen haben; diese sind fast immer menschenzentriert (beziehungsweise gruppenzentriert) und haben einen Bezug zu den konkreten Wechselbeziehungen der Menschen mit der sie umgebenden Natur. In unseren alten Maß- und Flächeneinheiten wie Fuß, Elle, Morgen oder Tagwerk ist dieser elementare anthropozentrische Raumbezug noch angelegt.

Otto Bollnow verweist in seiner phänomenologischen Studie „Mensch und Raum“ darauf, daß sich in den sprachgeschichtlichen Wurzeln des Wortes „Raum“ ebenfalls noch elementare Beziehungen der Menschen zu der sie umgebenden Natur widerspiegeln. Zur Erklärung der ursprünglichen Bedeutung des Wortes „räumen“ zitiert er einen etymologischen Hinweis aus dem Grimmschen Wörterbuch: „einen Raum, das heißt eine Lichtung im Walde schaffen, behufs Urbarmachung oder Ansiedlung.“ Aus diesem sprachgeschichtlichen Zusammenhang folgert Bollnow: „Raum in diesem ursprünglichen Sinn ist also nicht an sich schon vorhanden, sondern wird erst durch eine menschliche Tätigkeit gewonnen, indem man ihn durch Rodung der Wildnis (die also nicht Raum ist) abgewinnt.“⁶ Dieser ursprüngliche, anthropozentrische Raum ist das Produkt gemeinsamer menschlicher Arbeit, ist das Resultat der materiellen Aneignung der Natur.

Die historischen Formen der Produktion und Aneignung des gesellschaftlichen „Lebensraumes“ sind verknüpft mit einem langwierigen Prozeß der begrifflichen Entwicklung von Raumvorstellungen; ausgehend von dem konkreten Handlungsraum bis hin zu einem abstrakten – oder vielleicht besser – synthetischen Anschauungsraum. Bei Naturvölkern ist die Raumvorstellung nach Max Jammer zunächst „nur eine zufällige Sammlung konkreter Orientierungen, eine mehr oder weniger geordnete Vielheit örtlicher Richtungen, von denen jede sich mit gewissen gefühlsbetonten Empfindungen verband. Dieser vom einzelnen erfahrene und unbewußt geformte primitive 'Raum' hat sich dann wohl einem 'Raum' angeglichen, wie ihn die Gruppe, die Familie, der Stamm erlebte.“⁷

In diesen Ausführungen deutet sich bereits das schwierige Verhältnis zwischen dem konkreten Ort der Raumerfahrung und dem abstrakten Raumbegriff an. „Raum“ ist also nicht etwas unmittelbar Gegebenes und Wahrnehmbares, sondern ergibt sich erst als Resultat menschlicher Syntheseleistung, als eine Art Synopsis der einzelnen „Orte“, durch die das örtlich Getrennte in einen simultanen Zusammenhang, in ein räumliches Bezugssystem gebracht wird.

In der Entwicklung des menschlichen Geisteslebens vollzog sich der Übergang vom konkreten „Aktions-Raum“ zum abstrakten „Darstellungs-Raum“ erst relativ spät. Cassirer veranschaulicht dies am Beispiel der Raumvorstellung von Naturvölkern: „Die Berichte über Naturvölker lassen erkennen, wie sehr ihre räumliche ‚Orientierung‘, so sehr sie an Genauigkeit und Schärfe der des Kulturmenschen überlegen zu sein pflegt, sich nichtsdestoweniger durchaus in den Bahnen eines ‚konkreten‘ Raumgefühls bewegt. Jeder Punkt ihrer Umgebung, jede Windung eines Flußlaufes zum Beispiel kann ihnen aufs genaueste vertraut sein, ohne daß sie imstande wären, eine Karte des Flußlaufes zu zeichnen, ihn also in einem räumlichen Schema festzuhalten. Der Übergang von der bloßen Aktion zum Schema, zum Symbol, zur Darstellung bedeutet in jedem Fall eine echte ‚Krise‘ des Raumbewußtseins, und zwar eine solche, die nicht auf den Umkreis dieses Bewußtseins beschränkt bleibt, sondern die mit einer allgemeinen geistigen Wendung und Wandlung, mit einer eigentlichen ‚Revolution der Denkart‘ Hand in Hand geht.“⁶

Der Siegeszug des „Behälter-Raum“-Konzeptes

Der Durchbruch des neuzeitlichen naturwissenschaftlichen Weltbildes auf der Grundlage der Galilei-Newtonschen Physik war ganz sicherlich eine derartige „Revolution der Denkart“. Durch sie wurden die anthropozentrischen Raumbegriffe der traditionellen Gesellschaft durch einen naturzentrierten, physikalischen Raumbegriff abgelöst. Daß diese „Revolution der Denkart“, die im 13. Jahrhundert begann und im Newtonschen System der Mechanik ihren Höhepunkt fand, ihre Wurzeln in tiefgreifendenn gesellschaftlichen Umwälzungen hatte, sei hier nur angemerkt.

Bei der folgenden Skizze des modernen Raumbegriffs der klassischen Physik orientiere ich mich an den Ausführungen von Albert Einstein in seinem Vorwort zu Jammers Studie über die Entwicklung der Raumtheorien in der Physik. Nach Einstein haben sich in der naturwissenschaftlichen Diskussion zwei begriffliche Raum-Auffassungen herausgebildet, die man wie folgt einander gegenüberstellen kann:

- a) „Raum“ als „Lagerungs-Qualität der Körperwelt“ und
- b) „Raum als ‚Behälter‘ aller körperlichen Objekte.“

Im Fall a) ist „Raum“ ohne körperliche Objekte nicht denkbar. „Raum“ ist dabei nichts als eine Art relationale Ordnung körperlicher Objekte. Wenn der

Begriff „Raum“ so definiert wird, hat es keinen Sinn, von „leerem Raum“ zu reden. Körperliche Objekte und „Raum“ bilden einen unauflösbaren Zusammenhang. Innerhalb dieses „Raumes“ sind „Orte“ jeweils durch die relationale Lage körperlicher Objekte gegeben. Anknüpfend an diesen Bestimmungen nenne ich diese Raumvorstellung „relationalen Ordnungsraum“.

Im Fall b) erscheint der „Raum“ als eine „gewissermaßen der Körperwelt übergeordnete Realität“¹⁰; „Raum“ existiert unabhängig von materiellen Körpern, wodurch im Rahmen dieser Begriffsbildung die Vorstellung eines „leeren Raums“ möglich ist. Dieses Raumkonzept wird von Einstein am Beispiel einer Schachtel verdeutlicht, in der man einen bestimmten Inhalt, also zum Beispiel so und so viele Reiskörner unterbringen kann. „Dieser Begriff ‚Raum‘ gewinnt so eine vom besonderen körperlichen Objekt losgelöste Bedeutung.“¹¹ Diese Raumvorstellung bezeichne ich nach Einstein (der in diesem Zusammenhang allerdings das englische Wort „container“ verwendet) als „Behälter-Raum“.

Die theoretische Begründung für die dem „Behälter-Raum“ zugrundeliegende Vorstellung von einer Entkopplung von „Raum“ und „körperlichen Objekten“ wurde vor allem durch Newtons Theorie des „absoluten Raums“ geprägt. Die Theorie des „absoluten Raumes“ war in der klassischen Physik eine wesentliche Voraussetzung zur Erklärung des Trägheitsverhaltens der Körper. Die Entscheidung für das „Behälter-Raum“-Konzept hatte somit vor allem wissenschaftsimmanente Gründe. In einer Studie zur Genese der mechanistischen Natur- und Sozialphilosophie verweist Gideon Freudenthal¹² jedoch auch auf den Zusammenhang zwischen der Begriffskonstruktion des absoluten Raumes durch Newton und dem Gesellschaftsbild dieser Zeit. Nach Freudenthal ist in dieser Begriffskonstruktion ein spezifisches Verhältnis von System und Element angelegt: die Elemente des Systems besitzen ihre „essentiellen Eigenschaften“ unabhängig von dem System. Diese Vorstellung von der Unabhängigkeit der Eigenschaften der Elemente von dem Gesamtsystem war auch bestimmend für die naturrechtlich fundierten Gesellschaftskonzeptionen des 17. und 18. Jahrhunderts. Bei den Gesellschaftstheorien ist der gesellschaftliche Hintergrund für dieses so formulierte Verhältnis zwischen System und Element evident: Es hat seine Wurzeln in der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft, die geprägt ist durch den Besitzindividualismus freier Bürger und Warenbesitzer. Freudenthal schließt daraus allerdings nicht, daß Newton seinen Raumbegriff entsprechend einer gesellschaftsphilosophischen Konzeption modelliert hat, sondern daß sowohl in den Natur- als auch den Gesellschaftstheorien dasselbe philosophische Grundprinzip über das Verhältnis von System und Element angewendet wurde und daß die Wurzeln dieses Grundprinzips in den sozialen Verhältnissen dieser Zeit zu suchen sind.

Die begriffliche Wiedervereinigung von „Raum und „Zeit“, Materie und „Raum“

Mit dem Relativitätsprinzip von Einstein wurden Newtons Begriffen des absoluten Raumes und der absoluten Zeit die theoretische Basis entzogen. Die begriffliche Trennung von „Raum“ und „Zeit“, die den Anschein erweckt, als seien „Zeit“ und „Raum“ getrennte Größen, wird abgelöst durch die Konzeption eines vierdimensionalen „Raum-Zeit-Kontinuums“. Es kommt also zu einer begrifflichen Wiedervereinigung von „Raum“ und „Zeit“. Die praktische Relevanz des „Raum-Zeit-Kontinuums“ illustriert Norbert Elias wie folgt: „Jede Veränderung im „Raum“ ist eine Veränderung in der „Zeit“, jede Veränderung in der „Zeit“ ist eine Veränderung im „Raum“. Man lasse sich nicht durch die Annahme irreführen, man könne „im Raum“ stillsitzen, während „die Zeit“ vergeht: man selbst ist es, der dabei älter wird. Das eigene Herz schlägt, man atmet, man verdaut; die eigenen Zellen wachsen und sterben ab. Die Veränderung mag langsam sein, aber man verändert sich kontinuierlich „in Raum und Zeit“ – als ein Mensch, der älter und älter wird, als Teil einer sich verändernden Gesellschaft, als Bewohner der sich rastlos bewegenden Erde.“¹³

Im Rahmen des „Raum-Zeit“-Konzeptes der neueren Physik wird auch die Loslösung des Raumes von der Materie revidiert. In der Riemannschen Geometrie legt wieder die Materie die Geometrie des Raumes fest. Allerdings wurde in der neueren Physik der Begriff des körperlichen Objekts als Fundamentalbegriff der Physik allmählich durch den des Feldes ersetzt. Die gesamte physikalische Realität läßt sich diesem Ansatz zufolge als ein „Feld“ darstellen, dessen Komponenten von vier raum-zeitlichen Parametern abhängen. „Das, was den räumlichen Charakter des Realen ausmacht, ist dann einfach die Vierdimensionalität des Feldes.“¹⁴

Diesen Hinweisen auf die Revision des Raumbegriffs beziehungsweise die begriffliche Konstruktion des „Raum-Zeit-Kontinuums“ in der modernen Physik könnte man nun entgegenhalten, daß sich diese Überlegungen auf Naturvorgänge beziehen, die völlig losgelöst sind von unseren Alltagserfahrungen.

Nicht nur die Ausführungen von Elias zum „Raum-Zeit-Kontinuum“, sondern auch ein Blick in die moderne Kunst zeigen uns jedoch ein anderes Bild: „Es fällt auf, daß in der Zeit, in der Einstein seine ersten Theorien entwirft, die Maler und Komponisten die Kontinua, innerhalb derer sie bisher gestalten, ebenfalls aufgeben. Das Kontinuum der Maler war seit der Renaissance der dreidimensionale Raum, der durch verschiedene Formen der Perspektive – zusammen mit den dargestellten Figuren – sichtbar wurde. Die dargestellten Figuren waren somit in das Kontinuum des Raumes eingeordnet. ... Die Maler geben mit dem Kubismus und der abstrakten Malerei dieses Kontinuum auf.“¹⁵ Die Maler bilden keine dreidimensionalen Räume mehr ab, die Musiker verlassen die vertrauten Klangräume und die Dichter schildern nebeneinander herlaufende Entwicklungen. Die moderne Kunst hat sich offensichtlich – ohne

sich darüber immer im klaren zu sein – von den am naturwissenschaftlichen Weltbild der klassischen Physik orientierten Raumvorstellungen gelöst und Bild-, Text- und Tonräume entwickelt, die eine deutliche Affinität mit den Raumkonzepten der modernen Physik haben.

Meine Ausführungen zu der Revision beziehungsweise Überwindung des „Behälter-Raum“-Konzeptes in der Physik zielen nicht darauf ab, die unmittelbar Übernahme der neuen „Raum-Zeit-Konzepte“ aus der Physik in die Gesellschaftsanalyse zu propagieren. Die Beschäftigung mit der neueren Raumdiskussion in der Physik erscheint mir jedoch nötig und hilfreich, um die affirmative „Verknöcherung“ des (ursprünglich aus der traditionellen Physik übernommenen) Raumverständnisses in den Gesellschaftswissenschaften aufzubrechen. Bei diesem Rückblick auf die historische Herausbildung der Raumkonzepte drängt sich vor allem die Frage auf, ob die naturzentrierten Raumbegriffe der Naturwissenschaften eine adäquate theoretische Basis bieten für die Analyse sozialräumlicher Phänomene, z. B. in der Stadt- und Regionalforschung, oder ob dazu nicht ein gesellschaftszentriertes Raumkonzept erarbeitet werden müßte.

Zur Entproblematisierung des Raumproblems in den Gesellschaftswissenschaften

Ich gehe von der These aus, daß die Fixierung an naturwissenschaftlich-geometrischen Raumkonzepten zu einer Verkürzung der Analyse räumlicher Ausprägungen und Bedingungen gesellschaftlicher Realität führen, da die Raumbezüge nur als Eigenschaften der stofflichen Welt erscheinen. Raumprobleme oder räumliche Strukturen werden bei einem derartigen Raumverständnis von den Gesellschaftswissenschaften a priori nur negativ, als externe Restriktionen sozialer Prozesse definiert, die für die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit durch die handelnden Subjekte keine oder keine nennenswerte Relevanz zu besitzen scheinen. Es wird zwar gesehen, daß gesellschaftliche Interaktionen sich immer auch ‚im Raum‘ und raumbezogen vollziehen und gesellschaftliche Entwicklungsprozesse mit einer Vielzahl von raumbezogenen sozialen und ökonomischen Phänomenen – wie beispielsweise Städten und Regionen – verbunden sind. Für die mainstream-Theorien der Gesellschaftswissenschaften ist der „Raum“ jedoch kein Thema. Das räumliche Substrat der Gesellschaft und die Raumbezogenheit gesellschaftlicher Prozesse scheint aus der Perspektive der Gesellschaftswissenschaften ein Tatbestand zu sein, den man vernachlässigen kann.

In der Soziologie ist diese Ausblendung der Raumdimension aus der Theoriebildung unmittelbar verbunden mit einem Wissenschaftsverständnis, das Hans Linde mit dem Schlagwort von der „Sachabstinnenz unserer Soziologie“¹⁶ charakterisiert hat. Gemeint ist damit die konzeptuelle Ausgrenzung von Sachen und Sachverhältnissen aus der soziologischen Theoriebildung im

Rahmen von „social-system“-Konzepten oder einer Soziologie, die ihr Erkenntnisinteresse auf „soziales Handeln“ und damit verbundenes „Sinnverstehen“ eingengt hat. Bei einer derartigen Beschränkung des „Sozialitätskriteriums“ soziologischer Theorien auf interpersonelle Beziehungen werden raumbezogene Artefakte mit naturgegebenen Umweltbedingungen in den Topf der „non-social-objects“ geworfen. Damit wird auch das Raumproblem aus dem sozialen Kontext in die Systemumwelt der Sozialsysteme ausgelagert und erhält den Status einer Umweltbedingung im Sinne eines äußeren Anpassungszwangs.

In den mainstream-Theorien der Wirtschaftswissenschaften, insbesondere in den theoretischen Modellen der neoklassischen Gleichgewichtsökonomie, erscheint die gesellschaftliche Realität als „wonderland of no spatial dimensions“¹⁷. Die einzelnen Elemente der Wirtschaft werden in diesen Modellen auf einen Punkt zusammengeschoben, so daß nur noch eine „Ein-Punkt-Welt“ zurückbleibt und die Raumdimensionen überflüssig erscheinen.

Soweit sich Spezialtheorien wie Regional- oder Raumwirtschaftstheorien mit Fragen der räumlichen Strukturierung der nationalen (oder regionalen) Ökonomien befassen, werden Raumprobleme unter dem negativen Aspekt von Hindernissen betrachtet: von zu überwindenden räumlichen Hindernissen für die Ausgleichsprozesse des Marktes. Unter dieser Perspektive wird „Raum“ reduziert auf „Distanzraum“ im Sinne von Zwischenraum zwischen Standorten von dislozierten ökonomischen Funktionen, der überwunden werden muß und dessen Überwindung mit Kosten verbunden ist.

Der Transportprozeß hat in diesen Modellen die Rolle eines Vermittlungsglieds zwischen dem konkret vorfindbaren geographischen Raum und dem ökonomischen Raum. Er transformiert die geographische Distanzen in die ökonomische Größe der Transportkosten. In dem Transportvorgang werden die geographisch-räumlichen Strukturen des Wirtschaftsprozesses in abstrakte Preisgrößen aufgelöst, die dann in den Markt- und Preismodellen der Wirtschaftswissenschaften „systemgerecht“ verarbeitet werden können.

Es entspricht der Logik dieses Ansatzes, den Raum im Sinne von Entfernungsraum so billig und schnell wie möglich zu überwinden. Dementsprechend kann die ökonomische Bestimmung des Transports in der Formel zusammengefaßt werden: *Transport ist die Vernichtung des Raumes* (als geographischer Entfernungsraum) mit den Mitteln der Transporttechnologie. Im Verlauf der historischen Entwicklung der Transporttechnologien lösten sich die „Distanzräume“ zwischen verschiedenen Orten in immer kürzere „Zeiträume“ auf, und die Kosten der „Raumüberwindung“ haben inzwischen weitgehend ihre raumdifferenzierende Wirkung verloren.

Je niedriger jedoch die Transportkosten werden, desto mehr verlieren diese regional- und raumwirtschaftlichen Modelle ihre Relevanz. Denn, so der neoklassische Raumwirtschaftler von Böventer, „ohne Transportkosten wäre keine Raumwirtschaftstheorie notwendig: Trotz geographischer Entfernung würde, vom ökonomischen Standpunkt aus gesehen, eine Ein-Punkt-Wirt-

schaft vorliegen, und man käme mit den Ein-Punkt-Modellen der traditionellen allgemeinen Theorie vollkommen aus...“¹⁸

Vor diesem Hintergrund erscheint es plausibel, wenn Buttler et al. im Hinblick auf Erklärungsmodelle der neoklassischen Regionalökonomie formulieren, „die neoklassische Theorie sei darum bemüht, die Raumdimension ökonomischer Prozesse zu einer Angelegenheit von nebensächlicher Bedeutung zu erklären.“¹⁹ Nach diesen Autoren ist dies „ganz im Sinne einer Erklärungsstrategie, die sich des Themas 'Raumdimension' entledigen will, weil die neoklassischen Vorhersagen darauf hindeuten, daß es sich dabei um ein Problem handelt, das sich von selbst löst, abgesehen von politisch zu überwindenden Friktionen i.S. partieller Marktversagensphänomene.“²⁰ So kommen z.B. die regionalwirtschaftlichen Modelle der Neoklassik zu dem Ergebnis, daß Entwicklungsunterschiede und ökonomische Disparitäten zwischen Regionen im Verlauf des Modernisierungsprozesses von selbst ausgeglichen werden. Daß diese Modellvorstellungen wenig mit der tatsächlichen gesellschaftlichen Realität zu tun haben, muß angesichts der ausgeprägten Entwicklungs- und Anpassungsprobleme alter Industriegebiete wie dem Ruhrgebiet oder maritim orientierter Dienstleistungszentren wie Bremen oder Hamburg nicht weiter betont werden.

Angesichts der Vielzahl raumbezogener oder räumlich vermittelter Gesellschaftsprobleme ist es zunächst erstaunlich, daß die Raumblindheit der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften nicht selbst zum Problem wird. Aber offensichtlich gibt es eine gewisse Entsprechung zwischen der Fragmentierung und Parzellierung des gesellschaftlichen Raumes und der Spezialisierung der Gesellschaftswissenschaften, so daß die Raumprobleme in den verschiedenen Spezialdisziplinen und Bindestrich-Wissenschaften „aufgehoben“ zu sein scheinen. Der realen Fragmentierung des gesellschaftlichen Raumes entspricht eine fragmentierte Bearbeitungsweise in der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung.

Diese fragmentierte Bearbeitung erfolgt in der Regel nach dem *Behälter- oder Container-Prinzip*, wobei meist vorgegebene Funktionszonen oder institutionelle Raumgrenzen als Abgrenzung eines gesellschaftlichen Raumes oder Untersuchungsfeldes genommen werden. Bei Makrotheorien ist dies vielfach der Nationalstaat, in der Gemeindeforschung war dies lange Zeit die „lokale Einheit“ der Gemeinde. In den „top-down“-Ansätzen der Regionalforschung haben die Regionen den Charakter von räumlichen Containern für die prinzipiell als mobil und substitutiv betrachteten Produktionspotentiale. Der regionale Wirtschaftsraum wird gewissermaßen als Resonanzkörper gesamtgesellschaftlicher Wachstumsimpulse betrachtet, denen er sich entsprechend anzupassen hat. Als ein derartiger Behälter-Raum kann aber auch eine Fabrik, ein Stadtteil, ein städtischer Platz oder ein Gebäudekomplex betrachtet werden. Gemeinsames Kennzeichen der sehr unterschiedlichen Anwendung des Behälter-Prinzips in der gesellschaftswissenschaftlichen Analyse ist die Einführung des „Raumes“ als a priori gegebene Hülle oder Hohlraum für ge-

sellschaftliche oder gesellschaftsrelevante „Rauminhalte“. Die Kritik an diesem methodischen Vorgehen konzentriert sich deshalb auch auf die Entkopplung der Konstitution des „Raumes“ von dem Funktions- und Entwicklungszusammenhang seines gesellschaftlichen „Inhalts“. Mit der Anwendung des Behältersprinzips in der empirischen Gesellschaftsforschung ist jedoch vielfach noch eine weitere gravierende methodische Unklarheit verbunden: es bleibt in vielen Studien unbestimmt, ob der jeweilige gesellschaftliche Raum, also z.B. eine Stadt oder Region, tatsächlich theoretisches Erkenntnisobjekt ist oder nur als räumliche Abgrenzung eines empirischen Forschungsfeldes für die Untersuchung allgemeiner gesellschaftlicher Erscheinungen dient.

Im Gegensatz zu der bisher scheinbar erfolgreichen Entproblematisierung des „Raumes“ in den Gesellschaftswissenschaften, die vielfach mit der impliziten Unterstellung einer zunehmenden Emanzipation gesellschaftlicher Entwicklung vom „Raum“ verbunden ist, gehe ich von der These einer Re-Aktualisierung von Raumproblemen in der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung aus. Verwiesen sei hier nur beispielhaft auf die Verschärfung der regionalen Disparitäten durch die deutsche Vereinigung, die zunehmende Fragmentierung und Polarisierung der Städte, die ökologische Krise, die dem Menschen wieder sein „Sichbefinden“ in Umwelten deutlich macht, sowie den Bedeutungsverlust des Nationalstaats als wirtschaftspolitischer Regulationsraum bei gleichzeitiger Herausbildung dezentraler Regulationsformen auf lokaler und regionaler Ebene. Vor diesem Hintergrund erscheint mir eine Rekonzeptualisierung gesellschaftswissenschaftlicher Raumkonzepte dringend geboten.

Ansätze zu einem Konzept gesellschaftlicher Räume

„Die große Obsession des 19. Jahrhunderts ist bekanntlich die Geschichte gewesen ... Hingegen wäre die aktuelle Epoche eher die Epoche des Raumes. Wir sind in der Epoche des Simultanen, wir sind in der Epoche der Juxtaposition, in der Epoche des Nahen und des Fernen, des Nebeneinander, des Auseinander. Wir sind, glaube ich, in einem Moment, wo sich die Welt weniger als ein großes sich durch die Zeit entwickelndes Leben erfährt, sondern eher als ein Netz, das seine Punkte verknüpft und sein Gewirr durchkreuzt. Vielleicht könnte man sagen, daß manche ideologischen Konflikte in den heutigen Polemiken sich zwischen den anhänglichen Nachfahren der Zeit und den hartnäckigen Bewohnern des Raumes abspielen.“

Michel Foucault.²¹

In den folgenden Ausführungen werde ich – in der Form vorläufiger Arbeitshypothesen – Ansatzpunkte für ein Konzept gesellschaftlicher Räume formulieren.

1. Zum Verhältnis von gesellschaftlichem und physischem Raum

Zur Verdeutlichung meiner Argumentation will ich – trotz der damit verbundenen Gefahr einer schematischen Verkürzung – als erstes versuchen, den wesentlichen Unterschied herauszuarbeiten, durch den sich meiner Ansicht

nach ein Konzept gesellschaftlicher Räume von dem physischer Räume unterscheiden müßte.

– In der klassischen Physik wird der „*physische Raum*“ – vereinfacht formuliert – als eine Art „Behälter“ aufgefaßt, der völlig leer und gleichförmig ist. Innerhalb dieses „Raumes“ läßt sich das materielle Naturgeschehen anschaulich darstellen und kausal erklären. Die Verteilung der Materie in diesem „Behälter-Raum“ erfolgt nach Gesetzen, die in keinerlei innerem Zusammenhang mit dem „Raum“ stehen. Geht man jedoch von der Vorstellung eines „relationalen Ordnungsraums“ aus und betrachtet „Raum und Materie nicht gesondert, sondern in bezug aufeinander – wie dies in der Physik seit Einstein geschieht –, dann ist der 'Raum' von der Raumstruktur und auch von der Verteilung der Materie nicht mehr abtrennbar. Raum und Materie bilden eine Einheit...“²² Bei dieser Sichtweise werden Raum und Raumstruktur durch die lage- und standortbedingte Ordnungsstruktur der körperlichen Objekte bestimmt.

– Ein „*gesellschaftlicher Raum*“ könnte – bei entsprechendem Erkenntnisinteresse – ebenfalls als ein „Behälter-Raum“ betrachtet werden. Das „*Behälter-Raum*“-Konzept impliziert jedoch – wie bereits ausgeführt – eine Entkopplung des „Raumes“ von dem Funktions- und Entwicklungszusammenhang seines gesellschaftlichen „Inhalts“ und führt damit zu einer Externalisierung des „Raumproblems“ aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Erklärungszusammenhang.

Geht man von der Betrachtungsweise eines „*relationalen Ordnungsraums*“ aus, so manifestiert sich der „gesellschaftliche Raum“ in der Form seiner materiell-physischen Raumstruktur. Sie läßt sich beispielsweise darstellen durch das erdräumliche Beziehungsgefüge der Lagen und Standorte der körperlichen Objekte (also den menschlichen Artefakten, einschließlich der gesellschaftlich angelegten und kulturell überformten Natur, sowie den Menschen in ihrer körperlichen Leiblichkeit).

Diese materiell-physische Raumstruktur ist allerdings zunächst nur die „*banale*“ Erscheinungsform der Objektivierung und Naturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse sowie der naturgesetzlichen Ortsgebundenheit menschlicher Lebens und menschlicher Arbeit an bestimmte erdräumliche Standorte. Weder der gesellschaftliche Bedingungs- und Entwicklungszusammenhang, der diese Raumstrukturen hervorgebracht hat und sie reproduziert oder transformiert, noch die gesellschaftlichen Funktionen der einzelnen Raumelemente und die gesellschaftlichen Beziehungen, die die einzelnen Raumelemente in einen gesellschaftlichen Raum einbinden, lassen sich mit Hilfe von mathematischen oder physikalischen Raumkonzepten erfassen.

Es bedarf also offensichtlich eines erweiterten Raumkonzeptes, um gesellschaftliche Räume aus ihrem „qualitativen“, das heißt ihrem gesellschaftlichen Funktions- und Entwicklungszusammenhang heraus erklären zu können. Der „Raum“ ist dabei weder neutrales „Gefäß“ noch passive „Resultante“ körperlicher Objekte, sondern ein derartiges Konzept muß auch die gesellschaftli-

chen „Kräfte“ einbeziehen, die das materiell-physische Substrat dieses Raumes und damit auch die Raumstrukturen formen und gestalten. Unter dem Aspekt seiner Gesellschaftlichkeit erhält ein Raum die Qualität eines aktiven Wirkungsfeldes, eines gesellschaftlichen Milieus²³, dessen formschaffende Kraft die gesellschaftliche Praxis der Menschen ist, die den physischen Raum gestaltet, aneignet, mit Symbolen besetzt und ihn damit zu einem gesellschaftlichen macht. Der gesellschaftliche Raum ist also nicht nur ein „Umraum“ der handelnden Menschen, sondern schließt sie ihrer eigenen Leiblichkeit, ihren räumlich vermittelten Interaktionen und ihren Ausdrucks- und Verwirklichungsformen mit ein.

2. Zu den wesentlichen Charakteristika und Komponenten eines Konzepts gesellschaftlicher Räume

Anknüpfend an der thesehaften Erweiterung des Konzeptes eines (passiven) „relationalen Ordnungsraumes“ zu einem (gesellschaftlich konstituierten und symbolisierten) räumlichen Wirkungsfeld bzw. gesellschaftlichen Milieu lassen sich zur Charakterisierung eines „gesellschaftlichen Raumes“ die folgenden Komponenten unterscheiden:

- Das *materiell-physische Substrat* gesellschaftlicher Verhältnisse, als die materielle Erscheinungsform des gesellschaftlichen Raumes. Dieses gesellschaftlich „produzierte“ Substrat besteht aus menschlichen, vielfach standortgebundenen Artefakten, den materiellen Nutzungsstrukturen der gesellschaftlich angeeigneten und kulturell überformten Natur sowie den Menschen in ihrer körperlich-räumlichen Leiblichkeit. Dieses materielle Substrat ist zugleich über vielfältige Vermittlungsformen eingebunden in die umfassende Biosphären-Totalität, die aus einer Vielzahl von Kontinenten und Ozeanen, Landschaftszonen und Naturregionen einschließlich der Gewässer und der Luftschicht besteht.²⁴
- Die *gesellschaftlichen Interaktions- und Handlungsstrukturen* beziehungsweise die gesellschaftliche Praxis der mit der Produktion, Nutzung und Aneignung des Raums substrats befaßten Menschen, die hier als soziale Akteure und unter dem Aspekt ihrer klassenmäßigen Differenzierung betrachtet werden. Daß diese gesellschaftliche Praxis in ihrer jeweiligen Artikulation durch je spezifische lokale Klassen- und Machtverhältnisse strukturiert und vielfach durch lokale Traditionen und Identitäten geprägt sein wird, soll hier nur angemerkt werden.
- Ein *institutionalisiertes und normatives Regulationssystem*, das als Vermittlungsglied zwischen dem materiellen Substrat des gesellschaftlichen Raumes und der gesellschaftlichen Praxis seiner Produktion, Aneignung und Nutzung fungiert. Dieses Regulationssystem, das aus Eigentumsformen, Macht- und Kontrollbeziehungen, rechtlichen Regelungen, Planungsrichtlinien und Planungsfestlegungen, sozialen und ästhetischen Normen etc. besteht, kodifiziert und regelt im wesentlichen den Umgang mit den raumstrukturierenden

- Mit dem „*Makro-Raum*“, der abhängig von Problemstellung und Theorieauffassung entweder als die nationalstaatlich verfaßte Gesellschaft mit ihrer intranationalen Differenzierung begriffen werden kann oder als „kapitalistisches Weltsystem“ mit seinen – durch die internationale Arbeitsteilung geprägten – hierarchischen Raumraster, in das die nationalen, regionalen und städtischen Räume eingebunden sind.

Jede dieser drei Ebenen der Raumbezogenheit hat ihre eigene Ausprägung und ihre spezifischen, mehr oder weniger abstrakten Vermittlungsformen zwischen räumlich-materiellen Strukturen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Trotzdem muß zum Beispiel bei der Analyse einer Stadt „der Gleichzeitigkeit der drei Raumhorizonte“²⁵ Rechnung getragen werden. Diese drei „Raumhorizonte“ müssen somit aufeinander bezogen und konzeptuell verflochten werden. Da das „Meso-Niveau“ einer Region oder Stadt ein zentraler Schnitt- und Knotenpunkt der verschiedenen „Raum-Horizonte“ ist, kommt ihm dabei auch die Funktion einer Vermittlungsebene zu.

4. Zum Problem gesellschaftlicher „Funktionsräume“

Die Betrachtung gesellschaftlicher Räume unter dem alleinigen Aspekt ihrer erdräumlichen oder territorialen Standortkonfiguration bezeichnet Francois Perroux in seiner Theorie „ökonomischer Räume“ als „banale Raumauffassung“²⁷. Diese „banale Raumauffassung“ reduziert demnach den gesellschaftlich strukturierten Raum auf erdräumliche Standortkonfigurationen, gleichsam als „factum brutum“ eines entsozialisierten Raumes. Durch diese Betrachtungsweise entsteht die „illusionäre Vorstellung“ von einem Zusammenfallen der politischen Räume mit den ökonomischen und sozialen Räumen.

Zur Überwindung dieser „banalen“ Betrachtungsweise ist es erforderlich, „gesellschaftliche Räume“ als das Resultat „gesellschaftlicher Beziehungen“ zu bestimmen. Da gesellschaftliche Beziehungen jedoch in hohem Maße ausdifferenziert sind, folgt daraus, daß sie sich dementsprechend auch in einer Vielzahl von gesellschaftlichen „Teilräumen“ darstellen. Durch die „funktionale Spezialisierung“ und „strukturelle Ausdifferenzierung“ gesellschaftlicher Verhältnisse bilden sich verschiedene gesellschaftliche Teilsysteme heraus, also ökonomische, soziale, politische und kulturelle Teilsysteme, die sich wiederum in verschiedene Untersysteme, zum Beispiel in lokale Untersysteme ausdifferenzieren. Diese einzelnen, durch ihre „funktionale Spezialisierung“ bestimmten gesellschaftlichen Teilsysteme entfalten mit ihrer „strukturellen Ausdifferenzierung“ zugleich auch eine je spezifische räumliche Manifestation. Diese räumlichen Manifestationen der verschiedenen gesellschaftlichen Funktionssysteme bezeichne ich in Anlehnung an Elmar Altvater als *gesellschaftliche „Funktionsräume“*²⁸.

Durch die unterschiedlich bestimmten Systemgrenzen der gesellschaftlichen Teilsysteme haben die „Funktionsräume“ auch unterschiedliche räumliche

Artefakten (zum Beispiel Arbeitsstätten, Behausungen, Verkehrswege, Kommunikationssysteme etc.). In diesem Regulationssystem überlagern sich, entsprechend der 'Kompetenzverteilung' zwischen lokalen und zentralen Regulationsformen, verschiedene Raumniveaus.

- Ein mit dem materiellen Substrat verbundenes *räumliches Zeichen-, Symbol- und Repräsentationssystem*. Die raumstrukturierenden Artefakte sind durch ihre funktionale oder ästhetische Gestaltung auch Symbol- und Zeichenträger, wodurch unter anderem eine kognitive Erkennbarkeit ihrer sozialen Funktionen und eine affektive Identifikationsmöglichkeit vermittelt werden kann.²⁹ Als kristallisierte, vergegenständlichte Formen gesellschaftlichen Handelns und als – vielfach standortgebundene – Sachsysteme, die soziale Verhältnisse begründen und vermitteln, repräsentieren diese Artefakte zugleich „hochselektive, spezifische 'Gebrauchsanweisungen'“³⁰, die das räumliche Verhalten der Menschen vorstrukturieren.

Die materiell-räumliche Struktur des gesellschaftlichen Raumes hat zusätzlich den Charakter „*kristallisierter Geschichte*“. Sie umgibt uns „wie eine stumme und unbewegliche Gesellschaft“³¹ und verkörpert dabei das „kollektive Gedächtnis“. – Ein gesellschaftlicher Raum ist dementsprechend aus dem gesellschaftlichen Herstellungs-, Verwendungs- und Aneignungszusammenhang seines materiellen Substrats zu erklären, in dem diese vier schematisch unterschiedenen Komponenten miteinander in Beziehung gesetzt werden. Als Resultat der materiellen Aneignung der Natur ist ein gesellschaftlicher Raum zunächst ein gesellschaftlich produzierter Raum. Seinen gesellschaftlichen Charakter entfaltet er allerdings erst im Kontext der gesellschaftlichen Praxis der Menschen, die in ihm leben, ihn nutzen und ihn reproduzieren. Durch diese unmittelbare gesellschaftliche Dimension erklärt sich auch sein Charakter als aktives Wirkungsfeld bzw. gesellschaftliches Milieu.

3. Mikro-, Meso- und Makro-Räume

Bei der Analyse gesellschaftlicher Räume ist man mit sehr unterschiedlichen Analyse-Niveaus konfrontiert:

- Mit dem körpernahen „*Mikro-Raum*“, in dessen Mittelpunkt der Mensch mit seiner räumlichen Leiblichkeit steht. Hier macht der Mensch seine elementaren Raumerfahrungen; sowohl im Umgang mit Sachverhältnissen, deren gesellschaftliche „Gebrauchsanweisungen“ und Zeichen er lesen und interpretieren lernt, als auch mit anderen Menschen, die mit ihren räumlich vermittelten Interaktionsformen und ihrer räumlichen Präsenz den sozialen Charakter des Raumes wesentlich prägen.
- Mit dem „*Meso-Raum*“, also zum Beispiel dem Raum der regionalen Arbeits- und Lebenszusammenhänge oder der vielfältigen gesellschaftlichen Zusammenhänge einer Stadt. Auf diesem Raumniveau bilden sich bereits äußerst komplexe Verflechtungsstrukturen heraus und überlagern sich die verschiedenen Schichten „*kristallisierter Geschichte*“.

Ausbreitungen oder Wirkungsfelder, und sie entfalten, entsprechend ihrer jeweiligen Funktionsspezialisierung, auch unterschiedliche raumprägende oder raumstrukturierende Tendenzen. Im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß überlagern und überlappen sich diese Funktionsräume entsprechend ihrer jeweiligen Ausprägung. *Der gesamtgesellschaftliche Raum ergibt sich somit als eine komplexe und widerspruchsvolle Konfiguration ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Funktionsräume*, die zwar ihre jeweils spezifische Entwicklungsdynamik haben, zugleich jedoch in einem gegenseitigen Beziehungs- und Spannungsverhältnis stehen.

Dieser abstrakte Zusammenhang soll am Beispiel des „*Meso-Raumes*“ einer Region verdeutlicht werden. In Anlehnung an Altvater bestimme ich eine Region als „räumliche Zusammenfassung von Orten vergleichbarer ... Ressourcenausstattung, gemeinsamer Traditionen der dort lebenden Menschen, einer spezifischen Artikulation von Arbeits- und Lebensbedingungen ..., eines spezifischen Zeitregimes und Raumverständnisses.“³¹ Durch diese Charakterisierung wird ein territorialer Arbeits- und Lebenszusammenhang einschließlich seiner kulturellen und ökologischen Aspekte abgegrenzt als Ausgangsbasis für die Analyse der Entwicklungsdynamik und -perspektive dieses gesellschaftlichen Raumes.

Bei der Betrachtung dieser Region unter dem Aspekt der sie prägenden gesellschaftlichen Verhältnisse wird schnell deutlich, daß der regionale Arbeits- und Lebenszusammenhang „zugleich in die ökonomischen Reproduktionsbedingungen des Weltmarktes einbezogen und als Teil des betreffenden Nationalstaats seinem politischen System einverleibt“³² ist. Die Region erweist sich im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß als „Ort der Widersprüche zwischen Funktionsräumen“, denn die regionalen Teilsysteme „Gesellschaft, Kultur, Ökologie, die auch räumlich sind, müssen mit der 'Räumlichkeit' von Kapital und Staat nicht unbedingt kompatibel sein, so daß im Raum soziale und politische Konflikte sowie ökonomische Krisen unvermeidlich sind.“³³

5. Zum Verhältnis von raumstrukturierenden Tendenzen und historisch vorgegebene Raumstrukturen

Bei der Analyse des Verhältnisses von raumstrukturierenden Tendenzen und historisch „gewachsenen“ Raumstrukturen kann zwar nicht übersehen werden, daß das Kapitalverhältnis das dominante gesellschaftliche Verhältnis ist und somit die Verwertungsbedingungen des Kapitals auch in hohem Maße die raumstrukturierenden Tendenzen bestimmen. Dies darf jedoch nicht dazu führen, daß die historisch-räumliche Entfaltung und Artikulation dieser beiden Aspekte auf einen verdinglichten Automatismus von Weltmarktendenzen und räumlichen Ent- und Verwertungsprozessen reduziert wird. Der vielschichtige Prozeß der zyklischen und diskontinuierlichen Destrukturierung und Restrukturierung von gesellschaftlichen Räumen läßt sich in seiner jewei-

ligen Besonderheit nur erfassen, wenn in einem entsprechend vielschichtigen Forschungsansatz seine historische Bestimmtheit, seine soziale und ökonomische Entwicklungsdynamik und Widerspruchskonstellation, seine politischen und kulturellen Vermittlungsformen und seine ökologische Einbindung rekonstruiert werden.

Die zentrale Widerspruchskonstellation eines derartigen Forschungsansatzes läßt sich mit der Polarität „konkreter Ort“ – „globaler Raum“ benennen; also auf der einen Seite der konkrete „Ort“ der täglichen Lebens- und Arbeitswelt mit seinen historischen, kulturellen und ökologischen Besonderheiten und Identifikationsbezügen und auf der anderen Seite der globale und abstrakte Funktions-Raum des Weltmarktes mit seinen Tendenzen zu einer Banalisierung, Fragmentierung und Hierarchisierung des gesellschaftlichen Raumes. Der konkrete „Ort“ ist zwar Teil des globalen „Raumes“, geht jedoch nicht in ihm auf. Die jeweilige Besonderheit des „Ortes“ reproduziert sich in Abhängigkeit von der Artikulation der spezifischen lokalen oder regionalen Bedingungen mit den nationalen und globalen Tendenzen und damit letztlich über die gesellschaftliche Praxis der in diesem regionalen Raum lebenden Menschen.

* Diese Thesen wurden veröffentlicht in:
 Jahresbericht 1992 des Kulturwissenschaftlichen Instituts im Wissenschaftszentrum NRW, hrsgg. v. Lutz Niethammer, Essen 1992.

Wichtige Anregungen für das Überdenken und Überarbeiten einer früheren Fassung dieser Thesen verdanke ich einem Kolloquium des Kulturwissenschaftlichen Instituts zu dem Thema: „Raumkonzepte in den Gesellschafts- und Kulturwissenschaften“ im Mai 1992. Den Teilnehmern dieses Institutskolloquiums möchte ich an dieser Stelle noch einmal herzlich danken für die äußerst stimulierende Diskussion sowie die fruchtbare Kritik und die vielfältigen Anregungen für eine weitere Ausformulierung eines Konzepts gesellschaftlicher Räume, die ich in der vorliegenden Fassung nur teilweise verarbeiten konnte. Selbstverständlich bin ich für die verbleibenden Mängel und die Vorläufigkeit meiner Überlegungen allein verantwortlich.

- 1 Vilém Flusser: Raum und Zeit aus städtischer Sicht. In: M. Wetz (Hrsg.): Stadt-Räume, Frankfurt/New York 1991, S. 22.
- 2 Otto F. Bollnow: Mensch und Raum. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984 (1963), S. 18.
- 3 Manuel Castells: Die kapitalistische Stadt. Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung, Hamburg 1977, S. 259ff. (frz. Orig.: La Question Urbaine, Paris 1975.)
- 4 Peter Saunders: Soziologie der Stadt, Frankfurt/New York 1987, S. 242.
- 5 Auf die Abhängigkeit von „Raum-Anschauungen“ von dem jeweiligen „Sinnzusammenhang“ verweist Ernst Cassirer in dem Vortrag: *Mythischer, ästhetischer und theoretischer Raum*: „Und hier zeigt sich zunächst das Eine und das für unsere Betrachtung Entscheidende: daß es nicht eine allgemeine, schlechthin feststehende Raum-Anschauung gibt, sondern daß der Raum seinen bestimmten Gehalt und seine eigentümliche Fügung erst von der Sinnordnung erhält, innerhalb deren er sich jeweilig gestaltet. Je nachdem er als mythische, als ästhetische oder als theoretische Ordnung gedacht wird, wandelt sich auch die 'Form' des Raumes - und diese Wandlung betrifft nicht nur einzelne und untergeordnete Züge, sondern sie bezieht sich auf ihn als Gesamtheit, auf seine prinzipielle Struktur. Der Raum besitzt nicht eine schlechthin gegebene, ein für allemal feststehende Struktur; sondern er gewinnt diese Struktur erst kraft des allgemeinen Sinnzusammenhangs, innerhalb dessen sein Aufbau sich vollzieht.“ (In: Bericht über den 4. Kongreß für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft in Hamburg 1930, Beilageheft zur Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft, Bd. 25, Stuttgart 1931, S. 28f.)
- 6 O. F. Bollnow, a.a.O., S. 33.
- 7 Max Jammer: Das Problem des Raumes. Die Entwicklung der Raumtheorien, Darmstadt 1980, S. 5.

- 8 E. Cassirer, a.a.O., S. 178.
- 9 Albert Einstein: Vorwort. In: M. Jammer, a.a.O., S. XV.
- 10 A.a.O.
- 11 A.a.O.
- 12 Gideon Freudenthal: Atom und Individuum im Zeitalter Newtons. Zur Genese der mechanistischen Natur- und Sozialphilosophie, Frankfurt/M. 1982.
- 13 Norbert Elias: Über die Zeit. Arbeiten zur Wissenssoziologie II, Frankfurt/M. 1984, S. 74 f.
- 14 A. Einstein, a.a.O., S. XVII.
- 15 August Nitschke: Das Weltbild der modernen Physik (im Gespräch mit B. Kanitschneider). In: A. Nitschke u.a. (Hrsg.), Jahrhundertwende. Der Aufbruch in die Moderne. Bd. 2, Reinbek b. Hamburg, S. 123.
- 16 Hans Linde: Sachdominanz in Sozialstrukturen. In: H. Albert et al. (Hrsg.), Gesellschaft und Wissenschaft, Bd. 4, Tübingen 1972, S. 12.
- 17 Vgl. Walter Isards Kritik an den modernen Gleichgewichtstheorien. In seinem Buch *Location and Space-Economy* kritisiert er exemplarisch Hicks' Theorie als „wonderland of no spatial dimensions. Apparently he (Hicks) assumes markets to be perfect ... Or, otherwise expressed, transport costs and other costs involved in movement within a 'market' are assumed to be zero. In this sense the factor of space is repudiated, everything within the economy is in effect compressed to a point, and all spatial resistance disappears.“ (W. Isard: *Location and Space-Economy*, Cambridge/London 1972, S. 25f.)
- 18 Edwin von Böventer: Raumwirtschaftstheorie. In: HdSW, 8. Bd, Stuttgart 1964, S. 705.
- 19 Friedrich Butler/ Knut Gerlach/ Peter Liepmann: Grundlagen der Regionalökonomie, Reinbek 1977, S. 59.
- 20 A.a.O.
- 21 Michel Foucault: Andere Räume. In: M. Wetz (Hrsg.), Stadt-Räume, Frankfurt/New York 1991, S. 66.
- 22 Alexander Gosztonyi: Der Raum. Geschichte seiner Probleme in Philosophie und Wissenschaft, Freiburg 1976, S. 1226.
- 23 „Milieu“ wird hier verwendet in der Bedeutung von räumlichem Lebenskontext, Handlungsrahmen und Begrenzungshorizont und nicht im Sinne von einer verselbständigt gedachten Umwelt („environment“). Der Milieubegriff soll also Formen räumlicher Vergesellschaftung erfassen. Er steht im Gegensatz zu „lieu“, dem isolierten Standort, dem statischen Teilraum, dem „factum brutum“ eines entsozialisierten Raumes. (Zur historischen Veränderung des Milieubegriffs siehe: Jürgen Feldhoff: Milieu. In: Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 5, Basel/Stuttgart 1980, Sp. 1393-1395.)
- 24 Vgl. Karl Hermann Tjaden: Mensch - Gesellschaftsformation - Biosphäre, Marburg 1990.
- 25 Vgl. dazu u.a. Bernd Hamm: Einführung in die Siedlungssoziologie, München 1982 (insbes. Kap. über Semiotik des Raumes) und Detlev Ipsen: Raumbilder. Zum Verhältnis des ökonomischen und kulturellen Raumes. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12, S. 921-931.
- 26 H. Linde, a.a.O., S. 9.
- 27 Maurice Halbwachs: Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt/M. 1985, S. 128.
- 28 E. Konau, Raum und soziales Handeln. Stuttgart 1977, S. 219.
- 29 Francois Perroux: Les Espaces Économique. In: J. Boudville (Hrsg.), L'Espaces et les Poles de Croissance, Paris 1968, S. 9.
- 30 Vgl. Elmar Altvater: Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung und ökologische Gefährdung. Der Fall Brasilien, Hamburg 1987.
- 31 A.a.O., S. 80.
- 32 A.a.O.
- 33 A.a.O.

BERICHT ÜBER DEN KONGRESS FÜR SOZIOLOGIE IN DÜSSELDORF VOM
 28.9.-2.10.1992 "LEBENSVERHÄLTNISSE UND SOZIALE KONFLIKTE IM
 NEUEN EUROPA"

Aus der Vielzahl der Veranstaltungen und Ereignisse möchte ich hier nur einige, mir für die Sektion wichtig erscheinende Innovationen weitergeben. Zu einem Teil ist dies bereits auf unserer Mitgliederversammlung geschehen, die allerdings durch die Düsseldorf Organisatoren auf einem Zeitrahmen von 30 Minuten beschränkt und dann noch einmal durch die längere Dauer der vorhergehenden Sektionssitzung verkürzt wurde. Leider gab es schon im Vorfeld einige organisatorische Pannen, die von Düsseldorf verursacht wurden und die vor allem die in- und ausländischen Gäste unserer Sektion auszubaden hatten.

Doch nun zu den erfreulichen Nachrichten, die Herr Schäfers, Vorsitzender der DGS, in seiner Begrüßungsrede ankündigte. Die Schader-Stiftung für Gesellschaftswissenschaft und Praxis wird jährlich drei Preise (für Forschung, für eine Persönlichkeit und für ein Projekt) vergeben. Über die Modalitäten der Preisvergabe hat sich Herr Schäfers im nächsten Mitteilungsblatt der DGS inzwischen geäußert. Sein Bericht ist in dieser Ausgabe unseres Nachrichtenblattes veröffentlicht. *

Die DGS wird eine Neuauflage der Leselisten herausgeben, die Ende 1990 gestellt wurden. Unsere Leseliste wird vorerst in nicht revidierter oder ergänzter Form neu erscheinen. Angesichts des Ärgers, den es um die Aufstellung dieser Liste in der Sektion gegeben hat, und der Notwendigkeit, nun auch die ostdeutsche Stadt- und Regionalentwicklung mitzubedenken, schien mir für eine Veränderung der Liste eine ausführliche Diskussion um das Verfahren der Aufstellung und die Kriterien der Struktur der Leseliste wichtig. Diese Diskussion soll auf der Frühjahrstagung in Bonn begonnen werden.

* s. die folgende Information über den Preis der Schader-Stiftung

Die erwartete Verabschiedung des Ethik-Codex auf der Mitgliederversammlung der DGS fand wegen verschiedener erheblicher Einwände noch nicht statt. Es wird weiter darüber im Konzil der DGS beraten.

Unsere Sektion war in Düsseldorf mit einem Plenum und zwei Sektionssitzungen vertreten. Das Plenum fand zum Thema "Regionale Ungleichheit in europäischen Ländern" statt. Über die Verhältnisse in ihren jeweiligen Ländern berichteten Mingione (Mailand), Dunford (Sussex), Veltz (Paris) und Läßle (Hamburg). Die erste Sektionssitzung behandelte die ost- und westdeutsche Stadt- und Regionalentwicklung. Es gab dazu Beiträge von Katrin Hater und Sigrun Kabisch über die bergbaubedingte Zwangsmigration im Vergleich - Rheinland und Mitteldeutschland, von Christine Weiske über das Programm der sozialistischen Lebensweise in den Untersuchungen der Stadtsoziologie der DDR, von Ferdinand Böltken, Alfred Schwandt, Wendelin Strubelt über Komponenten lokaler und sozialer Bindungen im regionalen Ost-West-Vergleich sowie Dietrich Henckel über Entwicklungschancen deutscher Städte - die Folgen der Vereinigung und Martin Gornig über die Auswirkungen der Vereinigung auf die Regional- und Stadtentwicklung.

Im Anschluß an das Referat von Christine Weiske ergab sich eine Auseinandersetzung über ihre Interpretation der Stadtsoziologie der DDR, die leider aus Zeitgründen an Ort und Stelle nicht vertieft werden konnte, aber doch fortgesetzt werden sollte.

Diese Veranstaltung war überwiegend von Sektionsfremden besucht (ca. 50 Personen). Am Ende der Veranstaltung gab es einige Anfragen hinsichtlich der Arbeit in der Sektion und Mitgliedschaft.

Die zweite Sektionssitzung fand zum Thema Regionalismus und regionale Identität statt. Hier gab es Beiträge von Jürgen Pohl über raumbezogene Identität als sozialgeographisches Problem, von Rainer Stierand über Regionalismus und Regionalpolitik als

soziologisches Forschungsfeld, von Richard Pieper zur theoretischen normativen Relevanz regionaler Identität sowie von Frank-Olaf Brauerhoch über Identität und Identitätsmanagement am Beispiel der "Metropole" Frankfurt und Detlef Ipsen über Raumbilder und regionale Identität.

In der Diskussion stand der Begriff der regionalen Identität im Vordergrund. Es wurde deutlich, daß er sehr unterschiedlich gebraucht wird, sei es als Identität der Region als Kollektiv oder als Teilidentität einer Person. Schließlich wurde die Frage des theoretischen und praktischen Nutzens für die Analyse von Regionen diskutiert. Die Beiträge, die in den Sektionssitzungen gehalten wurden, sollen in einem eigenen Veröffentlichungsband der Deutschen Gesellschaft für Soziologie erscheinen.

Der nach mehreren Anläufen nun doch endlich offiziell umbenannte Soziologentag wird 1995 als Kongreß für Soziologie stattfinden. Der zweijährige Rhythmus wird nur deswegen durchbrochen, weil 1994 in Bielefeld der Weltkongreß für Soziologie stattfinden wird.

Marianne Rodenstein
Sprecherin der Sektion
Stadt- und Regionalsoziologie

Abdruck aus:

SOZIOLOGIE, Heft 2 / 1992, S. 149 - 152

D. Preis der Schader-Stiftung

"Gesellschaftswissenschaften und Praxis"

Auf Initiative von Herrn Alois M. Schader wurde in der Schader-Stiftung (Sitz in Darmstadt) der Preis "Gesellschaftswissenschaften und Praxis" eingerichtet.

Im August dieses Jahres wurde nach gründlicher Vorbereitung zwischen der Schader-Stiftung und der Deutschen Gesellschaft für Soziologie ein Vertrag über die Vergabe von Preisen unterzeichnet. An den Vorbereitungen zur Vertragsgestaltung waren vor allem unsere Kollegen Professor Dr. Dr. h. c. Kari Martin Bolte (Mitglied des Beirats der Schader-Stiftung) und Professor Dr. Claus Offe (Vorstand DGS) beteiligt. Ich möchte beiden für das große Engagement sehr herzlich danken.

I. Zweck und Förderungsaktivitäten der Schader-Stiftung

Zweck der Stiftung ist die Förderung der Gesellschaftswissenschaften in ihrer Praxisorientierung und in der Umsetzung ihrer Erkenntnisse bei der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben.

Dieser Zweck soll insbesondere verwirklicht werden durch

- die Förderung des Wissenstransfers von den Gesellschaftswissenschaften in die Praxis;
- die Vergabe von Preisen für herausragende gesellschaftswissenschaftliche Leistungen mit eindeutigem Praxisbezug;
- die Vergabe von praxisorientierten Forschungsaufträgen;
- die Förderung von Pilotprojekten in der Praxis unter Anwendung und zur Überprüfung gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse;
- die Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen in anderen Wissenschaftsdisziplinen, vor allem im Städtebau und Wohnungswesen, die in spezifischer Weise der Einbeziehung gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse gewidmet sind.

Die Schader-Stiftung will mit ihrer Förderungstätigkeit Innovationen bewirken, Initiativen auslösen und Projekte mit Beispiel- und Pilotcharakter initiieren. Dazu kann sie auch mit anderen Institutionen gemeinsam Förderungsprojekte konzipieren und durchführen. Auch die finanzielle Mitträgerschaft Dritter ist möglich und gewollt.

Preise

II. Auszüge aus der "Projektbeschreibung" des Preises "Gesellschaftswissenschaften und Praxis"

Die folgenden Auszüge sind dem Vertrag zwischen der Schader-Stiftung und der DGS als Anlage beigegeben.

1. Ziel und Aufgliederung des Preises in Kategorien

Die Schader-Stiftung richtet den Preis "Gesellschaftswissenschaften und Praxis" ein. Er hat die Förderung des Transfers gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis und deren Anwendung bei der Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben in allen Praxisfeldern zum Ziel. Die Stiftung vergibt den Preis möglichst jährlich in allen unten angesprochenen Kategorien im Rahmen eines gemeinsamen Festaktes.

Der Preis "Gesellschaftswissenschaften und Praxis" umfaßt mehrere Kategorien:

- Auszeichnung gesellschaftswissenschaftlicher Arbeiten mit ausgeprägter Praxisrelevanz
 - im Bereich der Soziologie
 - im Bereich der Politischen Wissenschaft.
- Auszeichnung von Personen, die sich um die Umsetzung gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis besonders verdient gemacht haben.
- Auszeichnung von Projekten in der Praxis, bei deren Konzeption und Durchführung Erkenntnisse einer oder mehrerer gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen vorbildlich eingebracht und umgesetzt wurden.

In jeder Preiskategorie wird eine Auszeichnung vorgenommen.

Die einzelnen Preiskategorien umfassen - im Rahmen des "Gesamtpreises" - sowohl die gesellschaftswissenschaftlichen praxisrelevanten Leistungen hinsichtlich Inhalt und Autor, den Transfer von Erkenntnissen aus den Gesellschaftswissenschaften in die (einschlägige) Praxis als auch die erfolgreiche Anwendung gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse bei der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben in der Praxis. Somit ist der Prozeß von der Erbringung einer gesellschaftswissenschaftlichen Leistung, ihrem Transfer und ihrer praktischen Verwendung abgedeckt.

2. Zusammenarbeit in der Preisvergabe - vor allem Jury

Die Zusammenarbeit der Schader-Stiftung und der Deutschen Gesellschaft für Soziologie richtet sich auf die Preiskategorien 1a und 2.

a) Preiskategorie 1a

Der Preis richtet sich in der Kategorie 1a auf die Auszeichnung gesellschaftswissenschaftlicher Arbeiten im Bereich der Soziologie, die sich durch eine ausgeprägte Praxisrelevanz auszeichnen und in deutscher Sprache verfaßt sind. Die Preishöhe beträgt DM 10.000,00.

Eine sachkundige Jury für die Preiskategorie 1a befindet über die Vergabe dieser Auszeichnung. Sie setzt sich zusammen aus:

- drei von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie benannten Wissenschaftlern,
- einem von der Schader-Stiftung benannten fachbezogenen Wissenschaftler,
- einem von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vorgeschlagenen und im beiderseitigen Einvernehmen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und der Schader-Stiftung zu berufenden Praktiker.

Die Jury hat die Aufgabe der Auswahl der auszeichnungswürdigen Arbeit im Sinne der Zielsetzung des Preises. Nach ihrer Konstituierung wird sie zunächst die dazu maßgeblichen Kriterien im Einvernehmen mit dem Vorstand der Schader-Stiftung erarbeiten. Die Vorprüfung und die Vorsortierung der auszeichnungswürdigen Arbeiten werden im Rahmen der Jury-Arbeit je nach Arbeitsanfall von zwei oder drei Jury-Mitgliedern vorgenommen. Die Entscheidung trifft die gesamte Jury mit einfacher Mehrheit. Die Jury gibt sich im Einvernehmen mit der Schader-Stiftung eine Geschäftsordnung.

b) Preiskategorie 2

Die Höhe des Preises in der Kategorie 2 "Auszeichnung von Personen, die sich um die Umsetzung gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis besonders verdient gemacht haben", beträgt DM 25.000,00. Diese Auszeichnung richtet sich an Personen, die in den Gesellschaftswissenschaften, in Lehre, Verwaltung, Politik, Weiterbildung sowie Journalismus, Verlags- und Übersetzungswesen die Verbreitung und Anwendung gesellschaftswissenschaftlichen Wissens und das entsprechende Problembewußtsein hervorragend gefördert haben.

Eine sachkundige Jury befindet über die Vergabe dieser Auszeichnung im Sinne der Zielsetzung des Preises. Da diese Preiskategorie sich übergreifend über einzelne Wissenschaftsdisziplinen hinweg auf die Gesellschaftswissenschaften insgesamt bezieht, muß die Jury interdisziplinär besetzt sein. Dementsprechend setzt sich die Jury zur Preiskategorie 2 aus der Jury zur Preiskategorie 1a und der zur Preiskategorie 1b (der drei von der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft benannte Wissenschaftler, ein von der Schader-Stiftung benannter fachbezogener Wissenschaftler und ein einschlägiger Praktiker angehören) zusammen.

Böltken, F. / Schwandt, A. / Strubelt, W.

Komponenten lokaler und sozialer Bindungen im regionalen "Ost-West-Vergleich"

Sektion Stadt- und Regionalsoziologie, Soziologentag in Düsseldorf am 29.9.1992

I. Einführung

Die Aufgabe der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung besteht u.a. darin, Grundlagen für die Analyse der räumlichen Befindlichkeit der Bundesrepublik Deutschland zu liefern und dazu eigenständige analytische Beiträge vorzulegen. Dies war in der letzten Zeit insbesondere notwendig im Hinblick auf die Ausweitung der Berichterstattung auf die fünf neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland. Dazu bedienen wir uns der offiziellen, amtlichen aber auch halboffizieller Statistiken, die wir in regionaler Differenzierung auswerten. Sie zeigen die z.T. dramatischen Disparitäten in der Bundesrepublik nach der Vereinigung an. Weniger Auskunft geben solche Daten Auskunft darüber, wie solche Disparitäten von den Bürgern wahrgenommen, bewertet und in Verhalten umgesetzt werden.

Zunehmend wurde in diesem Zusammenhang die Umfrageforschung wichtig, die wir seit 1985 für die Bundesrepublik in ihrem alten Zugschnitt betrieben haben; ab 1990 für die Bundesrepublik inklusive der fünf neuen Länder.

Heute beabsichtigen wir, Ergebnisse zweier Umfragen in der Bundesrepublik von 1990 und 1991 vorzulegen, die in unserem Auftrag durchgeführt worden sind. Wir wollen versuchen, Komponenten lokaler und sozialer Bindungen im Ost-West-Vergleich in einem ersten Ansatz vorzustellen.

Es hat bisher bereits verschiedene Vergleiche gerade bezogen auf das Gebiet der Stadt- und Regionalsoziologie gegeben, so etwa von Friedrichs und Kahl und auch verschiedene Analysen aus dem Bereich des sozioökonomischen Panels. So die Analysen von Gillwald und Habich in "Futures". Hier wurde herausgearbeitet, daß das Thema Individualisierung der Lebensstile und der Lebensverhältnisse im Westen weiter ablaufe, dies zukünftig auch für den Osten erwartet wird, während aber derzeit noch vor allem Aspekte der Sicherheit, der Lebensumstände im privaten und öffentlichen Bereich Vorrang haben. In einem anderen Zusammenhang hat Neef, verschiedene Arbeiten resümierend, darauf hingewiesen, daß die bisherige DDR-Gesell-

III. Zum weiteren Procedere und zur Preisvergabe

Die Mitglieder der Jury werden - soweit die DGS beteiligt ist - der Schader-Stiftung bis Ende Oktober vom Vorstand der DGS benannt. Ende November wird in Darmstadt eine konstituierende Sitzung der Jury zu den Preiskategorien 1a und 1b stattfinden. Dort werden Kriterien für die Vergabe des Preises in den genannten Kategorien erarbeitet und die weitere Arbeits- und Vorgehensweise festgelegt, vor allem die Ausschreibung, das Vorschlagsrecht, die Vorauswahl und die Vorprüfung betreffend.

Beabsichtigt ist, die Preise im Januar auszuschreiben; beabsichtigt ist weiterhin - entsprechend einer Offerte von Prof. Dr. Wolfgang Zapf, dem Präsidenten des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) -, die Preisvergabe im WZB vorzunehmen.

Hierzu seien aus dem Vertrag die beiden ersten Punkte des §5 ("Öffentlichkeits- und Medienarbeit") zitiert:

- "1. Beide Vertragspartner stimmen darin überein, daß der Preis "Gesellschaftswissenschaften und Praxis" der Schader-Stiftung durch eine sachgerechte Öffentlichkeits- und Medienarbeit begleitet wird.
2. Die Schader-Stiftung stimmt sich bei ihrer Öffentlichkeits- und Medienarbeit sowie bei der Veröffentlichung von Publikationen zu dem Festakt und zu diesen eventuell begleitenden Veranstaltungen wie Symposien mit der Deutschen Gesellschaft für Soziologie ab, insoweit diese inhaltlich und personell davon berührt ist."

Für diese erste Information bleibt nur noch Punkt 6 aus §3 des Vertrages nachzutragen: "Die Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Soziologie haben ein Vorschlagsrecht für auszeichnungswürdige Arbeiten".

Näheres zum Procedere wird in den DGS-Informationen 1/93 mitgeteilt.

Bernhard Schäfers, Karlsruhe

schaft eine Gesellschaft der "Nischenexistenz" war und sich die Frage stellt, wie sich dies unter den neuen Lebensbedingungen darstellen wird. Andere (Schwandt) sprechen von einer sogenannten Abhak-Gesellschaft, d.h. einer Gesellschaft, die zwar nach außen gewissen gesellschaftlichen Erwartungen nachkam, dies aber mehr oder weniger für sich abhakte, nicht mit einem vollen Engagement tat. Insofern stellte sich für uns die Frage, ob spezifische Lebensumstände und gesellschaftliche Prädispositionen, die in der ehemaligen DDR gegeben waren, auch jetzt noch nachhaltige Verhaltensorientierungen darstellen und ob sich die Anpassungsschwierigkeiten, die zwischen Ost und West derzeit ablaufen, daraus erklären lassen. Wir wollen an einem sehr kleinen Bereich, nämlich der Frage der Nachbarschaft und der sozialen Bindungen versuchen - zugegebenermaßen in einem sehr kurzen querschnittshaften Zugriff - herauszuarbeiten, welche Unterschiede zwischen Ost und West es gibt und wie sie ggf. erklärt werden können.

II. Lokale und soziale Bindungen

1953 stellte E. Reigrotzki in seiner Studie 'soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik' folgende Frage 'Was würde Ihnen wohl am meisten fehlen wenn Sie (von dieser Stadt, diesem Ort) weg müßten?', wobei eine Liste von materiellen und sozialen Bindungsfaktoren vorgelegt wurde.

Diese Frage wurde in der Bundesrepublik mehrfach repliziert und u.a. dazu genutzt, Tendenzen des Wertewandels, der Modernisierung von Gesellschaft oder der Entwicklung von Stadt-Land-Unterschieden zu beobachten.

In der BfLR-Umfrage (Die BfLR-Umfrage ist Teil des Sozialwissenschaften-Busses, die Fallzahl beträgt jeweils ca 2000 Befragte, in Ost und West wurden voneinander unabhängige Samples dieser Größenordnung gezogen) wurde diese Frage 1985 und 1989 im Westen, 1990 und 1991 in Ost- und Westdeutschland gestellt, um Vermutungen über unterschiedliche Ausprägungen von sozialen Bindungen (etwa: vormoderne DDR-Gesellschaft vs. postmoderne BRD, Individualisierung und Anonymität vs. 'wärmerer' Sozialbeziehungen in überschaubarem 'Netzen' usw.) einer empirischen Überprüfbarkeit näher zu bringen.

Einige der Befunde seien hier vorgestellt. Betrachten wir zunächst lokale Bindungen sozialer Art (Abb. 1; hier wie in den folgenden Abbildungen stellen die mit Jahreszahlen belegten Punkte auf der Zeitachse die Meßzeitpunkte dar. Die Verbindung dieser Punkte ignoriert also, daß zwischen ihnen Schwankungen sein können), dann zeigt sich im Zeitvergleich 'West' (1953 bis 1991) ein deutlicher Anstieg von Bindungen, die eher frei gewählt sind: 'Freunde, Bekannte' und auch 'Nachbarn'. Dagegen sind institutionalisierte Kontakte (Vereine) relativ konstant geblieben, verwandtschaftliche Bindungen haben an Bedeutung verloren. Interpretiert man letztere als 'traditionelle' Bindungen, dann zeigt sich in der Tat eine Tendenz zur Ablösung von traditionell vorgegebenen durch individuell eingegangene Bindungen.

Der Ost-West-Vergleich für 1990 und 1991 (den wir in den Abbildungen durch senkrechte Linien kennzeichnen) zeigt, daß solche individuellen Bindungen (Freunde, Bekannte) im Osten eine fast deckungsgleiche quantitative Bedeutung haben. Insofern liegt also hier kein Hinweis auf 'vormoderne' Bindungen in den neuen Ländern versus den 'modernen' Bindungen in den alten Ländern vor - wenn man so will, keine 'Ungleichzeitigkeit' des Gleichzeitigen. Zugleich sind aber Bindungen eher traditioneller Art (Verwandschaft) deutlich stärker ausgeprägt, während nähräumliche und institutionell vorgegebene Bindungen (Nachbarn, Vereine) eine geringere Bedeutung haben. 'Sozialistische Lebensweise' hat demnach - entgegen möglichen Erwartungen oder auch Absichten - gerade im Bereich eher vorgegebener Assoziationen weniger im traditionellen Familienbereich Bindungen mit sich gebracht.

Bemerkenswert, aber angesichts der nur 2 zur Verfügung stehenden Meßzeitpunkte nicht überzustrapazieren ist der Umstand, daß außer im individuell bestimmten Bereich der Freunde und Bekannten von 1990 auf 1991 ein Verlust an Bindungen zu beobachten ist, besonders krass bei den traditionellen verwandtschaftlichen Beziehungen.

Abb. 2 zeigt die Entwicklung materieller bzw. regionaler Bindungsfaktoren. Hier ist im Westen ein - der Entwicklung von Wohneigentum entsprechender - Anstieg der Bindungen an Haus und Wohnung zu beobachten, aber auch ein Anwachsen kleinräumiger Bindungen (Orts-Teil/Straße). Dagegen hat die regionale Beziehung (Landschaft) eher an Bedeutung verloren, ebenso wie die Bindung an den Betrieb bzw. an Arbeitskollegen. Auch dies ließe sich mit Theorien über Modernisierung in Einklang bringen.

Auch bei diesen Merkmalen gibt es wenig Anlaß, von einer grundsätzlich anderen Befindlichkeit im Osten auszugehen. Zwar ist die Bindung an Haus und Wohnung (dem Eigentümeranteil und der Qualität der Wohnungen entsprechend) weniger ausgeprägt, gleichwohl steht dieser Privatbereich an erster Stelle. Vergleichbar ist auch die regionale Bindung (Landschaft) und die Verbundenheit mit der kleinräumigen Wohnumgebung und mit dem Betrieb. Hier zeigen sich allerdings zwischen 1990 und 1991 möglicherweise charakteristische Verschiebungen: Die kleinräumigen Bindungen, die 1990 noch denen im Westen entsprachen, sind deutlich zurückgegangen (wegen relativer Deprivation im nun erfahrbaren Ost-West-Vergleich?), die Bindungen an den Betrieb, die 1990 im Osten weit stärker waren, haben sich 1991 angeglichen (wegen - weiblicher - Arbeitsplatzverluste?).

Betrachtet man die sozialen Bindungen im regionalen Vergleich (Abb. 3/4), für den wir hier lediglich nach Großstädten und kleineren Orten unterscheiden, dann zeigt sich insbesondere in kleineren, ländlich geprägten Orten des Ostens ein Bedeutungsverlust von vorgegebenen Beziehungsstrukturen. 'Nachbarn' und 'Vereine' verlieren stark an Bedeutung und erreichen 1991 das Niveau, das auch in Großstädten anzutreffen ist. Daß dort diese Bindungsfaktoren relativ konstant bleiben, könnte als Hinweis auf 'robustere', im Wandel eher erprobte urbane Sozialbeziehungen gewertet werden,

von Nachbarkontakten zu keiner Zeit grundlegende Unterschiede zwischen Ost und West gegeben haben kann. Selbst in der ehem. DDR kann die von der machtausübenden Seite gewollte und propagierte Profilierung kollektivistischer Lebensformen in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens zumindest in der Sphäre des Wohnens nicht massenhaft verinnerlicht gewesen sein. Denn ein wirklich über vier Jahrzehnte geprägtes Verhaltensmuster hätte sich über mehrere Phasen eines noch so umfassenden und tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandlungsprozesses erhalten müssen oder müßte wenigstens noch in Spuren nachweisbar sein. In den Ergebnissen unserer im Spätherbst 1990 einsetzenden vergleichenden Untersuchungen zwischen Ost und West jedenfalls sind solche Spuren anhand der Globalergebnisse kaum noch nachweisbar.

Überhaupt scheint die Beziehung zu den Nachbarn als Teil des Wohnverhaltens ein langfristig konstantes und nur in großen Zeiträumen beobachtbar sich veränderndes Orientierungsmuster zu sein, das durch politisch oder sonstwie motivierte Willensbildung von außen kaum zu beeinflussen ist. Es gehört offensichtlich ganz einfach zum Wohnstil der Menschen hierzulande, daß sie in der Mehrzahl Nachbarkontakte wünschen und sie auch in mehr oder weniger starkem Maße pflegen.

Natürlich sind Beziehungen zu Nachbarn mit dem Einzug in eine Wohnung und damit in ein neues Wohnumfeld nicht einfach da, sondern sie müssen sich entwickeln, was sich an dem deutlich erkennbaren Zusammenhang zwischen der Wohndauer und der Ausprägung von Nachbarkontakten zeigt, ebenso und folgerichtig in Relation zum Lebensalter der Befragten und zum Alter der Gebäude (Tabellen 1, 2, 3).

Aber ebenso gibt es, nach den Ergebnissen unserer Befragung zu urteilen, einen Zusammenhang zwischen den Nachbarschaftsbeziehungen und einer dafür notwendigen räumlichen Distanz. Engere Nachbarschaft, so unsere These, entfaltet sich nur da, wo sie nicht den Charakter des Zwanghaften und Unausweichlichen annimmt, wo die Reibeflächen gegenseitiger Belästigung so gering wie möglich zu halten sind und ein Rückzug in die ungestörte Privatsphäre der Familie jederzeit möglich ist. Dem entspricht, daß es eine deutliche Korrelation zwischen Gebäudegröße und Nachbarkontakten gibt: je weniger Familien in einem Hause leben, umso häufiger sind nähere oder intensive Kontakte zu den Nachbarn vorhanden (Tabelle 4).

Die nachbarfreundlichste Wohnform ist ganz offensichtlich das Ein- bis Zweifamilienhaus, das (großstädtische) Vielfamilienhaus dagegen hält die Bewohner stärker auf Distanz. Als Ausdruck für größere oder geringere Notwendigkeit zu nachbarlichen Kontakten ist dieser Befund wohl nicht zu werten: Die Bewohner des Häuschens im Grünen haben erkennbar kaum mehr oder weniger Veranlassung, zu ihren Nachbarn in mehr als lose Grußkontakte zu treten als die in den städtischen Mietskasernen. Auch ist die Zahl der tatsächlich als Nachbarn erfahrbaren Mitbewohner in dem einen Fall kaum überschaubar als in dem anderen. Es bleibt als mögliche Erklärungsgrundlage für diesen Befund eigentlich nur die These, daß mit der Verringerung räumlicher Distanz im Wohnbereich auch die Toleranzgrenze für die Akzeptanz von Mitbewohnern als Voraussetzung für Kontaktaufnahme enger gezogen wird. Überhaupt erscheint uns die Wech-

gegenüber der größeren 'Verletzlichkeit' kleinstädtisch/ländlicher Strukturen bei strukturellem Wandel. Tatsächlich ist ja gerade der ländliche Raum der neuen Länder von Strukturwandel und Abwanderung besonders betroffen.

Auch verwandtschaftliche Bindungen verlieren ihre 'ländliche' Stärke, sodaß 1991 im Osten das Stadt-Land-Gefälle schwächer ausgeprägt ist als im Westen, insbesondere, was nachbarliche und Vereins-Bindungen angeht.

III. Nachbarkontakte im Ost-West-Vergleich

1. Hypothesen auf der Basis von Randauszählungen

Grundlage für die Bewertung von Nachbarkontakten bildet die These, daß der Ausprägungsgrad dieser Kontakte sowie die Einstellung zu seinen Wohnnachbarn wichtige Indikatoren für die Akzeptanz des sozialräumlichen Umfeldes im Wohnbereich sind. Bei der Analyse der Bindungsfaktoren an das Wohnumfeld hat sich gezeigt, daß die Beziehungen zu den Nachbarn als eine der sozialen Komponenten des Wohnbereiches für viele ein stärkerer Bindungsfaktor ist als etwa die lokale Komponente Straße und Ortsteil.

Nach den Ergebnissen der BfLR-Umfrage 1991 pflegen ziemlich genau zwei Drittel aller Befragten nähere oder gar intensive Kontakte zu ihren Nachbarn, das heißt, sie kennen sich, sie helfen sich gelegentlich aus, sind miteinander befreundet oder besuchen sich öfter. Der Anteil derer, die in dieser Weise bestehende Nachbarkontakte bekunden, ist nach den Randauszählungen unserer Untersuchung in Ost und West absolut deckungsgleich, es gibt in dieser Hinsicht zunächst keine feststellbaren Unterschiede (Tabelle 1). Die gleiche Feststellung gilt für den hier nicht dargestellten, aber nachweisbaren Zusammenhang zwischen Nachbarschaftskontakten und Wohnzufriedenheit. Dreiviertel derer, die nähere oder gar intensive Kontakte zu Nachbarn pflegen, bekunden auch Zufriedenheit mit ihren Wohnbedingungen.

Ein solches Ergebnis steht im Widerspruch zu den schon über Jahrzehnte gehegten Befürchtungen einer zunehmenden Anonymisierung der modernen Wohnumwelt. Für die meisten Bürger gehören mehr als lose Grußkontakte zu ihren Nachbarn nach wie vor durchaus zum gewollten und gepflegten Alltagsverhalten in der Wohnumwelt.

Besonders die scheinbare Deckungsgleichheit der Ergebnisse zwischen Ost und West fordert zu einer näheren Analyse heraus. Auch wenn man das Gesamtergebnis auf alle in der Untersuchung nur möglichen Korrelationen hin beleuchtet, zeigen sich von den Randverteilungen her kaum Unterschiede. Da wo es Abweichungen vom Durchschnitt gibt, da gibt es sie fast durchgängig in der gleichen Tendenz und auch in etwa gleichen Relationen in Ost wie in West.

Zunächst will es scheinen, daß die in entsprechenden Untersuchungen anzutreffende These eines stärker entwickelten Gemeinschafts-sinnes und eines mehr auf Kollektivität ausgerichteten Alltagsverhaltens im Osten nicht aufrechtzuerhalten ist. Vielmehr stützen die Ergebnisse die Annahme, daß es im Hinblick auf die Bewertung

selwirkung von sozialräumlicher Distanz und Toleranz zur Erklärung sozialer Verhaltensweisen im Wohnumfeld weiterführender Untersuchungen wert.

Spätestens an dieser Stelle wird es notwendig, die Aussagekraft so allgemeiner Thesen auf der Basis noch undifferenzierter Sicht auf die Globalergebnisse in Frage zu stellen.

Nützlich ist dabei die Frage, wie die bisherigen Befunde überhaupt widerspruchsfrei zustande kommen können: wie kann ein insgesamt gleiches Nachbarverhältnis zustande kommen, bei vergleichbarer Reaktion auf die jeweiligen Lebensumstände bzw. auf gängige Determinanten des Nachbarverhältnisses wie das Alter der Befragten, die Wohndauer, dem Alter der Wohngebäude und dem Haustyp? Offenbar dann, wenn auch diese Lebensumstände gleich oder gleich verteilt sind. Ist dies (wie im Ost-West-Vergleich) nicht der Fall, dann bleibt als Möglichkeit (wenn man hier einmal ausschließt, daß das Nachbarverhältnis falsch gemessen wurde und sich hinter quantitativ gleichen Ost/West-Werten erhebliche qualitative Unterschiede verbergen): Ein insgesamt gleiches Nachbarverhältnis kommt trotz unterschiedlicher Lebensbedingungen zustande, weil die Reaktionen auf diese Lebensumstände eben nicht gleich sind.

2. Nachbarkontakte: Struktur- und Verhaltensunterschiede

Aus methodischer Sicht repräsentieren die vorab skizzierten Erklärungsmodelle des 'gleichen' Gesamtergebnisses das Zusammenspiel von Struktur- und Verhaltensunterschieden oder von Struktur- und Verhaltenseffekten.

Diese Unterscheidung von Effekten bietet sich gerade bei der vergleichenden Betrachtung der Lebensweise im Osten und Westen an: Kann von unterschiedlicher Lebensweise bereits dann gesprochen werden, wenn 'nur' die Strukturen und damit die Kontextbedingungen ungleich sind, sich aber bei analytischer Konstanthaltung dieser Unterschiede, also bei Beobachtung vergleichbarer Situationen, das gleiche Verhalten zeigt? Oder kann von unterschiedlicher Lebensweise erst dann gesprochen werden, wenn unter ansonsten gleichen Bedingungen unterschiedliche Verhaltensweisen vorliegen?

Im folgenden wollen wir versuchen, am Beispiel des Zusammenhangs von 'Haustyp' und 'Nachbarverhältnis' ein wenig zur Trennung von Struktur- und Verhaltenseffekten beizutragen.

Greifen wir Tabelle 4 auf, dann zeigt sich - neben dem insgesamt 'gleichen' Nachbarverhältnis - die bereits erwähnte vergleichbare Tendenz der Wirkung von 'Wohnweise: mit zunehmender Gebäudegröße sinkt die nachbarliche 'Kontaktintensität'; also ein vergleichbarer 'Verhaltenseffekt'.

Zugleich zeigen sich erhebliche strukturelle Unterschiede: so ist der Haustyp '1/2 Familienhaus', der in Ost und West in vergleichbarem Ausmaß engere Nachbarkontakte begünstigt (76 % in Ost, 80 % in West), höchst unterschiedlich verteilt (Tabelle 5): in Ost woh-

nen 29 % der Befragten in Ein- und Zweifamilienhäusern, in West 43 % (in beiden Fällen zumeist in Eigentum).

Umgekehrt ist die Wohnform, die in Ost und West jeweils die geringste 'Nachbarlichkeit' aufweist, Häuser mit 9 und mehr Wohnungen, in Ost sehr viel häufiger anzutreffen (49 %) als in West (19 %). Bei diesem Haustyp zeigt sich dann aber auch deutlich ein unterschiedliches Verhalten: deutlich mehr Bewohner in Ost (59 %) als in West (41 %) geben ein enges Nachbarverhältnis an (Tabelle 4).

Betrachten wir zunächst den Struktureffekt 'Verteilung der Haustypen' näher. Er kennzeichnet die unterschiedlichen systembedingten Rahmenbedingungen für Lebensweise in Ost und West insofern, als diese Verteilung sehr eindeutig mit den jeweiligen Wohnungsbaupolitiken zusammenhängt. Das zeigt sich in Tabelle 5:

Während bei älteren Wohngebäuden die Haustypen in etwa gleichverteilt in Ost und West sind, dominiert beim Wohnungsneubau der DDR ab 1972 das große Mietshaus, die 'Platte', während im Westen Wohnungsneubau zwar mehr und mehr zum 'Eigenheimbau' wird, insgesamt aber kein so krasser Bruch in der Struktur des Neubaus vorliegt.

Dieser systembedingte Strukturunterschied spiegelt sich deutlich auch in Verhaltensunterschieden bzw. im Zusammenhang von Nachbarverhältnis und Baualter wider (Tabelle 6): Während im Westen kein durchgängiger Zusammenhang von Baualter und Nachbarverhältnis vorliegt, ist er im Osten deutlich ausgeprägt: ab '72, also mit dem Vorherrschen der industriellen Plattenbauweise großer Wohngebäude, wird das Nachbarverhältnis deutlich weniger eng.

Bezeichnet man diesen Struktureffekt, die Wohnform unter den Bedingungen der 'sozialistischen' Baupolitik, als Ausdruck sozialistischer Lebensweise, dann führt diese also insgesamt zu weniger engen Nachbarbeziehungen.

Dagegen könnte freilich ein Verfechter 'sozialistischer Bauweise' einwenden, daß dies gerade nicht für die diese Baupolitik repräsentierender Gebäude (9 u.m. Wohnungen) gilt. Hier liegen tatsächlich deutlich mehr Kontakte in Ost (59 %) als in West (41 %) vor.

Umgekehrt liegen im Westen in den die entsprechende Bau- und Eigentumspolitik besonders repräsentierenden 1/2-Familienhäusern engere Kontakte vor als im Osten.

Insgesamt ergibt sich auf diese Weise die vorab diskutierte Gleichverteilung von Nachbarbeziehungen als Kombination von Struktur- und Verhaltenseffekten. (Was zu der Vermutung führen könnte, daß sich in Deutschland ein 'gewachsener' Wohnstil unter jedweden Bedingungen durchsetzt, s.o.). Es scheinen aber insbesondere in großen Wohngebäuden Verhaltensunterschiede vorzuliegen, es scheint dort unter den Systembedingungen Ost ein anderes Verhalten praktiziert zu werden als unter den Systembedingungen West.

Dennoch könnte man sagen, daß die 'sozialistische Bauweise' tatsächlich über die Bildung anderer Strukturbedingungen auch andere alltägliche Nachbarbeziehungen gebildet habe, ebenso wie die 'kapitalistische' Bauweise über andere Strukturbedingungen andere Nachbarbeziehungen ausgeprägt hat.

Verfolgen wir dies am Beispiel großer Wohngebäude weiter, so zeigt sich, daß ein Teil der größeren Kontaktintensität im Osten auf die geringere Fluktuation, auf den geringeren Anteil sehr kurz Ansässiger zurückzuführen ist. (Tabellen 9.1/9.2). Insbesondere in älteren Wohngebäuden und bei großen Haushalten (bzw. bei Nicht-Einpersonen-Haushalten) ist der Anteil Kurzansässiger außerordentlich klein, was wiederum als Folge systembedingter Rahmenbedingungen (Mangel an Alternativen, weniger Notwendigkeit zu Wohnungswechsel z.B. wegen Garantie der Arbeitsplätze, Miethöhe usw.) verstanden werden könnte. Möglicherweise ist die geringere Wohnungsmobilität aber auch Folge einer insgesamt weniger mobilen Gesellschaft.

In jedem Falle ist das Nachbarverhältnis in diesen älteren großen Wohngebäuden enger als im Westen, enger auch als in neuen großen Wohngebäuden des Ostens selbst, also in den ab 1972 gebauten 'Platten', die zudem i.d.R. in größeren Neubaugebieten zusammengefaßt waren und die man als Prototyp 'sozialistischer' Bauweise bezeichnen könnte.

Daraus kann freilich nicht ohne weiteres auf den nachbarschaftsfeindlichen Charakter dieser Bauweise ('Platte') geschlossen werden, weil dort naheliegender Weise die Wohndauer geringer bzw. der Anteil kurzansässiger Bewohner besonders hoch ist (vgl. Tab. 9).

Berücksichtigen wir diesen Umstand und konzentrieren wir uns auf den besonders 'isolationsgefährdeten' Ein-Personenhaushalt, dann zeigt sich (Tabelle 10), daß in neueren Wohngebäuden des Ostens die Kontaktintensität bei kurzansässigen 1-Personenhaushalten eher höher ist (35 % ausgeprägte Kontakte) als für die kurzansässigen 1-Personenhaushalte in großen Wohngebäuden insgesamt (34 %) und jeweils deutlich höher als in den entsprechenden Wohnsituationen des Westens (18 %, 25 %). Auch bei längerer Wohndauer finden 1-Personen-Haushalte in großen Wohngebäuden des Ostens deutlich mehr Kontakt als in solchen des Westens, und war sowohl in älteren wie in neuen Gebäuden.

Insofern deuten sich in diesem Teilsegment des Wohnungsmarktes tatsächlich Verhaltensunterschiede an, eine größere Kontaktintensität im Osten bei von Kontaktdefiziten tendenziell bedrohten 1-Personen-Haushalten. Dieser Unterschied ist allerdings zum Systemvergleich nur sehr eingeschränkt tauglich, als dieses Teilsegment niedriger Kontaktintensität, das Wohnen in großen Neubaugebäuden, im Westen sehr viel weniger verbreitet ist als im Osten (was die Fallzahlen in unvertretbare Tiefe sinken läßt).

Diese geringere Verbreitung erklärt zugleich vermutlich einen guten Teil der Verhaltensunterschiede. Wie wir gezeigt haben, ist der Segregationsgrad in dieser Wohnsituation im Westen sehr viel höher als im Osten, gerade in Bezug auf 1-Personenhaushalte. Man

Unsere Arbeitshypothese ist hier jedoch, daß der direkte Einfluß des 'Systems' relativ gering ist. Wenn also Verhaltensunterschiede bestehen, dann müßten sie ohne Rückgriff auf Systembedingte Wirkungsmechanismen erklärt werden können. Wir suchen also nach Erklärungsfaktoren für Verhalten, die ohne Rückgriff auf 'sozialistische Lebensweise' auskommen - in dem Sinne, daß Menschen in vergleichbaren Struktur- und Alltagsbedingungen in West wie Ost ähnliche Verhaltensweisen aufweisen.

Wie also ist zu erklären, daß Menschen in großen Wohngebäuden 'sozialistischer Bauweise' sich anders verhalten als Menschen in entsprechenden Wohnweisen des Westens?

Zunächst ist zu prüfen, ob die Wohnweise tatsächlich 'entsprechend' ist. Rechnet man die Bewohnerschaft der jeweiligen Wohngebäude zum Charakteristikum dieser Wohnweise, dann ist zu erwarten, daß allein aus den verschiedenen hohen Anteilen großer Wohngebäude unterschiedliche Bewohnerstrukturen resultieren müssen: sie 'muß' im Osten einfach ausgewogener, repräsentativer für die Gesamtbevölkerung sein, sie 'kann' im Westen sehr viel 'untypischer', segregierter sein. Das ist in der Tat der Fall (Tabelle 7):

Die 43 %, die im Osten in großen Wohngebäuden leben, weisen eine Verteilung von Haushaltstypen auf, die weitgehend der Gesamtverteilung entspricht: Nur wenig mehr (25 %) als insgesamt (20 %) 1-Personenhaushalte leben in großen Wohngebäuden, nur geringfügig weniger (18 %) größere Haushalte (4 und mehr) als in der Gesamtpopulation (20 %).

Dagegen unterscheidet sich die Struktur der relativ wenigen (deutschen) Befragten, die im Westen in großen Gebäuden leben (19 %), sehr deutlich von der allgemeinen Haushaltsstruktur: 41 % sind 1-Personen-Haushalte (gegen insgesamt 29 %), nur 8 % der Befragten leben in Haushalten mit 4 u.m. Personen (gegenüber 19 % insgesamt).

Diese ausgewogene Struktur im Osten spiegelt sich auch deutlich in den Nachbarkontakten wider, wie sich z.B. bei den (in Ost wie West relativ kontaktarmen) Ein-Personen-Haushalten zeigt: zwar haben 1-Personen-Haushalte auch im Osten weniger, größere Haushalte mehr Kontakte, aber diese Unterschiede sind deutlich geringer als im Westen (Tab. 8). Dort liegt eine relativ enge Beziehung zwischen Haushaltsgröße und Kontaktintensität vor, die sich daraus erklärt, daß einerseits 1-Personen-Haushalte stärker in wenig 'nachbarlichen' Wohnformen leben, größere Haushalte dagegen in eher 'nachbarlichen' Wohnformen (kleine Häuser).

Auf diese Weise läßt sich die unterschiedliche 'Nachbarlichkeit' in den hier unterschiedenen Haustypen z.T. auf die unterschiedliche Bewohnerstruktur zurückführen, womit wieder ein Teil der Verhaltenseffekte auf Struktureffekte zurückgeführt werden könnte.

Diese Strukturunterschiede sind demnach zwar systembedingt, ihre verhaltensprägenden Wirkungen jedoch lassen sich weitgehend mit allgemeingültigen Mechanismen erklären.

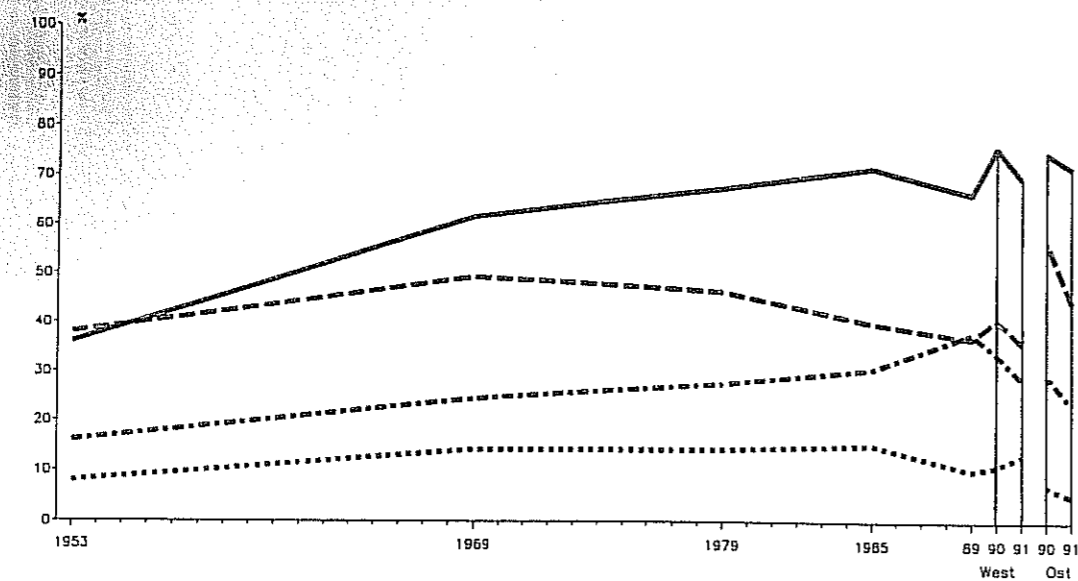
kann dabei möglicherweise unterstellen, daß ein erheblicher Anteil der Bewohner eine Wohnform präferiert, der das Stereotyp 'Anonymität' anhaftet. Das wäre dann eine Selbstselektion von Personen, die weniger Kontakte finden, weil sie weniger Kontakte suchen. In diesem Kontext freilich finden dann auch andere Haushalte weniger Kontakte, wie sich an der geringeren Kontaktintensität auch größerer Haushalte andeutet.

Beenden wir diese eher spekulativen Deutungen und ziehen ein vorläufiges und zugespitztes Fazit: Ein erheblicher Anteil von Verhaltensunterschieden läßt sich im Ost-West-Vergleich auf unterschiedliche Strukturbedingungen zurückführen; unter ansonsten gleichen Bedingungen sind die Verhaltensunterschiede relativ gering. Auch diese Unterschiede lassen sich mit relativ simplen Merkmalszusammenhängen erklären und erzwingen nicht den Rückgriff auf andersartige Verhaltensmodelle, auf 'Unterschiede in den Köpfen'.

Selbst wenn Struktur- und Verhaltenseffekte in der konkreten Wohnsituation einen (unauflösbaren) Zusammenhang bilden, scheint das Ergebnis der hier versuchten analytischen Unterscheidung nicht nur von akademischer Bedeutung:

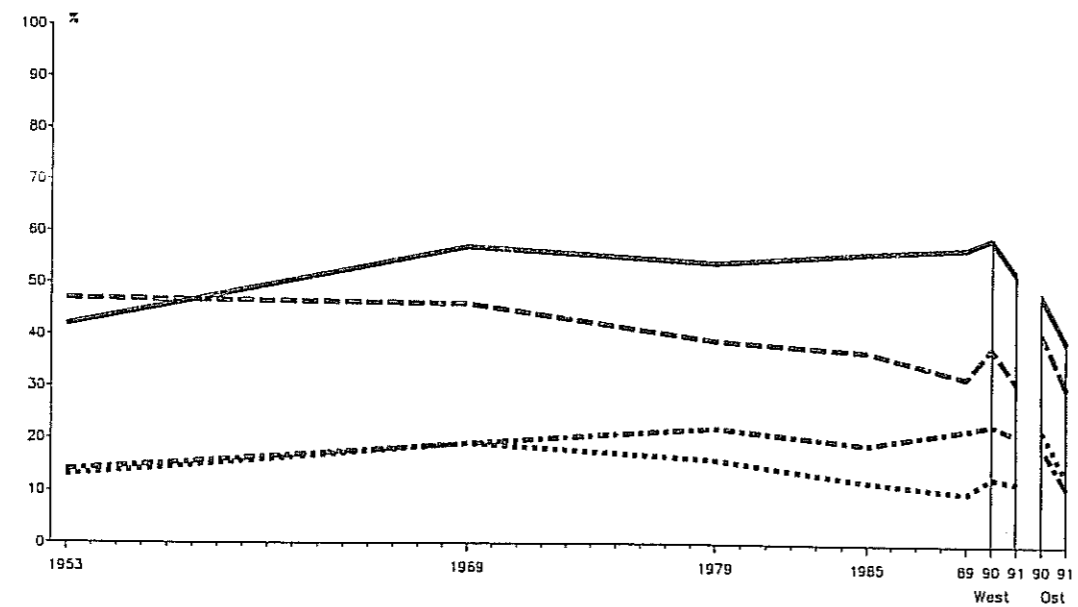
Unterschiede in der Lebensweise zwischen Ost und West manifestieren sich vor allem in Struktur-, weniger in Verhaltenseffekten. Diese Struktureffekte gelten in Ost- und West weitgehend vergleichbar, insofern ist mit der Angleichung von Strukturen auch mit Angleichung des Verhaltens zu rechnen, wie auch immer man dies bewerten mag. Nach unseren Befunden jedenfalls spricht wenig dafür, daß man Strukturen verändern kann, ohne sich entsprechende möglicherweise nicht gewollte Verhaltensweisen einzuhandeln. Umgekehrt spricht wenig für veränderte Verhaltensweisen, wenn die Strukturen nicht verändert werden.

Abbildung 1
Lokale Bindungen insgesamt



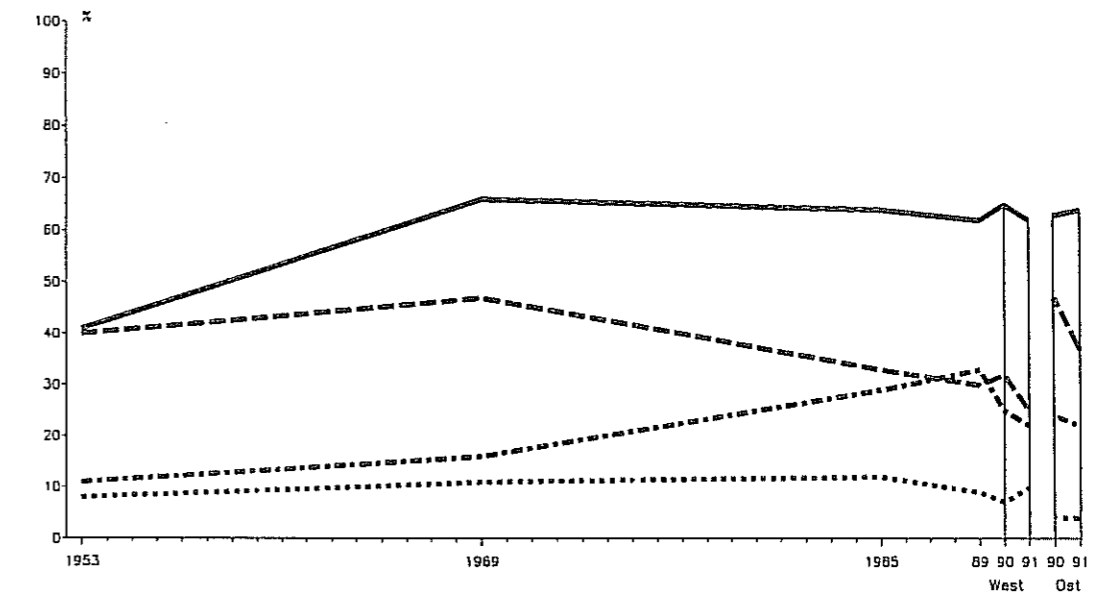
Quelle:
1953: Bundesstudie 1953
1969, 1979: Institut für Demoskopie, Allensbach
1985-1991: BfL-R-Umfrage

Abbildung 2
Lokale Bindungen insgesamt



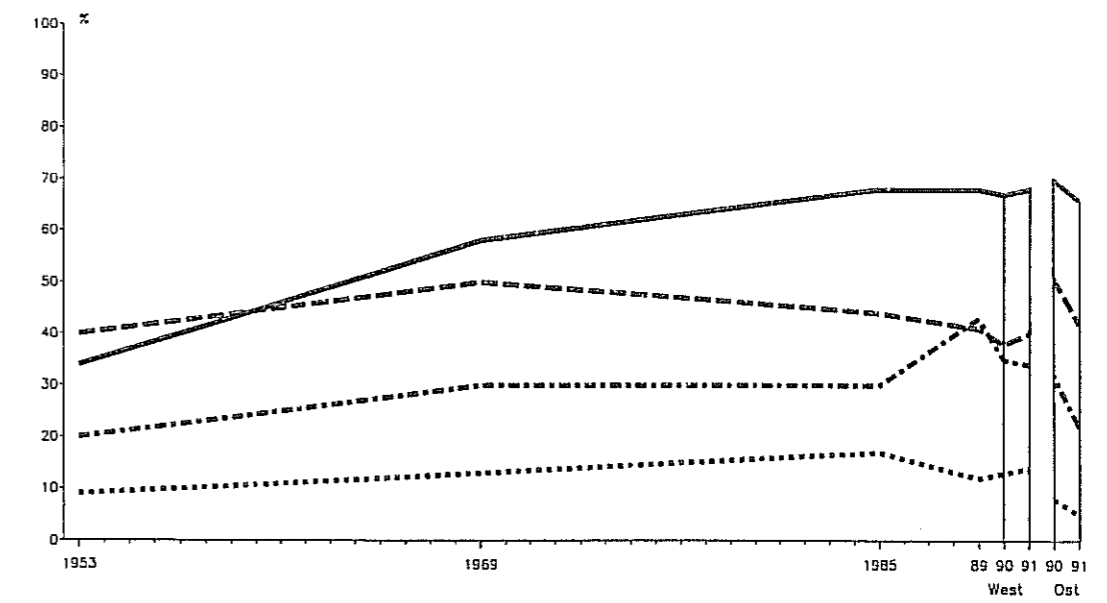
Quelle:
1953: Bundesstudie 1953
1969, 1979: Institut für Demoskopie, Allensbach
1985-1991: BfL-R-Umfrage

Abbildung 3
Lokale Bindungen in Großstädten über 100 000 Einwohnern



Quelle:
1953: Bundesstudie 1953
1969: Institut für Demoskopie, Allensbach
1985-1991: BfL-R-Umfrage

Abbildung 4
Lokale Bindungen in Orten unter 20 000 Einwohnern



Quelle:
1953: Bundesstudie 1953
1969: Institut für Demoskopie, Allensbach
1985-1991: BfL-R-Umfrage

Tabelle 1: Nachbarschaftskontakte nach Wohndauer, in %

	Ost 91		West 91	
	geringe Kontakte ¹	ausgeprägte Kontakte ²	geringe Kontakte ¹	ausgeprägte Kontakte ²
Wohndauer bis 5 Jahre	51	49	53	47
6-10 Jahre	39	61	41	39
11-15 Jahre	33	67	24	76
mehr als 15 Jahre	24	76	21	79
seit Geburt	19	81	15	85
insgesamt	35	65	35	65

BfLR-Umfrage 1991 n = jeweils 2000

- ¹ = Kenne Nachbarn kaum, kennen uns flüchtig
² = Kennen uns näher, helfen uns gelegentlich, besuchen uns, sind befreundet

Tabelle 2: Nachbarschaftskontakte nach Alter der Befragten, in %

	Ost 91		West 91	
	geringe Kontakte ¹	ausgeprägte Kontakte ²	geringe Kontakte ¹	ausgeprägte Kontakte ²
Alter 18-25 Jahre	52	48	54	46
26-35 Jahre	39	61	45	55
36-45 Jahre	33	67	35	65
46-55 Jahre	33	67	32	68
56-65 Jahre	24	76	21	79
über 65 Jahre	25	75	21	79
insgesamt	35	65	35	65

BfLR-Umfrage 1991 n = jeweils 2000

- ¹ = Kenne Nachbarn kaum, kennen uns flüchtig
² = Kennen uns näher, helfen uns gelegentlich, besuchen uns, sind befreundet

Tabelle 3: Nachbarschaftskontakte, nach Gebäudealter, in %

	Ost 91		West 91	
	geringe Kontakte ¹	ausgeprägte Kontakte ²	geringe Kontakte ¹	ausgeprägte Kontakte ²
Baujahr vor 1919	24	76	36	64
1919-1948	29	71	31	69
1949-1971	34	66	34	66
1972-1980	43	57	37	63
nach 1980	49	51	36	64
insgesamt	35	65	35	65

BfLR-Umfrage 1991 n = jeweils 2000

- ¹ = Kenne Nachbarn kaum, kennen uns flüchtig
² = Kennen uns näher, helfen uns gelegentlich, besuchen uns, sind befreundet

Tabelle 4: Nachbarschaftskontakte, nach Haustyp, in %

	Ost 91		West 91	
	geringe Kontakte ¹	ausgeprägte Kontakte ²	geringe Kontakte ¹	ausgeprägte Kontakte ²
Wohnhaus 1-2 Wohnungen	24	76	20	80
3-8 Whg.	36	64	40	60
9 u. mehr Whg.	41	59	59	41
insgesamt	35	65	35	65

BfLR-Umfrage 1991

- ¹ = Kenne Nachbarn kaum, kennen uns flüchtig
² = Kennen uns näher, helfen uns gelegentlich, besuchen uns, sind befreundet

Tabelle 5: Struktur des Wohnungsbestands, nach Baualter, 1991, in %

Gebäudetyp	OST Baualter				WEST Baualter			
	-1948	49-71	72-80	80+	-1948	49-71	72-80	80
1/2 Wohnungen	45	24	15	9	43	38	49	69
3-8 Wohnungen	35	35	20	6	41	42	30	20
9 u.m. Wohnungen	20	41	65	86	16	20	21	12
n	42	29	13	16	46	17	17	8
	886	607	284	341	572	918	335	156
GAMMA	= .58				= -.09			

Quelle: BfLR-Umfrage 1991

Tabelle 6: Baualter und Nachbarverhältnis, in %

	OST Baujahr				WEST Baujahr			
	-48	49-71	72-80	80+	-48	49-71	72-80	80+
Kontakte								
geringe Kontakte	27	34	43	49	33	34	37	36
ausgeprägte Kontakte	73	66	57	51	67	66	63	64
	42	28	14	16	29	46	17	8
n	909	620	311	343	582	932	340	160
				2183				2014
GAMMA	= -.27				= -.05			

Quelle: BfLR-Umfrage 1991

Tabelle 7: Haushaltsgröße in großen Wohngebäuden, in %

HH-Größe (Anzahl Personen)	OST		WEST	
	Gebäude mit 9 u.m. Wohnungen	insg.	Gebäude mit 9 u.m. Wohnungen	insg.
1	25	20	41	29
2	32	36	36	35
3	25	24	15	17
4+	18	20	8	19
	43	100	19	100
n	908	2131	375	1989

Quelle: BfLR-Umfrage 1991

Tabelle 8: Haushaltsgröße und Nachbarverhältnis, in %

Nachbar- kontakte	OST Personen im Haushalt					WEST Personen im Haushalt				
	1	2	3	4 u.m.		1	2	3	4 u.m.	
geringe K. ausgeprägte K.	43 57	30 70	35 65	34 66	35 65	46 54	32 68	35 65	21 79	35 65
	20	36	24	20		29	36	17	18	
n	429	784	537	447	2197	581	721	347	373	2022
GAMMA	= .06					= .25				

Quelle: BfLR-Umfrage 1991

Tabelle 9.1: Große Wohngebäude (9 u.m. Wohnungen): Ausmaß kurzer Wohndauer (bis 5 Jahre), nach Haushaltsgröße und Baujahr, in %

Baujahr	OST Haushaltsgröße		WEST Haushaltsgröße	
	1 2 u.m.	2 u.m.	1 2 u.m.	2 u.m.
bis 71	33	14	45	35
ab 72	43	44	38	40
n	220	671	149	217

Quelle: BfLR-Umfrage 1991

Tabelle 9.2: Große Wohngebäude (9 u.m. Wohnungen): Ausmaß ausgeprägter Nachbarkontakte nach Haushaltsgröße und Baujahr, in %

Baujahr	OST Personen im Haushalt		WEST Personen im Haushalt	
	1 2 u.m.	2 u.m.	1 2 u.m.	2 u.m.
bis 71	33	14	45	35
ab 72	43	44	38	40
n	220	671	149	217

Quelle: BfLR-Umfrage 1991

Tabelle 10: Nachbarverhältnis von 1-Personenhaushalten in großen Wohngebäuden, nach Wohndauer und Baujahr, in %

Große Gebäude insgesamt Kontakte	OST Wohndauer Jahre		WEST Wohndauer Jahre	
	-5 5 u.m.	5 u.m.	-5 5 u.m.	5 u.m.
gering	66	37	75	55
ausgeprägt	34	63	25	45
n	38	62	44	56
GABHA	85	136	67	85

GABHA = .54

Große Gebäude,
Baujahr ab 1972

Kontakte	OST Wohndauer		WEST Wohndauer	
	-5 5 u.m.	5 u.m.	-5 5 u.m.	5 u.m.
gering	65	41	82	61
ausgeprägt	35	59	18	39
n	43	57	38	62
GABHA	49	66	11	18

GABHA = .46

Quelle: BfLR-Umfrage 1991

Frank-Olaf Brauerhoch

Identität und Identitätsmanagement am Beispiel der "Metropole" Frankfurt am Main - Vortrag Soziologentag 1992 (Entwurf)

Welcher Bürgermeister wünscht sich heute nicht, daß sich die Bevölkerung in "seiner Gemeinde" zuhause fühlt, sich mit dem Ort, in dem sie lebt, identifiziert? Das ist gut für den sozialen Zusammenhalt und die Selbstdarstellung nach außen. Feste aller Art (und mag der Anlaß noch so sehr an den Haaren herbeigezogen sein) sollen das "Wir-Gefühl" zumindest unter den organisierten Gemeindemitgliedern stärken. Traditionsvereine vor Ort entdecken die Geschichte neu und engagieren sich an dem bundesweiten Programm: "Unser Dorf soll schöner werden". Den Besuchern¹, den Fremden und den Nicht-so-ganz-Einheimischen soll das Gefühl vermittelt werden, "hier läßt's sich leben". In größeren Agglomerationen wird das auf Außeneffekte abzielende Gemeinsamkeitsgefühl von Werbeagenturen herzustellen versucht: "Frankfurt, die Stadt, die ihre Menschen mag" lautete der anheimelnde, "unheimliche" Slogan der Städtereklame zu Zeiten der konservativen Stadtregierung. Mit welchen Vorstellungen von Identität und Ortsgebundenheit arbeiten die Konzepte zur Herstellung eines (virtuellen) "besonderen Raumes", welche "Raumbilder" entstehen dabei, und gibt es Anhaltspunkte für die Realitätsmächtigkeit dieser "hergestellten" Bilder in der Stadt und bei ihren Bewohnern? Was für Konsequenzen lassen sich daraus für die Entstehung und die Wirkungen eines "Regionalbewußtseins" erkennen?

I. Identitätskonzepte

Über die Entstehung der Identität gibt es verschiedene Vorstellungen. Ihnen ist gemeinsam, daß "Identität" durch die Übernahme bestimmter Einstellungen und Verhaltensweisen und aus der Abgrenzung von anderen entsteht. Eine Gesellschaft kann danach bemessen werden, welche Chancen zur Identitätsfindung sie dem Einzelnen möglich macht, und wie die dabei entstehenden Konflikte "gehändelt" werden können.

Identität ist also ein Konzept. Konzepte sind zeitgebunden. Das Freudsche Konzept der Identitätsentwicklung handelt vom Konflikt zwischen "Es" und "Über-Ich", vom Konflikt zwischen Triebwünschen und gesellschaftlichen Normen, aus dem das "Ich", die "Persönlichkeit" sich bildet. Sein Modell wurde spätestens in den siebziger Jahren um die Geschlechterdifferenz als eine bestimmende Größe für die Identitätsentwicklung ergänzt (Anselm, 1979).

Auch Vorstellungen über den zeitlichen Rahmen der Identitätsbildung sind Veränderungen unterworfen. Galten zunächst Pubertät und Adoleszenz als zu einem bestimmten Zeitpunkt

¹ Spätestens hier müßte die Erweiterung: Besuchern und Besucherinnen oder: BesucherInnen kommen. Ich verzichte aus praktischen und ästhetischen Gründen darauf, bitte aber den Leser und die Leserin immer an beide Geschlechter zu denken.

abgeschlossene Phasen im Identitätsbildungsprozeß, so wurde durch veränderte gesellschaftliche Bedingungen, wie die Verlängerung der Ausbildungszeiten, das Überangebot an konsumierbaren Waren (Ziehe, 1975) und die Nichterfüllbarkeit von Zukunftsversprechen des Bildungssystems (Bourdieu, 1982) die Vorstellung einer Persönlichkeitsentwicklung, die klar definierte Anfänge und Enden hat, zunehmend brüchig.

Die traditionellen Identitätsvorstellungen sind in Frage gestellt. Der Sozialpsychologe Heiner Keupp sieht eine "hektische Betriebsamkeit in der Identitätsdebatte", die ihren Grund, im wie er es formulierte, "realen Umbau von Subjektbildungsprozessen" hat (Keupp, 1988: 132). Zumindest für die Neo-Konservativen gibt es dabei das klar auszumachende Interesse, (Zitat) "unter Identitätsbildung die Übernahme stabilisierender Traditionen, die Verinnerlichung geglaubter Normen, die Aneignung überlieferter Werte zu verstehen, ohne daß diese inhaltlichen Elemente von Identität durch den Filter prüfender Reflexion geleitet würden", so Hans-Ulrich Wehler in seiner Kommentierung des Historikerstreits (vgl. Keupp, 1988).

Antworten auf die Frage, was ist eine "starke", d.h. realitätsfähige Persönlichkeit, haben zum einen eine politische Konnotation und sie sind zum anderen zeitgebunden. Wurden die "neuentdeckten" Sozialisationstypen bisher eher als Abweichung von einer normalen Identitätsentwicklung diskutiert, gibt es nun Versuche einer dynamischen Vorstellung von Identität. Danach ist das, was traditionell als "Ich-Schwäche" galt, ein angemessener Lebensentwurf für einen widersprüchlichen und segmentierten Alltag. Keupp hat dafür den Begriff der "Patchwork-Identität" (1988: 141) eingeführt, eine Identität, die den realen Erfordernissen an das Subjekt heute eher entspricht. (ders. 145 f.)

Flexibilität, soziale Kompetenz und Anpassungsvermögen auf seiten der Identität sieht auch das Konzept des "Identitätsarbeiters" von Goffman vor. In Erweiterung des von Riesman als "außengeleitet" definierten neuen Sozialcharakters, geht Goffman von einer situationsbedingten Identität aus, die aus dem Antizipieren, Erfüllen und im Sich-Distanzieren von Erwartungen anderer an die eigene Person besteht. (vgl. Daniel, 1981: 167 ff.) Goffman wurde vorgeworfen, sein Modell des Identitätsmanagers reproduziere blind die Verschiebung der gesellschaftlichen Relevanz von der Sphäre der Produktion auf die Sphäre des Konsums. (vgl. Schäfer, 1983: 652) Das Individuum, das laut Goffman "ständig bemüht ist, ein Image von sich zu bewahren, das vor den anderen zu bestehen vermag" (Goffman, 1974, 252), sei den schnell wechselnden Konsumstilen hilflos ausgeliefert. Auf der anderen Seite sieht Goffman Konzeption aber die Möglichkeit der "Rollendistanz" vor (ders: 1974: 253), wodurch sich die gesellschaftlichen, auch über Konsum vermittelten Identitätsangebote relativieren und sogar parodiert werden können.

Waren es nicht die Texte der "Neuen Deutschen Welle" Anfang der achtziger Jahre, die da hießen: "Ich kenn' das Leben, ich bin im Kino gewesen". Und auch das Graffiti: "Live is xerox, it's just a copy" reflektiert die Identitätszumutungen an den Einzelnen aus einer Zeit der konservativen Wende. Mit der "Gnade der späten Geburt" wurden deutsche Soldatenfriedhöfe für Staatsbesuche brauchbar, was in Bittburg vorgeführt wurde. Leistung und Eigenverantwortlichkeit sollten sich wieder lohnen, was als "Du hast keine Chance, aber nutze sie" in der Jugendkultur seinen Niederschlag fand.

II. Raumbilder und Identität

In einer Zeit, die gerne als "Umbruch" bezeichnet wird, entsteht ein neues Interesse an Geschichte und Kultur. Dabei treten die aus der Jahrhundertwende bekannten Versuche, lokale Besonderheiten gegen die gleichmachende, (Orte, Regionen und Landschaften verändernde) Industrialisierung und Modernisierung zu setzen und das Bemühen, lokale Traditionen zu bewahren und fortzuschreiben in den Vordergrund. Geschichte wird als Ressource für ein neues Entwicklungsmodell wahrgenommen (vgl. Siefert, 1984). Gelenkt wird die Perspektive durch die Ahnung vom Ende des kurzen "Traumes immerwährender Prosperität", wie es Burkard Lutz formulierte, vom Ende eines hegemonialen Modells westlicher Gesellschaften, das bisher auf dem Wachstum von Massenproduktion und -konsumption beruhte.

Kennzeichen dieser bis in die siebziger Jahre vorherrschenden Produktionsweise war die "Zonierung" von Räumen, die Trennung von Funktionen. Der zonierte Raum war der geplante Raum. Die Vorstellung von wirtschaftlichem Wachstum, verbunden mit sozialem Fortschritt, schlug sich auf die Organisation des Raumes nieder. Planung war gleichbedeutend mit Ausgleich: Ausgleich unterschiedlicher Lebensbedingungen, (die als quantifizierbar galten), Ausgleich des Infrastrukturfalles zwischen Stadt und Land, Bildung von rationell organisierten Verwaltungsräumen, über die ein Netz "zentraler", über "Entwicklungsbänder" miteinander verbundener, "Orte" gelegt wurde.

Die bis in die siebziger Jahre hinein geplante Homogenität der Räume wurde nicht erreicht. Pure Wohn- und Gewerbegebiete sind heute ebenso unterinteressant geworden wie die ausschließlichen Fußgängerzonen in der Innenstadt. Der Mischung der Funktionen gilt nun das neue planerische Interesse.² Die Städte wachsen "nach innen", brachliegende Industriegebiete werden als Wohn- und Gewerbegebiet, damit als Wechsel zwischen öffentlichen und privaten Räumen geplant. Dahinter steht das Bemühen, unverwechselbare Räume zu schaffen, Orte,

2 (vgl. das Fachkolloquium: "Nutzungsgemischte Strukturen", veranstaltet

von denen der Planer hofft, daß sich der Bürger, der Nutzer mit ihnen identifiziert.

Doch selbst heute als unverwechselbar angesehene Räume unterliegen wechselnden Bewertungen. Räume erfahren Phasen der Auf- und Abwertung. Detlev Ipsen hat diese Prozesse zu den Veränderungen der Produktionsweise in Beziehung gesetzt und dafür den Begriff des "Raumbildes" geprägt (Ipsen, 1986). Nicht anders ergeht es der Architektur. Gegenüber postmodernem Zierat und den Anleihen an wilhelminische Prunkarchitektur, in den achtziger Jahren als "Revision der Moderne" gefeiert (vgl. Klotz, 1984), erlebt nun die "kühle Sachlichkeit" der 50er Jahre ihre Renaissance; jetzt werden diese Bauten in das Repertoire der denkmalgeschützten Architektur aufgenommen.

Die Planung zielt auf die Identifikation der Subjekte mit einem "besonderen Ort", einer Stadt oder einer Region. Die Planung zur Identifikation hat ein Raumbild, das der mittelalterlichen, durch Tore und Mauern klar vom Umland abgegrenzten Stadt entlehnt ist, dem heute urbane Agglomerationen und Wirtschaftsregionen in der Realität aber nicht entsprechen können. Unverwechselbarkeit ist in Zeiten kommunaler Konkurrenzen wichtiger denn je, und ein "Europa der Regionen" verlagert die Konkurrenzen auf die nächst abstraktere Ebene. "Stadt" und "Region" sind zwar noch an historischen Grenzen orientiert, sind zugleich aber hoch artifizielle Gebilde.

Gleichzeitig widerspricht die Idee von einer lokal verankerten Identität den realen Bezügen der Individuen. Das Individuum wird mit den Konsequenzen von Entscheidungen, die irgendwer, irgendwo getroffen hat, konfrontiert. Seine lokale Gebundenheit hilft ihm wenig, wenn es z. B. gezwungen ist, zu pendeln.

Die Idee der in Zukunft wieder lokal gebundenen Identität fällt auch hinter die Entfremdungsgewinne des Städters zurück. Anonymität, die Flüchtigkeit der Begegnungen in der Öffentlichkeit, die Konfrontation mit Fremdem, dies sind kulturelle Qualitäten von Stadt. Anonymität als Chance und die Notwendigkeit, soziale Beziehungen immer wieder neu herstellen zu können und zu müssen, ist eine zivilisatorische Anforderung an die Stadtbewohner. Der anonyme Ort ist der für Fremde offene Ort. Die "Heimeligkeit", die durch lokale Bindungen entstehen kann, birgt die Gefahr der Verdörflichung der Stadt, die Gefahr des Verzichts auf Toleranz und Offenheit und der Förderung von Fremdenfeindlichkeit.

vom Zentrum für Interdisziplinäre Technikforschung der TH Darmstadt, am 13. Okt. 1992)

Ich komme zu meinem dritten Teil, das Beispiel Frankfurt am Main

III. Frankfurt am Main

Neben der "harten" Modernisierungspolitik, dem Ausbau des Börsenhandels, der Messe und des Flughafens, der Erweiterung der Infrastrukturen sowohl des privaten wie des öffentlichen Personenverkehrs, neben der Förderung zur Ansiedlung von Dependancen internationaler Banken und Versicherungen und der "Sanierung" und Gentrifizierung der innerstädtischen Wohngebiete wurde in Frankfurt am Main in "weiche" Standortfaktoren investiert, was vor allem den zentralen Kultureinrichtungen zugute kam. Die Strategie des kulturellen Ausbaus der Innenstadt wurde von Häußermann und Siebel als "Stadtkronenpolitik" bezeichnet (1986: 200 ff). Ihrer Einschätzung nach ist "das Image der Stadt Frankfurt in sehr kurzer Zeit umgemodelt worden." (dies.)

Doch was ist "Image"?

Die enge Verknüpfung von Städtebau- und Kulturpolitik hat das Bild von der Stadt und die Strukturen der Wahrnehmungsmöglichkeiten zweifellos verändert. Oberbürgermeister Walter Wallmann behauptete in seinem Rechenschaftsbericht aus dem Jahre 1984: (Zitat) "Die Wiedergewinnung der Stadt als Lebensraum für unsere Bürger, eine menschliche Stadt, mit der sich die Menschen identifizieren können, - das war und bleibt unser oberstes Ziel." (Wallmann, 1984).

Es stellt sich aber die Frage, ob die Vorstellungen von Stadtpolitik und Stadtplanung mit denen der Bewohner und Benutzer der Stadt übereinstimmen, was die Bedeutung der "gebauten Images" (Scholz, 1989) ist. Ich gehe bei meinen weiteren Überlegungen davon aus, daß diese Bedeutungen gerade nicht identisch sind, und frage nach dem Stellenwert der "Images" im städtischen Alltag.

Zunächst fallen Widersprüche zwischen Gestaltung, Image und professionellen Nutzern auf. So wurde bei einigen Museumsneubauten am Main die Fassaden- und Stadtbildfunktion derart überbetont, daß die funktionalen Anforderungen an einen Museumsbau darunter zu leiden hatten. Bekanntestes Beispiel ist die Architektur des Neubaus des Museums für Kunsthandwerk. Es ist zwar von außen ein "schönes Haus" geworden, doch wegen der großen Fensterfronten und Raumaufteilungen ist die vorgesehene Nutzung, die Ausstellung von lichtempfindlichen Musterstücken des Kunsthandwerks, nur unter Umgehung der Architektur möglich.

Die Fenster, die, so die Selbstbeschreibung des Architekten, die lebendige Kommunikation zwischen drinnen und draußen ermöglichen sollten, müssen gegen einfallendes Sonnenlicht abgedunkelt werden, der Ausblick auf das Mainufer und die gegenüberliegende Stadtsilhouette wird dem Betrachter verwehrt.

Außerdem bröseln die "Hard-Ware" des Images seit einiger Zeit vor sich hin. Die, wie es der "Spiegel" nannte zum "Schrecken der Gemütlichkeit" nachgebaute "Ostzeile" auf dem Römerberg gegenüber dem Rathaus muß - allerdings erst nach der Amtszeit von Wallmann - durch Stahlträger abgestützt werden, da die bei dem "Fachwerk"-Nachbau verwendeten Materialien Beton und Holz gegeneinander arbeiten und dadurch die Häuserzeile ins Wanken gerät.

Und im Innenstadtgebiet zwischen Römerberg und "Alter Oper" folgt zwischen Frühjahr und Herbst ein "Fest" auf das andere. Permanenter Budenzauber, Freßstände und ambulanter Sekt, Wein- und Kaviarausschank lassen die Innenstadt für den Bewohner unpassierbar werden. Daneben die immer sichtbarere Armut, die offensichtliche Obdachlosigkeit und die Versuche der Stadtverwaltungen, Drogenkonsum, "Beschaffungskriminalität" und Prostitution aus dem Stadtbild zu verdrängen.

Das Museumsufer hat, so Wallmann in einem Resümee in der Stadtbauwelt, (1986), "Frankfurt von dem Ruf befreit, ein reines Wirtschafts- und Dienstleistungszentrum zu sein". Seit der rot-grünen Römerkoalition geben nun die Ämter den "Diskurs des Städtischen" in Auftrag: so bietet das Stadtplanungsamt eine Veranstaltungsreihe zur "Zukunft des Städtischen" an, während das verbleibende Restgrün an den Stadträndern im Auftrag des Umweltamts seinen Bürgern als "GrünGürtel" nahegebracht wird.

Dabei bildet sich ein neues Politikmuster heraus. Der Magistrat läßt in der Stadt Öffentlichkeit herstellen und versucht die Bevölkerung für seine Ziele zu mobilisieren, um so die Akzeptanz und die Durchführbarkeit von Planungsentscheidungen zu verbessern. Stadtpolitiker agitieren die Öffentlichkeit, oder "bestellen den Diskurs", um die eigenen Pläne bei der Verwaltung besser durchsetzen zu können.

Das Projekt des Grüngürtels besteht darin, die um den Stadtkern liegenden Freilächen als Grünzonen planerisch festzuschreiben, um das weitere Ausufern von Wohn- Gewerbe und Verkehrsflächen in das Umland hinein aufzuhalten.³ Dabei wurden, nach der Austarierung von Interessenkonflikten, meist zwischen den in diesem "Niemandland" angesiedelten Klein-

3 Eine, nach Schleifung und Begrünung der mittelalterlichen Wallanlagen um

garten-, Sport- und Kaninchenzüchtervereinen und dem Umweltdezernat, die topographisch vom Umland aus nach Frankfurt hineinreichenden Grünzüge, Autobahnen und Zuggleise überwindende Wegeverbindungen, radial verknüpft. Das Gebiet wurde als "GrünGürtel" ausgewiesen und dies rechtlich fixiert.

Das Bestreben der Planung war aber nicht nur die rechtliche Sicherung von Freiflächen, sondern die Verankerung der Planung in den Köpfen, um die Planung umkehrbar werden zu lassen. So heißt es in dem Abschlußbericht des wissenschaftlichen Beirats:

"Nach der Fertigstellung des Rechtswerkes und der Grundsatzzplanung empfiehlt der Beirat, die Verankerung des GrünGürtels im öffentlichen Bewußtsein nun über Bilder voranzutreiben." (...) "Es sind nun Bilder erforderlich, die sich als Bild des GrünGürtels in das Gedächtnis der Bevölkerung 'einbrennen'" (vgl. GrünGürtel-Projektbüro im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main, Hrsg. Ergebnisbericht GrünGürtel Planung, FFM 1991, S.263).

Der zonierte Raum war der geplante Raum, gedacht als Ausgleich von Disparitäten und Herstellung gleicher Lebensbedingungen. Dem Ende der bis dahin vorherrschenden Produktionsweise folgte die Umgestaltung der Innenstädte zu "Erlebniswelten", der Bau von "Images". Es entstand eine, wie es Werner Durth (1987) kritisierte, "Technokratie der Sinnlichkeit". Diese geht nun soweit, daß Planer meinen, in Ergänzung zu - wenn nicht gar als Ersatz für die Veränderungen der Umwelt, Bilder in den Köpfen verankern zu müssen (und zu können), oder, wie es beim GrünGürtel hieß: (Zitat) "...Bilder zu schaffen, die sich in das Gedächtnis 'einbrennen'".

Dies ist nicht nur der Abschied von der Idee einer ausgleichenden Planung, sondern auch eine "Größenphantasie" - und der Versuch des Zugriffs auf Subjektivität. Nähme man diese Versuche ernst, müßte man von einem Wechsel der (ausgleichenden) Planung des Raumes zur "Planung des Bewußtseins" sprechen. Dabei wäre zu fragen, inwieweit die Planer-Phantasie über die Möglichkeiten der "Gestaltung des Kopfes" auf die Einsicht in die Grenzen der Planung des Raumes reagiert. Damit aber verwässert sich Stadt-Planung zum Politikmarketing.

1890 erlassene (und 1903 vom Oberbürgermeister Adickes durch ein preußisches Gesetz legitimierte), Veränderungssperre gab das historische Vorbild für den "GrünGürtel" ab. Auch in anderen mitteleuropäischen Städten gibt es im Zusammenhang mit den Stadterweiterungen geschaffene "GrünGürtel".

enthalten. Das bedeutet, daß die stadt- und raumgestalterischen Versuche, Orte und Räume zur Identifikation herzustellen, Teil dieser Konjunktur sind und ihr auch unterliegen. "Erfolge" der auf Identitätsbildung abzielenden Politik können daher sehr kurzlebig sein, auch wenn es zum Teil steinerne Monumente sind.

Und drittens:

Die Versuche, Akzeptanz und Durchsetzbarkeit von Planungsentscheidungen durch die Produktion von Bildern in den Köpfen der Bewohner zu sichern, die Instrumentalisierung von Öffentlichkeit, erscheint zunächst als ein erneuter Zugriff auf Subjektivität - wenn man von einem statischen Identitätsbegriff ausgeht. Eine Vorstellung von Identität (als eine sich im steten Wandel befindende Persönlichkeit), an die verschiedene Identitätsangebote herangebracht werden, wird dagegen unsicherer sein, wenn es um die Prognose von Wirkungen hergestellter Bilder geht.

Die Bürger-Akzeptanz von Politik bzw. die Hypothesen darüber, die Stadt im Kopf, die Region im Herzen, dies alles hat seine eigene Dynamik. Die Annahmen über Wirkungen, hier: die Annahmen über die Entstehung von "Regionalbewußtsein" bleiben immer die Annahmen der Macher, Planer, Architekten, Politiker - und manchmal auch der Soziologen.

Literatur:

- Anselm, Sigrun, 1979, Angst und Solidarität. Eine kritische Studie zur Psychoanalyse der Angst. München.
Bourdieu, Pierre, 1982, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt.
Daniel, Claus, 1981, Theorien der Subjektivität: Einführung in die Soziologie des Individuums. Frankfurt.
Goffman, Erving, 1974, Das Individuum im Öffentlichen Austausch. Frankfurt am Main.
Hanusch, Rolf, 1988, Fragmentierte Identität, in: Das Argument, Bd. 30, S. 178-186.
Häußermann, Hartmut, Walter Siebel, 1987, Neue Urbanität, Frankfurt.
Hennig, Eike, 1991, Die Praxis der politisch-sozialen Segregation und die Ideologie des Reichtums für Alle, in: Brauerhoch, F.-O. (Hg.) Frankfurt am Main. Stadt, Soziologie und Kultur, Frankfurt, S. 63-70.
Ipsen, Delev, 1986, Die Renaissance des besonderen Ortes, in: Informationen zur Raumplanung, 11/12, Bonn.
Keupp, Heiner, 1988, Riskante Chancen: das Subjekt zwischen Psychokultur und Selbstorganisation; sozialpsychologische Studien. Heidelberg.
Klotz, Heinrich, 1984, Das neue Frankfurt, in: Jahrbuch für Architektur, 1984/1, Deutsches Architekturmuseum, Frankfurt am Main.
Prigge, Walter, 1991, Zweite Moderne, Modernisierung und städtische Kultur in Frankfurt. In: Brauerhoch, F.-O. (Hg.) Frankfurt. Stadt, Soziologie und Kultur, S. 91 - 105
Schäfer, Alfred, 1983, Identität und sekundäre Anpassung bei E. Goffman, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 629-654.
Scholz, Carola, 1989, Frankfurt - eine Stadt wird verkauft. Frankfurt
Siefert, Rolf-Peter, 1984, Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von

Politikmarketing bleibt seinem Gegenstand nicht äußerlich und wird nur für bestimmte Teile der städtischen Bevölkerung gemacht.

Für Frankfurt am Main ist bezeichnend, daß zwar die Absichtserklärungen der die CDU-Regierung ablösenden rot-grünen Koalition breit rezipiert und kritisch begleitet werden, dabei aber die Tatsache vergessen wird, daß 1989 zusammen mit der CDU, der SPD und den "Grünen" die "Nationaldemokraten" mit 6,6 %, (das bedeutete 7 Sitze) in das Parlament einzogen. Die Wahlanalysen haben gezeigt, daß es vor allem die "Modernisierungsverlierer" waren, die "rechts" gewählt haben (vgl. Hennig, 1991) - und damit wahlarithmetisch (neben den "verlorenen" 4,9 % Wählerstimmen für die FDP) die rot-grüne Koalition erst möglich machten.

Die Floskel "alle demokratischen Parteien" in den Reden der Frankfurter Parlamentarier zeigt die Unbeholfenheit, mit dieser Wählergruppe offensiv umzugehen.

Gleichzeitig wurde aber Kontinuität in der Imagepolitik versucht. Erst seitdem die höchste Verschuldung innerhalb der westdeutschen Kommunen nicht mehr durch ein stabiles Gewerbesteueraufkommen legitimiert werden kann, nachdem Großbanken Dependancen in den neuen Bundesländern gründen und den "Standort Frankfurt" relativieren und unter dem Eindruck des "Rechtsrucks" bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, wird - ein Jahr vor den nächsten Kommunalwahlen - die dünne, wie es Walter Prigge formulierte, "Mehrheit von Modernisierern und realpolitischen Intellektuellen, die die Stadt als boomenden gesellschaftlichen Lebensraum begriff, der durch Modernisierung erst Lebensqualität erhält" (Prigge, 1991: 97), diese "Mehrheit" wird stutzig und ratlos zugleich.

Ich komme zum Schluß.

IV. Zusammenfassung:

Erstens:

Wenn die Identitätsdebatte über die realen gesellschaftlichen Umbauprozesse hinweg geht, entsteht ein starrer Identitätsbegriff, der sich entweder als "Modernisierungsdefizit" oder als "kompensatorische Identität" selbst entlarft und damit inadäquat wird.

Zweitens:

Im Konzept des "besonderen Raumes" ist dessen konjunkturabhängige "Besonderheit" bereits

der Romantik bis zur Gegenwart. München.
Wallmann, Walter, 1984, Kommunalpolitischer Situationsbericht 1983. Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, 1984.
Ziehe, Thomas, 1975, Pubertät und Narzismus. Frankfurt.

132

133

Christine Weiske, Weimar

Beitrag zum Soziologentag in Düsseldorf 1992

in der Veranstaltung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie am 29. 9. um 14.00 Uhr "Ost- und westdeutsche Stadt- und Regionalentwicklung im Vergleich"

Thema: Das Programm der sozialistischen Lebensweise in den Untersuchungen der Stadtsoziologie der DDR

Das zweite Jahr der deutschen Vereinigung ist bereits um, es stellt sich eine Art Routine bei allen Beteiligten ein - aber auch nur bei denen - im Umgang mit den nicht abreißenden Problemen ein. Das hat für den emotionalen Haushalt die unschätzbare lebenserhaltende Folge, daß nicht ständig die Seele blank obenauf liegt und in jedem Konflikt wundgescheuert wird.

Für die wissenschaftliche Diskussion bedeutet das, daß die Ost-Soziolog/inn/en ihre Beobachterperspektive langsam gewinnen bzw. wiedergewinnen, die für diese Profession eine notwendige Bedingung ist. In dem Maße, in dem es möglich wird, von der eigenen Betroffenheit im Vereinigungsprozeß abzusehen, wird es möglich, unaufgeregt auf unsere Arbeitsergebnisse zu schauen. Aus der spezifischen Erfahrung und Perspektive kann die DDR-Soziologie eine von mehreren möglichen Antworten auf die Frage geben:

Was für Leute sind die Ost-Deutschen? Welche Voraussetzungen haben sie im Transformationsprozeß? Was ist von ihnen zu erwarten?

Einige Ergebnisse der stadtsoziologischen Forschung der letzten Jahre möchte ich vorstellen.

Die soziologische Makrotheorie, vor deren Hintergrund die Hypothesen und Indikatoren entwickelt wurden, war die Theorie der sozialistischen Lebensweise, die dem Historischen Materialismus als der Marx'schen Geschichtsphilosophie angehört.

Wegen der Ineinsetzung von Wissenschaft und Politik im Sozialismus, die der Wissenschaft eine Unabhängigkeit von der Politik nicht zuließ, sind das politische Programm von der sozia-

- andererseits von Proletariern, die durch politische Zugänge an die Macht gekommen sind wie Walter Ulbricht oder Erich Honnecker. Sie orientieren ihre kulturelle Emanzipation an der sozialen Schicht, die sie aus ihrer sozialen Erfahrung einsehen können: am Kleinbürgertum. Wie sehr diese Behauptung stimmt, wurde klar, als die Wohnhäuser und die Wohnsiedlung der politischen Elite der DDR in Wandlitz öffentlich wurden.

Die kulturellen Muster, die unter konkreten historischen Umständen geprägt wurden, waren in den sozialistischen Gesellschaften festgelegt und bindend geworden als Maß für das Erreichbare, legitim zu Beanspruchende.

Die Beschäftigung mit einem politischen und sozialen Programm einer Partei, die nicht mehr existiert, ergibt unter unserer Themenstellung nur einen Sinn, wenn zu konstatieren ist:

Dieses Programm hatte eine reale Wirkung auf die Ausformung von sozialen Strukturen und sozialen Beziehungen.

Meine These ist dann: Die Geschichte der Lebensweise ist der Prozeß der Entdifferenzierung sozialer Strukturen und Verhältnisse. Ob das, wie im Programm der sozialistischen Lebensweise erstrebt, als "Annäherung der Klassen und Schichten" zu bezeichnen ist, sei noch dahingestellt.

Diese These möchte ich im folgenden mit Ergebnissen der stadtsoziologischen Forschung belegen:

Die sozialistische Stadt erklärt sich, analog zur Charta von Athen, aus ihren Funktionen Arbeiten, Wohnen und Erholen.

Dieses funktionalistische städtebauliche Leitbild ist nicht nur eine Angelegenheit des Expertenwissens und der Profession von Planern und Architekten, sondern prägt m.E. allgemein den Begriff von "Stadt" in der Erfahrung der Ostdeutschen.

Die Eliminierung des Marktes als ökonomischer Instanz geht einher mit der Ausschaltung der Öffentlichkeit als politischer Instanz.

In der Analyse der Stadt wird diese Amputation vermerkt als "Verlust von Urbanität", der sich im wesentlichen als Verlust an Kommunikation, an Austausch darstellt. Die Sinnentleerung städtischer Räume war ein Phänomen, das wahrlich ungewollt schleichend um sich griff. In einer undifferenzierten Gesellschaft gibt es

listischen Lebensweise und das soziologische Modell von der sozialistischen Lebensweise identisch.¹⁾ Deshalb werde ich nunmehr nur noch vom Programm sprechen.

Dieses Programm war ein Programm zur Erringung sozialer Gleichheit, Egalité, die in den Ergebnissen der Französischen Revolution nicht erreicht wurde. Seine Wurzeln liegen, wie man weiß, bei den utopischen Sozialisten, die auf die neuen Ungleichheiten der Nach-revolutionszeit reagierten.

Die Richtung der Entwicklung von Gleichheit sollte aus einer divergierenden hin zu einer ausgeglichenen, harmonischen Gesellschaft verlaufen, die über Kooperation aller und Solidarität funktioniert.

Die formale Gleichheit aller sollte der rechte und gerechte Boden für die Entwicklung der originären Individualität des einzelnen sein. Das ist eine durchaus kommunistische Position der Vermittlung des spannungsvollen Verhältnisses von Kollektivität und Individualität.

Ihr ethischer und ästhetischer Ausdruck ist die Kategorie des positiven sozialistischen Helden. Er ist die Inkarnation einer schönen und reichen Individualität, einer allseitig entwickelten Persönlichkeit²⁾, ohne sich sittlich über andere zu erheben.

Der negative Held ist dann der ostdeutsche Kellner, der jeden Gast terrorisiert, weil er gerade dieses Gefühl der Erhebung braucht wie Haschisch. Aber der negative Held war kein sozialistischer Held sondern ein Rudiment der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft - so einfach kann das gehen.

Das Programm der Lebensweise sollte das ökonomische Programm des Sozialismus um seine kulturelle Seite ergänzen. Diese Vorstellung von der "Ergänzung" ist eine ökonomistische Denkstrategie, die dem Marxismus zurecht vorgeworfen wird.

Das kulturelle Muster, das Level, auf dem Gleichheit hergestellt werden sollte, wurde im Verlaufe der Geschichte der Arbeiterbewegung definiert

- einmal von Bildungsbürgern, von kleinbürgerlichen Intellektuellen, mitunter auch von pauperisierten Intellektuellen wie Lenin und die meisten anderen russischen Revolutionäre und auch Marx;

keine differenzierten, subtilen Austauschbeziehungen, die die Stadt als Medium brauchen und Urbanität ausmachen. Auf diesem realen Erfahrungshintergrund war Georg Simmel nicht rezipierbar, nicht einmal Hans Paul Bahrdt.

So kommt es zu der paradoxen Situation, daß in den Zentren sozialistischer Städte "städtebaulich-architektonisch betont - Gebäude und Anlagen der Bildung, Kultur und Erholung, der Tagungen, Kongresse und Begegnungen, also zentrale Einrichtungen gesellschaftlicher Kommunikation angeordnet sind"³⁾, ohne daß urbane Kommunikationsgepflogenheiten kultiviert werden konnten. Die großen zentralen städtebaulichen Anlagen in Berlin, Gera, Neubrandenburg usw. sind der materielle Ausdruck der Fehldeutung einer Gesellschaft von sich selber.

Das Leben in der DDR hatte einen wirklich wichtigen sozialen Raum, das war die Wohnung. Spreche ich also über das

Wohnen.

Die Bedeutung der Wohnung im sozial-räumlichen Gefüge der Stadt läßt sich m.E. nach wie vor nicht adäquat in den Koordinaten von Privatheit und Öffentlichkeit erfassen, weil hinter dieser Begrifflichkeit die Realität gerade der bürgerlichen Gesellschaft steht.

Die empirischen Befunde zeigen über die Studien unterschiedlicher methodischer Anlagen hinweg, daß die Wohnung einen sehr hohen Lebenswert hat. Es geht von einer eigenen Wohnung eine starke Bindung aus, d.h. die Wohnungsinhaberschaft bindet an einen Ort der Existenz und beeinflusst die Mobilität bzw. Immobilität der Gesellschaft. Das resultiert aus dem Mangel an Wohnungen einerseits, der die Zugangsbedingungen zu einer Wohnung erschwert, für einen Wohnungsinhaber mehr als für einen Nicht-Inhaber.

Das resultiert andererseits aus den speziellen Zugangsbedingungen zu einer Wohnung, die politisch definiert waren durch

- das alleinige Belegungsrecht der Kommunen (mit Ausnahme von Behörden- und Dienstwohnungen)

- durch die Vergabeverordnungen der Kommunen, die sich als Konkretion staatlicher Sozialpolitik verstanden und

- zum dritten ist der allein bürokratisch kontrollierte Zugang zu den Wohnungen ein diffiziles Feld für Korruption, Naturalaustausch und ähnliches, wovon mir ein klares Bild fehlt.

Wenn Hartmut HÄUBERMANN und Walter SIEBEL in ihrer "Soziologie des Wohnens"⁴⁾ die Herausbildung des modernen Wohnens als einen Prozeß der Ausdifferenzierung und Eingrenzung bezeichnen und dabei die Entstehung des Wohnungsmarktes als Beleg heranziehen, dann ist umgekehrt die Abschaffung des Wohnungsmarktes als Entdifferenzierung zu bezeichnen.

HÄUBERMANN und SIEBEL erfassen modernes Wohnen über mindestens 4 Aspekte:

Wohnung als Ware

Wohnen als Ort der Kleinfamilie

Wohnen als Ort der Nichtarbeit

Wohnen als Ort der Intimität

Ich werde diese Aspekte benutzen, um ihnen entsprechend die Situation im Osten zu schildern.

Wohnen als Ort der Kleinfamilie charakterisiert auch das Wohnen in der DDR, sogar in einem viel stärkeren Maße als in den alten Bundesländern. Noch in der Befragung WEIMAR'90 lebten 60% der Frauen und 76% der Männer in einer Ehe oder Lebensgemeinschaft. Das Leben allein gilt nicht als erstrebenswerter Zustand und wird möglichst in einer neuen Lebensgemeinschaft oder Ehe beendet. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften und auch Wohngemeinschaften waren Ausnahmen von der Regel und kamen als möglich zu Versorgende in den Vergabeverordnungen nicht vor. Außerhalb von Familien zu existieren, ist in der DDR sehr schwer, weil man auf das soziale Kapital, das die Familie mit ihrer speziellen Arbeitsteilung als Ressource bietet, verzichten muß. Ohne Familie ist man ärmer und unsicherer als mit Familie - das hat sich in den zwei Jahren noch nicht geändert.

Wohnen als Ort der Nichtarbeit ist ein Thema, das ich nur flach berühren kann. Die Arbeitsteilung in der DDR war nicht so kleinteilig wie in den westlichen Industrieländern. Es waren - so denke ich - wesentlich weniger Tätigkeiten in die Sphäre der offiziellen Volkswirtschaft verlegt. Das betrifft tradierte Frauenarbeit wie kochen, backen, einkochen, nähen, reparieren, Gartenarbeit... als auch tradierte Männerarbeit wie Autopflege und -reparatur, Reparaturen der Haushaltsgeräte, renovieren, Tischlern, Gartenarbeit... Solche Reproduktionsarbeiten finden in der und um die Wohnung

statt. Es gibt aber auch Berufsarbeit, die mit in die Wohnung genommen wird. Das betrifft vor allem die Weiterbildung im Beruf, aber auch Arbeit von Lehrer/inne/n, Konstrukteur/inn/en, Buchhalter/inne/n, Akademiker/innen/n usw.

Obwohl die Vergabeordnungen keinen Anspruch auf ein Arbeitszimmer in der Wohnung gelten ließen, wovon vor allem die jungen Leute, die nach etwa 1970 eine Wohnung suchten, betroffen sind, wurde viel berufliche Arbeit in der Wohnung erledigt.

Wohnen als Ort der Intimität

Die Wohnungen hatten eine Begrenzung nach außen. Sie waren ein geschützter Raum, der in vielen Positionen "die Gegenwelt zur offiziellen DDR-Gesellschaft"⁵⁾ darstellte. Damit erfüllte sie die Funktionen, die Intimität in der Familie ermöglichten.

Allerdings ist die Binnenstruktur dieser Intimität anders als das im Westen verbreitete der Fall zu sein scheint.

Pro Kopf verfügte der DDR-Bürger durchschnittlich über rund 25 m² Wohnfläche. Das sind rund 10 m² weniger als in der alten BRD. Die Streuungen um diesen Durchschnittswert waren in der DDR auch nicht so gravierend. Tendenziell verfügen ältere Leute über mehr Wohnfläche pro Person.

Die Normalbelegung einer Wohnung, die auf manchen Wohnungsämtern auch "Endversorgung" genannt wurde, bei der der Anspruch auf einen neuerlichen Wohnungsantrag erlosch, macht die Intimität für das einzelne Familienmitglied schwer erreichbar oder auch unmöglich.

Zwei Fallbeispiele aus der Untersuchung MAGDEBURG '86 können die Situation dokumentarisch schildern.

(Einfügung aus der Studie)

Die Wohnbedingungen sind, mit Indikatoren für Sozialstruktur gemessen, für alle sehr ähnlich. Vor- und Nachteile korrelieren nicht bzw. selten mit der Sozialstruktur. Ich habe, um diesen Satz so sagen zu können, noch mal unsere alten Daten angeguckt:

Korrelation zwischen der Sozialstruktur und der Zugehörigkeit zu einem Wohnquartier

ERFURT '80 (Nördliche Innenstadt)	Ho angenommen
MAGDEBURG '86	C = 0,34
JENA '89	Ho angenommen

In den Wohnverhältnissen der DDR gab es keine nachweislichen klassen- und schichtspezifischen Bevor- oder Benachteiligungen, das wäre der Befund, den die Stadtsoziologie geliefert hat und der für eine sozialistische Lebensweise in Realität spricht.

Es ergibt sich das Bild einer schwach segregierten städtischen Bevölkerung.

(Was in diesem Bild fehlt, das ist eine Vorstellung vom privilegierten Wohnen, vom Wohnen der Reichen - das ergibt eine direkte Analogie zur westlichen Stadtsoziologie. Obwohl unsere Reichen längst nicht so reich waren wie Reiche sein können, waren sie nicht erpicht, Öffentlichkeit auf ihre Privilegien zu lenken. Für die Kommunen als Auftraggeber stadtsoziologischer Studien waren sie kein vordergründiges Problem und wir als Soziolog/inn/en hatten keine Veranlassung, uns als Privatdetektive ohne Auftrag zu betätigen, noch dazu, da wir uns eh am Rande der Legalität bewegten.

Dieser hohe Grad der Durchmischung der Wohnbevölkerung eines Quartiers und der städtischen Quartiere insgesamt war ja kein vom Wohnungssuchenden gewollter und gesuchter Zustand. Die Frage liegt nahe, ob sich diese Besiedlung per Zuweisung auf die nachbarschaftlichen Beziehungen ausgewirkt hat? Ob nachträgliche Abgrenzungsbestrebungen nach einer Klassen- oder Schichtspezifik oder einer kulturellen oder Altersspezifik zu Nachbarschaftskonflikten führten?

In allen Untersuchungen, die von den Weimarer Soziolog/inn/en gemacht worden sind (und die das ZA Köln inzwischen archiviert hat), sind die Ergebnisse ähnlich:

Die Nachbarschaftsverhältnisse sind eng und freundlich, Streitigkeiten sind selten.

Die Nachbarschaftsverhältnisse korrelieren nicht mit der Sozialstruktur (für Erfurt und Jena habe ich es nochmals nachgerechnet).

JENA '89 Bewertung des Nachbarschaftsverhältnisses

n = 476	Wir sind befreundet	18,5 %
	Wir unterstützen uns	46,4 %
	Wir grüßen uns	29,8 %
	Wir haben keine Kontakte	3,8 %
	Wir haben Streit	1,3 %

Inhalte der Nachbarschaftsbeziehungen

- Austausch kleiner Dienste	80 %
- Hilfe bei der Kinderbetreuung	36 %
- Teilnahme an Familienfeiern	24 %
- gemeinsam auf Ordnung und Sicherheit achten	82 %
- Gespräche über persönliche und kommunalpolitische Angelegenheiten	65 %
- Geselligkeiten in der Nachbarschaft	36 %
- gemeinsame Interessen und Hobbies	25 %

Die Eingangsthese von der Entdifferenzierung sozialer Strukturen und Beziehungen läßt sich offenbar empirisch belegen, wenn man sich in den Prämissen des Modells der sozialistischen Lebensweise bewegt.

Die sozialen Folgen dieser Entdifferenzierung sind m.E. folgende:

Der Zeittakt dieser Gesellschaft ist langsam, sie hat eine geringe Dynamik in allen ihren Bewegungen wie Fluktuation, Migration, soziale Mobilität.

Die Bindungen dieser Gesellschaft sind stark, damit gibt es weitreichende normative Regularien für soziale Beziehungen, das Maß der Konflikte im normalen normierten Lebenslauf ist gering wie die Konfliktfähigkeit.

Über die starken Bindungen ist das Ausmaß der SDesintegration von Mitgliedern der Gesellschaft relativ gering - allerdings ist es auf diesem Hintergrund auch nicht möglich, aus der Norm fallendes Fremdes zu integrieren.

Ohne große Prophetie läßt sich sagen, daß mit der Transformation der Gesellschaft eine Ausdifferenzierung der Wohnmilieus und ihrer sozialen Beziehungen einhergeht. Die Lebensverhältnisse sehr vieler Menschen ändern sich und haben sich schon geändert im Prozeß der deutschen Vereinigung.

Die Entwicklungslinien dieser Ausdifferenzierung sind voraussichtlich folgende:

Die anwachsende Mobilität führt zur Dynamisierung der Milieus. Psychische, territoriale und soziale Mobilität bedingen einander und sind die elementare und individuelle Basis für die Transformation der Gesellschaft. Gleichzeitig weicht die Mobilität die Charakteristika von Milieus auf und Identitätskrisen sowie die Etablierung anderer Milieus können die Folge sein.

Die Differenzierung der Gesellschaft wird auf dem sozial-räumlichen Niveau der Stadtteile zu Segregation zwischen ihnen führen. Segregation bezeichnet einen höchst ambivalenten Prozeß und Zustand zwischen den Extrempunkten von Konfliktreduzierung und Eskalation der Konflikte. Ob Verlauf und Ergebnis der Segregation der ostdeutschen Städte genau wie oder anders als in Westeuropa verlaufen, ist vorläufig nicht zu prognostizieren.

Das Medium, über das sich die Differenzierungsprozesse der Gesellschaft auf stadträumlichem Niveau durchsetzen werden, wird der Wohnungsmarkt in einem gewichtigen Maße sein. Dieser Markt in seiner ökonomischen Funktion existiert noch nicht, sondern es gibt bislang Misch- und Übergangsformen zwischen planwirtschaftsrechtlichen, staats- und kommunalpolitischen sowie marktwirtschaftlichen Regularien.

Der in der Bundesrepublik bekannte fatale Zusammenhang zwischen Armut und Wohnungsnot wird sich auch in den neuen Bundesländern herstellen. Das Tempo dieser Entwicklung wird hoch sein. Die Klientel, die von dieser extremen Segregation erfaßt wird, wird sich unterscheiden von der in den alten Bundesländern, weil sie von sehr abrupten Statusverlusten gegenüber ihrer Existenz in der DDR gekennzeichnet ist und darüber hinaus auch noch andere Gruppen erfaßt als durch bekannte Armutskarrieren bereits belegt.

Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft kommt nicht wie dwer Hagel über's Kornfeld, sondern setzt an an Strukturen und Merkmale der Ungleichheit, die die alte DDR-Gesellschaft bereits hatte.

Das wäre die 2. These zur Beschreibung dieser Gesellschaft:

Es gab Differenzierungen jenseits der Klassen- und Schichtspezifik, an denen in der Transformation die weiteren Differenzierungen ansetzen.

Die Sozialstrukturforschung in der DDR war das heikelste Feld soziologischen Arbeitens überhaupt, weil hier der Machtanspruch der Arbeiterklasse und ihrer Partei zur Diskussion gestellt werden konnte. (Das ist bei Manfred LÖTSCH⁶⁾ gut nachzulesen.) Auf die Indikatoren der Sozialstrukturanalyse hat sich das insofern ausgewirkt, daß sie sich einseitig an Qualifikation, Stellung im Arbeitsprozeß und bestenfalls Einkommen bilden, daß aber nach LÖTSCH z. B. Macht, Verteilungsmuster, Verfügung, Kontrolle, Eigentum ... ausgeblendet blieben.

Die demographischen Merkmale wie Alter und Geschlecht wurden meistens neben der Sozialstruktur behandelt, sie wurden prinzipiell unterschätzt in ihrer Differenzierungskraft. Die echte Berücksichtigung der demographischen Merkmale in der Sozialstrukturanalyse hätte den Blick auf die Geschlechter- und Generationskonflikte eröffnet.

Im sozial-räumlichen System der Wohnmilieus läßt sich diese Differenzierung bereits nachweisen, obwohl faktisch noch gar nichts passiert ist. In unserer Studie SCHWERIN '91 haben wir die Bindung ans Neubaugebiet Großer Dreesch und gleichzeitig die Abwanderungsberebungen erfaßt.

Das Gebiet verlassen möchte als Prototyp der gut qualifizierte, gut verdienende, verheiratete junge Mann mit Kindern.

Es bleibt als Prototyp die alleinlebende, ältere Frau mit geringem Einkommen.

Das Fazit wäre also:

Um die Realität der DDR-Gesellschaft erfassen zu können, muß wohl beiden Thesen, der These der Entdifferenzierung und der These der quasi unbemerkten Differenzierung, Geltung verschafft werden, die sich auszuschließen scheinen.

Zumindest schließen sie sich im soziologischen Modell sozialistischen Lebensweise aus, das endgültig ad acta gelegt werden muß, weil es diese Kontradiktion nicht aufheben kann. Das besagt ja

auch die oft gesprochene Antinomie: Im Sozialismus sind alle gleich, nur manche sind gleicher.

Während die Gleichheitsforschung praktiziert wurde und Ergebnisse gebracht hat, ist die Ungleichheitsforschung zu kurz gekommen. Möglicherweise läßt sich das durch Sekundäranalysen relativieren.

Einige DDR-Soziologen kompensieren den Verlust "ihrer" Makrotheorie, indem sie sich der nächsten Makrotheorie zuwenden. Die Verlockung ist groß, endlich erklären zu können, was wirklich passiert ist. Ich muß das auch zugeben.

Die meisten West-Soziologen gehen per se davon aus, daß es sich in den neuen Bundesländern um eine Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse an die Muster der alten Bundesländer handelt, nicht umsonst spricht man ja vom Beitrittsgebiet. Der Ubiquität der Modernisierungstheorie scheint nichts im Wege zu stehen. Also wieder Deduktion. Ich habe das Gefühl, auch diesmal läuft es nicht deduktiv.

1) Vgl. auch Weiske, Christine: Mit Abstand betrachtet - die Theorie der sozialistischen Lebensweise als soziologische Theorie. In: Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie, Bonn, 5(1991).

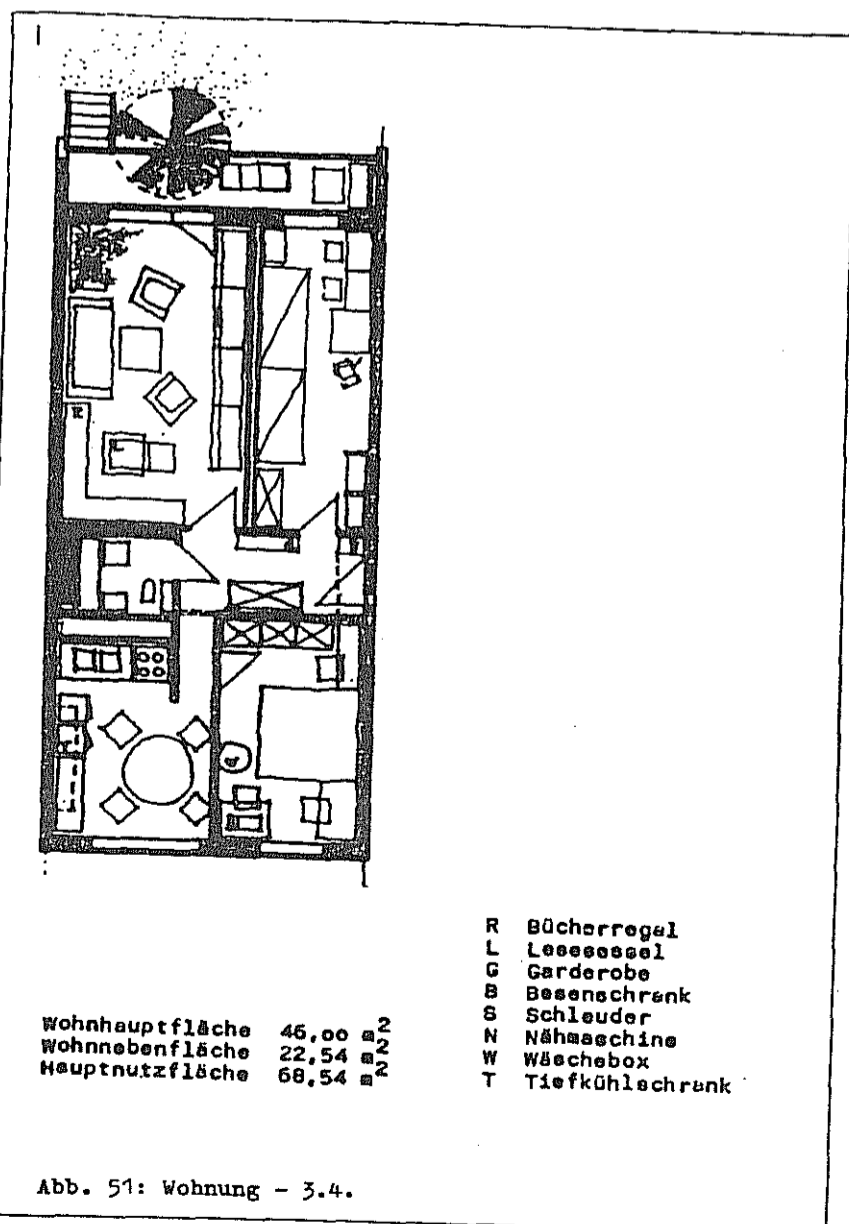
2) Ahrbeck, Rosemarie: Die allseitig entwickelte Persönlichkeit. Berlin, Volk und Wissen, 1970.

3) Flierl, Bruno: Stadtgestaltung in der ehemaligen DDR als Staatspolitik. In: Marcuse, Peter, Fred Staufenbiel (Hrsg.), Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch, Berlin, 1991, S. 59.

4) Häußermann, Hartmut und Walter Siebel: Soziologie des Wohnens. In: Stadt und Raum, Pfaffenweiler, 1991, S. 69ff.

5) Schäfer, Uta: Weimar weiblich. In: Europäische Provinz Weimar, Schriften der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Weimar, 1992, S. 58.

6) Löttsch, Ingrid und Manfred Löttsch: Gesellschaftsentwicklung zwischen Nivellierung und Elitebildung. In: Thomas, Michael (Hrsg.) Abbruch und Aufbruch, Berlin, 1992, S. 93 - 107.



Fallstudie¹⁾ W 3.4

Bewohner: Sie: 30 Jahre alt
Technologin KDM Magdeburg
Hochschulabschluß
Er: 32 Jahre
Ingenieur bei der DR
Hochschulabschluß
Es: Mädchen, 7 Jahre, 2. Klasse
Es: Mädchen, 8 Jahre, 3. Klasse

Die Familie bezog 1982 diese Wohnung als Erstnutzer. Die Wohnung befindet sich im Erdgeschoß eines fünfgeschossigen, spannererschlossenen Wohngebäudes. Vom Balkon der Wohnung aus ist eine Mieterterrasse erreichbar.

Die Benutzung der Wohnung

1. Der familiäre Bereich der Wohnung:

Küche

Die Wohnküche ist der Hauptaktionsbereich innerhalb der gesamten Wohnung. Alle Mahlzeiten werden hier eingenommen. Es wird grundsätzlich in der Küche gegessen, auch wenn Besuch da ist. Der runde Tisch bietet bequem Platz für 8 Personen. Vorteilhaft für die Funktionsstichtigkeit der Küche wirkt sich die Möglichkeit des Nebeneinanderausführens verschiedener Tätigkeiten aus: Erledigung von Küchenarbeiten/Mahlzeiten zubereiten, Abwaschen/Bügeln/Baufsichtigen der Kinder/Spielen der Kinder/Erledigen der Hausaufgaben durch die Kinder usw.

Die Küche ist der Ort für gemeinsames Spielen und für Unterhaltungen und Diskussionen der Familienmitglieder, wenn sich nachmittags alle wieder zu Hause einfinden.

Wohnraum

Der Wohnraum wird von der Familie als Freizeitbereich bezeichnet. Hier wird gelesen (es gibt eine extra dafür eingerichtete Leseecke), es werden Pflanzen gezüchtet, die Familie schaut fern, die Hausfrau erledigt Handarbeiten, die

- 1) Die folgenden Ergebnisse entstanden nach etwa 2-stündigen intensiven Gesprächen mit den Bewohnern und nach der Besichtigung und Aufnahme der Wohnung. Es sind keine verallgemeinerungswürdigen Aussagen vom besonderen Fall ableitbar. Lediglich bestimmte Trends sind nach Auswertung mehrerer solcher Studien zu beobachten. Mit einer Fallstudie wird die allgemeine Situation an einem typischen Beispiel konkret beschrieben. Es werden damit Besonderheiten des jeweiligen Ablaufes des Familienlebens und des Alltages im Vergleich mit der Funktionsstichtigkeit der Wohnung dargestellt.

Kinder spielen hier. Im Wohnzimmer werden Gäste empfangen, und hier wird auch gefeiert.

Balkon und Terrasse

Die individuellen Freiräume werden von der gesamten Familie intensiv benutzt. Man ist im Freien auf dem Balkon, es wird draußen gelesen, und verschiedene Hausarbeiten werden auf dem Balkon ausgeführt. Bei schönem Wetter wird auf dem Balkon Wäsche getrocknet. Die an den Balkon anschließende Mieterterrasse bietet echte Möglichkeiten aktiver Erholung. Die Mädchen spielen sehr oft draußen. Der relativ geschützte Bereich regt die Kinder zu vielerlei kreativen Spielen an (Aufbauen von Zelten usw.). Das Ehepaar ist der Meinung, daß die Mieterterrasse vom Erholungswert her einen Garten ersetzen kann.

Die Familie hat ihren Garten abgegeben, um diese Wohnung beziehen zu können. (Voraussetzung dafür war, daß kein anderer Garten bewirtschaftet wird.) Nach 2 Jahren Benutzung und Bearbeitung dieser Mieterterrasse am Haus ist der Bewuchs so hoch, daß man gegen Einblicke vom Wohnhof etwas geschützt ist. Als einzigen Nachteil empfindet die Familie, daß Räume nicht gepflanzt werden dürfen.

2. Die Individualbereiche der Wohnung

Kinderzimmer

Das Zimmer wird von den beiden Mädchen gemeinsam genutzt. Hier vollzieht sich der Tagesaufenthalt der Kinder: spielen, toben, Hausaufgaben erledigen, Hobbys nachgehen und das schlafen. Den Kindern wird von den Eltern viel Platz für die Verwirklichung eigener Ideen und Vorstellungen eingeräumt (Ausstattung des Raumes). Die Aktivitäten der Kinder bleiben nicht auf ihr Zimmer beschränkt. Sie können sich in der ganzen Wohnung aufhalten und spielen. Vorteilhaft auf die Benutzbarkeit des Zimmers wirkt sich der geringe Altersunterschied und damit die relative Interessengleichheit der Kinder aus.

Schlafzimmer der Eltern

Das Schlafzimmer ist der Rückzugsbereich der Eltern. Es wurde ein Arbeitsplatz für beide eingerichtet. Zusätzlich befindet sich ein Hausarbeitsplatz im Schlafzimmer (Aufstellen der Nähmaschine). Da auch auf das herkömmliche Ausstattungsmuster mit Wäscheschränken, Ehebett und Frisier-toilette nicht verzichtet wurde, ist der Bewegungsraum in diesem Zimmer sehr eingeschränkt. Nach dem Beginn des postgradualen Studiums des Mannes wird der Raum zum Lernen benötigt (Ruhe ist notwendig). Der Schlafraum wird also durchaus auch tagsüber benutzt.

3. Die Nebenfunktionsbereiche der Wohnung

Das Bad

Hier betreiben die Familienmitglieder in erster Linie Hygiene. Es wird im Bad Wäsche gewaschen und während des Winters und bei schlechtem Wetter Wäsche getrocknet. Der Wäschetrockner ist über der Badewanne angebracht. Verschiedene Regale und Wandschränke wurden eingebaut, um kosmetische Artikel, Handtücher usw. unterbringen zu können.

Bei der Benutzung des Bades hat sich früh ein fester Rhythmus eingefahren, um einen reibungslosen Start des Familienalltags zu gewährleisten. Besonders morgens stellt das Bad einen Engpunkt dar. Ungünstig findet die Familie, daß Bad und WC nicht getrennt sind.

Der Flur

Der Flur ist Verkehrsfläche, Abstellfläche und bietet Raum für Bewegungsspiele der beiden Mädchen. Garderobe und Schuhschrank dienen der Unterbringung täglich benötigter Bekleidungsartikel. Über der Eingangstür wurde ein Hängeboden und neben dem Eingang ein Besenschrank für alle größeren Reinigungsgeräte eingebaut. So wurde versucht, zusätzlich Stauraum zu schaffen. Abstellmöglichkeiten werden besonders für die anfallenden Gartenmöbel, Liegen, den Sonnenschirm usw. gesucht.

Berufstätigkeit und Wohnung

Das Ehepaar führt zeitweise berufliche Tätigkeiten zu Hause weiter. Dafür wird der eingerichtete Arbeitsplatz im Schlafzimmer genutzt. Wenn beide Partner Weiterbildungsmöglichkeiten gleichzeitig nachgehen wollen, dann arbeitet die Frau in der Küche. Die Mädchen besitzen beide einen Arbeitsplatz in ihrem Zimmer. Aus der Berufstätigkeit der Eltern, ihren Weiterbildungsvorstellungen und den Hobbies der Familienmitglieder wachsen keine Schwierigkeiten für die Benutzung der Wohnung.

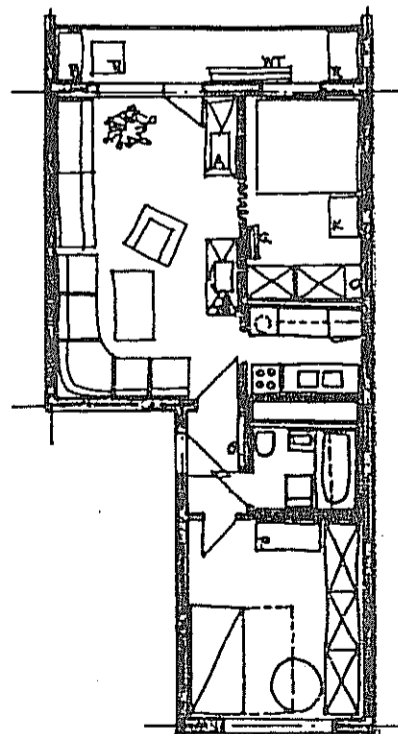
Die Familie fühlt sich wohl in dieser Wohnung. Die Wohnung ist praktisch und funktionell eingerichtet. Bestimmte Repräsentationsabsichten verfolgt die Familie nicht vordergründig mit der Gestaltung und Ausstattung.

... "Die Wohnung ist für uns. Sie muß zum Wohlfühlen für uns alle sein und nicht in erster Linie Gästen gefallen."

Als Hauptvorteile der Wohnung werden nachdrücklich die schöne große Wohnküche und die Mieterterrasse genannt. Nachteilig werden das Nichtvorhandensein eines Abstellraumes und die Nichttrennung von Bad und WC bewertet.

Fallstudie: W 3.3.

Hauptnutzfläche 54,51 m²
davon
Wohnhauptfläche 42,37 m²
Wohnnebenfläche 12,14 m²



- B kleine Balkonbank
- Ti Balkontisch
- WT Wäschetrockner
- R Regal für Werkzeug und Material
- K Kiste für Schuhe
- G Garderobe
- A Aquarium
- P Puppenhaus
- T Telefon
- S Schuhschrank im Treppenhaus

Bewohner: Sie: 28 Jahre
Physiotherapeutin
Er: Kraftfahrer Schichtdienst notwendig
auch Wochenenddienst!
Es: Mädchen, 3 Jahre, Kindergartenkind

Abb. 52: Wohnung - 3.3.

Die Familie lebt seit 1 1/2 Jahren in dieser Wohnung. Vorher wurde die Wohnung durch eine Familie mit 2 Kindern bewohnt.

Die Wohnung befindet sich in der 3. Etage eines ebenfalls fünfgeschossigen, spannererschlossenen Wohngebäudes. Die Wohnung gehört zu den sogenannten Ratiowohnungen.

Die Benutzung der Wohnung

1. Der familiäre Bereich der Wohnung

Wohnraum

Das Wohnzimmer ist der meistbenutzte Raum der Wohnung. Es ist der Hauptaufenthaltsort der gesamten Familie. Hier wird gegessen, man sieht fern, die Familienmitglieder gehen ihren Hobbies nach (Tiere pflegen und versorgen, lesen, Handarbeiten ausführen, spielen). Im Wohnzimmer werden Gäste empfangen und hier feiert man zusammen. Auch einen Großteil der anfallenden Hausarbeiten (Bügeln, Stopfen, Nähen) erledigt die Hausfrau in diesem Raum.

Balkon

Der Freisitz wird von der Familie als Erholungsort gewertet. Man ist bei schönem Wetter immer auf dem Balkon. Ansonsten bleibt dieser Bereich Hauptaktionsraum für den Mann. Er ist in seiner Freizeit gern handwerklich tätig. Der Balkon ist der einzige Ort, wo er diesem Hobby nachgehen kann und wo Handwerkszeug und etwas Material aufbewahrt werden können. Der Mann baute viele Möbel in seiner Wohnung selbst. ... "Man muß sich ja was einfallen lassen bei diesem extremen Platzmangel."

2. Die Individualbereiche der Wohnung

Raum des Kindes

Gleich beim Einzug entschied sich das Ehepaar, den als Elternschlafzimmer ausgewiesenen Raum der Tochter zur Verfügung zu stellen und selbst im kleinen Raum neben dem Wohnzimmer zu schlafen. Das Kind sollte mit mehr Platz und Bewegungsfreiheit aufwachsen können. Mit originellen Ideen gestalteten die Eltern für ihr Kind diesen Raum: Turnringe und Schaukel hängen von der Decke, Puppenhaus, Dreirad, Kinderwagen stehen zum Spielen bereit. Die Aktivitäten des Kindes müssen nicht auf das Kinderzimmer beschränkt bleiben. Soweit es der Ablauf des Familienalltags erlaubt, kann das Kind in der gesamten Wohnung spielen.

Als das Mädchen noch in einem kleinen Kinderbett schlafen konnte, war der EBplatz der Familie in dem Kinderzimmer untergebracht und wurde täglich benutzt. Damit wurde im Wohnzimmer mehr Platz geschaffen. Als ein großes Bett für das Kind aufgestellt werden mußte, bestand die Notwendigkeit, den EBplatz in das Wohnzimmer zurückzuverlegen. Dafür wird jetzt das ausziehbare zweite Bett als Gästeschlafmöglichkeit genutzt.

Flur

Der Flur ist reine Verkehrsfläche, es ist nicht genügend Platz vorhanden, um einen Schrank für Schuhe aufzustellen. Das Schuhregal befindet sich auf dem Podest im Treppenhaus. Es konnte nur eine kleine Garderobe neben der Badtür angebracht werden.

Berufstätigkeit und Wohnung

Die Schichtarbeit des Mannes und der damit verbundene Tages- und Nachtschlaf behindert die Benutzung des Wohnzimmers durch Mutter und Tochter. Besonders an Wochenenden, wenn das Kind zu Hause ist und der Vater tagsüber schlafen muß, zeigen sich die Probleme des Funktionierens dieser Wohnung für diese Familie. An solchen Tagen müssen Mutter und Tochter im Kinderzimmer essen und das Mädchen muß sich den ganzen Tag lang in seinem Zimmer aufhalten. Auch Kindersendungen im Fernsehen können nicht verfolgt werden. Immer ist die Lärmbelastung für den im Nebenraum schlafenden Vater zu groß.

Bei einer größeren Wohnung würde die Frau auch nach ihrer Arbeitszeit Patienten zu Hause behandeln und könnte dabei gleichzeitig die Tochter beaufsichtigen.

"Das ist aber in dieser Wohnung nicht möglich."

Wenn die junge Frau zusätzlich Patienten helfen möchte, dann muß sie die Leute selbst aufsuchen, was natürlich wesentlich zeitaufwendiger ist.

Die Familie hat die Wohnung so praktisch und funktionell wie möglich eingerichtet. Man ist bestrebt, überall maximalen Stauraum zu gewinnen.

Als Vorteile der Wohnung werden der Wohnkomfort, der Balkon und darüber hinaus die intakte Hausgemeinschaft genannt,

Nachteilig sind die kleine Küche, das Bad, der Flur und der Schlafbereich der Eltern.

"Es ist diskriminierend, diese Wohnung Freunden und Bekannten zu zeigen. Trotzdem sollen sich alle in der Wohnung wohlfühlen. Die Wohnung soll gemütlich für uns und unsere Gäste sein."

Die Familie ist bestrebt, die Wohnung gegen eine größere und besser funktionierende zu tauschen, was sich aber sehr schwierig gestaltet, da die Familie mit einer Dreiraumwohnung ausreichend mit Wohnraum versorgt ist und mit dieser sogenannten Ratiowohnung nicht über die günstigsten Ausgangsbedingungen für einen Tausch verfügt.

Über eines sind sich beide Eheleute einig:

"Noch ein Kind wäre in dieser Wohnung unmöglich."

Schlafraum der Eltern

Dieser Raum wird nur zum Schlafen der Eltern und als Abstellraum genutzt. Über den Kleiderschränken befinden sich zusätzliche Regale. Wo es nur möglich ist, hat sich das Ehepaar Regale, Kisten und Behältnismöbel aufgestellt, um Stauraum zu gewinnen. Der Raum ist nur durch einen Vorhang vom Wohnraum getrennt. ... "Damit man wenigstens das Gefühl hat, der Raum wäre etwas größer."

3. Die Nebenfunktionsbereiche der Wohnung

Küche

Die Küche stellt wohl den extremsten Raum der Wohnung dar. Durch einen Fehler in der Bauproduktion wurde die Wand zwischen Küche und dem davorliegenden Raum um 30 cm zugunsten der Küche und zugunsten des jetzigen Elternschlafzimmers verschoben. So konnten zwar dort Kleiderschränke aufgestellt werden, die Hausfrau jedoch ist sehr unglücklich über diese Küche. Zwischen den beiden Schrankseiten bleiben 60 cm Bewegungsraum!

Es ist in dieser Küche zu warm, der Platz ist zu gering, die Geruchsbelastung für die gesamte Wohnung ist zu groß (die Küche steht zum Wohnraum hin offen). "Es macht wirklich keine Freude, hier zu kochen." Es kann sich maximal eine Person in der Küche aufhalten. Die Hausfrau benutzt den Raum nur, wenn es notwendig ist, also zum Essenzubereiten und zum Abwaschen. Ansonsten sieht die Hausfrau keinen Grund, sich hier aufzuhalten. Möchte das kleine Mädchen beim Kochen und Backen helfen, wird das schon schwierig, da durch den Platzmangel immer extreme Unfallgefahr für das Kind besteht.

Bad

Die Familienmitglieder betreiben hier Hygiene. Es wurde versucht, das minimale Stauraumangebot zu verbessern. Regale, Schränke, Hängeböden usw. engen damit den Bewegungsraum zusätzlich ein, sind aber notwendig. Im Bad wird auch bei schlechtem Wetter Wäsche getrocknet, obwohl alles bei der ewig feuchten Luft schlecht trocknet. Die Familie konnte vorher ein 6 m² großes, natürlich belichtetes Badezimmer in der Wohnung der Eltern benutzen und kann sich nicht so leicht an die Sanitärzelle gewöhnen.

"Hier macht das Baden nicht so rechten Spaß. Alles bleibt feucht, es ist eng hier!"

Erkennbare Tendenzen zur Bewertung der Wohnungen in Neu-Olvenstedt aus Bewohnersicht

1. Die familial nutzbaren Räume der Wohnung (Wohnküche, Wohnzimmer) werden sowohl von ihrer Größe als auch von ihrer Lage in der Wohnung her sehr positiv bewertet. Besonders die Wohnküchen erweisen sich als äußerst günstig für die Bewältigung des Familienalltags, insbesondere wenn die Frauen auch berufstätig sind.

2. Die Individualbereiche der Wohnung sind kritikwürdig, da sie nicht als solche funktionieren. Meist teilen sich zwei Personen einen Raum (sowohl Erwachsene als auch Kinder).

Passen sich Erwachsene an bestimmte Situationen und Notwendigkeiten an, ist das bei Kindern mit einem gewissen Altersunterschied und extrem differierenden Aktivitäten und Vorstellungen schwieriger. Weiter kommt nicht nur der Größe der Räume, sondern auch ihren Proportionen Bedeutung zu. Würden die Proportionen eines Elternschlafzimmers (Forderungen der TGL 9552 nach Aufstellen eines Ehebettes und Nachtschränken) bei Aufgabe dieses traditionellen Ausstattungsmusters erlauben, individuelle Bereiche in diesem Zimmer zu schaffen, ist dies bei Kinderzimmern mit Systemmaßen von 2,40 m x 6,00 m und dem Zugang von der dem Fenster gegenüberliegenden Schmalseite nicht möglich.

Nicht zuletzt deshalb tauschen oftmals die Eltern ihr Zimmer mit den Kindern. Es ist insgesamt der Trend zu beobachten, daß Entscheidungen über die Nutzung der Wohnung meist zugunsten der Kinder getroffen werden. Die Eltern stellen ihre Bedürfnisse dabei zurück.

3. Die Nebengebiete sind innerhalb und außerhalb der Wohnungen unzureichend ausgebildet. Fehlender Stauraum in der Wohnung wird durch individuelle Einbauten versucht zu verbessern. All diese Maßnahmen schränken allerdings den Bewegungsraum erheblich ein. Die Wohnflächen sollten nach der Wohnungsgröße differenziert ausgebildet sein (wachsende Sanitär-, Küchen- und Abstellbereiche)

4. Die Benutzbarkeit der Wohnung unterliegt noch sehr oft tradierten Normen und Vorstellungen, die das alltägliche Funktionieren der Wohnung für die Familie einschränken. Es kommt daher beständig zu Konfrontationen, wenn das Wohnzimmer einziger Ort für das gemeinsame Familienleben ist (keine Wohnküche) und die Vorstellungen von der "guten Stube" ... ordentlich, sauber, aufgeräumt ... nicht mit den Anforderungen an einen multifunktional und unkonventionell nutzbaren Gemeinschaftsbereich für alle Familienmitglieder übereinstimmen.

Katrin Hater (Aachen), Sigrun Kabisch (Leipzig)

Bewältigungsmuster bergbaubedingter Zwangsmigration
im Vergleich Rheinland - Mitteldeutschland

Vorspann

Dieser Beitrag basiert nicht auf einem gemeinsamen Forschungsprojekt, sondern auf unabhängigen Arbeiten zur Braunkohlenproblematik im Mitteldeutschen und im Rheinischen Revier. Sigrun Kabisch wurde noch zu DDR-Zeiten Mitte der 80er Jahre im Zusammenhang mit industriesoziologischen Forschungen mit dem Thema bergbaubedingter Umsiedlungen konfrontiert. Seitdem hat sie die Braunkohlenprobleme insbesondere im Südraum Leipzig immer im Blick behalten, ohne jedoch die Möglichkeiten zu umfangreicheren eigenen Untersuchungen zu erhalten. Nicht zuletzt die Erfahrungen mit der offensichtlichen politischen Brisanz des Themas, die eine Bearbeitung zu DDR-Zeiten erschwerten, veranlaßten sie, Umsiedlungen in den Zusammenhang von Migrationstheorien zu stellen und die Besonderheit des staatlichen Zwangscharakters von bergbaubedingten Migrationen herauszustellen. Ihre derzeitige Beschäftigung mit Regionalentwicklungsproblemen des Südraums Leipzig (der Raum, der an die Großstadt Leipzig anschließt) führten zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit der regionalwirtschaftlichen Bedeutung des Braunkohlentagebaus in dieser Region.

Katrin Haters Auseinandersetzung mit dem Thema steht im Zusammenhang mit der politischen Forderung nach Sozialverträglichkeit des Braunkohlentagebaus im Rheinischen Revier, die u.a. in einem umfangreichen Gutachten zu diesem Thema im Auftrag der Landesregierung Nordrhein-Westfalen ihren Niederschlag gefunden hat. Dieser Zugang legt es nahe, Aspekten des Protestes gegen weiteren Braunkohlenabbau größere Bedeutung beizumessen und diese Phänomene im Rahmen von Theorien zu sozialen Bewegungen bzw. zur Modernisierung der Industriegesellschaft zu interpretieren. Dies ist das Ziel der in Arbeit befindlichen Dissertation.

Beide Zugänge münden, wenn auch immer wieder mit anderen Vorzeichen, in einem gemeinsamen Interesse am politischen Prozeß der Braunkohlenplanung wie an der praktischen Bewältigung der Umsiedlung ganzer Ortschaften.

Der Erfahrungsaustausch zwischen den Autorinnen geht seit ca. einem Jahr. Dabei stoßen sie manchmal auf eine verblüffende Ähnlichkeit in den individuellen und sozialen Bewältigungsmustern. Die historischen und materiellen Voraussetzungen auf regionaler Ebene sowie der relative Handlungsspielraum des jeweiligen Bergbautreibenden gehen dagegen krass auseinander.

Das Verfahren legt die politische Verantwortung für den Braunkohlenabbau jeweils in die Hand der Landesregierungen, wobei heute in Nordrhein-Westfalen der für die Landesplanung zuständige Umweltminister Matthiesen in besonderem Maße von der Öffentlichkeit in die Verantwortung genommen wird.

In dieser Funktion ist der Minister seit Anfang der achtziger Jahre zunehmend mit Widerstand und Protesten aus der Region insbesondere gegen den geplanten Tagebau Garzweiler II konfrontiert. Der Protest richtet sich vor allem gegen die erwarteten ökologischen Folgen der mit dem Tagebau verbundenen großräumigen Grundwasserabsenkung, aber auch gegen die sozialen Folgen einer Umsiedlung von ca. 12 000 Menschen.

So war der 1984 vorgelegte Entwurf des Landesentwicklungsplans V, der abbauwürdige Tagebaufelder bis an die niederländische Grenze vorsah, politisch nicht durchsetzbar. Stattdessen wurde 1984 von der Landesregierung ein Untersuchungsprogramm Braunkohle in Auftrag gegeben, in dem grob gesprochen die ökologischen Zusammenhänge und die technischen Alternativen der Tagebauentwicklung im Rheinischen Revier untersucht werden sollten. Dieses Untersuchungsprogramm wurde 1987 abgeschlossen und mündete in eine Leitentscheidung der Landesregierung zur zukünftigen Braunkohlepolitik.

Die Landesregierung bekannte sich darin zu dem Ziel, den Abbau von 120 Mio.t. Braunkohle pro Jahr planerisch zu sichern. Damit war auch der ökologisch und politisch umstrittenste Tagebau Garzweiler II weiterhin in der Planung, allerdings mit der Einschränkung, daß durch weitere Untersuchungen die ökologische Beherrschbarkeit und die soziale Verantwortbarkeit dieses Tagebaus zu prüfen seien. Im Herbst 1991 waren auch diese Untersuchungen abgeschlossen. In einer weiteren Leitentscheidung sprach sich die Landesregierung dafür aus, daß nur ein um ein Drittel der ursprünglich geplanten Fläche verkleinertes Abbaufeld genehmigungsfähig sein würde. Durch die Rücknahme der Abbaugrenze soll der Schutz des internationalen Naturparks Maas-Schwalm-Nette gesichert werden. Darüberhinaus reduziert sich die Zahl der Umsiedlungsbetroffenen von knapp 12.000 auf ca. 8.000 Menschen. Zur Zeit wird ein Vorentwurf für den Tagebau Garzweiler II erarbeitet.

Dieses deutliche Beschneiden der Abbauwünsche des Bergbautreibenden aufgrund ökologischer und sozialer Bedenken der Landesregierung ist erstmalig in der Geschichte des Rheinischen Reviers. Es dokumentiert einen nicht zuletzt durch die starken Proteste initiierten Lernprozeß, in dem die Landesregierung von einer nur nachvollziehenden regionalplanerischen Umsetzung der Abbauwünsche des Bergbautreibenden zu einer vorausschauenden eigenen Überprüfung von Auswirkungen und Alternativen übergegangen ist.

Damit aber tritt gleichzeitig die ganze Komplexität des Großverhaltens Braunkohlenabbau ins Rampenlicht einer kritischen Öffentlichkeit. Es zeichnet sich eine neue Fragestellung ab: Denn selbst wenn die technische Machbarkeit aller Ausgleichs- und Reparaturmaßnahmen nachgewiesen ist und Bedingungen genannt werden können, unter denen auch die sozialen Folgen bearbeitet und verantwortet werden könnten, bleibt die Frage offen, wer die Integrationskraft aufbringen soll, die dazu notwendige

Im folgenden werden die Ähnlichkeiten und Unterschiede an den Punkten:

- Kurzprofil des Rheinischen/Mitteldeutschen Reviers, einschließlich Landesplanung und Landespolitik
- der Bergbautreibende als Unternehmen: Rheinbraun/MIBRAG
- die Umsiedlungspraxis im Rheinischen/Mitteldeutschen Revier (bis 1989) herausgearbeitet.

Damit sind einige der Fakten dargestellt, die die unterschiedlichen Voraussetzungen für die politische und soziale Handhabung von Braunkohlentagebau in Ost und West bedingen. Eine zentrale Frage, die die Auswahl dieser Fakten strukturiert hat, ist die nach den Ursachen für Akzeptanz oder Protest gegen Braunkohle in der Region einerseits und die Frage der politischen Verantwortung für die Braunkohlenplanung andererseits.

Kurzprofil des Rheinischen Reviers einschließlich Landesplanung und Landespolitik

Mit 2.500 qkm umfaßt das Rheinische Braunkohlenrevier ca. ein Prozent der Fläche der alten Bundesrepublik. Hier lagern insgesamt ca. 55 Mrd t Braunkohle, von denen allerdings derzeit nur 10,4 Mrd.t als abbauwürdig in der Diskussion sind. Davon befinden sich 4,1 Mrd.t in Tagebaufeldern, die zur Zeit abgebaut werden oder zum Abbau genehmigt sind. Abbaufelder für 6,3 Mio t bedürfen noch der planerischen Bearbeitung.

Jährlich werden etwa 100 bis 110 Mio. t Rohbraunkohle in vier Tagebaueinheiten gewonnen und zu 85% direkt in tagesbaunahen Großkraftwerken des RWE verstromt. Damit sorgt die rheinische Braunkohle für 8,5 % des Primärenergiebedarfes der alten Bundesrepublik oder für ca. 19% des gesamten Strombedarfes.

Mit ca. 15 500 Beschäftigten und zahlreichen Zulieferern ist das Bergbauunternehmen Rheinbraun gleichzeitig ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Region. Dies gilt jedoch innerhalb der Region in sehr unterschiedlichem Maße. Je weiter die Tagebauplanung nach Nordwesten fortschreitet, umso stärker berührt sie Räume wie Mönchengladbach oder Erkelenz, die auch ohne die Braunkohle eine gesunde Wirtschaftsstruktur aufweisen.

Das Rheinische Braunkohlenrevier überschreitet an keiner Stelle die Landesgrenzen von Nordrhein-Westfalen, berührt jedoch die beiden Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf. Der Braunkohlenschaubereich ist als bezirksübergreifender Planungsausschuß zuständig für die Aufstellung des Braunkohlenplans, der abschließend vom Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft genehmigt werden muß. Die Genehmigung muß im Einvernehmen mit den anderen Fachministern, und das ist in erster Linie das Wirtschaftsministerium, erteilt werden. Der Braunkohlenplan ist bindend für alle nachfolgenden Verwaltungsentscheidungen, auch für die nach Bundesberggesetz von den Bergämtern zu erteilenden Betriebsplanzulassungen, die das eigentliche Genehmigungsverfahren für den Bergbautreibenden darstellen. Dieses Braunkohlenplanverfahren soll mehr oder weniger auch für die Braunkohlenplanung in den neuen Bundesländern übernommen werden.

Kooperationsbereitschaft aller beteiligten Behörden, Gemeinden, Vereine, Verbände und Bürger über Jahrzehnte zu sichern. Akzeptanz ist damit mehr als die Frage nach dem Ausgang der nächsten politischen Wahlen.

Kurzprofil des Mitteldeutschen Reviers einschließlich Landesplanung und Landespolitik

Das Mitteldeutsche Revier erstreckt sich über die beiden Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt mit einer Ausdehnung von ca. 2.500 qkm und ist damit großräumig ähnlich dem Rheinischen Revier. Es konzentriert sich in der Region um die beiden Städte Leipzig und Halle.

1989 wurden hier in mehr als 20 Tagebauen 106 Mill. t Kohle gefördert.

Aktuelle Planungen gehen von einer künftigen Fördergröße von 25 Mill. t aus, wovon 15 Mill. t im Südraum Leipzig und 10 Mill. t im Halleschen und damit anhaltinischen Revier gefördert werden sollen. Im Mitteldeutschen Revier lagern ca. 9 900 Mill. t Braunkohlevorräte, davon 7 200 Mill. t Normalkohle und 2 700 Mill. t Salzkohle. In der langfristigen Abbaukonzeption sind gegenwärtig etwa 1 060 Mill. t zum Abbau vorgesehen, d.h. bei einer Jahresförderung von ca. 25 Mill. t/a könnte das hier ansässige Unternehmen noch ca. 40 Jahre Braunkohle gewinnen.

Während das Rheinische Kohlerevier insgesamt der Hauptstandort der westdeutschen Braunkohleproduktion ist und von der zentrale im Regierungspräsidium Köln planerisch bearbeitet wird, verteilt sich die ostdeutsche Braunkohleförderung auf zwei Regionen: das Mitteldeutsche Revier und das Lausitzer Revier.

Letzteres erstreckt sich über die Länder Sachsen und Brandenburg. Somit sind hier drei Länder mit jeweils eigenen planerischen und politischen Positionen bezüglich des Fortgangs und der Einordnung des Braunkohlenbergbaus in die weitere wirtschaftliche Entwicklung eingebunden. Es gibt also keine Konzentration der Hoheit. Unterschiedliche Zeithorizonte hinsichtlich der Erarbeitung von Landesentwicklungsprogrammen und die erst im Anfangsstadium befindliche lädergrenzenüberschreitende Zusammenarbeit in der Regionalplanung erschweren Aussagen über aktuelle und gesicherte Braunkohleplanungen.

Am 6.12.91 kam es zur sogenannten "Leipziger Erklärung", in der sich die Regierungen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg für die Erhaltung des Braunkohlebergbaus in den neuen Bundesländern aussprechen. Jedoch erst am 2.6.92 wurde durch die Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit sowie für Umwelt und Landesentwicklung eine gemeinsame Kabinettsvorlage zu Leitlinien der Staatsregierung zur zukünftigen Braunkohlenpolitik in Sachsen vorgelegt. Hierin sind erstmals Umwelt- und Sozialverträglichkeit als Prämissen für einen Neubeginn!! bei gleichzeitiger Zukunftssicherung der sächsischen Braunkohle hervorgehoben worden.

Festlegungen im Einigungsvertrag bezüglich Bergbau schreiben unterschiedliches Recht in der Handhabung des Berggesetzes zwischen alten und neuen Bundesländern auf Jahre fest.

Damit sind einige relevante Ausgangspunkte für die Betrachtung des Themas charakterisiert, welche auf Unterschiede zwischen der

Braunkohlenförderung und den umfangreichen Begleiterscheinungen im Rheinischen und Mitteldeutschen Revier hinweisen.

Historischer Exkurs (Vgl. Abb. 1)

Um die Bedeutung des Braunkohlenbergbaus für die ehemalige DDR zu beschreiben und zu erklären, sind einige Fakten notwendig. 1% der gesamten Wirtschaftsfläche der ehemaligen DDR wurden bergbaulich beansprucht (1982). Das sind ca. 1 000 km². 1988 wurden 85% der Elektroenergie auf der Basis von Braunkohle erzeugt. Der Energieverbrauch pro Kopf der Bevölkerung lag 1988 mit 8 t SKE um rund 25% über den Wert der alten Bundesrepublik. 1987 förderte die DDR allein ca. 25 % der Jahresweltmenge an Braunkohle. Für 1990 war damals eine Förderleistung von 330-335 Mill. t Braunkohle angestrebt worden.

Diese Größenordnungen forderten einen Tribut von der Gesellschaft, welcher in seinem vielschichtigen Ausmaß erst allmählich evident wird. Rein quantitativ bedeutet diese rücksichtslose Entwicklung u.a. eine Zerstörung ganzer Landstriche. Riesige Flächen sind unrekultiviert und z.T. offen zurückgeblieben, weil ein Massedefizit existiert.

Dieses beläuft sich bei offenen Tagebauen und Restlöchern auf ca. 12 km². Hier besteht ein großer Nachholebedarf an Rekultivierung und Renaturierung. Bis heute ist noch nicht genau geklärt, wer diese Aufgaben finanziell absichern wird. (Vgl. Abb. 2)

Es ist auf die Landschaftsdeformationen hinzuweisen, die letztlich einen Einschnitt in das ökologische Gleichgewicht darstellen und die Lebensbedingungen in dieser Region massiv beeinträchtigen. Die verbliebenen Siedlungsgebiete konzentrieren sich auf Landpfeilern. Es entstehen Trassenkorridore, die die Bewegungsräume der Bevölkerung abgrenzen, und Verkehrslinien, die insbesondere die räumlichen und zeitlichen Bewegungen der Pendlerströme neu ordnen. In der Regel ist damit eine Ausdehnung des Aufwandes und eine Einschränkung der Wahlmöglichkeiten für Mobilität verbunden.

Der Bergbautreibende als Unternehmen: Rheinbraun

Im Rheinischen Revier gibt es seit 1960 nur noch ein Bergbauunternehmen, die Rheinischen Braunkohlenwerke AG, kurz Rheinbraun. Rheinbraun ist eine fast 100%ige Tochter des Energiegiganten RWE, der ca. 40% des Strommarktes in der alten BRD beherrschte (1983/84). Die wichtigste Rohstoffbasis der RWE für die Stromerzeugung ist immer noch die Braunkohle.

Dies macht deutlich, daß jeglicher Konflikt um die Braunkohle vitale Interessen eines der mächtigsten Konzerne der Bundesrepublik berühren. Diese Interessen werden von Rheinbraun und RWE mit allen Mitteln direkter und indirekter, politischer und ökonomischer Einflußnahme auf allen Entscheidungsebenen abgesichert.

Rheinbraun ist ein privatwirtschaftliches Unternehmen, das im öffentlichen Interesse Bodenschätze gewinnt. Seine Rechtsform als privatwirtschaftliches Unternehmen hat immer auch seine Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit der Region bestimmt. Dies berührt nicht nur die kleineren oder größeren Privilegien, die der

Bergbautreibende im Revier Einzelpersonen, Gebietskörperschaften, Vereinen und Verbänden zuteil werden lassen kann.

Es betrifft auch den Verhandlungsspielraum zur Lösung ökologischer und sozialer Probleme, der mit jedem neuen Tagebauvorhaben von allen Beteiligten neu ausgelotet wurde. So ist, noch bevor es zu größeren öffentlichen Protesten gegen die Braunkohle kam, das Niveau des Schadensausgleichs durch den Bergbautreibenden kontinuierlich angestiegen. Dies umfaßt Schutzauflagen beim Abbau, Ausgleichsmaßnahmen für Grundwasserabsenkungen, die Rekultivierungsleistungen und die Entschädigung für abzureißende Dörfer usw. Trotz der ständig steigenden Anforderungen an den Bergbautreibenden, einen immer größeren Teil der Begleit- und Folgekosten des Tagebaus zu internalisieren, schreibt das Unternehmen immer noch schwarze Zahlen und dokumentiert seine ökonomische Potenz durch eine ständig wachsende Zahl von Kapitalbeteiligungen an amerikanischen, kanadischen und australischen Rohstoffgewinnungskonzernen.

Das Unternehmen Rheinbraun besitzt mit 51% die Mehrheit innerhalb eines Konsortiums, das die ostdeutschen Braunkohlentagebaue privatwirtschaftlich weiter betreiben will.

Der Bergbautreibende als Unternehmen: MIBRAG

Im Mitteldeutschen Revier ist das Bergbauunternehmen Mitteldeutsche Braunkohlenaktiengesellschaft MIBRAG tätig, das seit 1990 existiert und aus dem früheren Braunkohlenkombinat Bitterfeld hervorgegangen ist.

1989, als die Braunkohle noch das Rückgrat der Energieversorgung der DDR war, wurden in mehr als 20 Tagebauen 106 Mill. t Kohle losgemacht und in mehr als 20 Brikettfabriken 17 Mill. t Briketts gepreßt. Mit mehr als 57 000 Beschäftigten war "die Braunkohle" der mit Abstand größte Arbeitgeber Mitteldeutschlands. (Vgl. Abb.3)

Der drastische Rückgang des Bedarfs an Braunkohle nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten bedingt durch den Wegbruch der gesamten Karbochemie, das rapide Sinken der Nachfrage nach Briketts und den Rückgang des Anteils der Elektroenergieproduktion auf der Basis von Braunkohle bewirkte einen dramatischen Freisetzungsschub an Arbeitskräften. Allein 1991 wurden 20 000 Arbeitnehmer entlassen. Im nächsten Jahr ist mit Entlassungen in einer Größenordnung von weiteren 10 000 zu rechnen. Es wird davon ausgegangen, daß die MIBRAG nur ca. 7 000 Arbeitsplätze sichern kann. Zusätzlich 7 000 sollen in Unternehmen, die aus der MIBRAG ausgegründet worden sind, bereitgestellt werden.

Es existiert mit der Mitteldeutschen Braunkohlestruktur-förderungsgesellschaft (MBS) eine Mega-ABM mit 5 000 ehemals MIBRAG-Beschäftigten. Ihre Aufgabe ist die Sanierung der Tagebaue und der Abriß verrotteter Industrieanlagen. Allerdings ist bekanntlich die ABM-Regelung zeitlich begrenzt. Die anstehenden Aufgaben sind aber so gewaltig, daß eine Fortführung auf anderer Grundlage oder veränderter ABM-Basis erfolgen muß.

Der Aufwand für nachzuziehende Landschaftssanierung wird durch das Umweltministerium Sachsens mit 15 Mrd. DM beziffert. Die MIBRAG bezeichnet sich als wirtschaftlich gesund. Mit 50 Mill. t Förderung und einem Umsatz von 2,3 Mrd. DM sei die Gewinn- und Verlustrechnung 1991 ausgeglichen gewesen. Allerdings betrachtet

sich dabei die MIBRAG nicht als Verantwortlicher für die Altlasten aus den vergangenen Jahrzehnten. Dafür sei die Regierung und somit heute der Bund verantwortlich.

Die MIBRAG ist ein Treuhandunternehmen, das zum Verkauf steht. Der Poker hat begonnen. Neben Rheinbraun ist ein amerikanisch-britisches Konsortium präsent. Die schleppende Privatisierung hat der Bundeskanzler zur Chefsache erklärt. Am Montag, dem 28.9.92, fand eine Kanzlerrunde statt, in der die Pläne zum Verkauf der MIBRAG und der LAUBAG erläutert werden sollten.

In einer jüngsten, von der Treuhand in Auftrag gegebenen Studie wurde klar herausgestellt, daß mit einer Stilllegung des Bergbaus im Mitteldeutschen Revier und besonders im Südraum Leipzig unvermeidbar hohe Sanierungskosten für die öffentliche Hand entstehen würden. Nur mit dem lebenden Bergbau ließen sich die riesigen Tagebauflächen in einem überschaubaren finanziellen Ausmaß wieder nutzbar machen.

Gleichzeitig wird der Neubau eines Kraftwerkes mit 2 800-MW Blöcken ernsthaft diskutiert. In ihm könnten 12-15 Mill.t Kohle verstromt werden. Damit wäre für den einen der beiden als zukunftssträftig betrachteten Tagebaue im Mitteldeutschen Revier Arbeit für ca. 30 Jahre vorhanden.

Nicht zu unterschätzen ist der gesamte sozial-ökonomische Aspekt einer derartigen Entscheidung. Das Angebot von Arbeitsplätzen würde wesentlich erweitert werden. Im gesamten gewerblichen Zulieferbereich und auf der Ebene der Infrastrukturerweiterung könnte ein zukunftssträftiger Arbeitsmarkt gefördert werden. Eine entgeltliche Entscheidung steht bisher noch aus.

Die Umsiedlungspraxis im Rheinischen Revier

Die Notwendigkeit von Umsiedlungen im Zuge von Braunkohlenabbau hat schon immer die politische Akzeptanz der Braunkohle belastet. Gleichzeitig aber waren die neuen Siedlungen für die Bergbautreibenden ein wesentlicher Werbeträger, die Gerüchte von den "Umsiedlungsmillionären" ein wichtiger Promoter für die Akzeptanz des Tagebaus vor Ort. Und die privatwirtschaftliche Organisation des Unternehmens hat schon immer den Spielraum ermöglicht, im Einzelfall unbürokratisch und großzügig zu sein.

Von 1948 bis 1989 wurden im Rheinischen Revier ca. 30 000 Menschen aus über 100 Orten und Einzelanwesen bergbaubedingt umgesiedelt. Dabei wurde durchgängig das Verfahren der gemeinsamen Umsiedlung gewählt. Das heißt, daß im Prinzip allen Umsiedlungsbetroffenen die Möglichkeit angeboten wird, an einen gemeinsamen neuen Standort zu ziehen. Gemäß den landesplanerischen Leitvorstellungen sind diese neuen Standorte in aller Regel an bestehende Siedlungskerne angegliedert. Aus vielfältigen Gründen werden so aus den ehemaligen Dörfern eher städtisch orientierte Vorortssiedlungen. Diese Siedlungen waren immer durch Eigenheimbebauung geprägt.

Im Rheinland zogen und ziehen jeweils 60-70% der Einwohner eines umzusiedelnden Ortes mit an den neuen Standort. Diese Zahlen beziehen sich auf den Stand der Einwohnerzahlen zu dem Zeitpunkt, an dem die Umsiedlung offiziell beginnt. Sie berücksichtigen nicht die vorausgegangenen Bevölkerungsverluste, die normalerweise den langen Braunkohlenplanungsprozeß begleiten.

Am neuen Standort versammeln sich zunächst einmal diejenigen, die sich aufgrund der Entschädigung für ihren Altesitz oder aufgrund günstiger Einkommensverhältnisse den Neubau eines Einfamilienhauses leisten können und sich gleichzeitig stark an die dörfliche Gemeinschaft gebunden fühlen. In der Tendenz verliert eine dörfliche Gemeinschaft durch die Umsiedlungen einen kleinen Teil ihrer Oberschicht und einen größeren Teil ihrer einkommensschwächeren Mitglieder. Für die Altersstruktur gilt ähnliches: sehr junge und sehr alte Haushalte suchen eher Alternativen außerhalb der gemeinsamen Umsiedlung. Die größte Bindung an die dörfliche Gemeinschaft zeigen die Haushalte, deren Vorstand zwischen 50 und 60 Jahren alt ist.

Einige umzusiedelnde Familien ziehen deshalb nicht mit an den neuen Ort, weil sie die praktischen Mühen der Bauherrenrolle scheuen, weil die Finanzierung eines Neubaus ihnen zu unübersichtlich erscheint oder weil die Entschädigungssumme nicht ohne Neuverschuldung für einen Neubau ausreicht. Dies hat dazu geführt, die politische Forderung "neu für alt" zu erheben. Damit soll der Bergbautreibende verpflichtet werden, am neuen Standort Häuser vergleichbarer Qualität ohne Mehrkosten zur Verfügung zu stellen. Die Umsetzung dieser Forderung würde natürlich auf erhebliche praktische und juristische Probleme stoßen. Sie verweist jedoch auf die grundsätzliche Problematik, daß die gesetzliche Entschädigung des Altesitzes, selbst nach der im Rheinischen Revier üblichen großzügigen Handhabung häufig nicht ausreicht, um einen adäquaten Neubau zu finanzieren.

Die Orte, die heute im Rheinischen Revier zur Umsiedlung anstehen, sind von ihrer baulichen Substanz und ihrer infrastrukturellen Ausstattung her absolut funktionsfähig. Dennoch gibt es hier schon eine lange Diskussion über die Frage, inwieweit öffentliche und private Investitionen in umsiedlungsbedrohten Ortschaften ökonomisch vertretbar sind. Heute wird allgemein die Ansicht vertreten, daß diese Orte nicht anders zu behandeln seien als die übrigen. Das heißt, solange eine Umsiedlung noch nicht eingeleitet ist, werden normalerweise private Neubauten genehmigt und auch öffentliche Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt. Ein beeindruckendes Beispiel ist die Ortschaft Pier, deren Umsiedlung in ca. fünfzehn Jahren zu erwarten ist. In diesem Ort werden derzeit ein neues Bürgerzentrum gebaut und die Ortsdurchfahrt verkehrsberuhigt. Privaten Hausbesitzern wird von allen Seiten geraten, ihre Häuser in guten Zustand zu bringen, um entsprechende Entschädigungsansprüche zu sichern.

Dennoch, jede Investitionsentscheidung erfolgt im Hinblick auf eine unsichere Zukunft. Da erscheinen zwar der Erhalt der Lebensqualität und eine angemessene Innenentwicklung möglich, Wachstumspotentiale, z.B. im Einzugsbereich der Städte Mönchengladbach, Neuss und Düsseldorf, können jedoch nicht mehr ausgeschöpft werden. Und die eben am Beispiel beschriebene explizite Förderung umsiedlungsbedrohter Orte ist immer noch eine seltene Ausnahme.

Die städtebaulich relativ positive Entwicklung im Umgng mit Umsiedlungsorten darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß hinter dem Glanz der neuen Orte andere Probleme immer wieder ausgeblendet werden. Auf zwei Problemkreise soll exemplarisch verwiesen werden: 1. Der gesamte Bereich der psychischen und sozialen Bewältigung des Heimatverlustes und Neuanfangs bleibt ausschließlich den Selbsthilfekräften der Familien und der Ortsgemeinschaft überlassen, obwohl mittlerweile bekannt ist, daß diese damit in vielen Fällen überfordert sind.

2. Die Frage der politischen Vertretung der Umsiedlergemeinschaft ist noch nicht befriedigend gelöst, seit mit der kommunalen Gebietsreform die umzusiedelnden Dörfer politisch nur noch unselbständige Ortsteile größerer Gemeinden sind.

Als angeblich erfolgreich in der Bewältigung beider Probleme hat sich folgendes einfaches Modell herausgebildet: eine sehr starke Leitfigur nimmt mit Unterstützung durch einen kleinen Kreis weiterer örtlicher Vertreter die Interessen aller Umsiedler wahr und ist gleichzeitig wichtige informelle Anlaufstelle zur Beratung in individuellen Problemsituationen.

Dieses konservative Modell hat einige entscheidende Nachteile:

1. Eine so starke Leitfigur, die imstande ist, einen großen Teil der dörflichen politischen und sozialen Kräfte zu integrieren und den Rest erfolgreich auszugrenzen, findet sich längst nicht in jeder umsiedlungsbetroffenen Ortschaft und verfügt dort wo sie auftritt nicht immer über die notwendigen, umfassenden Kompetenzen. Selbst dort wo das Modell funktioniert, bietet es kaum die Gewähr dafür, daß die Umbruchsituation von der ganzen Dorfgemeinschaft politisch selbstbewußt getragen werden kann.

2. Eine so starke Leitfigur duldet in der Regel keine anderen gestaltenden Kräfte neben sich. Somit sind jeder Versuch, Unterstützung und Beratung der Umsiedler auf mehrere, z.T. auch professionelle Schultern zu verteilen, sowie Ansätze einer gruppenweisen Selbstorganisation von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Die Umsiedlungspraxis im Mitteldeutschen Revier (bis 1989)

Bis 1987 wurden auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ca. 200 Orts- und Teilortverlegungen durchgeführt. Mehr als 60 000 Menschen mußten damit ihren Wohnort verlassen. Im Mitteldeutschen Revier wurden davon 104 Siedlungen devastiert, was mit einer Wohnortverlagerung für rund 44 000 Einwohner einherging.

Die bisherige Umsiedlungspraxis basierte auf einem Beschluß des Bezirkstages der betroffenen Region, der ein Gebiet als Bergbauschutzgebiet bestimmte. Eine öffentliche Diskussion auf demokratischer Grundlage fand nicht statt.

Als Hauptaufgaben, die es im Rahmen einer bergbaubedingten Umsiedlung zu lösen galt, wurden die finanzielle Entschädigung und die Versorgung der Umzusiedelnden mit Wohnraum an einem anderen Standort definiert. Damit wurde eine eingeengte, nur auf materielle Belange orientierte Sichtweise auf bergbaubedingte Umsiedlung durchgesetzt, die umwelt- und sozialverträgliche Aspekte vernachlässigte.

Der größte Teil der Verlegungen erfaßte dörfliche Siedlungen mit einer Einwohnerzahl von 100 bis 500. Devastierungen im größeren Maßstab blieben eine Ausnahme. Zwei Orte mit über 3 000 Einwohnern wurden im Südraum Leipzig bergbaubedingt aufgelöst.

Die Standortwahl für den bergbaubedingten Ersatzwohnungsbau erfolgte seit 1950 als komplexer Ersatz des aufgegebenen Wohnraumes an zentralen Standorten. In der Regel befand sich dieser in Städten. Mit dieser Wohnalternative war eine Aufgabe der bisherigen dörflichen Lebensweise verbunden. Besonders gravierende Auswirkungen hatte das Wohnungsangebot im großstädtischen Neubaurandgebiet. Hier treffen Extreme aufeinander, die zu einem völligen Bruch mit bisherigen Wohnverhältnissen führten.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre wurde versucht, den Ministerratsbeschluß über den sogenannten Naturalersatz durchzusetzen. Dieser beinhaltete das Angebot von seiten der Bergbautreibenden an die umzusiedelnden Grundstückseigentümer, ihnen adäquate Wohnmöglichkeiten an einem ländlich geprägten Standort bereitzustellen. Aufgrund von Kapazitätsengpässen (erinnert sei nur an das sogen. "Berlin-Programm") konnte dieser Beschluß nur stellenweise umgesetzt werden. Eine gemeinsame Umsiedlung verbunden mit dem Neuaufbau des Ortes an einem anderen dörflich geprägten Standort gab es nicht.

Die zentralen Wohnangebote durch den Bergbautreibenden wurden von ca. 1/3 der umzusiedelnden Bevölkerung nicht in Anspruch genommen. Diese Gruppe orientierte sich nach anderen Alternativen, nahm Wohnmöglichkeiten wahr, die ihren gewohnten eher entsprachen, z.B. Einfamilienhäuser oder Bauernhöfe. Diese Gruppe wurde durch Einwohner repräsentiert, die körperlich und finanziell in der Lage waren, durch Hausbau oder Kauf einen Neubeginn an einem von ihnen preferierten Standort durchzusetzen. Das führte zu einer allmählichen Ausdünnung der Dorfbevölkerung und zu bergbaubedingten Migrationsverlusten, da die neuen Wohnorte eines Teils dieser Umzusiedelnden in andere Regionen verlegt wurden.

Finanzierung

Haus- und Grundstücksbesitz bedeuteten nicht durchgängig finanzielle Absicherung bzw. Liquidität, da durch jahrzehntelange "Unterschützstellung" der für die Überbaggerung vorgesehenen Orte ein baulicher Verfall und damit erhebliche Wertminderung eingetreten ist. Mit der staatlichen Festlegung eines Territoriums als Bergbauschutzgebiet war der Stop bedeutsamer zentraler Investitionsflüsse verbunden. Da diese Festlegung Jahrzehnte umfassen konnte, verfielen betroffene Orte. Der bauliche Verfall, der die Perspektivlosigkeit vor Augen führte, hatte beträchtliche soziale Auswirkungen. Junge und gut ausgebildete Bewohner verließen diese Dörfer, was zu Überalterung und Ausdünnung der Sozialstruktur führte. Die sozialen Netze in der Dorfgemeinschaft zerfielen allmählich.

Faktisch begann das langsame Sterben eines Ortes mit seiner Festlegung als Bergbauschutzgebiet.

Hier ist auf einen wesentlichen Unterschied zwischen den beiden betrachteten Bergbauregionen hinzuweisen. Die besitzmäßigen bzw. finanziellen Voraussetzungen sind grundlegend verschieden. Als mögliche "Umsiedlungsgewinner" kann nur der kleine Teil der Umzusiedelnden betrachtet werden, der relativ große landwirtschaftliche Nutzflächen besitzt.

Vertauensbasis

Aufgrund der Erfahrungen steht heute die Bevölkerung betroffener Orte Festlegungen und Zusagen der Landesregierung und des Bergbauunternehmens MIBRAG sehr skeptisch gegenüber. Alle Faktoren zusammen bewirken derzeit eine ausgeprägte Ablehnung gegenüber dem Braunkohlenunternehmen und gegenüber beabsichtigten Umsiedlungen. Spekulationen über den Verkauf des Treuhandunternehmens MIBRAG fördern zusätzlich Gerüchte und Mißtrauen.

Unter Berücksichtigung der konkreten Ausgangsbedingungen hat sich bisher bei von Umsiedlung betroffener Bevölkerung das Begreifen der Umsiedlung als eine Chance für einen qualitativ hochwertigen Neuaufbau ihres Wohnortes mit langfristiger Perspektive nur in Einzelfällen durchgesetzt. Das Fehlen positiver Beispiele für

gemeinsame Umsiedlungen, die Vorbildcharakter hätten, stärkt die Skepsis hinsichtlich neuer Planungen. Die fehlende Akzeptanz in der Bevölkerung ist gegenwärtig das größte Hindernis in der weiteren Ausrichtung eines Energiekonzeptes unter Beteiligung von Braunkohle.

Die Problematik der bergbaubedingten Ortsumsiedlung wird gegenwärtig von einer allgemeinen Stimmungslage überdeckt, die der Braunkohleförderung der letzten Jahrzehnte die massive Zerstörung der Umwelt anlastet. Das führt zu unrealistischen Forderungen des sofortigen Bergbaustops, ohne zu beachten, daß damit die Rekultivierung der riesigen brachen Tagebauflächen unverhältnismäßig verzögert und verteuert würde. Damit wäre für die gesamte Region der wirtschaftliche und auch soziale Niedergang besiegelt, da Arbeitsplatzalternativen gegenwärtig nicht in Aussicht sind.

Abschließende Bemerkungen

Somit sind die Ausgangspositionen der bergbaubedingten Migration in den beiden Beispielregionen außerordentlich differenziert. Die Übertragbarkeit von Erfahrungen erweist sich als schwierig. Als einheitliche Erfahrung kann der Verlust von Heimat beschrieben werden. Deshalb ist die Übernahme von Symbolträgern wichtig, um Identitätsmuster an neuen Wohnstandorten daran aufzubauen.

Für Umsiedlungen in den neuen Bundesländern ist der Neuaufbau des Ortes verbunden mit der gemeinsamen Umsiedlung eines Großteils der Einwohner dorthin eine neue Erfahrung. Die damit verbundenen Chancen gilt es auszunutzen, um letztlich aus dem Verlust von Heimat einen Gewinn von neuer Heimat zu verwirklichen. Zur Bewältigung eines solchen Vorhabens ist eine akzeptierte Führungsspitze notwendig, die den gesamten Prozeß leitet und entsprechend der konkreten Fragestellungen vor Ort helfen kann. Damit ist auch eine Chance zum Erhalt der Dorfgemeinschaft gegeben, was wiederum zur Stärkung der Position dieser Kommune gegenüber anderen Entscheidungsträgern beiträgt. Gefahren hinsichtlich Selbstüberschätzung von Leitfiguren in diesem Prozeß bestehen ähnlich denen im Rheinischen Revier.

Nach wie vor steht die finanzielle Entschädigungsfrage an erster Stelle der Kriterien für eine Umsiedlung. Die Erfahrungen aus der DDR-Zeit hinsichtlich Entschädigung (z.B. 0,16 M pro m² landwirtschaftliche Nutzfläche) und die gegenwärtig praktizierte Wertermittlung weichen stark voneinander ab. Andererseits sind nun auch die Grundstückspreise und die Preise für Neubauten wesentlich höher. Die notwendige Aufnahme von Krediten für den Neubau eines Hauses ist sowohl mental (Kredit=Schulden) als auch wirtschaftlich (unsichere Arbeitsplätze, geringe Renten) für die Mehrzahl der umzusiedelnden Einwohner eine äußerst schwierige Entscheidung. Hinzu kommt bei gegenwärtigen Umsiedlungsplanungen der relativ lange Zeitraum, bis die eigentliche bergbauliche Inanspruchnahme des Wohnortes erfolgt (10-20 Jahre). Ältere Bürger argumentieren heute, daß sie aufgrund dessen durchaus im Ort verbleiben und hier ihren Lebensabend beschließen können. Die auch in diesen Haltungen zum Ausdruck kommende Verunsicherung unterstreicht das Mißtrauen gegenüber den Planungen hinsichtlich Tagebauvortrieb.

Durch die betroffene Bevölkerung in den neuen Bundesländern ist ein zweifacher Lern- und Auseinandersetzungsprozess zu bewältigen: Einerseits steht für sie die Aufgabe, das Erbe aus der DDR-Vergangenheit anzutreten und sich nun in den neuen sozialökonomischen Rahmenbedingungen zu orientieren. Andererseits sehen sie sich dem Ost-West-Vergleich ausgesetzt, der Lösungsmuster für bergbaubedingte Zwangsmigration und Umsiedlung vorzeigt, die nur in Teilen für die neuen Bundesländer übertragbar sind. Hinsichtlich gemeinsamer Umsiedlung gibt es im Rheinischen Revier wertvolle Erfahrungen und Anhaltspunkte. Bezogen auf konkrete Wohnwünsche differieren jedoch die Vorstellungen, immer auch unter Bezugnahme auf die finanziellen Voraussetzungen. Resümierend ist einzuschätzen, daß die Forderungen nach Sozialverträglichkeit und Umweltverträglichkeit in beiden, dem Mitteldeutschen und dem Rheinischen Kohlerevier, erstrangig sind. Ihre Realisierung trifft allerdings auf völlig unterschiedliche Ausgangsbedingungen, die auch differenzierte, revierbezogene Lösungsangebote verlangt.

Die Erfahrungen und Verfahrensweisen des Rheinischen Braunkohlenreviers werden in jedem Fall ein erster Maßstab sein, an dem neue Konzepte und Bewältigungsstrategien für das Mitteldeutsche Braunkohlenrevier gemessen werden. Dennoch muß betont werden: Im Umgang mit der politischen und sozialen Bewältigung der Umsiedlungsaufgaben liegt auch im Rheinischen Revier noch vieles im Argen. Und dort, wo die Bewältigungsstrategien im Rheinischen Revier erfolgreich sind oder zumindest scheinen, fußen sie zum größten Teil auf Bedingungen, die im Mitteldeutschen Revier kaum so anzutreffen sind.

Wo Rheinbraun mit schmucken Umsiedlungsorten werben kann, hat die mitteldeutsche Braunkohle eine stark traumatisierende Umsiedlungsvergangenheit zu bewältigen, die durch die deutsche Vereinigung und dem damit verbundenen Bruch in der Entschädigungspraxis mit zusätzlichen unlösbaren Konflikten belastet worden ist. Wo Rheinbraun stolz auf eine rekultivierte Erholungslandschaft verweisen kann, steht in Mitteldeutschland die ungelöste Frage der Altlasten einer nur in Einzelfällen rekultivierten Tagebauhinterlassenschaft im Mittelpunkt der Öffentlichkeit. Wo Rheinbraun auf ein fast unbegrenztes Vertrauen in seine ökonomische Potenz setzen kann, vermittelt die MIBRAG in ihrer Abhängigkeit von der Treuhand, durch die unvermeidlichen Massenentlassungen und die immer neuen Spekulationen über ihre Privatisierung kaum das Bild eines selbständig handlungsfähigen Unternehmens.

Andererseits, wo Rheinbraun ein Großunternehmen ist, das in einer wirtschaftlich relativ gesunden Region agiert, in der längst nicht alle Arbeitnehmer oder alle Kommunen von der Braunkohle abhängig sind, ist die Braunkohle in Mitteldeutschland, speziell im Südraum Leipzig, derzeit der einzige nennenswerte Faktor, der dem wirtschaftlichen Niedergang der Region entgegengesetzt werden kann. Und: Rheinbraun muß in einem höchst elaborierten Braunkohlenplanverfahren neue, tiefe Eingriffe in die Landschaft rechtfertigen. Die MIBRAG kann einigermaßen plausibel darauf verweisen, daß realistisch betrachtet nur mit einem lebenden Tagebau die Altlasten der Vergangenheit bewältigt werden können.

In beiden Revieren ist die Situation noch offen.

Abb. 1

Vergleich Braunkohlenbergbau DDR-BRD 1987

	DDR	BRD
Fördermenge, Mio. t	309	109
Anteil an Jahresweltproduktion, %	25	9
Anzahl aktiver Tagebaue	35	4
Anteil der Braunkohle an Stromerzeugung, %	85	19 (1989)

Abb. 2

Verhältnis Flächenentzug - Flächenrückgabe
1951 - 1990 DDR

Entzug	1080 km ²
Rückgabe	733 km ²
Differenz	347 km ²
bergbaubedingtes Massedefizit	12 km ³

Abb. 3

Anpassungsprozeß im Braunkohleunternehmen MIBRAG

	1989	1990	1991	1992
Rohkohleförderung in Mio. t	105,6	80,9	50,9	ca. 36,0
Produktion veredelter, fester Brennstoffe in Mio. t	18,0	13,9	5,9	ca. 3,7
Anzahl der Beschäftigten am Jahresende	57 249	44 653	25 793	15 500

Abb. 4

Bergbaubedingte Umsiedlung im Mitteldeutschen und
Rheinischen Revier 1945-1989

	M.R.	R.R.
Orts- und Teilortsverlegungen	104	100
Einwohnerzahl	44 000	30 000
zukünftig beabsichtigte Umsiedlungen, Einwohnerzahl	1 200	8 000

Frauen in der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie

in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Treffen vom 30.10. bis 1.11.1992 in Hannover

Protokoll

Katrin Hater

Barbara Martwich

Drei Grundsatzreferate lagen vor, die sich aus je unterschiedlicher Perspektive mit der Themenstellung: "Gesellschaftliche Modernisierung und die Situation von Frauen" beschäftigten, zwei weitere, die sich dem Thema unter eingegrenzteren Fragestellungen näherten.

Weibliche Handlungsmuster in Modernisierungsfallen - Überlegungen zu potentiellen Paradoxien einer feministischen Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik

Ingrid Breckner

Zusammenfassung:

Ingrid Breckner unterscheidet zwischen einem strukturanalytischen Begriff und einer normativen Bewertung von Moderne und Modernität. Unter strukturanalytischer Perspektive erscheint der Modernisierungsprozeß als "Ausdifferenzierung spezifischer Modernisierungsziele und Modernisierungsprozesse innerhalb der gesellschaftlichen Teilsysteme Ökonomie, Politik und Soziokultur sowie innerhalb der von diesen Subsystemen bestimmten Lebenswelten der Subjekte." Diese Ausdifferenzierung und die damit verbundenen Veränderungen in den Subsystemen orientieren sich jeweils an vielfältigen Dimensionen von Rationalität.

Die praktische Gestaltung des "Projektes" der Moderne wird dabei immer auch bestimmt durch Wertsetzungen, die sich auf einen normativen Begriff der Moderne beziehen und die die politischen Konflikte um die Gestaltung der Moderne begründen.

Der Versuch einer Trennung strukturanalytischer und normativer Aspekte von Modernisierung eröffnet den Blick auf spezifische Krisenpotentiale moderner Gesellschaften.

Im Unterschied zu traditionellen Gesellschaften zeichnen sich die modernen durch einen speziellen "dezentralen" und "selbstbezüglichen" Vergesellschaftungsmodus aus. Die dezentrale und selbstbezügliche Ausdifferenzierung führt zu immer kleineren Einheiten mit teils ungleichzeitigen teils kontroversen Entwicklungen, die für den Einzelnen und für das Gesamtsystem undurchschaubar bleiben. Die Folge ist eine Entkoppelung von Akteuren, Organisationen und sozialen Teilsystemen.

Das Nebeneinander von autonomen (selbstbezüglichen) Entwicklungen und der Infragestellung von Traditionsbezügen führt zu einer neuen Form gesellschaftlicher Krise. Ingrid Breckner übernimmt hier den von Negt geprägten Begriff der Erosionskrise.

Zur Krise kommt es, wenn die legitimatorische Klammer, das normativ besetzte Modernisierungsversprechen von mehr Autonomie für den Einzelnen sowohl in der Gestaltung subjektiver Lebensentwürfe und/oder auch in seiner gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit, sich offensichtlich nicht einlöst.

Ingrid Breckner fokussiert ihre Diskussion auf den Begriff der Modernisierungsfalle, mit dem Widersprüchlichkeiten im Modernisierungsprozeß zwischen strukturellen Ausdifferenzierungsprozessen einerseits und der Nicht- oder nur Teileinlösung von Modernisierungsversprechen andererseits in den Blick genommen werden. Modernisierungsfällen führen bei den Subjekten zu den unterschiedlichsten Formen von Leiden, von Zweifel und Handlungsunsicherheit der eigenen Lebenssituation gegenüber. Auf systemischer Ebene sind Modernisierungsfälle durch die Verknöcherung von Strukturen gekennzeichnet, die den unbeabsichtigten Folgen von Modernisierungsprozessen geschuldet sind.

Im Zusammenwirken von lebensweltlichen und systemischen Modernisierungsfällen entsteht die von Offe beschriebene "Status-Quo-Befangenheit" der modernen Gesamtgesellschaft, eine lähmende Einschränkung autonomer gesellschaftlicher Gestaltungsfähigkeit, die das paradoxe Gegenteil der ursprünglichen Zielsetzung von Modernisierung ist.

Ingrid Breckner wendet den Begriff der Modernisierungsfalle an auf die Situation von Frauen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie in der Wohnungspolitik. Sie zeigt, wie beide Alternativen ökonomischer Sicherheit - Partizipation an den Versorgungsansprüchen eines erwerbstätigen Ehemannes oder Sicherheit durch eigene Erwerbstätigkeit - Konsequenzen beinhalten, die einem normativen Modernisierungsbegriff entgegenstehen. Denn die Ehe als Basis von Versorgungsansprüchen zwingt den Frauen die vollständige Abhängigkeit von patriarchalen Machtstrukturen auf. Erwerbstätigkeit dagegen erfordert entweder die "funktionale Vergesellschaftung" (=Ausbeutung) "anderer, nicht oder auf einem niedrigeren Niveau erwerbstätiger Frauen" oder den Verzicht auf Kinder oder den "Verlust von sozialen Beziehungen, politischem Engagement und kultureller Handlungskompetenz".

In der Wohnungspolitik schließt sich die Modernisierungsfalle dann, wenn Frauen aufgrund steigender Ansprüche an die autonome Gestaltung ihrer Lebens- und damit auch ihrer Wohnsituation auch steigende Ansprüche an Qualität und Quantität des Wohnungsangebotes stellen, sie jedoch aus vielfältigen Gründen nur begrenzt in der Lage sind, die entsprechenden finanziellen, zeitlichen und sozialen Ressourcen dafür zu mobilisieren und schließlich auch einem politischen Engagement für ihre Interessen gegenüber eher ambivalent eingestellt sind.

Perspektivisch plädiert Ingrid Breckner dafür, Frauenpolitik differenzierter an den höchst unterschiedlichen Lebenssituationen zu orientieren, und damit "für unterschiedliche Gruppen weiblicher Subjekte neue Erfahrungs- Wissens- und Gestaltungspotentiale zu erschließen". Erst damit eröffne sich für Frauen die Chance der Teilhabe an der "Pluralität der Moderne" während die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner einer alle Frauen umfassenden Frauenpolitik eher der Produktion von Sozialmythen Vorschub leiste, die das Leiden an der Moderne geradezu legitimiere.

Diskussion

Plenum:

Die Debatte entzündete sich zunächst grundsätzlich am Modernisierungsbegriff.

- die Fortschrittslogik und der Fortschrittsglaube, die in diesem Konzept immer enthalten seien, seien zu kritisieren. Sie erinnerten - wenn auch in anderen Begriffen und mit einer anderen Geschichtsphilosophie - fatal an die Fortschrittseuphorie DDR-marxistischer Gesellschaftstheorie.
- Modernisierungstheorien produzierten stets Blindstellen gegenüber den Machtverhältnissen und dem Krisenpotential sogenannter moderner Gesellschaften. Es stelle sich die

Frage, ob nicht die Modernisierungstheorien an sich eine patriarchalische Perspektive auf die Gesellschaft konstruieren.

- Die Gegenüberstellung von Moderne und Tradition sei problematisch.
- Der Begriff der Moderne sei unbrauchbar für eine fruchtbare Analyse der Vergangenheit und der derzeitigen gesellschaftlichen Situation in der ehemaligen DDR.
- Es sei zu fragen, ob der Modernisierungsbegriff als normativer Begriff überhaupt mehr beinhalte, als das Individualisierungsversprechen des Liberalismus
- und ob somit der Begriff der Modernisierungsfalle mehr beinhalte als der Begriff des Emanzipationsdilemma und die Erosionskrise mehr beschreibe als das klassische Integrationsproblem des Liberalismus.

Ingrid Breckner:

- Der Begriff der Modernisierungsfalle sei ja gerade dazu entwickelt, die Opfer und die unbeabsichtigten, oft paradoxen Folgen des Modernisierungsprozesses in den Blick zu bekommen.
- Der Begriff der Erosionskrise versuche, ohne ökonomistische Verkürzungen die spezifische Krisenhaftigkeit moderner Gesellschaften zu analysieren, die u.a. darin bestehe, daß das Subjekt die Verbindungen herstellen müsse, die durch die modernisierungsbedingten Trennungen und Ungleichzeitigkeiten in seinen verschiedenen Lebensbereichen entstünden.

Sie plädierte dafür, Modernisierungstheorien weiterhin zum Ausgangspunkt theoretischer Analysen zu nehmen, da kein anderer theoretischer Ansatz eine vergleichbare Kompetenz aufweise. Allerdings seien Modernisierungstheorien in dem Sinne weiterzuentwickeln, daß damit auch die Krisen, Opfer, Machtverhältnisse in Modernisierungsprozessen und in modernen Gesellschaften sowie darauf bezogenes politisches Handeln thematisierbar und kritisierbar würden. In diesem Zusammenhang sei sowohl der Begriff der Erosionskrise als auch der der Modernisierungsfalle zu sehen.

Reproduktionsarbeitskrise und Stadtstruktur: zur Entwicklung von Agglomerationsräumen aus feministischer Sicht

Marianne Rodenstein, Stephanie Bock, Susanne Heeg

Zusammenfassung:

Ausgangspunkt der Überlegungen ist das Fehlen von frauenspezifischen Perspektiven bei wissenschaftlichen Untersuchungen von Agglomerationsräumen, die schwerpunktmäßig bisher unter ökonomischen und raumplanerischen Fragestellungen behandelt worden sind.

Der männlich dominierte wissenschaftliche Diskurs über städtische Agglomerationen soll um die Fragen nach dem "Ausgleich des Machtgefälles von Männern zu Frauen" nach der "Gleichheit der Chancen im Beruf und Privatleben" sowie nach einer "Aufwertung der reproduktiven, ... Tätigkeiten" erweitert werden und der Zusammenhang dieser Fragen mit der Entwicklung von Agglomerationsräumen und Stadtstrukturen problematisiert werden.

Marianne Rodenstein, Stephanie Bock und Susanne Heeg stellen den Begriff der Reproduktionsarbeitskrise in den Mittelpunkt ihres Beitrags.

Indem die Dynamik der Entwicklung von Agglomerationsräumen vor dem Hintergrund der Reproduktionsarbeit untersucht wird, werden auch Frauen als Akteurinnen des städtischen Le-

bens sichtbar, wird die herkömmliche, auf die Entwicklung der Produktion konzentrierte Perspektive auf die Agglomerationsräume um die Frage der Reproduktionsbedingungen erweitert. Daraus ergeben sich "neue Problemsichten und Entwicklungsperspektiven".

Reproduktionsarbeitskrise in Ballungsräumen kann als Problem der Unvereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienarbeit beschrieben werden. Diese Unvereinbarkeit wird in dem Maße zum Problem, wie Frauen in die Erwerbstätigkeit streben und damit die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern infrage stellen. Die Erosion der ehegebundenen Kleinfamilie, die starke Zunahme nicht-ehelicher Lebensformen mit und ohne Kinder, der Rückgang der Geburten sind sichtbare Symptome der Reproduktionsarbeitskrise und der Strategien ihrer individuellen Bewältigung. Die psychischen Spannungen und Belastungen innerhalb der Familien und anderen Lebensformen, die durch die Unvereinbarkeit von Beruf und Familie erzeugt werden, sind dagegen zunächst unsichtbar, werden, anders als die Krisen im Produktionsbereich, kaum öffentlich dramatisiert.

Eine zentrale Bedingung für die Formen, in denen die Reproduktionsarbeitskrise individuell bearbeitet werden kann, ist der lokale Arbeitsmarkt und sein Angebot an Arbeitsplätzen für Frauen. Das Vorhandensein eines Arbeitsplatzes reicht jedoch allein nicht aus, um Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Hinzukommen muß eine räumliche Organisation oder ein Verkehrssystem, daß es erlaubt, lange Wegzeiten zu vermeiden, ein Angebot an Kinderbetreuung, das die Frauen von der Reproduktionsarbeit für die Zeit der Erwerbstätigkeit befreit und ein Wohnungsangebot, das die ganze Bandbreite individueller Bewältigungsformen der Reproduktionsarbeitskrise ermöglicht.

In allen drei ergänzenden Bedingungen sind die Auswirkungen der Reproduktionsarbeitskrise auf die räumliche Organisation in den Agglomerationen heute bereits sichtbar und nachvollziehbar. Im Bereich des Verkehrs geht die Entwicklung von den individuellen Strategien (Zweitwagen) zu einem Umbau des ÖPNV, bei dem die Interessen von Frauen stärker berücksichtigt werden. In der Frage der Kinderbetreuung geht die Entwicklung von den vereinzelt Selbsthilfeinitiativen hin zu einem verstärkten öffentlichen Engagement. Die Debatte um die Reform des §218 spiegelt deutlich Reaktionen auf die Reproduktionsarbeitskrise. Auf dem lokalen Wohnungsmarkt schließlich schlägt sich die zunehmende Erwerbsarbeit und die damit verbundenen individuellen Formen der Bearbeitung der Reproduktionsarbeitskrise vor allem in einem Anstieg in der Wohnungsnachfrage nieder, wobei davon auszugehen ist, daß die immer noch prekäre Einkommenssituation vieler Frauen die Nachfrage künstlich niedrig hält.

Eine Reaktion auf die Reproduktionsarbeitskrise, die nur an den Symptomen ansetzt, scheint eher zu einer Verschärfung bestimmter Probleme der Agglomerationsräume als zu deren Lösung zu führen.

Die Erwerbschancen für Frauen sind in den verschiedenen Agglomerationstypen unterschiedlich verteilt und erfahren historisch Veränderungen. Seit den achtziger Jahren ist ein Trend zur Polarisierung des Arbeitsplatzangebotes mit einer wachsenden Konkurrenz um die wenigen qualifizierten Arbeitsplätze und einem Anwachsen des Angebotes an schlecht bezahlten, unsicheren und unqualifizierten Arbeitsplätzen zu vermerken. Daran schließen die Autorinnen die Frage an, welchen Einfluß dies auf die Fortentwicklung der Reproduktionsformen haben wird, ob hier vielleicht gleichzeitig eine Polarisierung zu beobachten sein wird (arm und verheiratet vs. wohlhabend und alleinlebend).

Agglomerationen wären unter dem Aspekt zu untersuchen, welche Erwerbschancen für Frauen sie bieten. Analog dazu müßte untersucht werden, inwiefern sich die Reproduktionsformen in

den Agglomerationen unterscheiden. Die Autorinnen unterscheiden hypothetisch drei Agglomerationstypen:

- Der traditionelle Typ West ist gekennzeichnet durch eine hohe Zahl männlicher Beschäftigter (oder Arbeitsloser) im produzierenden Gewerbe. Er bietet wenig qualifizierte Erwerbschancen für Frauen. Die traditionelle, ehegebundene Form der Reproduktion überwiegt.
- der traditionelle Typ Ost weist einen hohen Anteil der Beschäftigten (und Arbeitslosen) im produzierenden Gewerbe bei beiden Geschlechtern auf. Traditionelle ehegebundene Reproduktionsformen überwiegen.
- der moderne Typ zeigt einen Arbeitsmarkt, der durch einen hohen Anteil von Dienstleistungsberufen innerhalb und außerhalb der Produktion geprägt ist. Die Erwerbschancen für Frauen sind polarisiert. Die Reproduktionsformen sind überwiegend nicht ehegebunden. Der Anteil der alleinlebenden Frauen mit und ohne Kinder ist etwa gleich groß wie der Anteil der verheirateten erwerbstätigen Frauen mit Kindern.

Gerade die "modernen" Agglomerationen zeigen, daß die Reproduktionsarbeitskrise allein durch die beschriebenen Bewältigungsformen, die die Männer bei der Reproduktionsarbeit weiterhin außen vor lassen, nicht lösbar ist. Sie würde durch permanent steigende Anforderungen an den Wohnungsmarkt und Kinderbetreuungseinrichtungen einerseits, durch eine wachsende Zahl verarmter, der Sozialhilfe bedürftiger alleinlebender Frauen mit Kindern usw. den Handlungsspielraum auch prosperierender Kommunen weit überfordern. Vielmehr muß die Reproduktionsarbeitskrise als das begriffen werden, was sie tatsächlich ist, nämlich als eine Frage der gerechten Verteilung der Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern.

Diskussion

Plenum

Die Diskussion konzentrierte sich auf eine weitere Klärung des Begriffs der Reproduktionsarbeitskrise.

- Der Begriff der Reproduktionsarbeitskrise müsse deutlicher abgegrenzt werden gegenüber dem klassischen marxistischen Begriff der Reproduktion.
- Das Wortpaar Produktion-Reproduktion lege es nahe, eine neo-marxistische Interpretation zu vermuten. Dann aber wäre der Begriff der Reproduktionsarbeitskrise auch in den Bedingungen postfordistischer Vergesellschaftung zu definieren.
- Der Begriff der Krise impliziere immer auch einen historischen oder utopischen Zustand der Nicht-Krise, der in dem Referat nicht deutlich werde. Unklar bleibe auch: Warum, für wen und mit welchen Folgen ist die Reproduktionsarbeit heute krisenhaft?
- in feministischer Perspektive sei die Reproduktion krisenhaft, solange es das Patriarchat gibt. Allerdings werde die Reproduktionsarbeitskrise verstärkt seit den achtziger Jahren offen sichtbar und gesellschaftlich, z.B. durch die beschriebene Entwicklung neuer Lebensformen.
- Reproduktionsarbeitskrise sei ein sehr universeller Begriff. Es werde nicht deutlich, was er eigentlich erklären solle für die zeitliche und räumliche Lebensrealität von Frauen oder ob er zunächst nur als empirischer Leitbegriff für die Analyse von Agglomerationen dienen solle.

Marianne Rodenstein und Susanne Heeg.:

Der Begriff der Reproduktionsarbeitskrise sei nicht zuletzt eine Reaktion auf das Unbehagen an den Modernisierungstheorien. Gesellschaftlicher Wandel sei nicht in erster Linie als "Ausdifferenzierung" zu interpretieren sondern als Bewältigung von Krisen in der Reproduktionsarbeit. Dies gelte in besonderem Maße für die "Ausdifferenzierung von Lebensstilen". Letztlich gehe es immer um die Verteilung von Reproduktionsarbeit. In diesem Zusammenhang sei die modernisierungstheoretische "Individualisierung" nur eine besondere Form, die eine spezifische Rechenhaftigkeit der Beziehungen bewirke.

Räumliche Heterogenisierung und Veränderung des weiblichen Lebenszusammenhangs Ulla Terlinden

Zusammenfassung

Ulla Terlinden fragt, ob das Konzept des weiblichen Lebenszusammenhangs, nach dem Frauen über das Vehikel der weiblichen Sozialisation auf gemeinsame Lebenserfahrungen zurückblicken können, heute noch als gemeinsamer Bezugspunkt feministischer Forschung angenommen werden kann. Die Heterogenisierung der Stadt, die die "Wohnstandorte der verschiedenen sozialen Milieus ... über das gesamte Stadtgebiet" verteilt, ist einerseits Folge einer Heterogenisierung weiblicher Lebensläufe und kann andererseits zu weiterer Vielfalt beitragen, wenn angenommen wird, daß räumliche Erfahrung in die Biographie von Frauen integriert werden kann. Eine wachsende Zahl von Frauen wendet sich von einem Lebensmodell ab, das um die individuelle und familiäre Reproduktion zentriert ist und versucht die eigene Biographie unter dem Aspekt von Beruf und Erwerbstätigkeit auszubalancieren.

Dem Konzept des weiblichen Lebenszusammenhangs entsprach beispielsweise in den fünfziger und sechziger Jahren durchaus das sozialräumliche Verhalten von Frauen in der Stadt, die nach einer kurzen Phase des Allein- oder Wohngemeinschaftswohnen in den Innenstädten zur Familiengründung an den Stadtrand zogen. Dort sind Angebote zur Entlastung von Reproduktionsarbeit durch den Markt oder durch öffentliche Einrichtung kaum vorhanden. Die Übernahme vielfältiger Reproduktionsarbeiten durch die Frauen konnte damals als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

Die Abkehr von Frauen von einer Lebensorientierung an Reproduktionsaufgaben und sozialer Absicherung durch die Ehe führt vor dem Hintergrund polarisierter Erwerbschancen von Frauen zu unterschiedlichen Lebensverhältnissen, die jedoch das eine gemeinsam haben: sie machen die innenstadtnahen Wohngebiete für die Frauen attraktiv. Wohlhabenden Frauen erlaubt die innenstadtnahe Lage, einen großen Teil der Reproduktionsarbeit auf dem Markt einzukaufen. Verarmte Frauen dagegen sind auf billige Altbauwohnungen und die räumliche Nähe von Wohnung und Arbeit sowie öffentlichen Versorgungseinrichtungen angewiesen. Im Zuge des ganz wesentlich von Frauen mitgetragenen Gentrifizierungsprozesses kommt es zur Verdrängung von Frauen eines sozialen Milieus durch Frauen eines anderen.

Die Differenzierung der Lebensverhältnisse von Frauen, die mit der Abkehr von einer dominanten Orientierung an Reproduktionsarbeit verbunden ist, erfordert es, das Konzept des weiblichen Lebenszusammenhangs neu zu formulieren und theoretisch zu begründen oder gar es ganz zu verwerfen.

Diskussion :

Die Diskussion konzentrierte sich auf die Frage, welche wissenschaftlichen und politischen Konsequenzen sich daraus ergeben, daß das theoretische Konzept des weiblichen Lebenszu-

sammenhangs offensichtlich nicht mehr trägt und welche neuen Konzepte entwickelt werden müßten, die dem Begriff Geschlecht als soziale Strukturkategorie gerecht werden könnten.

Es wurde einerseits vermutet, daß es nach wie vor empirische Gemeinsamkeiten in den Lebensverhältnissen vieler Frauen gäbe:

- Frauen machten, wenn auch in unterschiedlicher Weise, die Erfahrung von Macht und Herrschaft durch Männer. Allerdings gäbe es kein Konzept, das die Erfahrungen von Frauen in einer patriarchalischen Gesellschaft auf den Begriff bringe.
- Prinzipiell sei allen Frauen gemeinsam, daß sie die Doppeloption: Berufsorientierung oder Reproduktionsarbeit mit oder ohne Kinder zu entscheiden haben.
- Frauen werde häufig immer noch die Erwartung entgegengebracht, sich gemäß einer weiblichen "Normalbiographie", d.h. Phase der Ausbildung und erste Berufstätigkeit, Familien- und Kinderphase, Wiedereinstieg in den Beruf, zu verhalten.

Die Tragfähigkeit des theoretischen Konzepts einer "weiblichen Normalbiographie" ist durch die empirische Tatsache abweichender Lebensverläufe von Frauen relativiert, (vgl. auch die Beiträge von Breckner und Rodenstein u.a.) und die Pluralität weiblicher Biographien normalisiert. Dies könnte ein neuer Ansatz zur Konstruktion einer weiblichen Sozialtypologie sein.

Es wurde die Frage aufgeworfen inwiefern das Konzept des weiblichen Lebenszusammenhangs je gestimmt habe oder nur in einer bestimmten historischen Situation, der Frauenbewegung der siebziger und achtziger Jahre, wissenschaftlich und vor allem politisch verbindend wirkte und damit plausibel und fruchtbar war.

Die Einschätzung, daß es zur Zeit kein theoretisches Konzept gibt, das die Lebenssituation aller Frauen beschreibt, verbiete vorschnelle Verallgemeinerungen. Wissenschaftliche Aussagen und politische Forderungen könnten sich jeweils nur auf Teilgruppen der weiblichen Bevölkerung beziehen.

Weiterhin wurde kurz diskutiert, welche Folgen das Konzept der räumlichen Heterogenisierung für stadtsoziologische Forschung habe. Die Homogenitätsvermutung in bezug auf ganze Stadtviertel müsse aufgegeben werden. Die Lebensverhältnisse bestimmter sozialer Milieus müßten in unterschiedlichen Räumen untersucht werden. Der Begriff der Heterogenisierung umfasse anders als der der Segregation nicht nur die Verteilung von Wohnmilieus sondern räumliche Veränderungsprozesse in mehreren Dimensionen, insbesondere auch in der Entwicklung des Gewerbes.

Der Stadtteil wird aufgewertet: Chancen und Hindernisse für eine weibliche Lebenspraxis

Rita Weirich

Zusammenfassung

Der Beitrag von Rita Weirich setzt sich kritisch sowohl mit dem männlichen als auch mit dem feministischen Blick auf Gentrifizierungsprozesse auseinander. Die männliche Perspektive erwähnt Frauen nur marginal, stellt sie entweder als gutverdienende Singles den männlichen Singles gleich oder nennt sie als zweite Erwerbsquelle in Doppelverdienerhaushalten. Die US-amerikanischen Forscherinnen dagegen sehen Gentrifizierungsprozesse geradezu verursacht durch die "Erosion geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung", die Ausgangspunkt einer Emanzipation der Geschlechter sein könnte.

Nach Rita Weirich verläuft der Prozeß der Gentrification in drei Phasen, in denen Frauen jeweils in unterschiedlichem Maße Akteurinnen oder Opfer der Gentrification sind.

In der ersten Phase - der der "pioneers" - können Frauen die besonderen Qualitäten innerstädtischer Wohngebiete - nämlich die Zentrumsnähe, die gute Infrastrukturausstattung, die Nähe von Arbeitsplätzen und Wohnung usw. - für ihre individuellen und kollektiven Bedürfnisse nutzen, z.B. durch die Schaffung von Frauennetzwerken im Stadtquartier. In der ersten Phase gehören Frauen zu den Besetzerinnen eines verlassenen Wohnquartiers und - trotz ihrer finanziellen Schwäche - zu den dominanten Trägerinnen beim Umbau der Altbauquartiere.

In der zweiten Phase differenzieren sich die Verhältnisse: unter den Pionierinnen steigen nur einige ökonomisch auf. Gleichzeitig wächst eine zahlungskräftigere externe Nachfrage nach Wohnraum im Quartier. Insgesamt steigen die Mieten und schrumpft der Raum für soziale Experimente und Projekte. Unter erhöhten Belastungen können dennoch die meisten der Pionierinnen noch im Viertel verbleiben.

In der dritten Phase ist der Umbruch vollzogen: die Infrastruktur hat sich auf Angebote von Luxus-Waren und -Dienstleistungen umgestellt, der Wohnungsmarkt bietet kaum noch Nischen für gering verdienende Haushalte oder soziale Projekte. Für die verdrängten Frauen steigen die finanziellen und zeitlichen Belastungen, damit auch die sozialen Einschränkungen. Einige werden obdachlos.

Setzt sich dieser Prozeß fort, so ist zu vermuten, daß in einer vierten Phase der aufgewertete Stadtteil ganz überwiegend von männlichen Singles und kinderlosen Doppelverdienerhaushalten bewohnt wird, während sich am Stadtrand allmählich neue Selbsthilfe-Initiativen und soziale Projekte gründen, um die Organisation eines weiblichen Alltags mit geringen ökonomischen Ressourcen zu bewältigen.

Diskussion:

Deutlich wurde vor allem der Bedarf an systematischer empirischer Forschung zur Bedeutung von Frauen im Gentrificationprozeß. Dabei wäre besonderes Augenmerk auch auf folgende Fragen zu richten: Frauen als alte oder neue Eigentümerinnen, Frauen als alte oder neue Gewerbetreibende sowie Wohnkarrieren von Frauen im Altbauquartier und ggfs. nach ihrem Wegzug.

Deutlich wurde aber auch, daß die von Alisch festgestellte Angleichung der Situation von Männern und Frauen nach vollzogener Gentrification empirisch nicht bestätigt werden kann. Die geschlechtsspezifische Rollenverteilung als Grundlage der Ungleichheit zwischen Männern und Frauen bleibt weitgehend erhalten. Die Umverteilung von Reproduktionsarbeit findet unter Frauen statt, worauf die Zunahme haushaltsbezogener Dienstleistungen in den Gebieten der Gentrification hinweist. Und das bedeutet nicht die Einlösung sondern die Absage an das Gleichheitsversprechen durch die Teilhabe der Frauen am gesellschaftlichen Wohlstand.

Verhandlung statt Konfrontation. Gesellschaftliche Innovationen als Antwort auf unlösbare Probleme und die Rolle von Frauen

Christine Mussel

Zusammenfassung:

Christine Mussel berichtete - im Zusammenhang eines Projektes zur Entwicklung von Bürgerbeteiligungsformen bei der Sanierung von Altlasten in Wohnsiedlungen - über gesellschaftliche

Innovationen im Umgang zwischen dem Staat und den Kommunen auf der einen Seite und den Bürgern und ihren Initiativen auf der anderen.

Neue Kommunikationsformen entwickeln sich potentiell überall dort, wo Strategien im Umgang mit unlösbaren Problemen ausgehandelt werden müssen, vor allem aber im Bereich der Umweltplanung und der Bewältigung ökologischer Krisen. Diese gesellschaftlichen Innovationen bestehen in den unterschiedlichsten Formen des Verhandeln anstelle unvermittelter hoheitlicher Akte auf der einen Seite und Demonstrationen und Blockaden auf der anderen. Mit den gesellschaftlichen Innovationen sind persönliche Lernprozesse bei allen Beteiligten, institutionelle Reformen und eine Öffnung der politischen Kultur verbunden.

An diesem Prozeß sind Männer und Frauen qualitativ unterschiedlich beteiligt. Sie unterscheiden sich z.B. durch die Definition ihres Anliegens (Beispiel Altlasten im Wohnbereich): Für die Frauen hat die gesundheitliche Gefährdung einen deutlich höheren Stellenwert als die finanziellen Konsequenzen aus dem Wertverlust eines auf Giftmüll gebauten Hauses, der für die beteiligten Männer vorrangig ist.

Frauen und Männer sind in den Betroffeneninitiativen gleich zahlreich vertreten. Frauen sind in den Vorständen der Initiativen deutlich unterrepräsentiert und in den Gremien, in denen mit dem "Gegner" verhandelt wird, sind sie kaum noch zu finden. Generell läßt sich formulieren: je statushöher eine Gruppe oder ein Gremium definiert ist, umso weniger Frauen nehmen daran teil. Das heißt: Frauen nehmen an den Vorbereitungen für gesellschaftliche Innovationen teil, aber bei der politischen Institutionalisierung sind sie kaum noch beteiligt.

Die geringere Beteiligung von Frauen an den eigentlichen Aushandlungsprozessen hat doppelte Konsequenzen: Frauen sind tendenziell von den damit verbundenen persönlichen Lernprozessen und von der Macht des Verhandeln ausgeschlossen. Gleichzeitig läßt sich belegen, daß das Anliegen der Frauen, nämlich die Beseitigung der gesundheitlichen Gefährdungen, im politisch-administrativen Handeln hinter dem Anliegen der Männer, nämlich die Kompensation der Wertverluste des Eigentums, tendenziell zurücksteht.

Christine Mussel zieht daraus den Schluß, daß zum einen Beteiligungsformen zu entwickeln sind, die den Interessen und Möglichkeiten von Frauen entgegenkommen. Zum anderen muß der Anteil, den Frauen heute schon an den gesellschaftlichen Innovationen haben, beschrieben und aufgewertet werden.

Diskussion

Der Legitimationsdruck, unter dem der Staat im Bereich Umweltschutz/Altlastensanierung geraten ist, hat die Beachtung von artikulierten Bedürfnislagen der Betroffenen zunehmend durchsetzbar gemacht. Eine Vielzahl von Beteiligungsformen bis hin zur Selbstorganisation haben sich herausgebildet. Neben den klassischen Formen staatlich eingeräumter Beteiligung haben sich Beteiligungsformen entwickelt, die neue Vermittlungsinstanzen zwischen Staat und Initiativen nötig und möglich gemacht haben (intermediäre Organisationen). Sie haben aber auch die direkte Kommunikation zwischen Betroffeneninitiativen und Staat erneuert.

Ein Bezug dieser Beobachtungen zur Modernisierungsdebatte wurde in der Diskussion darin gesehen, daß Altlasten und Umweltschäden Beispiele für die negativen wissenschaftlich-technischen Modernisierungsfolgen sind, durch die das Glücksversprechen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ad absurdum geführt wird. Die Suche nach einem neuen

Umgang mit den unbeabsichtigten Folgen von Modernisierungsprozessen führt - unter Beteiligung von Frauen - zu Innovationen, die sowohl die akute Problemlösungen betreffen und darüber hinaus perspektivisch neue Formen der Problembewältigung in einer durch Erosionskrisen gekennzeichneten Gesellschaft anbieten.

Die faktische Beteiligung von Frauen an diesen innovativen Bewältigungsformen, z.B. durch Anstöße für persönliche und kollektive Lernprozesse und die dadurch ausgelösten gesellschaftlichen Veränderungen im kommunikativen Verhalten sowie im Aufbrechen institutionalisierter Verkrustungen, muß deshalb öffentlich sichtbar gemacht werden. Denn das im nicht-sichtbaren Bereich der Gesellschaft entstandene Krisenpotential wirkt unkontrolliert fort. Das Sichtbar-Machen von Frauenarbeit in diesen Konflikten ist nicht nur eine Gebot der Ehrlichkeit, sondern erleichtert das Krisenmanagement in einem ausgeloteten Krisenpotential.

Anmerkung der Protokollantin: Es wäre vor dem Hintergrund der vorangegangenen Diskussion um die Pluralisierung weiblicher Lebensläufe interessant, näheres zur Charakterisierung der hier beschriebenen Frauen zu erfahren. Eventuell ergäben sich daraus stärkere Differenzierungen im Verhalten und in den Strategien der Frauen in den Initiativen. Dies könnte wiederum darüber Aufschluß geben, unter welchen Bedingungen eine angemessenere und effektivere Beteiligung von welchen Frauen an den gesellschaftlichen Innovationen zu erwarten ist.



Cartoon: Michael Ammann

52 n/n | n. 92

8. Deutsch-polnisch-tschechisch-slowakisches Symposium zur Stadt- und Regionalsoziologie

Zwischen der deutschen und der polnischen Sektion für Stadt- und Regionalsoziologie besteht seit Jahren ein reger Erfahrungsaustausch, der sich in verschiedenen Symposien niedergeschlagen hat. Das letzte Symposium fand im März 1992 in Bad Homburg statt unter dem Titel "Lokalität als Basis sozialer Strukturen".

Bereits zum damaligen Zeitpunkt wurde vereinbart, daß das nächste Symposium in Polen und vermutlich im oberschlesischen Industriegebiet stattfinden wird. Inzwischen liegt auch eine Einladung des Soziologischen Instituts der Schlesischen Universität in Kattowitz vor (Uniwersytet Slaski, Instytut Socjologii Katowice). Sie erfolgt im Einvernehmen mit dem Europäischen Institut für regionale und lokale Entwicklung (Universität Warschau) und der Sektion für Stadtsoziologie der polnischen Soziologischen Gesellschaft. Dieses Treffen soll im Rahmen einer internationalen Konferenz über den "Wandel altindustrialisierter Regionen aus soziologischer Perspektive" (transformation of the old industrial regions in the sociological perspective) erfolgen. Diese Konferenz soll Ende Oktober, vermutlich in der Zeit vom 28. bis 30.10.1993 in Oberschlesien, in den Beskiden (ein Mittelgebirge) stattfinden. Die Kollegin Kazimiera Wodz, die für dieses Symposium im Rahmen der Schlesischen Universität in Kattowitz federführend ist, weist besonders darauf hin, daß die Probleme der altindustrialisierten Gebiete für sie aus gegebener örtlicher Veranlassung von besonderer Bedeutung sind.

Nur zur Erinnerung: Diese Symposien werden auf Englisch durchgeführt und sie sind davon geprägt, daß neben der Präsentation eines Papiers, das tunlichst schon vorweg versandt wird, ein intensiver diskursiver Austausch über die anstehende Problematik aus unterschiedlichem nationalen Kontext gepflegt wird.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf die Ergebnisse des 4. polnisch-tschechoslowakisch-deutschen Symposiums im November 1985 zum Thema "Soziale Probleme von Industriestädten". Sie sind als Heft 29 der Schriftenreihe 'Seminare - Symposien - Arbeitspapiere' der BfLR 1988 dokumentiert. Das Wiederaufgreifen dieses Themas angesichts des sozialen und politischen Wandels in Mittel- und Osteuropa ist meiner Meinung nach gut begründet.

Wer Interesse hat an diesem Symposium teilzunehmen, sollte mir dies möglichst bald mitteilen.

Wendelin Strubelt
c/o Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
Postfach 20 01 30
5300 Bonn 2

II. Berichte / Informationen / Hinweise

Tagung: "Lebensstile in der Stadt" vom 12. - 14. Mai 1993

"Lebensstil" ist ein modischer Begriff. In Tageszeitungen, Szene-Journalen und im alltäglichen Sprachgebrauch hat der Begriff gegenwärtig Konjunktur. Er wird u.a. in Zusammenhang mit der Wohnstandortwahl diskutiert; so sind derzeit große Altbauwohnungen in innenstadtnahen Wohngebieten von Großstädten besonders gefragt. Gut verdienende junge Personen ziehen in diese Gebiete, um dort ihren Lebensstil zu verwirklichen. Dies führt zu Veränderungen des Gebietes wie z.B. zu neuen Angeboten in den Geschäften und veränderten Angeboten von Wohnraum selbst (sprunghaft steigende Mieten, Umwandlungen in Eigentum).

In der wissenschaftlichen Diskussion jedoch steht eine Einbindung des Begriffes "Lebensstil" in theoretische Überlegungen noch weitgehend aus, was in verstärktem Maß auch für eine empirische Überprüfung gilt. Ein Grund dafür mag in der generellen Schwierigkeit liegen, aktuell-modische Themen zeitnah aufzunehmen. Dabei ist die wissenschaftlich-theoretische Auseinandersetzung mit dem "Stil der Lebensführung" so alt wie die Soziologie selbst (*Durkheim, Simmel, Weber*). Auch die angewandte Soziologie hat sich im Bereich der Marktforschung längst dieses Konzepts bedient. Die Ursachen hierfür basieren auf der Erkenntnis, daß das Ausmaß an Statusinkonsistenz zugenommen hat und daß die klassischen Merkmale vertikaler sozialer Ungleichheit zunehmend weniger als Prädiktoren für Einstellungen und Handlungsweisen geeignet sind.

Trotz der bisherigen Auseinandersetzung mit dem Lebensstil-Konzept ist eine Integration in eine generelle Theorie sozialer Ungleichheit bisher nicht gelungen. Es ist nach wie vor offen, ob ein gewählter Lebensstil Folge von sozialer Ungleichheit ist, ob er soziale Ungleichheiten verursacht oder aber nur in Begleitung sozialer Ungleichheit auftritt. In letzter Zeit nehmen die Vorstellungen zu, daß Lebensstile demonstrative und symbolische Teile von sozialer Ungleichheit sind.

Die soziologischen Klassiker sind übereinstimmend der Meinung gewesen, daß sich "sozialer Wandel" und "gesellschaftliche Strukturierung" am intensivsten und deutlichsten in Großstädten nachweisen lassen. Die ursprüngliche Diskussion der Lebensstile wurde vor allem aus Beobachtungen über das großstädtische Leben abgeleitet. Wird unterstellt, daß das Ausmaß und die Vielschichtigkeit sozialer Ungleichheit zugenommen hat, dann müßten sich heutzutage diese Unterschiede in modernen Großstädten am deutlichsten zeigen.

Unter den gegenwärtigen Lebensbedingungen in Großstädten, die aufgrund ökonomischer Umstrukturierungsprozesse und von überregionalen Wanderungen stark polarisiert sind, gewinnt der Lebensstil eine symbolische Funktion zur Abgrenzung gegenüber der Fülle und Vielfalt anderer Bevölkerungsgruppen. Wird zusätzlich berücksichtigt, daß der generelle Wohnungsfehlbestand das traditionelle Ausweichen vor unerwünschten Nachbarn durch Umzüge deutlich erschwert, gewinnt der Lebensstil aggressive Züge. Soziale Ungleichheit wird über den Lebensstil vor Ort konfliktreich erfahren, gleichzeitig fehlen die Möglichkeiten, angemessen darauf zu reagieren.

Vom 12. bis 14.5.1993 plant das Zentralarchiv der Universität zu Köln eine Konferenz zu dem Thema: "Stadt und Lebensstile".

Diese Tagung ist als Fortsetzung einer ad-hoc-Sitzung auf dem 26. Deutschen Soziologentag gedacht. Bei diesem Zusammentreffen widmeten wir uns vor einem größeren Publikum (über 100 Teilnehmer) diesem Thema und beschlossen aufgrund des regen Interesses, eine Konferenz zu diesem Thema zu organisieren. Für die Tagung würden wir gerne den Kreis der Referenten und Referentinnen erweitern und bitten Sie daher um die Einsendung einer Kurzfassung Ihres Beitrages. Bitte senden Sie diesen Beitrag bis spätestens 15. Januar an das Zentralarchiv. Anmeldeschluß für die Teilnahme an der Tagung ist der 16. April.

Die Tagung wird vorbereitet von *Jörg Blasius* (Zentralarchiv) und *Jens Dangschat* (Universität Hamburg).

Es wird ein Kostenbeitrag erhoben.

Jörg Blasius
Zentralarchiv für empirische Sozialforschung
Bachemer Str. 40
5000 Köln 41

INTERNATIONALE BAUAUSSTELLUNG EMSCHER-PARK: VERSPÄTETE MODERNISIERUNG - VERPAßTE CHANCEN - Vortrag anläßlich der Veranstaltung IBA Inspektion von Unten - Strukturwandel im Ruhrgebiet - IBA Emscher Park: Eine Strategie?

Vorbemerkungen:

Im Rahmen dieser "Zwischen-Bilanzierung der IBA" setze ich zentrale Programmpunkte der Bauausstellung mit "Analyseergebnissen in Beziehung", die eine Gruppe von Fachleuten zusammentrug, die zentrale Projekte der IBA in Hinblick auf "Anspruch und Wirklichkeit" untersuchte. Dies sind in alphabetischer Reihenfolge H.J. Bremm, F. Claus, R. Danielzyk, T. Frankenberger, U. Hápke, B. Karhoff, R. Kastorff-Viehmann, M. Krummacher, H. Lausch, S. Müller, Th. Rommelspacher, K.M. Schmals, U. Soldanski, G. Sturm, A. Voß, M. Walz, V. Wilke, Ch. Weingran und V. Waltz. Die Arbeitsergebnisse dieser Gruppe erscheinen demnächst im Klartext-Verlag unter dem Titel **"Verspätete Modernisierung - Verpaßte Chancen. Die Internationale Bauausstellung Emscher-Park"**. Auf einige Ergebnisse dieser Arbeiten gehe ich in diesem Vortrag ein.

Zum Titel: Mit **"Modernisierung"** möchte ich im Folgenden den Veränderungsprozeß unserer Gesellschaft charakterisieren, der sich einerseits in Permanenz vollzieht und andererseits durch politisch-administrative Strategien auch in Permanenz vorgenommen werden muß, damit sich die Gesamtgesellschaft (z.B. der Bundesrepublik gegenüber anderen europäischen Staaten) oder ihre Teilgesellschaften (wie z.B. die des Ruhrgebiets) in etwa vergleichbaren Qualitäten entwickeln. Gerade dies geschah in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland höchst unzulänglich. Das "Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik" im Generellen oder das Entwicklungsgefälle zwischen der Ruhr-, Hellweg- und Emscher-Zone im Speziellen sind dafür plausible Belege (vgl. die folgenden Tabellen). Um entsprechende teilräumliche Entwicklungsunterschiede oder -rückstände abzubauen, entwickelten die politisch Verantwortlichen in den vergangenen 25 Jahren - mit unterschiedlichem Erfolg - u.a. das "Entwicklungsprogramm Ruhr" (1968-1973), das "Aktionsprogramm Ruhr" (1980-1985) und die "Landesinitiative Zukunftstechnologien" (1984-1988). Im Rahmen dieser Programme und bedingt u.a. durch ein veränderungsunwilliges politisch-administratives System, eine an der Gestaltung von Modernisierungsprozessen wenig interessierte bzw. beteiligte Arbeiterschaft und Gewerkschaft sowie durch ein nur funktional ausgeprägtes Modernisierungsinteresse seitens der Wirtschaftsunternehmen und ihrer Inter-

Quelle: I. Becker u.a.: Armut im Reichtum: Erscheinungsformen, Ursachen und Handlungsstrategien in ausgewählten Großstädten der Bundesrepublik. Bochum 1989

Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren zur Regionalentwicklung seit den 70er Jahren - Vergleich Bundesrepublik Deutschland, Ballungsräume, München, Ruhrgebiet und Hannover

Indikatoren	Bundesrepublik	Ballungsräume	München	Ruhrgebiet	Hannover	
1. Bevölkerungsentwicklung 1970-1975 je Tsd. Einw.	% 0	+ 0,3	+ 6,2	+ 101,0	+ 67,1	+ 40,4
1.2. Wanderungssaldo 1980-1985 je Tsd. Einw.	% 0	- 3,3	- 6,3	+ 28,8	- 42,4	- 13,2
1.3. Geburten-/Sterbesaldo 1980-1985 je Tsd. Einw.	% 0	- 10,4	- 12,4	- 5,6	- 17,4	- 22,3
2. Arbeitsmarkt						
2.1. Entw. d. abhängig Beschäftigten 1970-1985 i.v.H. Erwerbstätigen 1982	%	- 0,7	+ 4,5	+ 14,3	+ 9,8	+ 16,4
2.2. Erwerbstätigenanteil im sekundären (1) und tertiären (2) Sektor je 100 Beschäftigte	%	62	62	72	56	65
2.3. Frauenanteil an den Beschäftigten 1985 i.v.H. Beschäftigtenanteil in Wachstumsbranchen Wissenschaftler 1981 je 10.000 Einwohner	Index	100	101	124	86	118
2.4. Arbeitslosenquote September 1986	Index	100	110	214	66	195
2.5. Langzeitarbeitslose 1985 i.v.H. der Arbeitslosen	Index	100	103	59	151	130
2.6. Arbeitslose je offene Stelle 1981-1986 im Durchschnitt	Index	100	110	82	134	122
3. wirtschaftliche und fiskalische Leistungskraft						
3.1. Bruttoverehrung 1982 in DM je Einwohner	Index	100	111	144	97	108
3.2. Steueraufkommen gesamt 1985 in DM je Einwohner	Index	100	118	156	98	112
3.3. Entwicklung des Steueraufkommens 1979-1985	Index	100	101	121	83	79
3.4. Gewerbesteueraufkommen 1985 in DM je Einwohner	Index	100	123	181	92	112
3.5. Lohn/Gehalt der Industriebeschäftigten 1985	Index	100	107	117	100	100
3.6. Kaufkraftkoeffizient der Privathaushalte 1985	Index	100	105	117	97	103

Quelle: Eigene Berechnungen nach BFLR, Information zur Raumentwicklung Heft 11-12/1986.

Quelle: I. Becker u.a.: Armut im Reichtum: Erscheinungsformen, Ursachen und Handlungsstrategien in ausgewählten Großstädten der Bundesrepublik. Bochum 1989

Tabelle 2: Arbeitslose nach ausgewählten Strukturmerkmalen Ende September 1981 und Ende September 1986 - Vergleich der Anteilswerte in der Bundesrepublik Deutschland sowie in den Arbeitsamtsbezirken Bochum, Duisburg, Hannover und München

Merkmale	Bundesrep. 1981	Bundesrep. 1986	Bochum 1981	Bochum 1986	Duisburg 1981	Duisburg 1986	Hannover 1981	Hannover 1986	München 1981	München 1986
Männer	49	51	56	58	56	58	51	55	44	48
Frauen	51	49	44	42	44	42	49	45	55	52
Deutsche	86	88	88	91	84	87	82	85	81	79
Ausländer	14	12	12	9	16	13	18	15	19	21
Arbeiter	65	63	68	65	74	70	65	63	44	47
Angestellte	35	37	32	35	26	30	35	38	56	53
Vollzeit	63	69	66	93	87	93	86	92	80	88
Teilzeit	17	11	14	7	13	7	14	8	20	12
Berufsausbildung										
- ohne	55	51	53	50	63	60	58	54	44	44
- mit	45	49	47	50	37	40	42	46	56	56
Stellung im Beruf										
- nicht qualifiziert	63	60	-	67	-	64	66	65	45	50
- qualifiziert	37	40	-	33	-	36	34	35	55	50
mit gesundheitlichen Einschränkungen	26	20	33	21	26	20	27	17	29	21
Alter (Jahre)										
- unter 25	30	25	27	23	30	24	24	21	17	14
- 25 bis 44	44	45	40	44	38	39	45	47	53	50
- 45 bis 54	14	18	15	17	15	16	15	19	14	21
- 55 und älter	13	13	18	16	17	22	16	13	16	15
Dauer der Arbeitslosigkeit (Monate)										
- bis 3	x	32	x	24	x	24	x	27	x	37
- 3 bis 12	x	36	x	33	x	34	x	34	x	38
- über 12	x	32	x	45	x	43	x	39	x	25
Durchschnitt (Mon.)	x	12,5	x	16,5	x	-	x	15,5	x	10,2
Leistungsbezug										
- Arbeitslosengeld	40	32	-	27	-	31	-	22	51	39
- Arbeitslosenhilfe	12	26	-	34	-	35	-	9	12	20
- beantragt	27	11	-	7	-	5	-	9	20	14
- keine Leistung	21	31	-	32	-	29	-	21	37	17
absolute Zahl der Arbeitslosen (in Tsd.)	1256	2046	16	31	17	31	32	40	29	49

x anderer Berechnungsmodus
- keine verfügbaren Angaben

Quellen: Errechnet und zusammengestellt aus ANBA und Veröffentlichungen der örtlichen Arbeitsämter.

essenverbände - konnten die Entwicklungsrückstände z.B. gegenüber Bayern, Hessen oder Baden-Württemberg nicht ausgeglichen werden. Gleiches gilt für die sozialräumlichen Disparitäten im Ruhrgebiet. Insgesamt entstanden im Emscherraum in ökologischer, kultureller oder sozialer Hinsicht z.T. ganz gravierende "Modernisierungsrückstände".

Ein prinzipieller Neubeginn der ruhrgebietsbezogenen Regionalplanung deutet sich nun im Konzept der "Internationalen Bauausstellung Emscher-Park" an. Solange gegenteilige Entwicklungen durch z.Zt. im Entscheidungs- und Planungsprozeß befindliche Wettbewerbe nicht offenkundig wurden, konnte man diesen Handlungsansatz, diese "verspätete Modernisierungsanstrengung" als eine aktive - verkrustete und verfilzte Strukturen umbrechende - Planungskonzeption ernstnehmen. Mit dem im Jahr 1988 verabschiedeten Programm soll der Versuch unternommen werden, den ganzheitlichen Umbau im Zentrum der Ruhrgebietskrise - dem Emscher-Raum - einzuleiten. Ch. Zöpel formulierte anlässlich der "Auftaktveranstaltung am 16.12.1988" als Hauptziel der IEA, die "endogenen Kräfte, die eigenen Kräfte der Region, die Wirtschaftskräfte und die sozialen Kräfte zu mobilisieren" (ders., 1988, S. 34). Dieses Hauptziel wird im Rahmen von acht Leitprojekten, in gegenwärtig knapp 90 Projekten in einem 802 qkm großen Raum zwischen Duisburg und Bergkamen verfolgt. Die Leitprojekte der IBA befassen sich mit der Einrichtung des Emscher-Landschaftsparks und dem ökologischen Umbau des Emscher-Systems, mit neuen Arbeits- und Produktionsformen (irreführend "Arbeiten im Park" genannt), neuen Wohnformen sowie mit neuen Angeboten für soziale und sportliche Tätigkeiten.

Aus der Perspektive engagierter und innovativer PlanerInnen und PolitikerInnen ist es durchaus vorstellbar, daß mit diesem ambitionierten Konzept die Umgestaltung eines altindustrialisierten in einen modern gestalteten Lebensraum ermöglicht werden könnte. Wie sich jedoch im Entstehungsprozeß untersuchter Projekte zeigt, entfernt sich die IBA immer weiter von ihren Zielen und damit von der Möglichkeit, diese Region sozial-, kultur- und umweltverträglich zu modernisieren. Es ist immer deutlicher abzusehen, daß die IBA ihre Chancen verpaßt.

Wie gesagt und man kann es inzwischen wohl so formulieren, die Modernisierungsrhetorik des "IBA Marketing- und Management-Konzepts" enthält viele Programmpunkte, die gutgläubige Bürger und Fachleute zu der Vermutung verleiten könnten, daß der planungspolitisch vorgesehene "Umbau dieser Region" schrittweise gelingen könnte. Zweifel verstärken sich jedoch bei denjenigen, die genauer hinschauen und die "IBA-Ziele" an der "IBA-Wirklichkeit" überprüfen. Zweifel speisen sich aus den nur zögerlich oder nicht durchgesetzten IBA-Zielen, aus einer eher technokratischen denn demokratischen Planungskultur, einer eher staats- und kapitalnahen denn bürger- und sozialpolitiknahen Politikform und aus einer eher im klassischen Filz und Klüngel operierenden denn mit den Bürgern und bürgernah arbeitenden Fachleuten agierenden MacherInnengruppe der IBA. Zweifel und

Sorgen gegenüber einem aus dem Ruder laufenden IBA-Konzept sind zu begründen entlang folgender Aspekte:

- 1) Der IBA fehlen gesellschaftliche Analysen und Entwicklungskonzepte;
- 2) Ihre Handlungsstrategien sind eingebettet in technokratische Machtbarkeitsvorstellungen und werden blockiert durch politisch-administrative Bornierungen;
- 3) Im Rahmen der vorgesehenen Projekte und Werkstätten zu neuen Wohn-, Lebens- und Arbeitsformen werden nur selten zukunftsweisende Lösungsstrategien erarbeitet. Die dabei erkennbaren Modernisierungsniveaus erreichen andernorts entwickelte Standards nicht immer;
- 4) Zentrale gesellschaftliche Probleme wie Altlasten, Müllentsorgung und Müllvermeidung, ÖPNV, Wasserver- und -entsorgung sowie soziale Probleme werden nicht oder nur sehr zögernd aufgegriffen;
- 5) Interkommunale Konkurrenzen, eine stark ausgeprägte kommunalpolitische Pragmatik und die Prägekraft konservativer Planungskulturen - ich denke hier an PPP's - lassen viele IBA-Projekte zur kurzfristigen und kurzfristigen Wirtschaftsförderung verkommen;
- 6) Der Experimentiercharakter der IBA ist in vielfacher Hinsicht (z.B. im Hinblick auf die Diskussionskultur) und auf fast allen ihren Handlungsebenen nach wie vor blockiert (vgl. das "Euro-Gate-Projekt" im Duisburger Innenhafen);
- 7) In methodisch, theoretischer und praktischer Hinsicht fehlen Konzepte der systematische Umwelt-, Sozial- und Kultur- bzw. der Stadt- und Regionsverträglichkeitsprüfung. An interessante Projekte NRW's (vgl. das SOTech-Programm) wird nicht angeknüpft;
- 8) Die konzeptionelle und praktische Vernachlässigung der Bürger- bzw. Initiativgruppenbeteiligung im Umgestaltungsprozeß der IBA stellt sich für Außenstehende nicht mehr als zufälliges Versäumnis sondern als gezielt geplante Strategie dar. Damit ist ein zentrales Ziel der IBA, die Stärkung endogener Entwicklungspotentiale der Region in Frage gestellt;

Vor diesem Hintergrund entsteht der Eindruck, daß die IBA eher ein geschickt eingefädertes, landespolitisches Wahlprogramm denn ein ernstzunehmendes Modernisierungsprogramm mit Interessenschwerpunkten wie Abbau sozialer Ungleichheit, Entwicklung neuer Arbeitsplätze und Wohnformen sowie der Zurückgewinnung von Natur usw. darstellt. Nun zu den einzelnen Punkten. Als Überschriften wähle ich jeweils Programmpunkte aus dem "Memorandum" und der "Auftaktveranstaltung der IBA".

1.

"Die geplante Bauausstellung Emscher-Park ist ohne Zweifel von der Berliner Bauausstellung inspiriert. Sie betont noch stärker als die Berliner IBA '87 städtebauliche und gesellschaftspolitische Anliegen" (Memorandum, 1988, S.8).

Städtebauliche und gesellschaftspolitische Defizite der IBA

Die IBA-Emscher-Park steht - so ihre Initiatoren - ohne Zweifel noch im planerischen Schatten der IBA-Berlin. Über sie hinauszuweisen sollen im Revier eher **städtebauliche und gesellschaftspolitische Anliegen** in den Vordergrund der Umgestaltung dieses 40 km langen und ca. 8 km breiten Altindustrie-, Substandardwohn- und Schmutzgürtels treten. Von einem Lebensraum sollte man - will man nicht zynisch werden - eigentlich nur bedingt sprechen.

Aber: Konsequenzen, die aus dem vehementen Umstrukturierungsprozeß unserer Gesellschaft resultieren - gemeint sind u.a. die Entstehung des EG Binnenmarktes, die funktionale Neuordnung des europäischen Städtesystems, die Öffnung osteuropäischer Länder nach Westeuropa (und umgekehrt), die zunehmende räumliche Mobilität von Haushalten und Arbeitsstätten, die Auflösung von Familienstrukturen, die Neubestimmung des Arbeitsbegriffs, die Flexibilisierung von Produktions- und Arbeitsbedingungen, die Differenzierung der klassischen Parteienlandschaft oder die Zunahme postmaterialistischer Werte (und damit die Entfaltung eines neuen Naturverständnisses) - wurden bislang von den "Direktoren der IBA" in den einzelnen Leitprojekten nicht hinreichend analysiert, präzisiert und in die öffentliche Diskussion gebracht. D.h., es fehlen **gesellschaftliche Analysen und Entwicklungskonzepte**. Sie werden zu häufig einem kurzfristigen und erfolgseisenden Pragmatismus geopfert. Damit gerät das Ruhrgebiet über kurz oder lang wieder in die bereits hinlänglich bekannten **Modernisierungsturbulenzen**.

In diesem Zusammenhang erscheinen mir folgende auf die sozialräumliche Entwicklung zielende und an die IBA-Direktoren - die "für die theoretischen und praktischen Impulse zu sorgen haben" - gerichtete Fragen notwendig: Welche Konzepte von **Urbanität** (etwa "nachholende Urbanisierung"), **Architektur** und **Planung** liegen der IBA zugrunde? Ist die Rolle des Emschergebiets im Netz der **europäischen Metropolen** - mit Düsseldorf/Köln als ihrem Zentrum - neu zu definieren? Oder ist die Entwicklung des Emschergebiets im Kontext einer gespalten bzw. polarisierten Entwicklung - einerseits orientiert auf die Rheinschiene, andererseits ausgerichtet auf die ICE-Trasse München/Würzburg/Berlin - zu diskutieren? Soll die **Siedlungsstruktur** des Emschergebiets in seiner bisherigen Gitterstruktur weiterentwickelt oder im Rahmen von Verdichtungskonzepten - z.B. entlang der Hellwegzone - neubestimmt werden? Und: Sollen bei der Diskussion dieser Fragen auch die Bürger - im Rahmen von Stadtforen - einbezogen oder ein direktes **Mitspracherecht** erhalten? Und nicht zuletzt: Soll der Emscherraum bei der Verfolgung entsprechender Ziele eher **wachsen** oder weiter **schrumpfen** (vgl. beispielhaft die Stadtentwicklungskonzepte von Dortmund und Duisburg)? Wenn er wieder wachsen soll, in welchen Raumteilen erscheint dies sinnvoll (soll dabei neues Bauland ausgewiesen oder kontaminierte

Flächen rekultiviert werden), welche Branchen und Bevölkerungsgruppen sollen dieses Wachstum tragen? Sind es nationale und regionale (endogene) Impulse oder internationale (exogene) Interessen (von japanischen, US-amerikanischen und kanadischen Unternehmen, die den Weg des Emscher-Raumes in die "weltökonomische Zukunft" weisen)? Wenn es weiter schrumpfen soll, verlängert sich dann der gegenwärtige Prozeß einfach naturwüchsig in die Zukunft, sollen dann Menschen bzw. soziale Gruppen umgesetzt, einzelne Firmen abgesiedelt, Infrastrukturen rückgebaut, Wohnanlagen abgebrochen und die Landschaft wieder aufgebaut werden? Ist dabei ein "Masterplan" notwendig, in dem nicht nur ein Gesamtkonzept entwickelt wird, sondern in dem auch die Rechte und Pflichten der Bürger - ähnlich einem "Regionalvertrag" festgeschrieben werden? Fragen über Fragen, auf die die IBA gegenwärtig - trotz vieler Expertenhearings (z.B. 1991a) - keine zufriedenstellende Antworten gibt. Erkennen die IBA-Verantwortlichen den Stellenwert dieses Modernisierungsaspektes nicht, wird er von der Tagespolitik immer wieder in den Hintergrund gedrückt oder kann sich zweifelsohne vorhandene Fachkompetenz nicht ausreichend durchsetzen?

2.

"Die Internationale Bauausstellung Emscher-Park soll für vielfältige Formen der Ideenfindung, der Planung und der Realisierung offen sein" (Memorandum, 1988, S. 60)

Nach meinen Erfahrungen wird die IBA heute nicht durch Offenheit, Vielfalt, Kreativität und Innovation bestimmt. Ihre Planungs- und Aushandlungsstrategien und -korridore werden eher durch technokratische und bürokratische Machtbarkeitsvorstellungen geleitet bzw. eingegrenzt.

Technokratische Machtbarkeitsvorstellungen

Nach Helmut Schelsky (1965, S. 439 ff.) - einem für NRW in den 60er und 70er Jahren sehr wichtigen Vordenker und Vertreter technokratischer Gestaltungskonzepte - trat in den letzten Jahrzehnten die Welt als **wissenschaftlich-technische Konstruktion**, als **technisch Machbare** und **Berechenbare** ins Zentrum unseres Lebensalltages. Dabei gewann sie Eigenleben. Ihr Vorbild ist nicht mehr die Natur. Dieses Eigenleben ist der Menschheit künstliches Werk. D.h., heute kann sich ein in städtischen Waren- oder Personenbeförderungssystemen, in Kommunikationsnetzen, in Ver- und Entsorgungssystemen oder in Produktions- und Produktionsüberwachungssystemen geronnener technischer Wille - als künstliches Werk - gegen den unmittelbaren menschlichen Willen wenden. Mit anderen Worten: Der Mensch löst(e) sich vom Naturzwang ab, um sich seinen eigenen - und künstlich geschaffenen - Produktions-, Verteilungs- und Reproduktionszwängen zu unter-

werfen. So produzieren wir die technisch-wissenschaftliche Zivilisation nicht mehr nur als Technik, sondern zudem als Herrschaftsprinzip, als Technokratie.

Vor diesem Entwicklungshintergrund prognostizierte H. Schelsky, daß durch die "Konstruktion der wissenschaftlich-technischen Zivilisation ein neues Grundverständnis von Mensch zu Mensch geschaffen wird, in welchem das Herrschaftsverhältnis seine alte persönliche Beziehung der Macht von Personen über Personen verliert. An die Stelle der politischen Normen und Gesetze aber Sachgesetzmäßigkeiten der wissenschaftlich-technischen Zivilisation treten, die nicht als politische Entscheidung setzbar und als Gesinnungs- oder Weltanschauungsnormen nicht verstehbar sind. Damit verliert auch die Idee der Demokratie sozusagen ihre klassische Substanz: an die Stelle eines politischen Volkswillens tritt die Sachgesetzmäßigkeit, die der Mensch als Wissenschaft und Arbeit selbst produziert" (ders., a.a.O., S. 453). D.h., ein in Maschinen geronnener technischer Wille tritt dem unmittelbaren menschlichen Willen gegenüber und verkürzt ihn auf **technische Machbarkeit und Wünschbarkeit**. Diese Entwicklung erhält ihre gesellschaftliche Relevanz u.a. dadurch, daß insbesondere auch der Staat - in all seinen Verästelungen bis hin zur IBA - sich zum **technokratischen Staat** wandelte: "Wenn der moderne Staat - so Schelsky - in allen seinen Wirkungsweisen eine (...) Fusion mit der modernen Technik eingeht, dann muß er auch in seinem Wesen als universeller technischer Körper begriffen werden können" (ders., a.a.O., S. 455).

Ziel des Staates, staatlichen Handelns - auch auf den Ebenen der Stadt- und Regionalentwicklung, der Sozial- und Landschaftsplanung - ist es dann, die höchste Wirksamkeit der in ihm verfügbaren technischen Mittel zu garantieren. Auch städtisches bzw. regionales Leben verkürzt sich so weitgehend auf **technische Fragestellungen**. Souverän bleibt bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme nur der Staat, der über die höchste Wirksamkeit der in einer Gesellschaft angewandten wissenschaftlich-technischen Mittel verfügt. In diesem Zusammenhang bedarf moderne (Planungs-)Technik - so Schelsky - keiner (demokratischen) Legitimation mehr. Mit ihr "herrscht" man (in unserem Fall sozialdemokratisch), weil sie funktioniert und solange sie funktioniert. Sie bedarf auch keiner anderen (z.B. demokratischen, A.d.V.) Entscheidungen als der nach technischen Prinzipien" (ders., a.a.O., S. 456). Der technokratische Staat entzieht, ohne 'antidemokratisch' zu sein, der Demokratie ihre Substanz. Nach Schelsky's Überlegungen können wissenschaftlich-technische Entscheidungen "keiner demokratischen Willensbildung unterliegen, sie werden auf diese Weise nur ineffektiv" (ders., a.a.O., S. 459). Demokratie (und auf diesem Hintergrund zu entwickelnde "demokratische Nutzungskonzepte im Raum") schrumpft(en) - entlang dieser auch in NRW und in der IBA soziale Wirklichkeit gewordenen Planungskonzeption - zum **technokratischen Staat(sapparat)**, zur **technokratischen** (und dabei partizipationsfeindlichen) **Planung, Kontrolle und Herrschaftsausübung** (und in Verlängerung hierzu auch zu **technokratischer Alltagsgestaltung**). Für damit verbundene **technokratische Mach-**

barkeitsvorstellungen lassen sich in der IBA vom "Euro-Gate" in Duisburg, über den Landschaftspark in Duisburg Meiderich und "Arbeiten im Park"-Projekte bis hin zu Entsorgungsinfrastrukturen (vgl. die "Emschergenossenschaft") zahlreiche Beispiele finden. In diesem Rahmen wird dann auch die z.T. deprimierende Umgangsform gegenüber Bürgern und Bürgergruppen durch die IBA zumindest nachvollziehbar.

Technokratische Herrschaft, die **technokratische Planbarkeit der Gesellschaft** verfestigten sich für viele Bürger zur scheinbar objektiven Herrschaft bzw. Planung von Technokraten und schuf sich als scheinbar nicht mehr revidier- und veränderbare im Bewußtsein vieler Menschen - auch im Emscherraum - Platz. Die Interessen und Bedürfnisse der Bürger finden dabei keinen Platz, würden bei ihrer Berücksichtigung - im Jargon dieser Planungsphilosophie - nur stören resp. zu zweitklassigen Lösungen führen.

Bürokratische Machbarkeitsvorstellungen

Mit kommunalen und regionalen Modernisierungsmaßnahmen verbundene Konflikte konnten in den vergangenen Jahren immer seltener von den Bürgern selbst bewältigt werden. Ihre Lösung bzw. Schlichtung wurde in den vergangenen Jahrzehnten verstärkt in **technokratisch organisierte Verwaltungen** verlagert. Vor dieser zunehmenden Aufgabenfülle sowie den Strukturprinzipien der planenden und ausführenden Verwaltung sank nicht nur ihr Lösungspotential, sondern es entstanden auch ausgeklügelte **Blockaden gegenüber bürgerschaftlichen Interessen und Forderungen**.

Wie ist dies zu erklären, werden sich viele von Ihnen fragen: Meinen Beobachtungen zufolge haben nicht nur kommunale Verwaltungen sondern auch ausgelagerte Stäbe wie die IBA in den vergangenen Jahrzehnten äußerst stabile und eigensinnige **Milieus** entwickelt. Sie sind - von Ausnahmen abgesehen - geprägt durch vertikale Befehls- und Ausführungsstrukturen, durch mittelschicht- und aufstiegsorientiertes Planungs- und Entscheidungsverhalten, durch konservative Weltbilder, Phantasien von Ruhe und Ordnung, (tages- und partei-)politischen Opportunismus (auch bedingt durch Ängste, nicht befördert zu werden). Sie werden nicht zuletzt bestimmt durch ein nur gering ausgeprägtes Interesse an sozialer Gerechtigkeit, innovativen Experimenten und demokratischen Aushandlungsprozessen. Obwohl sich in den meisten Kommunen - und das gilt selbstverständlich auch für die IBA und die Emscherregion - einige wenige Fachleute auch mit dem "Möglichwerden bzw. Möglichmachen" "innovativer Zukunftskonzepte" befassen (vgl. in einigen Aspekten die "Frauenwohnprojekte in Recklinghausen und Bergkamen", wie sie von G. Sturm untersucht wurden (vgl. dies., 1992), scheitert ihre Arbeit doch in der Regel und per Saldo an der macht- und herrschaftssichernden Interessenstruktur des politisch-administrativen Systems. Möchte die IBA ihre innovativen und kreativen Programme ernsthaft durchsetzen, schafft sie dies nicht, indem sie den politisch-administrativen Filz der Region hofiert

und sich von der Bürokratie die Handlungsspielräume und Handlungskorridore vorgeben läßt. Sie müßte stärker, als bisher erkennbar, auch daran interessiert sein, **Strukturen der planenden und ausführenden Verwaltung** in ihrem programmatischen Interesse (vgl. das "Memorandum") zu **verändern**.

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Wie gesagt: Mit ihrer zunehmenden **Aufgabenfülle** und ihrem parteipolitisch gefärbten **Ressortegoismus** schmolz das Lösungspotential der Verwaltung. D.h., die widersprüchlichen Anforderungen, die heute an eine sich in Permanenz wandelnde moderne Großstadt bzw. Wirtschaftsregion gestellt werden, spiegeln sich häufig in ihrer **dysfunktionalen Verwaltung** und einem nur gering ausgeprägten Interesse, diese zu verändern. Da also die mit kommunalen Modernisierungsmaßnahmen verbundenen Interessenkonflikte immer seltener von den Bürgern oder der Verwaltung bewältigt werden können, wurde ihre Lösung - aus taktischen, strategischen und legitimatorischen Gründen - an der Verwaltung vorbei in **ausgelagerte Stäbe** delegiert (ohne dabei auch die demokratischen Legitimations- und Kontrollverfahren einzurichten). Für diese Politik ist die "**Internationale Bauausstellung Emscher Park GmbH**" ein typisches Beispiel. Ohne demokratisch kontrollierbar und scheinbar nur dem traditionell regionalen Konsens der Machthabenden verantwortlich, operiert die IBA im Stile der oben charakterisierten klassischen Bürokratie. An Beispielen wie dem "Dienstleistungspark Duisburger Innenhafen" - vgl. hier das nur schwer kontrollierbare Netzwerk aus IBA-Direktor, Oberstadtdirektor, HAFAG, LEG und Treuhandstelle Essen - lassen sich die planungspolitischen Folgen - resultierend aus technokratischen Machbarkeitsvorstellungen und parteipolitischen sowie bürokratischen Bornierungen - gut nachvollziehen.

Ein Exkurs: Viele der Verantwortung tragenden KommunalpolitikerInnen und Verwaltungsfachleute kommen auch im Ruhrgebiet aus dem kleinbürgerlichen Milieu (aufgestiegen aus der SPD und der Gewerkschaft), dem traditionellen Arbeitermilieu oder dem aufstiegsorientierten Milieu. Politische Entscheidungen - auch im IBA-Bereich - entsprechen dabei häufig ihrer **Werthaltung**.

Diesbezüglich verwies Hans Magnus Enzensberger schon frühzeitig auf die politikdefinierende Kraft und dabei sozialen Fortschritt verweigernde und innovative Energien blockierende Geisteshaltung aufstiegsorientierter "**Kleinbürger**". Nach seinen Überlegungen sind sie historisch eine schwankende Gruppe zwischen den historischen Ständen, Schichten und Klassen: Um in gesellschaftlichen Umbruchsituationen nicht in den **Strudel des Abstiegs** zu geraten, orientiert sie sich in ihren Entscheidungen an über ihnen liegenden Schichten und Gruppen. Das Kleinbürgertum verfügt - so Enzensberger - in allen hochindustrialisierten Gesellschaften über die **kulturelle Hegemonie**. Es ist zu einer Gruppe aufgestiegen, "die im massenhaften Maßstab die Lebensformen des Alltags produziert und für alle ändern verbindlich macht. Sie bestimmt, was gedacht wird. (...) Sie er-

findet Ideologien, Wissenschaften, Technologien. Sie diktiert, was Moral und Psychologie bedeuten. Sie entscheidet darüber, was im sogenannten Privatleben 'läuft'. (...) Jede alternative Regung innerhalb unserer Kultur hat - so Enzensberger - das Kleinbürgertum unverzüglich enteignet und absorbiert (...)" (Enzensberger, 1975, S. 6). Diese These läßt sich insbesondere an den **verpaßten Chancen** einer sozial-, kultur- und umweltverträglichen Modernisierung der Emscher-Region diskutieren. D.h. auch im Ruhrgebiet gibt es (**planungs-)kulturelle Altlasten**, deren Überwindung Anliegen der IBA sein sollte.

Zusammenfassung: Neben **gesellschaftstheoretischen, regionalplanerischen und städtebaulichen Konzepten** - "Park als Idee" reicht als Modernisierungslosung höchstens unter Parteipolitikern und auf Pressekonferenzen aus - fehlen der IBA somit auch Ideen, **demokratische Planungsansätze** zu festigen und weiter zu entwickeln. Dies erscheint mir kein gutes Omen für eine "Werkstatt für die Zukunft alter Industriegebiete". Nach diesen zwei eher allgemeinen trage ich Ihnen nun einige konkrete, projektbezogene Kritikpunkte vor.

3.

"**Mitwirkung und Mitbestimmung der Bewohner bei Modernisierung und Neubau** sind für das "**Leitprojekt Neue Wohnformen und Wohnungen**" eine "**unverzichtbare Notwendigkeit**". Von daher ergeben sich "**besonders enge Beziehungen**" zum "**Leitprojekt Neue Angebote für soziale, kulturelle und sportliche Tätigkeiten**" (vgl. Memorandum, 1988, S. 50)

Ein erstes Beispiel: Kinder im Emscherraum

Nach vielfältigem Drängen der "IBA von unten" und mehrfach bekundetem Desinteresse durch die IBA wurden im Sommer 1992 allererste Schritte unternommen, "Kinder der Emscherzone" im Planungsprozeß zu berücksichtigen (vgl. Internationale Bauausstellung..., 1991 und 1992b, Nr. 21, S. 11 ff). Dies, obwohl der Emscherraum im Vergleich mit anderen deutschen Lebensräumen äußerst schlecht abschneidet. Hierzu O-Ton K. Ganser: "Ein kindergerechtes Wohnumfeld zu schaffen, ist auch ein wichtiges Anliegen der IBA und soll bei der Verwirklichung möglichst zahlreicher IBA-Projekte fester Bestandteil werden. (...) Die für Wanne vorgeschlagene Konzeption ist allerdings sehr umfangreich, womit sich unmittelbar die Frage nach der Finanzierbarkeit stellt (...), zumal die Weiterfinanzierung ihrer Arbeit mit AB-Mitteln auf Grund der Bestimmungen leider ausscheidet. Die Bauausstellung Emscher-Park sieht es auch nicht als ihr originäres Thema an, kommunale Planungsaufgaben wie z.B. die Entwicklung eines Spielrahmenplanes oder eines integrieren Fuß- und Radwegenetzes zu übernehmen bzw. zu fördern. Auch ist die IBA mehr an der modellhaften praktischen Umsetzung als an weiteren Untersuchungen und Beobach-

tungen interessiert. (...) Auf alle Fälle möchten wir mit Ihnen im Gespräch bleiben" (zitiert nach H. Lausch, 1992, S. 14)). Diese ursprüngliche Einschätzung des Projekts "Kinder in der Emscherzone" durch die IBA erscheint im nachhinein umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, daß der Planungsansatz "Integrierte Stadtteilentwicklung" zwischenzeitlich zu einem eigenen Leitprojekt der IBA geworden ist und die Landesregierung die Kinder- und Frauenfrage aus infrastruktureller, pädagogischer und beschäftigungspolitischer Perspektive längst erkannt hat.

Im "von Unten" angeregten, innovativen Experiment selbst geht es um die kindergerechte Gestaltung der Wohnung, des Wohnumfeldes, der Straßenräume und der Partizipation von Kindern im Planungsprozeß. Dazu zusammenfassend die Projektanden P. Apel/R. Pach/H. Lausch/Ch. Honig (1992a):

"o Kinder erkennen die Potentiale ihrer Einmischung. In für sie überschaubaren Zeiträumen und Größenordnungen können sie erleben, daß sich Gegebenheiten trotz aller Widerstände verändern können. Das macht Mut.

o Planer, Verwalter und Politiker sammeln anhand der auch für sie überschaubaren Experimente erste Erfahrungen, wie eine Partizipation tatsächlich aussehen und 'enden' kann. Das macht ihnen Mut" (dies., a.a.O., S. IV).

Trotz eines zwischenzeitlichen Lernprozesses bei Fachleuten der IBA "die Projekte der Internationalen Bauausstellung bieten die Chance, bereits im Vorfeld 'Kinderfreundlichkeit' nicht nur als Absicht zu formulieren, sondern von allen Beteiligten als umsetzungsfähiges Qualitätskriterium von Beginn an einzufordern" (IBA Emscher-Park, 1991), bringt sie nicht den Mut zum Experiment auf. Diesen Weg geht nun die Stadt Herne. Sie ist bereit ein Modellprojekt "kinderfreundliche Umgestaltung einer Straße unter Beteiligung von Kindern und Anwohnern mitzutragen und mitzufinanzieren" (H. Lausch, 1992, S. 24). Nicht nur auf die Ergebnisse dieses Projekts warten wir gespannt - so Harry Lausch, sondern auch auf die erste "kinderfreundliche Siedlung mit einem IBA-Logo".

Ein zweites Beispiel: AusländerInnen im Emscherraum

Im Planungsgebiet der IBA-Emscher Park leben z.Zt. etwa 220 Tsd. AusländerInnen. Das sind ca. 12% der Gesamtbevölkerung. Die von M. Krummacher und V. Waltz ermittelten Fakten und Trends bestätigen die Vermutung, daß auch in der Emscherregion die Lebenslagen der AusländerInnen von sozialer Benachteiligung gekennzeichnet sind. Dies in Bezug auf ihre Beschäftigung und den Arbeitsmarkt, Wohnen und soziale Infrastruktur, Schul- und Berufsausbildung sowie politische und soziokulturelle Beteiligung am gesellschaftlichen Leben (dies., 1992, S. 4 ff.).

Hinblick auf exemplarische Demonstrationen von Sanierungstechniken. Hier liegen Angebote für Standorte von einer Reihe von Städten vor" (dies., a.a.O., S. 4).

In den "Empfehlungen zum Verfahren" wird durch die IBA sowohl auf erste Projektvorschläge als auch darauf verwiesen, "daß ein großer Teil der Vorhaben in der Emscher Park Bauausstellung darauf angewiesen ist, daß die Altlastenfrage rasch und ökologisch verträglich geklärt wird. Innerhalb der IBA solle daher die Strategie-Diskussion betrieben werden, um im diffusen und zur Überspezialisierung neigenden Aktionsfeld der Altlastenproblematik erfolgversprechende Wege zu weisen (dies., a.a.O., S. 5). Trotz all dieser Empfehlungen und strategischen Überlegungen sind wir - so meinen Claus/Weingran - im Emscherraum immer noch ein gutes Stück von landes- oder sogar bundeseinheitlichen Standards der Altlastensanierung entfernt. Zwar gibt es einige positive Beispiele (...), doch genauso werden alltäglich neue Anfängerfehler begangen, werden unterschiedliche Maßlatten an die Flächen gelegt. Es ist noch nicht einmal gewährleistet (...), daß die großen Ruhrgebietsstädte Dortmund, Bochum, Essen, Duisburg inhaltlich, zeitlich und finanziell vergleichbare Sanierungsprogramme durchführen (dies., a.a.O., S. 8).

"Möglicherweise wird das Thema (so diese beiden Fachleute, A.d.V.) jedoch aus internen Gründen so abseits der (Fach-) Öffentlichkeit diskutiert: Die wesentlichen Flächeneigentümer in der IBA (insbesondere für die Projekte "Arbeiten im Park" (sind dies, A.d.V.) die LEG als Treuhänderin des Grundstücksfonds Ruhr, die RAG bzw. Montan-Grundstücksgesellschaft und die VEBA) könnten auch ein starkes Interesse daran haben, daß es keine IBA-internen gleichlautenden Qualitätsvereinbarungen für den Umgang mit Altlasten gibt (...)" (vgl. dies., 1992, S. 8). Eine mögliche Erklärung für diesen Sachverhalt wäre folgende: Aufgrund der regionalen Machtstruktur - deren eines Element die IBA ist - wird eine innovative Altlastenpolitik verhindert.

Ein zweites Beispiel: Vom "Kohlenpott zum Mülleimer"

Für viele von uns höchst erstaunlich: Müll, kein Thema der IBA! Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist die, daß neben IBA-Projekten bzw. neben Projekten, die das IBA-Qualitätssiegel tragen, so geplant wird, als ginge sie das Alles gar nichts an. D.h., parallel zum vermeintlich engagierten Modernisierungsprozeß der Emscher-Region entsteht seit Mitte der 80er Jahre ein - wie es Oliver Decken (vgl. ders., 1992, S. 189 ff.) ausdrückt - von mächtigen Interessengruppen vorangetriebenes Müllverbrennungszentrum. Waren es in den frühen 70er Jahren 4 Standorte, so waren es im Jahr 1991 bereits 15 Standorte. Der Run auf die Emscherzone ergibt sich dabei aus einem erhöhten Müllaufkommen, aus der politisch-ökonomischen Schwachung der Gemeinden gegenüber der Müllverwertungsindustrie und aus einer sehr günstigen technischen, politischen und sozialen Infrastruktur (Der zuletzt genannte Aspekt zielt wohl auf den Tatbestand, wonach es im

Nur in 2 von z.Zt. 81 Einzelprojekten der IBA spielen AusländerInnen gegenwärtig überhaupt eine relevante Rolle. Auch bei diesen Projekten, der Erneuerung der Gartenstadt-siedlung Bottrop-Welheim (Ausländeranteil 20-30%) und Gelsenkirchen-Schüngelberg (Ausländeranteil 60-70%) fallen die Untersuchungsbefunde von Krummacher/Waltz (1992, S.5 ff.) - trotz aufzeigbarer Unterschiede - im wesentlichen negativ aus. Es zeigt sich insbesondere, daß die in den "Qualitätsvereinbarungen" beider IBA-Projekte formulierten hohen Ansprüche an die Nutzerbeteiligung in der Praxis bislang völlig unzureichend eingelöst werden und diese hinter durchaus bekannten Innovationsstandards zurückbleibt. Dies gilt sowohl für die Information und Transparenz des Erneuerungsprozesses, für die Bewohnerberatung und die Betreuung der AusländerInnen, für die faktischen Entscheidungsspielräume der MieterInnen als auch für die Wohnkosten und die Wohnsicherheit nach der Erneuerung (dies., 1992, S. 1 ff.).

Aber nicht nur aus der Sicht von Kindern und Ausländern verpaßt die IBA gegenwärtig ihre Chancen. Auch im Hinblick auf die Einrichtung Zweiter Arbeitsmärkte, alternativer Projekte (Werkhof-Scharnhorst), neue Wohnformen und Infrastruktureinrichtungen für alte Menschen, kranke Menschen, Menschen, die in geschlossenen Anstalten leben müssen, Ein-Personen-Haushalte oder für Studierende (Modernisierung von Kasernen für studentische Wohn- und Arbeitsräume) ist nur wenig Interessantes aus den IBA-Werkstätten zu vernehmen.

4.

"Vielleicht signalisiert das Ende der Internationalen Bauausstellung in den 90er Jahren etwas, daß man Emscher wieder mit aufsteigender Stadt, aufsteigender Region verbindet, daß Defizite aufgeholt wurden, daß man hierher kommt, um zu fragen: 'Wie löst man denn die Probleme von Altlasten, wie schafft man denn neue Umwelttechnologien, wie kann man im Gesundheitssystem sich anpassen, um bestimmte Auswirkungen von Umweltschäden auf die Menschen vorher zu vermeiden?' Daß man vielleicht mit dieser Frage hierher kommt wie heute manchmal Menschen nach Stuttgart und München pilgern, und man dort auch schon nicht mehr alle Antworten bekommt" (Ch. Zöpel, Auftaktveranstaltung, 1988, S. 40)

Ein erstes Beispiel: Altlasten im Emscherraum

F. Claus und Ch. Weingran (1992) meinen in ihrem Aufsatz "Altlasten im Park", daß 90% der IBA-Flächen kontaminationsverdächtige Standorte sind. Vor diesem Hintergrund bemühte sich die IBA schon frühzeitig um die Einrichtung einer "Diskussionswerkstatt": "Die IBA wird zentral (so formulierte sie ihr Interesse, A.d.V.) eine Werkstatt zum Umgang mit den Altlastenproblemen einrichten. (...) Daraus werden Vorschläge entwickelt auch im

Ruhrgebiet überdurchschnittlich viele unqualifizierte oder angelehrte Arbeitskräfte gibt). Die Interessen der Industrie sind dabei die einer langfristig gesicherten Entsorgung.

Von der IBA ist nun nicht nur ein "ökologisches Abfallbewirtschaftungskonzept" zu verlangen, sondern auch dessen Durchsetzung. Dazu O. Decken: "Die Notwendigkeit einer ökologischen Abfallwirtschaft muß auch im Rahmen der IBA planerisch angegangen und umgesetzt werden, da die ansonsten drohende Vermarktung des Mülls durch die Konzerne die mit der IBA verfolgte Absicht einer ökologischen und ökonomischen Modernisierung unterläuft" (O. Decken, 1992, S. 206).

5.

"Unter dem Begriff 'Arbeiten im Park' sollen (...) einige ausgewählte Standorte durch das Zusammenwirken von öffentlichen und privaten Investitionen zu einer hohen Qualität und Attraktivität entwickelt werden. Dafür stehen die Bezeichnungen 'Industriepark', 'Gewerbepark', 'Dienstleistungspark' und 'Wissenschaftspark'. Dieses Konzept hat wenig gemeinsam mit den bekannten 'Wohn- oder 'Gewerbeparks' aus den vergangenen Jahren, die den Namen 'Park' eigentlich nicht verdienen. Es gibt (...) internationale Beispiele die zeigen, wie wichtig attraktive Mikrostandorte für die Ansiedlung moderner Unternehmen und die Rekrutierung qualifizierter Beschäftigter sind" (Memorandum, 1988, S. 47). Dazu in diesem Punkt drei generelle Fragen, bevor ich im nächsten Punkt auf ein konkretes "Arbeiten im Park-Beispiel" eingehe:

Frage Nr. 1: Will die IBA will mehr sein als einzelbetriebliche Wirtschaftsförderung?

Das Revier ist infrastrukturell sehr gut erschlossen. Bezogen auf seine aktuelle (Nicht-) Nutzung hat es sich jedoch zu einem großen "Areal im Umbruch" gewandelt. U.a. im Zuge der Realisierung des EG-Binnenmarktes drängen viele internationale Konzerne auch in das Ruhrgebiet, in dem der Raum - trotz kontaminierter Böden - knapp ist (das abgewehrte "Triple Five-Projekt in Oberhausen" ist für diese Konstellation ein symptomatischer Fall).

Nun sollte prinzipiell verhindert werden, daß nicht mit dem Instrumentarium einer IBA, d.h. auch mit öffentlichen Mitteln und mit den Möglichkeiten der öffentlichen Verwaltung (die ja auch dem Gemeinwohl verpflichtet ist) eine ganze Region - im Zentrum Europas - bau- und sozialstrukturell abgeräumt, gereinigt und neu erschlossen wird, um sie dann ansiedlungswilligen Konzernen als idealen Standort - öffentlich subventioniert - anzubieten (vgl. aktuell die "Neue Mitte Oberhausen", bei der der Staat 160 Mio. DM vorinvestiert, damit an dieser Stelle dann der britische Developer E. Healey für Oberhausen - entsprechend des Modells "Meadowhall in Sheffield - eine "Neue Stadtmitte" erstellt (vgl. Fraktion..., 1992),

deren Folgen sich auch zu Lasten der ansässigen Gewerbetreibenden auswirken können).

Solche Projekte erwiesen sich dann als Strategien einseitiger Wirtschaftsförderung, wenn für die Stadtteilentwicklung und Stadtgestaltung in innovativer Hinsicht - entsprechend der IBA-Programmatik - kein zukunftsweisendes Neuland betreten würde. IBA-Projekte wären dann mit betriebswirtschaftlichen Marketing- und Management-Konzepten gleichzusetzen, wie sie gegenwärtig - nicht ohne Erfolg - von Werbeagenturen wie "Pro-Ruhr" oder der "Ruhrgebietsinitiative" praktiziert werden. Sollte sich diese Vermutung bestätigen, würde sich die IBA einer angebotsorientierten Strategie bedienen, wie sie uns z.Zt. am Beispiel der Erneuerung der Londoner Docklands - vgl. den Bankrott der Terraingesellschaft O&Y - mit erschreckenden Folgen sowohl für die britische Gesellschaft, die Stadt London und ihre Bewohner als auch für die britische Volkswirtschaft vorgeführt wird. Dieser Gefahr bewußt, sollten sich die Entscheidungsträger der IBA bemühen, die im politischen Raum verabschiedeten Ziele der IBA zu verwirklichen. Letzteres ist aber nur mit informierten und couragierten Bürgern, engagierten ArchitektInnen und PlanerInnen sowie mit die demokratische Spielregeln einhaltenden PolitikerInnen und Verwaltungsfachleuten möglich. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Kritik von R. v. Weizsäcker, der in diesem Zusammenhang die Begriffe "Machtversessenheit und Machtvergessenheit" in die Diskussion einbrachte (vgl. G. Hofmann, Hrsg., 1992) oder an die Studie von E.K. und U. Scheuch, die den **Verfall der politischen Kultur** im kommunalen und regionalen Gestaltungszusammenhang analysierten (vgl. dies., 1992).

Frage Nr. 2: Werden die zentralen Programmpunkte der IBA in der Arena interkommunaler Konkurrenz aufgegeben?

Gegenwärtig gewinnt man den Eindruck, daß - nicht nur - die Kommunen des Emscher-Raumes ihre "Wege aus der Krise" in vergleichbarer Programmatik angehen. Häufig folgen sie dem Motto: So wie die Nachbargemeinde, nur eindrucksvoller. D.h., ohne einen "unternehmerfreundlichen" Technologiepark (vgl. Internationale Bauausstellung..., 1991b und 1992a), ohne "freizeitintensives Wohnen am Wasser" (vgl. Projekte in Herne oder Duisburg), ohne architektonische Highlights (ich meine die "Festivalisierung der IBA" am Beispiel des "Euro-Gate" in Duisburg (vgl. dazu W. Siebel, 1991)) und ohne werbewirksame Verpackung z.B. als "Public-Private-Partnership" läßt sich Stadt- oder Gebietsentwicklung scheinbar nicht mehr verkaufen. Die IBA-Verantwortlichen sollten jedoch nicht Vereinheitlichungs- und Uniformierungs-, sondern Differenzierungsstrategien der regionalen Entwicklungspolitik unterstützen. Durch einen **regionalen Gleichklang der Stadtentwicklung als Stadt-Marketing und Urban-Management** - nach einzelbetrieblichen Konzepten - würde die IBA nicht nur viel an Schubkraft einbüßen, sondern sich - und falls das Memorandum kein Etikettenschwindel darstellt - mittelfristig selbst die Legitimation für ihr Handeln entziehen.

"Mit dem Konzept und Entwurf zur Gestaltung des Duisburger Innenhafens soll - so das Marketing-Konzept von N. Foster aus London - modellhaft und exemplarisch eine INTEGRIERTE INNERSTÄDTISCHE ENTWICKLUNGSKONZEPTION im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscher Park realisiert werden. Integrierte Stadtentwicklung meint u.a. an dieser Stelle

- o das Medium Wasser in seiner Gestaltungsqualität, Erlebnisqualität, in seiner ökologischen Qualität und als energetischer Faktor,
- o das Medium Energie als Element der Stadtentwicklung gemessen an dem Maßstab der Verbesserung der Umweltqualität,
- o der Umgang mit den Umweltmedien Lärm und Luft,
- o neue Dimensionen ökologischen Bauens und
- o die Mischung verschiedener städtischer Funktionen mit dem Ziel einer Reduzierung des Verkehrsaufkommens" (N. Foster u.a., 1991, S. 1).

Das Projektvorhaben - das wie viele andere IBA-Projekte an bereits seit vielen Jahren diskutierten Ideen anknüpfte - wurde im Jahr 1990 international ausgeschrieben. Von den interessierten Teilnehmern wurden 6 Gruppen für einen beschränkten Wettbewerb eingeladen (auch unter diesem Aspekt wird in der IBA nicht experimentiert). Den ersten Preis erhielt die Bürogemeinschaft N. Foster/Kaiser Bautechnik/LEG-NRW/Treuhandstelle Essen. Der Entwurf des Londoner Architekten N. Foster sieht ein "Euro-Gate" (ein Kongreß-, Hotel, Park- und Freizeitzentrum), eine Wohnanlage (die an niederländische Grachten erinnern soll) und die gewerbliche Umnutzung der alten Speicher am Hafen vor. Das gesamte Projekt soll in der Form einer "Public-Private-Partnership" geplant und realisiert werden.

Partner in diesem Projekt sind das Land NRW, die IBA, die LEG - eine Einrichtung des Landes NRW -, die Treuhandstelle Essen und N. Foster, ein Architekt aus London. Das auf den internationalen Büromarkt ausgerichtete Projekt - u.a. in London stehen mehrere Millionen qm Bürofläche leer - hat einen Umfang von 330.000 qm Bruttogeschoßfläche. 240.000 qm davon fallen auf Büronutzung. Die Finanzierung sieht vorerst so aus, daß die Stadt 52 Mio. DM vorinvestiert und die Projektentwickler langfristig 1 Mrd. DM einbringen wollen. Vor dem bekannten Hintergrund, wonach Duisburg besonders hart von der Krise des Reviers betroffen ist (vgl. die kommunalen Arbeitslosenziffern, die Sozialhilfequoten, die Wohnungsnot usw.), ist die elitäre Ausrichtung dieses "Highlights der IBA" mehr als erstaunlich. O-Ton der Developer: "Das Euro-Gate stellt das ökonomische und ökologische Highlight im Innenhafen dar und ist somit ein Schlüsselprojekt im Innenhafen. (...) Ein Gutachten der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung hat den Bedarf von weiteren ca. 200 Hotelbetten für Duisburg festgestellt, (...). Neben der bereits beschriebenen guten Ver-

Frage Nr. 3: Bilden die Finanzen das Nadelöhr für eine innovative Bauausstellung?

Die IBA-Emscher-Park selbst verfügt - wie es allerorten verkündet wird - über nur sehr begrenzte finanzielle Möglichkeiten. Die Haushalte der Kommunen (incl. der Mittel aus Finanzausgleich sowie zweckgebundenen Zuweisungen) und die ansonsten im entwicklungspolitischen Alltagsgeschäft vorhandenen Förderprogramme sind die hauptsächlichen Finanzierungsquellen der einzelnen Projekte. Kommunen neigen - nicht erst seit heute - dazu, ohnehin vorgesehene Projekte unter Wahrung von Mitnahmeeffekten im Rahmen der IBA, die ja unter Erfolgsdruck steht, vorzuziehen. Damit wird in der Regel ein kommunaler Handlungsstau - nicht nur vor den jeweils kommenden Landtags- und Kommunalwahlen - abgearbeitet. Die Idee der IBA, wonach einzelne Kommunen ihren Haushalt umschichten könnten, um zukunftsweisende Projekte einzufädeln, käme damit nicht zum Tragen. Würde sich die benannte Form kommunalpolitischen (Entlastungs-)Handelns als Richtschnur für die Realisierung von IBA-Projekten durchsetzen, wäre die IBA nicht mehr als ein kreativ eingefädelt Wahlkampf Bündnis aus Oberstadtdirektoren, IBA-Direktoren, Direktoren privater Unternehmen und der Landesregierung.

Ich meine, die Sache mit den knappen Finanzen hat über diese Aspekte hinaus auch einen "harten Kern": Manchmal hat es den Anschein, als wollten die IBA-Verantwortlichen mit dem Hinweis auf die begrenzten finanziellen Mittel von ihren tatsächlich vorhandenen - und in der Regel unkontrollierten - Zugriffsmöglichkeiten auf investive Ressourcen - und damit auch von **organisatorischen Altlasten** im Ruhrgebiet - ablenken. Gerade - aber nicht nur - am Beispiel des "Multifunktionalen Dienstleistungsparks" im Duisburger Innenhafen kann auf die großen Kapitalreserven bei der LEG, der HAFAG oder der Treuhandstelle Essen verwiesen werden. In diesem Zusammenhang sollte man von der IBA statt planungs- und finanzpolitischer Nebelkerzen eher organisatorische und öffentliche Investitionen kontrollierende Gestaltungskonzepte erwarten.

6.

"Zum Wesen von Bauausstellungen gehört es, daß sie Innovation und Experiment bewußt herbeiführen sollen. Innovation ist (...) nichts so außergewöhnliches, Experiment dagegen sehr wohl. Experiment heißt immer, von vornherein zu wissen, daß Fehler gemacht werden, daß es harte Auseinandersetzungen gibt und daß auch der Skandal nicht von Anbeginn auszuschließen ist. Das weiß man, wenn man sich an so etwas heranmacht, aber eine Bauausstellung muß sich Experimente vornehmen, wenn man zu der Erkenntnis gekommen ist, daß ein zusätzlicher Schub an Innovation erforderlich ist" (Auftraktveranstaltung, 1988, S. 36). Das "Euro-Gate" im Duisburger Innenhafen als Beispiel:

kehrsanbindung überzeugt das Hotel außerdem durch die Einbindung in ein multifunktionales Zentrum mit Shopping-Mall, Restaurants, Health-Club und Wohnresidenzen, sowie seinem einzigartigen Standort am Wasser. Das Sport- und Freizeitangebot des Euro-Gate-Hotels nutzt im Außenbereich das Wasser des Holzhafens, dessen Wasserstand auf konstantem Niveau gehalten wird. Auf schwimmenden Inseln werden Cafes und Restaurants Besucher anlocken. Eine schwimmende Eisbahn sorgt während der vier Wintermonate für Unterhaltung beim Curling oder Schlittschuhlaufen, (...). Für den für Sportboote ansonsten gesperrten Innenhafen ist die Hafag bereit, eine Ausnahme zu gestatten, (...). Terrassen, die auf der Südseite den Parkgaragen vorgelagert sind, ausgebildet als Tribünen einer Arena, bilden mit einer im Holzhafen gelegenen flexiblen schwimmenden Bühne ein Amphitheater für internationale Kultur- und Sportveranstaltungen, in dem 5.000 bis 10.000 Besucher Platz finden. (...) Über das Euro-Gate, das bereits von weither sichtbar Aufbruch und Bewegung symbolisiert, kann eine intelligente "Einflogschneise", eine 'Start- und Landesbahn' für internationale Dienstleistungspotentiale organisiert werden" (N. Foster u.a., 1991, S. 89, 78 und 39).

Insgesamt versucht die IBA mit diesem Projekt umweltverträgliche und sozialengagierte Stadterneuerungspolitik zu verkaufen. Bei genauem Hinsehen erkennt man, daß die Versiegelung des Hafens zunimmt, die autogerechte Stadt nochmals verkauft wird, arbeitsmarkt- und sozialpolitisch die 2/3-Gesellschaft ins Visier genommen wird und die Erstellung eines öko-technokratisch geschminkten Bürogettos im großformatigen Imponiergehabe der 70er Jahre ohne Bürgerbeteiligung auf dem Programm steht.

Und nicht zuletzt: Die Stadt Duisburg richtete im städtischen Planungsdezernat eine IBA-Koordinierungs- und IBA-Moderationsgruppe ein. Die Federführung liegt formal beim Planungsdezernenten und faktisch beim Oberstadtdirektor. Nachdem die Realisierung des Projekts seit mehreren Monaten ins Stocken geraten ist, wurde die "Media-Park-Gesellschaft" in Köln - an der auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalens beteiligt ist - aufgefordert, ein Gutachten bezüglich der Realisierbarkeit des Projekts anzufertigen. Sie kam im Mai 1992 zu dem wenig schmeichelhaften Ergebnis, daß bisher weder ein praktikierbares Realisierungs-, Finanzierungs- und Nutzungs- noch ein brauchbares Erschließungskonzept erkennbar sei. Dieses Ergebnis erscheint mir eher mager für den Entwicklungsstand eines der Renommierprojekte der "Werkstatt für die Zukunft alter Industriegebiete".

7.

"Ein wesentliches Hindernis für Innovationen sind 'Monopole' und 'Pfründen'. Für die Bauausstellung soll daher das Prinzip des offenen Wettbewerbes und der Bewahrung in der Konkurrenz gelten" (Memorandum, 1988, S. 59)?

Alle Projekte der IBA sollten - entsprechend ihrer Ziele - einer partizipatorischen Sozial-, Umwelt- und Kulturverträglichkeitsprüfung unterzogen werden. Erste und sehr wichtige Ansätze, diesen Weg zu beschreiten, liegen mit dem "Positionspapier 'Ökologisches Bauen'" vor (vgl. Gesellschaft..., 1990). Mit den Verträglichkeitsprüfungen sollten aber - von der IBA - unabhängige Einrichtungen beauftragt werden. Die Planungsgesellschaft sollte nicht ihre eigene Kontrollinstanz sein. Einerseits wäre es sinnvoll, diesen Aspekt zu einem "Leitprojekt" zu machen, andererseits stießen bei der Realisierung dieser Forderung nach "Verträglichkeitsprüfungen" viele IBA-Projekte an die Grenze ihrer Realisierbarkeit (vgl. u.a. das "Marina-Projekt" der Firma Heidtkamp entlang des Rhein-Herne-Kanals). Unverständlich ist in diesem Zusammenhang auch, daß die IBA nicht an die Arbeit und die dabei entfaltenen Ergebnisse des SOTech-Programms des Landes Nordrhein-Westfalen anknüpft. Mit diesem Programm wurde auf vielen Ebenen der Landespolitik Neuland betreten. Es wäre naheliegend, nun zentrale Ergebnisse im Modernisierungsprozeß nordrhein-westfälischer Regionen zu überprüfen. Dabei ist auch zu fragen, warum im Umbauprozeß Berlins am Konzept eines "Stadtvertrags" gearbeitet wird und entsprechende Ideen - unter dem Stichwort "Regional-Vertrag", verankert in einem "Masterplan" - nicht auch Eingang in die Modernisierungsdebatte um den Emscherraum finden?

8. Das Hauptziel der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park liegt darin, die "endogenen Kräfte, die eigenen Kräfte der Region, die Wirtschaftskräfte und die sozialen Kräfte zu mobilisieren. (...) Es gibt keine andere Alternative dazu in den hochentwickelten westlichen Industriestaaten" (Ch. Zöpel, Auftaktveranstaltung, 1988, S. 34). An anderer Stelle heißt es: "Die Landesregierung ruft alle Städte und Gemeinden, alle Unternehmen im Emscher-Raum, Gewerkschaftler und Architekten, besonders alle Bürgerinnen und Bürger der Emscher-Zone dazu auf, die 'IBA-Emscher-Park' auch aktiv zu unterstützen und bei den Projekten und Planungen mitzuarbeiten" (Memorandum, 1988, S. 5).

Im Rahmen einer äußerst begrenzten Befragung interviewten wir auf dem Gelände des Duisburger Innenhafens 29 zufällig ausgewählte Personen, um deren Informationsstand und Interesse an bzw. über das Projekt zu erfahren. 27 Personen waren so gut wie nicht informiert und wünschten sich mehr Informationen. Auch im Rahmen einer Zeitungsanalyse in Duisburg, konnten wir feststellen, daß über IBA-Projekte nur sehr unsystematisch informiert wird.

Insgesamt ist nach meinen Erfahrungen festzustellen, daß die im Emscher-Raum ansässige Wohn- und Arbeitsbevölkerung bisher nur sporadisch in den Erneuerungsprozeß ihres Lebensraumes einbezogen wurde. Zielt der Umbau der Region eventuell auf eine

wickeln. Die IBA-Macher sollten sich nicht vorschnell die Hände reiben, wenn dies die "IBA von unten" nicht aus eigener Kraft auf die Beine bekommt.

Gelingt es den IBA-Verantwortlichen schon nicht, neben sich eine "IBA von unten" auszuhalten und zu entwickeln, sollten sie - quasi als Minimalprogramm - die "IBA von unten" wenigstens als Qualifizierungsmodell für Modernisierungsmoderatoren begreifen. Nach meinen Erfahrungen verpaßt die IBA hier eine große landespolitische Chance im Modernisierungsprozeß einer Region.

9. **Ausblicke: Von einer eher staats- und kapitalnahen zu einer bürger- und sozialpolitknahen Modernisierung des Emscher-Raumes**

Um die vielfachen Blockaden regionaler Modernisierung aufzubrechen und abzutragen, bedarf es u.a. des Zurückdrängens einer technokratischen und bürokratischen Modernisierungspolitik, des Aufbaus von demokratischen Verwaltungsstrukturen, der zukunftsorientierten Vernetzung von progressiven Milieugruppen und der Brechung der kulturellen Vorherrschaft des Kleinbürgertums im regionalen Planungs- und Entscheidungsprozeß. Dies zu leisten, könnten - neben bürgerschaftlich getragenen baulich-räumlichen Interventionen - zumindest zwei Perspektiven weiterhelfen: Gemeint sind a) Zuwächse an "sozialer Kompetenz" und b) die schrittweise Ermöglichung einer "zivilen Gesellschaft".

a) Zuwächse an sozialen Kompetenzen

In bezug auf den sozialräumlichen Umbau der Emscher Region muß das Wissen der Bürger 1) reaktiviert und aktualisiert sowie dem Expertenwissen der IBA gleichgestellt werden. Muß die kontrollierende und experimentierende Teilhabe der Bürger(iniativen) an Umbauvorhaben 2) intensiviert und verbindlich gemacht werden. Dabei ist auch auf die Diskriminierung Andersdenkender zu verzichten. 3) sollte der Bürger sich dergestalt qualifizieren können, daß seine persönliche Entwicklung mit dem Entwicklungsniveau seines Lebensraumes in Einklang zu bringen ist (der "Geschichtswettbewerb" zeigt diesbezüglich viele Möglichkeiten auf).

Die Verwirklichung entsprechender Gestaltungsprinzipien erscheint notwendig, damit sich u.a. die Durchsetzung neuer Produktionstechnologien, Politik-, Organisations- und Kulturformen - mit ihren subjektiven und gesellschaftlichen Folgen - nicht auch in Zukunft "hinter dem Rücken der meisten Bürger" vollziehen.

ganz andere Bevölkerungsgruppe? Auf eine Bevölkerungsgruppe, die - wie in den Londoner Docklands - heute noch gar nicht in diesem Raum angesiedelt ist? Die ansässige Bürgerschaft ist - z.B. durch Bürgeranwälte - weder im Lenkungsausschuß noch unter den IBA-Direktoren vertreten (entsprechend des außer Tritt geratenen repräsentativen Systems unserer Republik sind aber Bürgermeister, Politiker oder Vertreter großer Behörden in übergroßer Zahl vertreten). Zur allgemeinen Verwunderung vieler Bürger und Bürgerinitiativen dieser Region existiert kein Leitprojekt Partizipation (Partizipation taucht bisher nur ansatzweise - z.B. verkürzt zu einem Moderationskonzept und nicht systematisch bzw. experimentierend - in vier Wohnprojekten auf).

Die über 400 eingereichten Projekte kamen bisher überwiegend aus der Fachöffentlichkeit (Auftragsakquisition) und von den Kommunen (dieser Sachverhalt gilt noch stärker für die genehmigten Projekte). Damit auch Bürger und Bürgerinitiativen verstärkt an der IBA bzw. der Modernisierung ihrer Region teilnehmen können, müßten sie in Informations-, Qualifizierungs- und Kontrollforen Gelegenheit erhalten, ihre sozialräumlichen Kompetenzen auf den Ebenen "Wissen, Mitbestimmung und Selbstbestimmung" zu verbessern.

Um entsprechende Probleme zu mindern, hat sich zwischenzeitlich die "IBA von unten", eine IBA der Bürger(-initiativen) gebildet (1990). Sie vertrat bei ihrer Gründung - von Duisburg bis Bergkamen - über 80 Initiativen. Sie verfolgten das Ziel, die Interessen der Bewohner systematisch einzuklagen um nicht bei der staatsnahen Durchsetzung "kommerzieller Interessen" ausgegrenzt zu werden. Inzwischen fand die "IBA von unten" auch Gehör beim Lenkungsausschuß der Internationalen Bauausstellung. Was jedoch geschieht, wenn die Vertreter der Bürger(iniativen) nun eine andere Modernisierungsvariante fordern als sie die "IBA-Macher" bisher verfolgten, ist bislang weder erörtert noch erprobt worden. Dazu S. Müller: "Die Offenheit (der IBA-Verantwortlichen in Gesprächen, A.d.V.) dient gegenwärtig und nach wie vor der Ideenbelieferung, die Geschlossenheit der Entscheidungsstruktur dazu, daß traditionelle Lobbyisten unerkannt mitmischen und nichts sich verwirklichen kann, was nicht durch das Nadelöhr der Geschäftsführung der IBA-Planungsgesellschaft gepaßt wird. Im Grunde hat ein solches Vorgehen die Zentralisierung des Entscheidungsverfahrens über Planungen im Emscher-Raum verstärkt" (S. Müller, 1990, unveröffentlichtes Ms., S. 39). Sind dies Signale für einen Rückfall der IBA in längst überwunden geglaubte - bürgerferne - Planungskulturen und/oder Einblicke in die planerische Grundmentalität (etwa den "Überredungsdrängismus") der für die IBA Verantwortlichen?

Aber noch ein anderer Aspekt ist hier zu erwähnen: Es ist schon schlimm genug, daß sich eine "IBA von unten" gegen ein innovatives Projekt bilden mußte, damit Bürgerinteressen zur Anhörung gebracht werden können. Besonders beschämend ist es aber, daß die "IBA von unten" nicht dabei unterstützt wird, ein Beteiligungsmodell im Experiment zu ent-

Vor dem Hintergrund der neuen Unsicherheiten in unserer Gesellschaft schlagen A. Evers/H. Nowotny, 1987) u.a. neue Umgangsformen vor. Hierfür müssen zunächst die Kompetenzen zur "Gestaltbarkeit der Gesellschaft" auf struktureller und individueller Ebene zurückgewonnen werden: "Gestaltbarkeit im Sinn eines Zuwachses an sozialer Kompetenz" ist nach diesem Vorschlag auf den Ebenen "Wissen, Kontrolle und Identität" zu entwickeln und in ein "Leitprojekt" einzubringen. Konflikte sind dabei auf allen drei Ebenen entstanden (auch sie könnten durch den Einsatz von IBA-Fachleuten überwunden werden):

- o Der "Konflikt über den Zugang, den Erwerb und die autorisierte Äußerung von Wissen" wird zur Zeit als Konflikt zwischen Experten- und Laienwissen ausgeglichen.
- o Die "Konfliktkomponente Kontrolle" wird deutlich an den Behinderungen der Teilhabe an demokratischen Kontrolle von regionalen Modernisierungsprozessen.
- o Das "Konfliktfeld sozialer und räumlicher Identität" ist schließlich bestimmt durch die Möglichkeit der Bürger, ihr soziales Selbst und das damit verbundene Zutrauen in ihre Fähigkeiten selbst zu bestimmen und sich an der Gestaltung ihres Lebensraumes und ihrer Lebensumstände aktiv zu beteiligen.

b) Das Zulassen einer zivilen Gesellschaft

"Zivilgesellschaft" meint eine Erweiterung der (klein)bürgerlichen Gesellschaft. Hiernach sollte sich jene private Initiative ausweiten, durch die versucht wird, Verständigung und Konsens in widersprüchlichen gesellschaftlichen Situationen des Nahbereichs von Interaktionen, alltäglichen Gewohnheiten, Erfahrungen und Gewohnheiten zu erreichen.

Etwas schwierig ist diese Diskussion deshalb und nicht nur im Ruhrgebiet, weil wir in der Regel nicht mit dem Begriff des "Zivilbürgers", sondern mit dem des "Staatsbürgers" arbeiten. Denken, Planen und Handeln wird nach dem Konzept der "Zivilgesellschaft" nicht in erster Linie durch das Nadelöhr von technokratischem Staat und technokratischer Bürokratie eingefädelt. "Zivilgesellschaft" beschreibt in dieser Diskussion den Entfaltungsraum privater Initiativen und Interessen. Nach Rödel u.a. (1989, S. 99 ff.) wird die moderne Zivilgesellschaft autonom und selbstmächtig indem sie eine "eigenständige öffentliche Sphäre des Politischen herausbildet" und sichert. Aber erst "mit der Selbst-Erklärung der Menschenrechte und der wechselseitigen Zuerkennung des Rechts, Rechte zu haben", richtet sich die Zivilgesellschaft als eine handlungsfähige und konfliktbearbeitende ein. Zivilgesellschaftliche Aufbrüche sind auch im Emscher Raum bzw. im Ruhrgebiet und in NRW zu beobachten. Ich denke an die große Zahl selbstbestimmter Projekte, an intermediäre Organisationen (wie die Wohnbund Beratung), an die "IBA von unten" oder an Versuche des NRW Innenministers H. Schnoor (1991), die kommunale Entscheidungsstruktur zu dezentralisieren, den Ortsbeiräten mehr Kompetenzen zuzubilligen oder einen Bürgerentscheid -

wie etwa in Baden-Württemberg oder Schleswig-Holstein - einzuführen. Zentral aber in diesem Zusammenhang ist, daß dieser "Aufbruch der Gesellschaft von unten" von den Planungsverantwortlichen resp. von den IBA-Verantwortlichen konstruktiv unterstützt wird, damit sich hier im Sinn von Evers/Nowotny auch "soziale Kompetenzen" - zur Stärkung der endogenen Potentiale - entwickeln können.

Zusammenfassung: Fehlende gesellschaftliche Analysen und nur unzureichende Vorstellungen über sozialverträgliche gesellschaftliche Zukünfte, die Dominanz bürokratischer und technokratischer Rationalität im sozialräumlichen Umgestaltungsprozeß, die kommunalpolitische Pragmatik bei der Verfolgung lokaler Interessen, die Ähnlichkeiten des Stadtmarketing im Netzwerk interkommunaler Konkurrenz, die Simultaneität von kommunaler Wirtschaftsförderung und lokaler Politik, die Inkongruenz von Gemeinde- und Projektgrenzen, die sog. fehlende Finanzausstattung der IBA, die Nichtberücksichtigung bürgerschaftlicher Beteiligungsformen oder die nur wenig entwickelten Fähigkeiten von ArchitektInnen und PlanerInnen der Komplexität, Neuartigkeit und Interdisziplinarität der an sie herangetragenen Aufgaben gerecht zu werden, läßt die Befürchtung wachsen, daß im Modernisierungsprozeß des Emscher Raumes kommerzielle Interessen dominant werden könnten. Zentrale Ziele der IBA blieben dann auf der Strecke.

Literaturangaben:

Apel, P./R. Pach/H. Lasch/Ch. Honig, Studie zu "kinderfreundlichem Bauen", in: IBA-Emscher Park Informationen, Heft Nr. 21, Gelsenkirchen 1992a.
Claus, F./Ch. Weingran, Atlanten im Park - nichts für die Öffentlichkeit?, in: S. Müller/K.M. Schmals, Hrsg., IBA-Emscher-Park - Verspätete Modernisierung-Verpaßte Chancen, Essen 1992.
Decken, O., Vom Kohlenpott zum Müllleimer? Eine Polemik zur Zukunft der Emscherzone, in: P. Ache u.a., Hrsg., Die Emscherzone..., Dortmund 1992.
Der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Hrsg., Memorandum zu Inhalt und Organisation, Düsseldorf 1988.
Der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Hrsg., Dokumentation der Auftaktveranstaltung am 16. Dezember 1988..., Düsseldorf 1988.
Enzensberger, H.M., Von der Unaufhaltsamkeit des Kleinbürgers, in: Kursbuch, Heft Nr. 45, Berlin 1975.
Evers, A./H. Nowotny, Über den Umgang mit Unsicherheit..., Frankfurt/Main 1989.
Foster, N. u.a., Hrsg., Multifunktionaler Dienstleistungspark Duisburg Innenhafen, Duisburg 1991.
Fraktion der Bunte Liste Oberhausener DemokratInnen, Hrsg., Neue Mitte Oberhausen, Oberhausen 1992.
Gesellschaft Internationale Bauausstellung Emscher Park mbH, Positionspapier "Ökologisches Bauen", Gelsenkirchen 1990.
Hofmann, G., Hrsg., Richard von Weizsäcker im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger, Frankfurt/Main 1992.
IBA von unten, Grau ist die Emscher - doch bunt ihr Revier, Dortmund 1990.
Internationale Bauausstellung Emscher Park, Hrsg., Kontrollplanung durch Kinder bei Projekten der IBA Emscher-Park, unveröffentl. Manuskript der IBA, März 1991 (zitiert nach H. Lausch 1992).

Internationale Bauausstellung Emscher Park, Hrsg., Strategien für alte Industrieregionen - Dokumentation zum Essener Kongreß, Gelsenkirchen 1991a.
Internationale Bauausstellung Emscher Park, Hrsg., Investitionsstandort Emscher-Raum, Gelsenkirchen 1991b.
Internationale Bauausstellung Emscher Park, Hrsg., Technologiezentren in der Emscher-Region, Gelsenkirchen 1992a.
Internationale Bauausstellung Emscher Park, Hrsg., Planungsgrundlagen..., Gelsenkirchen 1992b (zitiert nach H. Lausch 1992).
Krummacher, M./V. Waltz, AusländerInnen in der IBA-Emscher-Park ein "blinder Fleck"-Na und?, in: S. Müller/K.M. Schmals, Hrsg., IBA-Emscher-Park - Verspätete Modernisierung-Verpaßte Chancen, Essen 1992.
Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, Hrsg., Entwicklungsprogramm Ruhr 1968-1973, Düsseldorf 1968.
Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, Hrsg., Politik für das Ruhrgebiet - Das Aktionsprogramm, Düsseldorf 1979.
Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, Hrsg., Initiative Zukunftstechnologien, Düsseldorf 1984.
Lausch, H., Was machen die Kinder im Emscher-Park? Die Bauausstellung wird kinderfreundlich!, in: S. Müller/K.M. Schmals, Hrsg., IBA-Emscher-Park - Verspätete Modernisierung-Verpaßte Chancen, Essen 1992.
Müller, S., Taugt Renaturierung als Erneuerungsimpuls einer altindustrialisierten Region? Das Konzept der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park, unveröffentl. Manuskript, Dortmund 1990.
Müller, S./K.M. Schmals, Hrsg., IBA-Emscher-Park - Verspätete Modernisierung-Verpaßte Chancen, Essen 1992.
Rödel, U. u.a., Hrsg., Die demokratische Frage, Frankfurt/Main 1989.
Schelsky, H., Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, in: ders., Auf der Suche nach der Wirklichkeit, Düsseldorf u.a. 1965.
Scheuch, E.K./U., Cliques, Klüngel und Karrieren, Reinbek bei Hamburg 1992.
Schnoor, H., Reform der Kommunalverfassung in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1992.
Siebel, W., Festivalisierung der Politik und die Unsichtbarkeit der Städte, in: A. Brandt u.a., Hrsg., Das Expo-Projekt, Hannover 1991.
Sturm, G., Die Hälfte der Planung? - Das Beispiel der Beteiligung von Frauen an (Wohn-)Projekten der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park, in: S. Müller/K.M. Schmals, Hrsg., IBA-Emscher-Park - Verspätete Modernisierung-Verpaßte Chancen, Essen 1992.
Zöpel, Ch., Redebeitrag, in: Dokumentation der Auftaktveranstaltung am 16. Dezember 1988..., hrsg. vom Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1988.

Anschrift des Autors: Universität Dortmund, FB Raumplanung, Fachgebiet: Soziologische Grundlagen der Raumplanung, Postfach 500 500, 46 Dortmund 50, Tel.: 0231-755-2244.

WOHNBUND

Verband zur Förderung wohnpolitischer Initiativen

Kasseler Str. 1 a
6000 Frankfurt am Main 90

WOHNBUND • Kasseler Str. 1 a • 6000 Frankfurt/M. 90

Tel.: 0 69 - 77 60 25
Fax: 0 69 - 77 30 37

1. Dezember 1992

Alter werden im Wohnquartier
Innovative Wohnungs- und Städtebauprojekte
Abschlusskongreß zum Forschungsfeld
»Ältere Menschen und ihr Wohnquartier«
im
Experimentellen Wohnungs- und Städtebau
des Bundesbauministeriums

- Vorankündigung -

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 21. und 22. April 1993 findet in Bonn der Kongreß zum Abschluß des Forschungsfeldes »Ältere Menschen und ihr Wohnquartier« statt. Hier werden die vom Bundesbauministerium geförderten Modellvorhaben unter den Aspekten: Ziele, Mittel und Wirkungen zur Diskussion gestellt; es wird gefragt, welche Schlussfolgerungen sich für die Wohnungs- und Städtebaupolitik des Bundes ableiten lassen und wie die Ergebnisse in Gemeinden und durch Wohnbauträger umgesetzt werden können.

Der Kongreß des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau wird von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung in Kooperation mit dem WOHNBUIND durchgeführt. Wir bitten Sie herzlich, den Kongreß schon jetzt in Ihrer Zeitschrift anzukündigen.

Bitte kündigen Sie an, daß das Programm des Kongresses nur über den WOHNBUIND erhältlich ist.

Mit vielem Dank

Joachim Brech

Bekannt:
Peter Conrad MdB, Bonn
Dr. Peter Hansen, Hannover
Prof. Dr. Walter Siebel, Oldenburg
Stadtbaurätin Christiane Thalgott, München
Prof. Ottokar Uhl, Karlsruhe
Dr. Peter Zimmer, Solingen

Vorstand:
Dr.rer.pol. Joachim Brech, Frankfurt (Geschäftsführung)
Dipl.-Ing. Christian Herde, Architekt, München
Prof. Beata Huke-Schubert, Architektin, Hamburg
Dipl.-Soz. Wolfgang Köhle, Bochum
Dipl.-Ing. Joachim Lahnhofer, Architekt, Frankfurt
Dipl.-Geogr. Peter Schmidt, München
Dipl.-Ing. Ulla Schreiber, Architektin, Krefeld

Tagung

KULTURERLEBNIS STADT
Theoretische und praktische Aspekte der Stadtkultur

Österreichische Gesellschaft für Kommunikationsfragen
Sektion Kultursoziologie der
Österreichischen Gesellschaft für Soziologie
Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
der Universität Salzburg

Freitag, 14. - Sonntag, 16. Mai 1993
Universität Salzburg, Institutshaus Gesellschaftswissenschaften
Rudolfskai 42, A-5020 Salzburg

Freitag, 14. Mai 1993

18.30 Uhr: Einführungsvortrag:
Rolf Lindner, Berlin: Die Entdeckung der Stadtkultur

Samstag, 15. Mai 1993

10 - 12.30 Uhr und 14.30 - 17 Uhr

Schwerpunktthemen (parallel):

Podium I: Forschungskonzepte und -methoden

Hartmut Häußermann, Bremen: Das Konzept "Urbanität"
Roland Girtler, Wien: Forschung im Bauch der Großstadt - Urbane Sonderwelten Wiens
Hans-Peter Meier-Dallach, Zürich: Dimensionen der Identität einer Stadt
Lorenz Gallmetzer, Paris: Kulturbaustelle Paris
Wolfgang Rose, Manfred Gabriel, Salzburg: Kategorien der Stadtforschung: Milieu, Kultur, Sozialstruktur
Birgit Brandner, Arnold Schnötzing, Salzburg: Kulturelles Bewußtsein und kulturelles Verhalten der SalzburgerInnen

Diskussionsleitung: Kurt Luger

Podium II: Ergebnisse, Praxiserfahrungen, Kulturpolitik

Walter Siebel, Oldenburg: Die Festivalisierung der Stadtpolitik
Jean Luc Bredel, Lille: Out of Paris: Kulturpolitik in Frankreichs Städten
Kurt Stocker, Wien: Kulturstadt St. Pölten - Konzept und Wirklichkeit
Franz Kolland, Wien: Die ausgegrenzte Mehrheit - Senioren in der Stadt
Susanne Hohermuth, Zürich: Stadtkultur im Großdorf Schweiz
Ingo Mörth, Linz: Integration und Akzeptanz von AusländerInnen durch Kulturarbeit

Diskussionsleitung: Ingo Mörth

17.30 - 18.30 Uhr: Film: "Berlin - Symphonie einer Großstadt" von Walter Huttman, 1928

Exkursion in die Salzburger Stadtkultur

Sonntag, 16. Mai 1993

9.30 - 13 Uhr

Perspektiven städtischer Kultur - Impulsreferate, Diskussion

Holger Rust, Hannover/Wien: Forschungsperspektiven - Reflexionen zu Podium I
Heiner Zametzer, München: Praxisperspektiven - Reflexionen zu Podium II

Abschlußreferat:

Dietmar Steiner, Wien: Zur Ästhetik der Stadt - Reflexionen eines Architekturkritikers

Planung und Organisation

Univ.-Doz. Dr. Kurt Luger, Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg; Tel. 0662-8044-4162, -4150 Sekretariat und Mag. Birgit Brandner, 8044-4172 (Anmeldungen, auch mit Hotelreservierungswunsch); Univ.-Doz. Dr. Ingo Mörth, Institut für Soziologie der Universität Linz; Tel. 0732-2468-361

Veranstaltungshinweis unserer "Schwestersektion"

Le comité de recherche planification et urbanisation

de la société suisse de sociologie

vous invite à participer à sa Journée d'études:

Expériences spatiales dans les zones à construction dense

Das Forschungskomitee Planung und Stadtentwicklung der

Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie

lädt Sie zu seiner Tagungsveranstaltung ein:

Raumerfahrungen im dichtgenutzten Siedlungsgebiet

date: vendredi, 5 mars 1993
Freitag, den 5. März 1993

lieu: Hotel BERN, Zeughausgasse 9, 3000 Berne 7
Tel.: 031-21 10 21 Fax.: 031-21 11 47

Die räumliche Entwicklung strebt die Erhaltung und Schaffung von sozial- und umweltverträglichen Qualitäten an. Den sozialen Anforderungen an die Flächennutzung muss deshalb schon in der Planungsphase die gebührende Beachtung geschenkt werden. Dies gilt ganz besonders auch für dichtgenutzte Siedlungsgebiete.

Das institutionelle Handeln stellt mit geeigneten Instrumenten Nutzflächen zur Verfügung. Die Nutzungen werden aber erst folgewirksam, wenn sich die Akteure "ihren" Raum auf eine je besondere individuelle und gruppenspezifische Art aneignen. Solches Raumerleben gilt es umfassend darzustellen: als Wahrnehmung und Handeln im Rahmen von sogenannten Nutzungen, als Kenntnis von Ort und Geschichte, als Vision und Hoffnung, und als Bewusstsein der eigenen Handlungskonsequenzen.

Struktur und Gestalt des Siedlungsraums sind eng mit dem Handeln der Akteure und mit dem Erleben von Räumen verflochten. An der Tagung kommen die Muster zur Sprache, nach denen die nutzungsspezifischen selektiven Aneignungsprozesse stattfinden: Die Einstellungs- und Nutzergruppen von Infrastruktur-Angeboten, die Formen der kollektiven Identität, die strukturelle Verdrängung oder im Gegenteil die Nutzungsmischung, Mobilität und Segregation. Das geschärfte öffentliche Bewusstsein für die Lebensumwelt fördert heute in zunehmendem Masse die Wahrnehmung dieser Prozesse der Ortsbindung und Nutzflächenveränderung.

Die Tagungsbeiträge gehen anhand von Beispielen auf beobachtete soziale Qualitäten der Raumerfahrung ein. Die spezifische Nutzung mit ihrem selektiven Raumbefugnis kommt ebenso zur Sprache wie das planerische und gestalterische Erfordernis, dem gleichzeitigen Nebeneinander vielfältigster Ortsbezüge der Akteure eine gültige Form zu verleihen.

Programm:

08 45h Empfang

09 00h Begrüssung und Einführung ins Tagesthema durch den Vorstand des Forschungskomitees Planung und Stadtentwicklung

09 15h Thema 1: Ortsbezug und Lebensqualität

Die Soziologin E. Meyrat-Schlee und der Soziologe Yves Pedrazzini stellen Beobachtungen und Erfahrungen aus Stadtgebieten im schweizerischen Mittelland und Lateinamerika vor.

Le développement spatial aspire à la conservation et à la création de qualités conciliant le social et l'environnemental. Une prise en compte particulière doit être accordée aux exigences sociales quant à l'utilisation des sols dans la phase de planification déjà. Ceci est tout particulièrement valable pour les régions d'habitation à forte densité.

L'action institutionnelle met à disposition des surfaces à bâtir avec des instruments appropriés. Mais les utilisations du sol ne seront efficaces que lorsque les acteurs s'approprient leur espace de manière individuelle ou collective. Il s'agit de présenter une telle expérience de l'espace de façon étayée : comme perception et action dans le cadre des usages précités, comme connaissance du lieu et de l'histoire, comme projet et espoir, et comme conscience des conséquences de ses propres actions.

La structure et la forme de l'habitat sont étroitement liées à l'action des acteurs et à leur expérience de l'espace. Pendant cette journée d'études, des cas seront présentés, car ils illustrent des cadres spécifiques du processus d'appropriation: les types d'attitudes et les groupes d'usagers face aux offres d'infrastructure, les formes d'identité collective, la disparition ou au contraire la mixité des activités, la mobilité et la ségrégation. La conscience plus aiguë du public pour les questions d'environnement exige aujourd'hui de manière accrue une prise en compte de ces processus de relation au lieu et de changement des utilisations du lieu.

Les contributions de la journée d'études s'appuieront sur des exemples tirés d'observations concrètes sur les qualités sociales des expériences spatiales. La question des utilisations spécifiques avec leurs rapports à l'espace toujours sélectifs doit être débattue, tout autant que doit l'être l'exigence à donner une forme valable à la juxtaposition des multiples rapports au lieu qui distinguent les acteurs.

11 00h Thema 2: Nutzungsverdrängung als sozialräumliche Erfahrung

Frohmut Gerhäuser, Soziologe, berichtet über die selektive Verdrängung bei Gewerbe und Dienstleistungen in Ballungsgebieten. Auf die Problemanalyse folgt die Erörterung von Folgen und Vorschläge für sinnvolle Massnahmen.

Die Geographen Gregor Dürrenberger und Bernhard Truffer führen in das Thema Nutzungsverdrängung und Lebensstile ein.

Mittagessen

14 00h Thema 3: Sozialverträglichkeit baulicher Vorhaben

Die beiden Soziologen / Architekten Michael Arend und Roger Perrinjacquet erläutern in Referat und Koreferat den Diskussionsstand und die Möglichkeiten von Sozialverträglichkeitsprüfungen. Im Anschluss an die Hintergrundproblematik werden die zwei im Rahmen des nationalen Forschungsprogramms Stadt und Verkehr erarbeiteten Beispiele aus Zürich und Genf vorgestellt.

16 30h Jahresversammlung des Forschungskomitees (für alle Interessent(inn)en)

PROGRAMME

- 08H 45 Accueil
- 09H00 Souhaits de bienvenue et introduction au thème de la journée par les responsables du Comité de recherche Sociologie de la planification et de l'urbanisation
- 09h15 Thème 1 : Lien social et qualité de vie
Intervenants : E. Meyrat-Schlee et Y. Pedrazzini, sociologues

III. Forschungsprojekte

Forschungsprojekte in der Universität Hamburg, Institut für Soziologie, Forschungsstelle Vergleichende Stadtforschung

Projektleitung: Jens S. Dangschat

01.11.1991 bis 31.07.1992

Vorbereitende Untersuchung zur Sanierung in Lübeck in Kooperation mit plankontor, Hamburg

01.12.1991 bis 30.03.1993

Evaluation des Modellvorhabens zur Privatisierung von Wohnungen in den neuen Bundesländern - Gemeinde Klütz (Mecklenburg-Vorpommern) im Auftrag vom BMBau, in Zusammenarbeit mit WOBau Schleswig-Holstein

01.03.1992 bis 30.06.1992

Vergleichende Analyse europäischer Großstadtebenen in Kooperation mit Centre of Urban Research, Univ. of Liverpool

01.08.1992 bis 31.03.1993

(Zusammen mit M. Ailisch) Erstellen eines Gutachtens in Kooperation mit TU Hamburg-Harburg (A. Pladt)
Planung einer Stadtentwicklung für einen sozialen Ausgleichs. im Auftrag der Stadtentwicklungsbehörde Hamburg, Amt für Landes- und Landschaftsplanung und der CAUSA Sozialforschung GmbH

Projektleitung: M. Ailisch

02.05.1992 bis 01.09.1992

Mitarbeit bei der Vorbereitung eines Gutachtens zur Revitalisierung des Stadtteils Heimfeld-Nord im Auftrag von plankontor GmbH, Hamburg.

01.12.1992 bis 30.06.1993

Sozialwissenschaftliche Beratung beim Entwurf des Stadtentwicklungskonzeptes (STEK) der Freien und Hansestadt Hamburg im Auftrag der Stadtentwicklungsbehörde Hamburg, Amt für Landes- und Landschaftsplanung

FORSCHUNGSINSTITUT FÜR SOZIOLOGIE
UNIVERSITÄT ZU KÖLN

Projekt 1: *"Wachstum, Niedergang und Aufschwung von Städten"*

Jürgen Friedrichs und Gabriele Vogt

Stagnation und Niedergang von Städten ist ein weit verbreitetes Problem in allen westlichen Industrieländern. Die wichtigsten Merkmale der Stagnation und des Niederganges sind dabei durchgängig wachsende Arbeitslosigkeit verbunden mit Unternehmensschließungen, eine durch selektive Migration bedingte unausgeglichene Bevölkerungsentwicklung, eine steigende Zahl von Sozialhilfeempfängern und ein zunehmender Verschuldungsgrad der Städte. Die Theorie integriert Hypothesen der demographischen und ökonomischen Entwicklung und verknüpft diese mit dem Handeln politischer Eliten.

Die Untersuchung hat das Ziel, eine Theorie der sozio-ökonomischen Entwicklung von Städten zu erarbeiten und empirisch zu überprüfen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Beschreibung und Erklärung von Prozessen der Stagnation und des Niederganges und soll ergänzt werden um Hypothesen über die Bedingungen, unter denen ein neuer Aufschwung möglich ist oder sich bereits vollzogen hat.

Die empirische Analyse soll, daran anknüpfend, drei mögliche Verlaufsformen der städtischen Entwicklung überprüfen: den Verlauf eines kontinuierlichen Abwärtstrends, den Verlauf der weiteren Schrumpfung bis hin zu einem neuen stabilen Gleichgewicht und den Verlauf eines nach einem Abwärtstrend neu einsetzenden Aufschwunges.

Die Studie umfaßt eine quantitative und eine qualitative Untersuchung. Die qualitative Analyse richtet sich auf 60 Städte in Deutschland. In Westdeutschland werden Städte über 100.000, in Ostdeutschland Städte über 60.000 Einwohner einbezogen. Der Zeitpunkt der Analyse ist im Falle Westdeutschlands 1970 bis 1993, im Falle der Städte in Ostdeutschland 1980 bis 1993.

Die quantitative Analyse wird ergänzt durch eine qualitative in zehn der ausgewählten Städte: Um die wirtschaftliche und politische Entwicklung zu rekonstruieren, sollen Expertengespräche geführt werden. Sie sollen sich vor allem darauf richten zu ermitteln, ob und wann eine wirtschaftliche Krise wahrgenommen wurde, wie die städtischen Verwaltungen und die politischen Parteien und Gewerkschaften darauf reagierten, welche Wachstumsquellen in der Phase eines Niederganges gesucht werden und welche Effekte eingeleitete Maßnahmen auf die Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur, die Wanderungsbilanz, die städtische Infrastruktur und die Steuereinnahmen haben.

Dauer des Projekts: 1991 bis 1995.

Projekt 2: *"Die Entstehung und Veränderung sozialräumlicher urbaner Strukturen. Erklärung und Modellbau der Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete"*

Robert Kecskes

Ein neueres Phänomen der Veränderungen sozialräumlicher urbaner Strukturen ist die Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete (Gentrification) durch den Zuzug einkommensstarker Bevölkerungsgruppen. Obwohl das Phänomen schon seit mehr als 10 Jahren wissenschaftlich untersucht wird, ist es bis heute nicht zu einer adäquaten Erklärung gekommen. Es zeigte sich in verschiedenen Arbeiten zu diesem Thema, daß die bisher in der Stadtsoziologie vorherrschenden sozialökologischen und marxistischen Erklärungsansätze nicht ausreichend sind.

Mit dieser Arbeit soll ein Beitrag zur Behebung dieses Defizits geleistet werden. Wie seit geraumer Zeit von einigen Stadtsoziologen gefordert, wird dazu versucht, eine aus der allgemeinen Soziologie stammende Theorie, die des strukturtheoretischen Individualismus, für die Stadtsoziologie nutzbar zu machen. Auf der Grundlage dieses Ansatzes wird zunächst eine allgemeine Erklärungsskizze der Veränderungen sozialräumlicher urbaner Strukturen, von denen die Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete nur ein Spezialfall ist, entworfen. Diese kann dann auf das konkrete Erklärungsproblem angewandt werden. Um zur Erklärung des Phänomens notwendige Aussagen über die Umzugswahrscheinlichkeiten von individuellen Akteuren bzw. Akteurstypen machen zu können, werden u.a. Erkenntnisse aus der Forschung zur residentiellen Mobilität und zur Migration herangezogen. Mit Hilfe des Modells, der Annahmen über die Akteure und der Einführung sozialstruktureller Bedingungen und Veränderungen soll schließlich die Erklärung des Prozesses einer Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete erfolgen. Mit dem Nachweis der Fruchtbarkeit dieser Vorgehensweise, erhofft sich der Autor einen Beitrag zur Lösung des Mikro-Makro Problems nicht nur in der Stadtsoziologie zu leisten.

Bevor jedoch eine Modellierung des Prozesses stattfindet, müssen die Annahme über die involvierten Akteure empirisch geprüft werden. Daher wurde eine empirische Untersuchung in einem innenstadtnahen Kölner Wohnquartier durchgeführt. Es wurden insgesamt 841 Bewohner des Quartiers u.a. nach ihren Wohnpräferenzen, ihrer Wohnzufriedenheit, ihrem Auszugswunsch und der Auszugsintention befragt. Ein Jahr später wurde dann geprüft, wer von ihnen tatsächlich umgezogen ist. Die Auswertungen hierzu sind zum großen Teil abgeschlossen und werden in Kürze veröffentlicht.

Robert Kecskes und Christof Wolf

Soziale Beziehungen stellen eine wichtige Ressource zur Befriedigung emotionaler, instrumenteller und sozialer Bedürfnisse dar und sind, v.a. wenn es sich um frei gewählte Beziehungen handelt, das Ergebnis laufender Austauschprozesse. Sie sind immer dann stabil, wenn die Prozesse des Gebens und Nehmens relativ ausgeglichen sind. Ist dies nicht der Fall, drohen soziale Beziehungen zu zerbrechen. Eine soziale Beziehung ist aber immer in einen weiteren sozialen Kontext eingebettet, der für die Bewertung der Beziehung entscheidend ist. So kann eine, bei isolierter Betrachtung unausgeglichen erscheinende Beziehung doch sehr stabil sein, weil die Person, die scheinbar zu viel gibt, dafür von anderen Personen Anerkennung erhält. Ein Beispiel hierfür ist die ehrenamtliche Übernahme von Pflegeleistungen. Die pflegende Person, für die die Pflege sicherlich belastend ist, wird u.U. durch die soziale Anerkennung von Personen, zu denen sie auch soziale Beziehungen hat, entschädigt. Umgekehrt kann für ego eine Beziehung zu alter aber auch Kosten aufweisen, die nicht durch alter selbst entstehen. Beispielsweise, wenn die Beziehung egos zu alter von anderen Personen, die für ego ebenfalls wichtig sind, abgelehnt wird.

Ein, in diesem Zusammenhang wichtiger Kontext, dürfte die Kirchengemeinde sein. In ihr werden Einstellungen und Verhaltensweisen vermittelt, die sich vielleicht am besten durch den Begriff "Nächstenliebe" beschreiben lassen. Ist eine Person in einer Kirchengemeinde integriert und handelt sie nach den dort vermittelten Prinzipien, sollte sich dies auch in ihren Beziehungen zu anderen Personen widerspiegeln. Geht man davon aus, daß die in dem Kontext "Kirchengemeinde" vermittelten Einstellungen und Verhaltensweisen darauf abzielen, zweckrationalem Handeln und einer Vereinsamung der Menschen entgegenzuwirken, könnte es sein, daß die sozialen Beziehungen religiös gebundener Menschen größere Ungleichgewichte aushalten als Beziehungen nicht-religiöser Personen.

In unserem Projekt wollen wir im Rahmen der skizzierten Problemstellung folgende Fragen näher untersuchen:

1. Inwieweit spiegeln sich die in dem Kontext "Kirchengemeinde" vermittelten Einstellungen und Verhaltensanweisungen in den sozialen Beziehungen von Personen wider, die in diesem Kontext eingebunden sind?
2. Lassen sich konfessionsspezifische Effekte des Kontextes "Kirchengemeinde" auf soziale Beziehungen nachweisen?
3. Welche Effekte haben eventuelle Unterschiede der sozialen Beziehungen zwischen Gemeindemitgliedern und Nicht-Mitgliedern (bzw. Katholiken und Protestanten) z.B. auf das psychische Wohlbefinden?

In einem Kölner Stadtteil, der durch physische Barrieren klar von anderen Stadtteilen abgegrenzt ist und in dem sich jeweils nur eine katholische und evangelische Gemeinde befinden, wird eine disproportional geschichtete Stichprobe von jeweils 250 Katholiken, Protestanten und Gemeindschaftslosen befragt. Unterstellt man eine, im Vergleich zur Gesamtstadt relativ homogene Zusammensetzung kleinräumiger Einheiten, werden durch die Untersuchung in nur einem Stadtteil eine Reihe von möglicherweise störenden Drittvariablen konstant gehalten. Die Erhebung der sozialen Netzwerke orientiert sich an dem Vorgehen von Claude S. Fischer, die Erhebung der verschiedenen Dimensionen der Religiosität erfolgt durch Skalen, die von uns selbst in Anlehnung an Ursula Boos-Nünning entwickelt wurden.

IV. Lehrveranstaltungen

Lehre in der Universität Hamburg, Institut für Soziologie

SoSe 1992

Jens S. Dangschat

- GK "Einführung in die Soziologie I" (4std.)
- PS "Suburbanisierung"
- MS "Soziale Bewegungen und Stadtentwicklung"

Helga Rake

Frauen in der Stadtplanung

WiSe 1992/93

Jens S. Dangschat

- V "Einführung in die Stadt- und Regionalsoziologie"
- PS "Einführung in die Stadt- und Regionalsoziologie"
- PS "Residentielle Segregation"
- MS "'New' Urban Sociology"
- OS "Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf das deutsche Städtensystem"

Monika Alisch

Frauen und Gentrification - Stadtsoziologie und feministische Stadtkritik

Neu erschienen bei der Universität Dortmund

KLAUS M SCHMALS

MATERIALIEN

ZU

GESELLSCHAFTSTHEORETISCHE GRUNDLAGEN DER RAUMPLANUNG

Veröffentlichungen und Graue Literatur von MitarbeiterInnen, Universität Hamburg, Institut für Soziologie, Forschungsstelle Vergleichende Stadtforschung

- ALISCH, Monika, 1992: Frauen und Gentrification - Räumliche Konsequenzen einer veränderten Frauenrolle, mimeo. Hamburg
- ALISCH, Monika, 1993: Frauen und Gentrification - Zum Zusammenhang von Frauenerwerbstätigkeit, der Pluralisierung von Haushaltsstrukturen und der Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel. Deutscher Universitätsverlag. Opladen.
- ALISCH, Monika & DANGSCHAT, Jens S. & FELDE, Wolfgang zum, 1990: Betroffenheit und Reaktionen von Bewohnern in aufgewerteten innenstadtnahen Wohngebieten. Vorläufiger Zwischenbericht, DFG-Projekt "Gentrification". Hamburg. Unveröffentlichter Forschungsbericht.
- ALISCH, Monika & DANGSCHAT, Jens S. 1993: Gentrification in Hamburg. Abschlußbericht des DFG-Projektes "Gentrification". Hamburg. Unveröffentlichter Forschungsbericht.
- ALISCH, Monika & FELDE, Wolfgang zum, 1992: Rénovation et embourgeoisement du centre ville de Hambourg - la détresse et la réactions des résidents. In: Lelièvre, E. & Levy-Vroelant, C. (Hg.): La Ville en Movement - Habitat et Habitants. Collection Villés et Enterprises. Editions L'Harmattan. Paris: 331-341.
- BLASIUS, J. & DANGSCHAT, J.S., 1991: An Explanantion of Residential Segregation by Education for One City. The Case of Warsaw. Journal of Urban Affairs, Vol. 13, No. 3: 353-366.
- DANGSCHAT, J.S., 1991: Welche Zusammensetzung der Wohnbevölkerung ist erhaltenswert? Kommentar zur Anwendung der Milieuschutzsatzung aus soziologischer Sicht. In: R. Dohrendorf (Hg.): Die soziale Erhaltungssatzung und ihre Bedeutung für die Stadterneuerung und Stadtentwicklung. Darmstadt: VWP - Verlag für Wissenschaftliche Publikationen: 15-42.
- DANGSCHAT, J.S., 1991: Die soziale Erhaltungssatzung in Hamburg: Chance für St. Pauli-Nord. In: R. Dohrendorf (Hg.): Die soziale Erhaltungssatzung und ihre Bedeutung für die Stadterneuerung und Stadtentwicklung. Darmstadt: VWP - Verlag für Wissenschaftliche Publikationen: 135-176.
- DANGSCHAT, J.S., 1991: Beletage und Hinterhof - Armut als Folge der ungleichen Wohnraumversorgung im Wohlstand. standpunkt sozial. hamburg forum für soziale arbeit, Heft 2+3/1991: 13-19.
- DANGSCHAT, J.S., 1991: Gentrification in Hamburg. In: J. van Weesep & S. Musterd (eds.): Urban Housing for the Better-off: Gentrification in Europe. Utrecht: Stedelijke Netwerken: 63-88.
- DANGSCHAT, J.S., 1991: Wirtschaftliche und gesellschaftliche Umstrukturierungen und Grenzen kommunaler Wohnungsbestandspolitik. In: D. Schubert (Hg.): Sozial Wohnen - Kommunale Wohnungspolitik zwischen Eigentümer- und Mieterinteressen. Darmstadt: VWP - Verlag für Wissenschaftliche Publikationen: 161-180.
- DANGSCHAT, J.S., 1991: Gentrification - Indikator und Folge globaler ökonomischer Umgestaltung, des Sozialen Wandels, politischer Handlungen und von Verschiebungen auf dem Wohnungsmarkt in innenstadtnahen Wohngebieten. Unveröff. Habilitationsschrift.
- DANGSCHAT, J.S., 1991: Vertreibung aus der Stadt durch Kultur? Ursachen der Instrumentalisierung von Kultur und ihre Folgen. In: R. Ebert; F. Gnad & K.R. Kunzmann (Hg.): Partnerschaften für die Kultur: Chancen und Gefahren für die Stadt. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 57: 127-149.
- DANGSCHAT, J.S., 1992: The Interconnections Between the Individual Level and Spatial Aggregates. In: K. Sowa & W. Strubelt (Hg.): Territorial Base of Social Structures. Rzeszów: Wyzszka Szkola Paedagogiczna w Rzeszowie: 165-186.

- DANGSCHAT, J.S., 1992: Soziale Konturen der "neuen Stadtpolitik" in Hamburg. In: H. Häusermann (Hg.): Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas. Stadtforschung aktuell, Band 36. Basel et al: Birkhäuser. 178-190.
- DANGSCHAT, J.S., 1992: Reich und arm. Soziologische Aspekte der aktuellen Wohnungsnachfrage und der Wohnungsbaupolitik. In: Hamburgische Architektenkammer (Hg.): Architektur in Hamburg, Jahrbuch 1992: 77-84.
- DANGSCHAT, J.S., 1992: Wünsche und Ansprüche an das Wohnen im Wandel. In: Staatspolitische Gesellschaft (Hg.), 1992: Wohnen in Hamburg. Schriften zur Politik und Geschichte in Hamburg, Band 4: 71-75.
- DANGSCHAT, J.S. & ZUM FELDE, W., 1992: L'embourgeoisement - Le segregation résidentielle de les capitals economique, culturelle et sociale. In: Lelièvre, E. & Levy-Vroelant, C. (Hg.): Mobilité résidentielle et mutations urbaines. Paris: L'Harmattan: 141-154.
- DANGSCHAT, J.S., 1993: Auseinanderleben in einer Großstadt - Ergebnisse soziologischer Stadtforschung. In: M. Murck (Hg.): Aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und ihre Einflüsse auf die Polizei. Im Druck.
- DANGSCHAT, J.S., 1993: Hamburg: la "ville-entreprise". In: J.-L. Bonillo & A. Donzel (Hg.): Les métropoles portuaires en Europe. Im Druck.
- DANGSCHAT, J.S., 1993: Konzeption, Realität und Funktion "neuer Standortpolitik" - am Beispiel des "Unternehmen Hamburg". In: Heinelt, Hubert & Mayer, Margit (Hg.): Politik in europäischen Städten. Stadtforschung aktuell, Basel et al.: Birkhäuser: Im Druck.
- DANGSCHAT, J.S. & FRIEDRICHS, J., 1993: Culture and Cultural Policy in Hamburg. In: F. Bianchini & M. Parkinson (eds.): Cultural Policy and Urban Regeneration: The West European Experience. Manchester University Press. Im Druck.
- DANGSCHAT, J.S. & FRIEDRICHS, J., 1993: Gentrification in Hamburg. Westdeutscher Verlag. Im Druck.
- FELDE, Wolfgang zum & ALISCH, Monika, 1992: Die Bedeutung des Raumes für die Lebensbedingungen und Lebensstile von Bewohnern innenstadtnaher Nachbarschaften. In: Hradil, S. (Hg.): Zwischen Bewußtsein und Sein. Leske & Budrich. Leverkusen: 173-196.

Topos

EUROPEAN
LANDSCAPE
MAGAZINE



1
SEPTEMBER 1992

Neue europäische Landschaftsarchitektur
Contemporary
Landscape Design In Europe

CALLWEY MÜNCHEN

156 Seiten

Kartonierte

Erscheinungsweise: vierteljährlich

durchgehend zweisprachig
deutsch/englisch

156 pages

Paperbound

Quarterly publication

Bilingual throughout
(English/German)

*JETZT BESTELLEN —
ERSTAUSGABE LIMITIERT!*
*SECURE YOUR COPY OF THE FIRST,
LIMITED EDITION, NOW!*

CALLWEY VERLAG Streitfeldstraße 35
Telefon 0 89/43 60 05-0

D-8000 München 80
Telefax 0 89/43 60 05-13

Topos ist die neue Zeitschrift für Landschaftsarchitekten, Architekten und alle, die die Umwelt gestalten.

Topos bringt Projekte der internationalen Landschaftsarchitektur-Szene zur aktuellen Freiraumgestaltung, verfolgt Stile und Trends, stellt Szenarien, Modelle und Pläne vor.

Topos spürt Leitbilder für die Landschaft des ausgehenden 20. Jahrhunderts auf, skizziert das Bild der Landschaft von morgen.

Topos berichtet über Projekte, Theorien und Entwürfe aus ganz Europa und fördert die Kommunikation zwischen den Ländern.

Topos arbeitet mit einem europaweiten Korrespondentenetz.

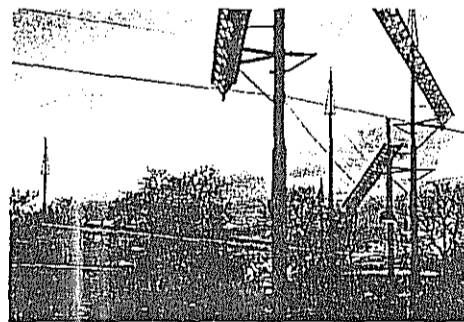
Topos is the new publication for landscape architects, architects and all persons involved in landscape design and planning activities.

Topos showcases open space design projects from the international landscape architecture scene, highlights styles and trends and presents scenarios, models and planning concepts.

Topos detects leitmotifs that will determine the landscape design of the late 20th century and outline the contours of tomorrow's landscapes.

Topos reports on projects, theories, concepts and designs appearing throughout Europe and seeks to promote international communication.

Topos will be drawing on the resources of a Europe-wide network of correspondents.



Entwurf Günthard/Sudeling

Die Erstausgabe von *Topos* präsentiert Beispiele moderner Landschaftsarchitektur aus 15 Ländern Europas.

Plätze, Parks, Friedhöfe – zum großen Teil fertiggestellt, aber bisher unveröffentlicht – zeigen Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Entwurf. Ein Projektquerschnitt, ergänzt durch einen Überblick über den Stand der Landschaftsarchitektur.

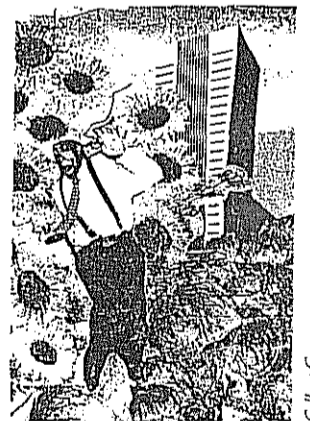
Die Beiträge kommen von:

In the first issue *Topos* will be introducing the reader to examples of modern landscape architecture from 15 European countries.

The issue presents a number of squares, parks and cemeteries – most of which have been completed, yet never reported on – and discusses differences and common elements of their design. Moreover, the reader will find a selection of ongoing major projects together with a survey of the contemporary landscape architecture scene.

These articles have been compiled by:

Thorbjörn Andersson (Stockholm), Maria Auböck und Thomas Proksch (Wien), Stefan Ratzler (Zürich), Christian Vermader (Gent), Christophe Girot (Paris), Norfried Pohl (Wageningen), Tom Simons (Helsinki), Ola Beirum (Oslo), Richard Stiles (Manchester), Stefan Fischer (München), Annemarie Lund (Kopenhagen), Manuel Ruiz-sanchez Capelastegui (Barcelona), Manuela Raposo Magalhães (Lissabon), George Anagnostopoulos (Athen), Franco Zagari (Rom).



Collage Gröner

Topos – die Zeitschrift für die europäische Landschaft.

Topos – European
Landscape Magazine

Beiträge zur Stadt- und Regionalforschung

<p>Nr. 1 Marianne Rodenstein Stadtplanung und Gesundheits- sicherung - Eine Untersuchung der Praxis der Bauleitplanung 1990</p>	<p>Nr. 2 Marianne Rodenstein Stephanie Bock Pia Gattinger Martina Löw Lokale Frauenpolitik 1991</p>
<p>Nr. 3 Susanne Heeg Uli Herrmann Esther Riemann Julia Scherf Rita Weirich Ein Randgebiet rückt ins Blick- feld der Öffentlichkeit: Von- Bernus-Park-Gebiet und ökoku- ltureller Gewerbehof 1991</p>	<p>Nr. 4 Marianne Rodenstein Feministische Ansätze in Pla- nungstheorie und Architektur in den USA - 3 Vorträge 1993</p>

Die Hefte sind zu beziehen bei:
Prof. Dr. Marianne Rodenstein, Fachbereich Gesellschafts-
wissenschaften der J. W. Goethe-Universität, wBE Produk-
tion/Sozialstruktur, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt/M. 1

Dortmunder Beiträge
zur Raumplanung

60

Ursula von Petz, Klaus M Schmals (Hg.)

Metropole, Weltstadt,
Global City: Neue Formen
der Urbanisierung

Herausgeber:
Institut für Raumplanung (IRPUD)
Fachbereich Raumplanung
Universität Dortmund

Margit Mayer

Aufstand in Los Angeles

In: Prokla. Zeitschrift für kritische
Sozialwissenschaft, Heft 87,
22. Jg. 1992, Nr. 2, 323-331

Materialien
zur
Raumentwicklung
Heft 49

Bundesforschungsanstalt
für Landeskunde und Raumordnung

Räumliche Folgen des politischen und gesellschaftlichen
Strukturwandels in Osteuropa
Interne und externe Auswirkungen

Inhalt

	Seite
Reinhard Heinrich Arnold Meyhöfer	Ergebnisse des Symposiums V
Wendelin Strubelt	Räumliche Folgen des politischen und gesellschaftlichen Strukturwandels in Osteuropa - Interne und Externe Auswirkungen 1
Antoni Kuklinski	Regional Dynamics of Structural Change in Central and Eastern Europe 5
Assen Petrov	Aktuelle Probleme der regionalen Entwicklung in Bulgarien 10
Vasil Psychev	Environmental Aspects of the Economic and Social Changes in Bulgaria 13
Michal Illner	Regionale Konsequenzen der Umwandlung der tschechoslowakischen Gesellschaft nach 1989 15
Petr Tomasek	Topical Problems of Regional Development in Czechoslovakia and their Internal and External Effects 18
Viliam Volko	Notwendige Gesetzes- und Vorschriftenänderungen in der Raum- und Bauplanung als Folge des sozialen und politischen Wandels in der Tschechoslowakei 24
Zdenek Prikryl	Der Veränderungsbedarf der Planungssysteme in der Tschechoslowakei 26
Henrieta Hammer-Moravciková	Einfluß der gegenwärtigen Änderungen auf die regionalen kulturellen Zusammenhänge der zentraleuropäischen Grenzregionen 28

		Seite
Alfred Knopp	Die Regionalpolitik in Südmähren	32
Juraj Silvan	Contribution to the Transformation Process in the CSFR and to Regional Consequences in Slovakia	34
Ján Pasiak Martin Masek	Räumliche Aspekte der Slowakischen Republik im europäischen Integrationsprozeß	38
Kazimierus Antanavicius	The Baltic States on the Way of Rebirthing	40
Zygmunt Niewiadomski	Reformen der öffentlichen lokalen Verwaltung in Polen und ihr Einfluß auf Prozesse der europäischen Integration	42
Janusz Kroszel	Auswirkungen des politischen und wirtschaftlichen Wandels im Bereich der Raumwirtschaft in Polen	47
Krzysztof Frysztacki	Problems and Controversies over the Questions of Localism and Regionalism in Poland	49
Krzysztof Herbst	Transformations of Local - Social and Political Structures in Warsaw	50
Oksana Dmitrieva	Desintegration of the USSR and European Integration: European or Asia-European Community	55
Leonhard Kozlov	Transformation of the Soviet Union: Regional Consequences	64
Boris Grintschel	Faktoren und Wege für die Aktivierung des Potentials der Selbstentwicklung der Städte in Rußland	71
László Lackó	Impacts of Recent Socio-economic Changes on the Spatial Structure of Hungary	75
Ferenc Erdösi	Die heutigen und die zu erwartenden Veränderungen der Regionalstruktur Ungarns infolge des politischen Systemwechsels	78
Ferenc Erdösi	Ungarisches Raumentwicklungsgesetz	82
Gerhard Stiens	Raumbezogene Problemstellungen infolge des politischen und gesellschaftlichen Strukturwandels in Ostmittel- und Osteuropa. Mögliche Problemstellungen für die Bundesrepublik Deutschland	85
Wilfried Görmar	Bedingungen und Potentiale der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere ihrer neuen Länder im europäischen Integrationsprozeß	89
Eleonore Irmen	Westeuropa - Osteuropa. Entwicklungspotentiale und -engpässe	92
Anhang		
Eleonore Irmen Volker Schmidt Dieter Hillesheim Arnold Meyhöfer	Die deutschen und polnischen Regionen im Vergleich - unter besonderer Berücksichtigung der Grenzräume	97

Bestelladresse: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
Postfach 20 01 30, 5300 Bonn 2

Presseinformation

Deutscher Universitäts-Verlag GmbH
Büro Opladen
Reuschenberger Straße 55
Postfach 30 09 44
D-5090 Leverkusen 3 (Opladen)

Telefon (0 21 71) 4 47 41
Telefax (0 21 71) 4 83 08
Telex 4 186 928 vvv



Jörg Blasius

Gentrification und Lebensstile

Eine empirische Untersuchung

1993. 290 Seiten, 21 Abb., 34 Tab., Broschur

Reihe: Sozialwissenschaft

ISBN 3-8244-4125-X

Seit einigen Jahren wird in der Bundesrepublik Deutschland die Wiederaufwertung von innenstadtnahen Teilgebieten deutscher Großstädte diskutiert. Diese Aufwertung wird äußerlich sichtbar durch die Renovierung von Fassaden, die Ansiedlung von "neuen" Dienstleistungsbetrieben und den Zuzug von "neuen" Bewohnern, die (angeblich) über einen "neuen" Lebensstil verfügen. Diese Umgestaltung von Wohnvierteln findet insbesondere in ehemaligen bürgerlichen Wohngebieten und Arbeiterwohngebieten statt, die durch ihre geographische Lage die Vorteile der Innenstadt haben (u. a. Nähe zum Arbeitsplatz, Nähe zu kulturellen Einrichtungen wie Theater, Oper, Kino und Konzerthallen). In Köln ist diese Aufwertung derzeit insbesondere in Nippes nachweisbar.

Die vorliegende empirische Arbeit ist in mehrere Abschnitte unterteilt. Der Schwerpunkt besteht in der erstmals vorgenommenen Operationalisierung und Beschreibung der "neuen" Lebensstile der "neuen" Bewohner und in der Abgrenzung dieser Lebensstile von denen der Alteingesessenen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist dem Schicksal der ehemaligen Bewohner eines gentrifizierten Gebietes gewidmet: In welchem Ausmaß werden diese aus ihren bisherigen Wohnungen verdrängt und unter welchen Bedingungen ziehen sie in eine neue Wohnung?

Um diese und weitere Fragen beantworten zu können, waren relativ umfangreiche Erhebungen nötig:

1. Die Auswahl des Gebietes anhand von Begehungsdaten, Expertengesprächen und sozio-strukturellen Angaben über die Zusammensetzung der Stadtteile von Köln und der Blöcke des im ersten Schritt ausgewählten Stadtteiles
2. Eine Befragung der Bewohner im gentrifizierten Gebiet (N = 825)
3. Eine Befragung ehemaliger Bewohner des gentrifizierten Gebietes, die dieses innerhalb der letzten fünf Jahre verließen (N = 425).

Jahrbuch Wohnpolitische Innovationen '92

Inhalt

Vorwort	5
Wohnpolitische Innovationen ...	
... durch Genossenschaften, kommunale und soziale Träger	
Kommunikatives Wohnen in der Genossenschaft Das Pilotprojekt Ortolanweg der Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 <i>Renate Amann/Barbara von Neumann-Cosel</i>	9
Linderung von Wohnungsnot - Ein neues-altes Tätigkeitsfeld für Kirchen und Wohlfahrtsverbände <i>Norbert Halbeisen/Wolfgang Kiehle</i>	22
Netzwerk der Hilfe - Ein Dienstleistungsangebot im Rahmen des Modellprojekts "Integriertes Wohnen" Kempten <i>Albert Obwald/Eckhard P. Rieper</i>	44
... für ökologischen und kostengünstigen Wohnungsbau	
Gemeinschaftsorientierter und ökologischer Neubau - Zur Planung der Modellsiedlung "An den Teichen" in Dortmund <i>Christian Kuthe/Albert Schepers</i>	53
Energieversorgung im stadtökologischen Modellvorhaben "Kreuzberg Block 103" <i>Ludger Kolhoff</i>	71
Ökologie und Umweltschutz am Beispiel einer Genossenschaft <i>Max Eckardt</i>	78
Stand der Technik - Stillstand der Technik Über den "Zwangskonsum" im sozialen Wohnungsbau <i>Michael Wilkens</i>	91

... durch Wohnprojekte

Hospitalstraße 102 - Ein Stadthaus für gemeinsames Wohnen in Hamburg <i>Ellinor Schües</i>	101
Wohnen mit Kindern als ein Markenzeichen! <i>Renate Alt-Rosendahl</i>	108
Erhaltung statt Abriss - Selbsthilfeprojekt in der Tradition dänischer Baukultur in Altona <i>Günter Trommer</i>	121
... durch Bewohnerbeteiligung und Mieternitbestimmung	
Ein ganz "normales" Wohnprojekt: Bewohnerbeteiligung im sozialen Wohnungsneubau in Köln-Bickendorf <i>Angelika Simbriger</i>	129
Integrierte Stadtviertelerneuerung durch Bewohnerinitiativen in einem Arbeiterstadteil Glasgows <i>Christian Porst</i>	152
... für die kommunale Politik	
Integration von Zuwanderern <i>Clemens Bruns-Sommerhage/Michael Sieberath</i>	181
Zwischen Wohnungsnot und Freiraumsicherung - Situationsbericht und konzeptionelle Anregungen aus der Region Hannover <i>Klaus Habermann-Nieße</i>	198
Foto- und Abbildungsnachweis	214

Bestelladresse: Wohnbund, Kasseler Str. 1a, 6000 Frankfurt/M. 90

PLANUNGS- KULTUREN

Herausgegeben von
Martin Wentz

INHALTSVERZEICHNIS

	Martin Wentz (Frankfurt) Sozialer Wandel und Planungskultur	Seite 10
PLANUNGS- DIMENSIONEN	Klaus Selle (Hannover) Vom Planer zum Mittler	Seite 22
	Irene Wiese-von Ofen (Essen) Planung und Entscheidung	Seite 31
	Albert Speer (Frankfurt am Main) Städtebau zwischen Staat und Investoren	Seite 36
	Werner Heinz (Köln) Public Private Partnership	Seite 43
	Dieter Hoffmann-Axthelm (Berlin) Wie modern ist die Moderne?	Seite 51
GEWERBE IN DER STADT	Entwürfe für Frankfurt am Main	Seite 64
	Formalbau, Gehry, Miralles, Auer, Dudler, Foster	Seite 66
	Projekte in Frankfurt am Main	Seite 85
	Ökologischer Gewerbehof (Eble und Sambeth)	Seite 86
	Commerzbank (Foster, Ingenhoven)	Seite 89
	Hemmerichsveg (Maki, Schultes, Fuksas)	Seite 93
PLANUNGS- PROZESSE	Martin Wentz (Frankfurt) Städtebau in Frankfurt	Seite 100
	Wilfried Kruse (Dortmund) Sevilla, Barcelona, Hannover	Seite 107
	Eberhard von Eichen/Helga Fussbinder (Berlin/Hamburg) Stadtforum Berlin	Seite 114
	Michael Schwarze-Rodrian (Essen) Internationale Bauausstellung Emscher Park	Seite 120
	Tom Koenigs/Peter Lieser (Frankfurt am Main) GrünGürtel Frankfurt	Seite 127

WOHNEN UND ARBEITEN IN DER STADT

Projekte in Frankfurt am Main	
Deutscherhrufer (Elf Entwürfe)	Seite 136
Bonnnes-Ost (Gehry, Braun & Voigt, ABB)	Seite 149
Am Burghof (Kramm + Strigl)	Seite 158
Rebstock-Park (Eisenman)	Seite 162
West-Park Callus-Park (J.S.K.)	Seite 167
Leuchte (Jourdan und Müller, Werr/Reuter, Ridder)	Seite 172

URBANITÄT UND ZIVILE GESELLSCHAFT

Hermann Schwengel (Berlin) Internationale Urbanität	Seite 180
Thomas Schmid (Frankfurt am Main) Niedliche Urbanität	Seite 186
Walter Prigge (Frankfurt am Main) Reflexive Urbanität	Seite 193
Daniel Cohn-Bendit/Frank Herterich (Frankfurt am Main) Differenz und Kommune	Seite 201
Margit Mayer (Berlin) Lokale Politik	Seite 209
Helmut Dubiel (Frankfurt am Main) Konsens oder Konflikt?	Seite 217
Autoren	Seite 226

THE ZUKUNFT DES STÄDTISCHEN FRANKFURTER BEITRÄGE BAND 3

Herausgegeben vom
Institut für Stadtplanung der
Universität Frankfurt am Main

Herausgeber: Walter Prigge

Verlag
Frankfurt / New York

CITIES AND REGIONS IN THE NEW EUROPE

The Global-Local Interplay and Spatial Development Strategies

Edited by

Mick Dunford,
School of European Studies at the University of Sussex.

Crigoris Kafkalas,
Aristotle University of Thessaloniki.

This book examines how the economic and political restructuring of Europe is reflected in urban and regional development. In particular, it focuses on the impact of the globalisation of economic activities and the debate about regulating frameworks.

Distinguished contributors examine the question at a variety of scales from the international to the local and a strongly theoretical context produces new insights into the dynamics and likely future structure of the European economy.

The role of Europe's major cities, regional inequalities and the idea of a Europe of the regions are specifically examined. This is an important contribution to understanding the rapidly evolving new economic geography of Europe, and will particularly interest industrial geographers, economists and planners and anyone interested in European urban and regional development.

Contents • The global-local interplay, corporate geographies and spatial development strategies in Europe • Part I: Corporate restructuring and the global-local interplay • The Mammon quest. 'Glocalisation', interspatial competition and the monetary order: the construction of new scales • Global competition and transregional strategy: spatial reorganisation of the European car industry • Science parks in Europe: flexible production, productive disintegration and R&D • Groups and new productive spaces: the case of Matra-Espace at Toulouse • Part II: Urban and regional development strategies in Europe • Big firms versus the regions in the Single European Market • Innovating by networking: new models of corporate and regional development • The regions and the Single Market • Whither regional policy? Local development and the state in Greece • Berlin: the rise of a new metropolis in a post-Fordist landscape • Social conflicts and the limits of urban policies in Greece • The shifting local political system in European cities • Part III: Agendas for the 1990s • Ownership, division of labour and economic power • Europe and the new regionalism • The regulation approach and capitalist crisis: an alternative compromise for the 1990s

July 1992 256 pages Hardback 1 85293 221 X

TECHNOLOGY TRANSFER IN EUROPE

Public and Private Networks

David Charles, Jeremy R. Howells
Centre for Urban and Regional Development Studies, University of Newcastle Upon Tyne

Technology transfer is currently the subject of considerable academic and policy debate at an international, national and local level. This book articulates the concept to examine the transfer of technology between higher education, public sector research and industry within Europe. These relationships are of vital economic importance and are as yet little understood. The book sets out a contextual and theoretical framework for studying the flow of information and ideas between research and industry and places the relationship within the wider context of technological change in the economy and competition between enterprises. Using surveys and case studies from Europe, David Charles and Jeremy Howells examine the institutional structure of technology transfer, particularly in relation to the nature of public support and the professional development of the activity. Detailed empirical analysis provides an assessment of the patterns, problems and benefits of technology transfer from both industrial and public sector perspectives. A key book for everyone concerned with the link between research, development and industrial growth, including economists, geographers, planners, management scientists, and policy and investment analysts.

Contents • Part I: Setting the Scene • The role and context of technology transfer in technological change • Cross-institutional research and technology links: rationale and motivations • Technology transfer links and mechanisms: an overview • Technology transfer and knowledge and information flows • Part II: The Framework: Institutional Structures • Public sector research: structure and institutions • Higher education mechanisms for technology transfer • Part III: Practice and Experiences • The research community perspective • The industrial perspective • Links and networks: issues in the operation and functioning of research and technical collaborations • Conclusions

June 1992 220 pages Hardback 1 85293 160 4



Order Form

Books can be ordered through your bookseller, but in case of difficulty contact
Belhaven Press 25 Floral Street, London WC2E 9DS
Tel: 071-240 9233 Fax: 071-379 5553

From _____
Address _____
Signature _____ Date _____ Please add £1.50 per book post and packing
Please supply _____ Copies of _____ £ _____
_____ Copies of _____ £ _____
I enclose a cheque/postal order for £ _____ or payment by Access/Barclaycard/Visa/American Express/Eurocard
I authorise you to charge my _____
Card number _____ Card Expiry Date _____

Städtische Intellektuelle Urbane Milieus im 20. Jahrhundert

Herausgegeben von
Walter Prigge

Mit Beiträgen von
WALTER PRIGGE
ALEX DEMIROVIĆ
KARL MARKUS MICHEL
NICOLAUS SOMBART
DIETER HOFFMANN-AXTHELM
IRENE RUNGE
RUDI THIESSEN
KARL SCHLÖGEL
THOMAS BENDER/RICHARD SENNETT
VILÉM FLUSSER/MICHEL SÉRRES
LOUIS PINTO
MARISA BERTOLDINI/MARINA CALLONI
MIKE DAVIS/ROGER KEIL
SVEN-ERIC LIEDMANN

Fischer
Taschenbuch Verlag

Vorwort

1. Die Intellektuellen und die Stadtkultur Annäherungen an eine Konstellation

WALTER PRIGGE
Geistesgeschichte und Stadtgeschichte: Wien, Frankfurt,
Paris. Eine Skizze
ALEX DEMIROVIĆ
Führung und Rekrutierung. Die Geburt des Intellektuellen
und der Aufbau der Kultur
KARL MARKUS MICHEL
Genius loci. Versuch einer Anatomie
NICOLAUS SOMBART
Nachrichten aus Ascona. Auf dem Weg zu einer
kulturwissenschaftlichen Hermeneutik

2. Ansichten einer Metropole: Berlin

DIETER HOFFMANN-AXTHELM
Die Einsamkeit des Stadtdirektors. Neun Glossen
IRENE RUNGE
Vielleicht war alles nur ein Traum. Ausschnitte einer
Nachkriegs-Biographie
RUDI THIESSEN
Berlinische Dialektik der Aufklärung

3. Intellektuelle Milieus: Städte-Bilder

KARL SCHLÖGEL
Moskau. Die Rückkehr der Urbanität in die Stadt
New York und seine Intellektuellen.
THOMAS BENDER und RICHARD SENNETT im Gespräch
mit Frank Herrlich
VILÉM FLUSSER
Alic und neue Codes: São Paulo
Hermes und die französische Desillusionierung.
MICHEL SÉRRES im Gespräch mit Ulrike Bokelmann
und Hermann Kozyba
LOUIS PINTO
Paris, die Intellektuellen und ihre Stadt
MARISA BERTOLDINI, MARINA CALLONI
Mailand: der Aufstieg des Dienstleistungsbereichs und
die Entzauberung des Geistes
MIKE DAVIS, ROGER KEIL,
Sonnenschein und schwarze Dämonen. Die ideologische
Konstruktion von Los Angeles
SVEN-ERIC LIEDMANN
Die kleine Provinzstadt in dem kleinen Provinzland:
Göteborg

Ausgewählte Veröffentlichungen der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung

Informationen zur
Raumentwicklung

Neuorientierung der Raumordnungspolitik
Aktuelle Daten und Prognosen zur räumlichen Entwicklung
Heft 11/12.1991, DM 14,00

Kulturelle Infrastruktur
Heft 1.1992, DM 7,00

Marktwirtschaftliche Instrumente der Umweltpolitik
- ein Thema für die Raumordnung?
Heft 2/3.1992, DM 14,00

Städtebauliche Aufgabenfelder in den neuen Bundesländern
im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus
Heft 6.1992, DM 7,00

Materialien zur
Raumentwicklung

Förderung der Wohnungsmodernisierung
Heft 45, DM 14,00

Quartierbezogene Freizeitbedürfnisse älterer Menschen
Heft 46, DM 14,00

Laufende Raumbbeobachtung
Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und
Gemeinden 1989/90
Heft 47, DM 24,00

Strukturwandel in Osteuropa
Heft 49, DM 14,00

Die Veröffentlichungen sind über den Buchhandel zu beziehen oder beim Selbstverlag der BfLR,
Postfach 20 01 30, 5300 Bonn 2.